

Thüringer Landtag

6. Wahlperiode

159. Sitzung

Freitag, den 27.09.2019

Erfurt, Plenarsaal

Regierungserklärung der Ministerin für Umwelt, Energie und Naturschutz zum Thema „Klimaschutz, Klimaanpassung und Energiewende ‚Von Paris nach Thüringen: Klimaschutzpolitik der Thüringer Landesregierung““

5

a) Integriertes Maßnahmenprogramm zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels im Freistaat Thüringen – IMPAKT II der Landesregierung gemäß § 11 Abs. 2 des Thüringer Klimagesetzes

5

hier: Stellungnahme durch den Landtag

Antrag der Landesregierung

- Drucksache 6/7143 -

dazu: Beschlussempfehlung des

Ausschusses für Umwelt, Energie und Naturschutz

- Drucksache 6/7644 -

dazu: Änderungsantrag der Fraktion der CDU

- Drucksache 6/7749 -

b) Integrierte Energie- und Klimaschutzstrategie der Landesregierung gemäß § 6 Abs. 3 des Thüringer Klimagesetzes	6
hier: Beratung und Stellungnahme durch den Landtag	
Antrag der Landesregierung	
- Drucksache 6/7266 -	
dazu: Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt, Energie und Naturschutz	
- Drucksache 6/7645 -	
dazu: Änderungsantrag der Fraktion der CDU	
- Drucksache 6/7751 -	
Skibbe, DIE LINKE	6, 51
Siegesmund, Ministerin für Umwelt, Energie und Naturschutz	7, 77
Gruhner, CDU	20, 26, 52, 52
Harzer, DIE LINKE	27, 58
Kießling, AfD	33, 41, 41, 61
Mühlbauer, SPD	41, 42
Kobelt, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	44, 74, 74
Hey, SPD	54, 64
Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	59, 70
Mohring, CDU	65, 66, 70, 70, 70, 71
Kummer, DIE LINKE	71
Henke, AfD	72
Becker, SPD	74
Fragestunde	80
a) Die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Gruhner (CDU)	80
Verkehrssituation L 3002 Ortsdurchfahrt Zollgrün	
- Drucksache 6/7770 -	
<i>wird von Staatssekretär Dr. Sühl beantwortet. Zusatzfrage.</i>	
Gruhner, CDU	80, 82, 82
Dr. Sühl, Staatssekretär	81, 82
b) Die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Zippel (CDU)	82
Gewalt unter Drogeneinfluss gegen Polizeibeamte und Rettungskräfte	
- Drucksache 6/7769 -	
<i>wird von Staatssekretär Götze beantwortet. Zusatzfrage.</i>	
Zippel, CDU	82, 83
Götze, Staatssekretär	83, 83

c) Die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Dr. König (CDU)	84
Umsetzung des Hochwasserschutzkonzeptes in der Gemeinde Rustenfelde im Landkreis Eichsfeld	
- Drucksache 6/7771 -	
<i>wird von Staatssekretär Möller beantwortet. Zusatzfragen.</i>	
Dr. König, CDU	84, 85, 86
Möller, Staatssekretär	84, 85, 86
d) Die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Tasch (CDU)	86
Aktueller Sachstand der Dorferneuerung in Thüringen	
- Drucksache 6/7772 -	
<i>wird von Staatssekretär Dr. Sühl beantwortet. Zusatzfragen.</i>	
Tasch, CDU	86, 87
Dr. Sühl, Staatssekretär	87, 87
e) Die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Kuschel (DIE LINKE)	88
Zu ladende Personen nach § 35 Abs. 2 Thüringer Kommunalordnung	
- Drucksache 6/7748 -	
<i>wird von Staatssekretär Götze beantwortet. Zusatzfragen.</i>	
Kuschel, DIE LINKE	88, 89, 89, 90
Götze, Staatssekretär	88, 90, 90
Stärkung der erfolgreichen, bewährten, kompetenten und bereits vorhandenen Strukturen durch direkte Zuweisung von Bundesmitteln zur Förderung von Investitionen in die Thüringer Residenzlandschaft!	91
Antrag der Fraktion der CDU	
- Drucksache 6/7651 - Neufassung -	
Starke Perspektiven für Thüringer Schlösser und Gärten	91
Antrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
- Drucksache 6/7745 -	
Kellner, CDU	92, 96, 96, 96, 111, 111, 114
Mitteldorf, DIE LINKE	96, 97, 114, 114, 114
Höcke, AfD	102
Dr. Hartung, SPD	105, 108
Henfling, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	108
Mühlbauer, SPD	113
Hey, SPD	115

Prof. Dr. Hoff, Minister für Kultur, Bundes- und Europaangelegenheiten und Chef der Staatskanzlei	117, 119
Dr. Pidde, SPD	119
Eigentum, Nutzung und Spekulation mit Grundvermögen in Thüringen Beratung der Großen Anfrage der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Antwort der Landesregierung - auf Verlangen der Fraktion DIE LINKE -	120
Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags - Drucksache 6/7010 -	
Müller, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	120
Malsch, CDU	121
Hennig-Wellsow, DIE LINKE	122
Rudy, AfD	125
Becker, SPD	126
Kummer, DIE LINKE	127
Dr. Sühl, Staatssekretär	128

Beginn: 9.05 Uhr

Präsidentin Diezel:

Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten, ich heiße Sie herzlich willkommen zu unserer heutigen Sitzung des Thüringer Landtags, die ich hiermit eröffne. Ich begrüße die Vertreter der Landesregierung und unsere Gäste auf der Zuschauertribüne sowie die Zuschauer und Zuhörer am Livestream und die Vertreter der Medien.

Für diese Plenarsitzung hat als Schriftführerin Frau Abgeordnete Mühlbauer neben mir Platz genommen, die Redeliste führt Frau Abgeordnete Herold.

Es hat sich für heute entschuldigt: Abgeordneter Krumpe.

Folgende Hinweise zur Tagesordnung: Wir sind gestern bei der Feststellung der Tagesordnung übereingekommen, die Regierungserklärung gemeinsam mit den Tagesordnungspunkten 12 a und b aufzurufen.

Ich erinnere zudem daran, dass die Tagesordnungspunkte 20 und 21 gemeinsam nach der Fragestunde aufgerufen werden.

Diesem Aufruf folgt dann der Tagesordnungspunkt 24.

Außerdem möchte ich noch erinnern, dass wir uns im Vorfeld verständigt haben, spätestens 17.00 Uhr die Tagung zu beenden.

Entgegen der bisherigen Ankündigung der Landesregierung hat sie jetzt mitgeteilt, dass sie zu Tagesordnungspunkt 15 keinen Sofortbericht abgeben wird.

Gibt es weitere Anmerkungen zur Tagesordnung? Ich sehe, das ist nicht der Fall.

Dann verfahren wir nach der Tagesordnung und ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 1**

Regierungserklärung der Ministerin für Umwelt, Energie und Naturschutz zum Thema „Klimaschutz, Klimaanpassung und Energiewende ,Von Paris nach Thüringen: Klimaschutzpolitik der Thüringer Landesregierung“

und den **Tagesordnungspunkt 12** in den Teilen

a) Integriertes Maßnahmenprogramm zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels im Freistaat Thüringen – IMPAKT II der Landesregierung gemäß § 11 Abs. 2 des Thüringer Klimagesetzes

hier: **Stellungnahme durch den Landtag**

(Präsidentin Diezel)

Antrag der Landesregierung

- Drucksache 6/7143 -

dazu: Beschlussempfehlung des
Ausschusses für Umwelt, En-
ergie und Naturschutz

- Drucksache 6/7644 -

dazu: Änderungsantrag der Fraktion
der CDU

- Drucksache 6/7749 -

**b) Integrierte Energie- und Klima-
schutzstrategie der Landesregie-
rung gemäß § 6 Abs. 3 des Thürin-
ger Klimagesetzes**

**hier: Beratung und Stellung-
nahme durch den Landtag**

Antrag der Landesregierung

- Drucksache 6/7266 -

dazu: Beschlussempfehlung des
Ausschusses für Umwelt, En-
ergie und Naturschutz

- Drucksache 6/7645 -

dazu: Änderungsantrag der Fraktion
der CDU

- Drucksache 6/7751 -

Als Erste hat Frau Abgeordnete Skibbe für den Bericht aus dem Ausschuss das Wort. Frau Skibbe, ich bitte Sie um Ihre Berichterstattung.

Abgeordnete Skibbe, DIE LINKE:

Guten Morgen, Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der Entwurf des Integrierten Maßnahmenprogramms zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels im Freistaat Thüringen – kurz IMPAKT II – wurde von der Landesregierung am 30. April 2019 in den Landtag eingebracht. Nach der ersten Befassung in der 147. Plenarsitzung am 10. Mai 2019 wurde er an den Ausschuss für Umwelt, Energie und Naturschutz zur weiteren Stellungnahme überwiesen. Der Ausschuss beschloss während seiner 59. Beratung am 5. Juni 2019, eine schriftliche Anhörung durchzuführen. In einer weiteren Sitzung, nämlich der 60. Sitzung am 14. Juni 2019, einigte sich der Ausschuss darauf, den Kreis der Anzuhörenden zu erweitern sowie die Anhörungsfrist auf Antrag mehrerer Anzuhörender von ursprünglich etwa zwei Wochen auf acht Wochen zu verlängern. Als Fristende wurde somit der 15. August 2019 festgelegt.

Eine Vorlage der Landtagsverwaltung – die Vorlage 6/5728, datiert auf den 19. Juni 2019 – enthält eine Bewertung zur Finanzierbarkeit und Wirtschaftlichkeit des Programms IMPAKT II. Mit Datum vom 2. September 2019 brachten die Mitglieder der Fraktionen Die Linke, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen mit der Vorlage 6/5912 einen Vorschlag für eine Stellungnahme des Landtags zu IMPAKT II ein, der mehrheitlich ange-

(Abg. Skibbe)

nommen wurde. Abgelehnt wurde die Vorlage 6/5920, die eine Stellungnahme der Fraktion der CDU enthielt.

Am 11. September 2019 wurde die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt, Energie und Naturschutz in Drucksache 6/7644 in den Landtag eingebracht. Empfohlen wird darin die Unterstützung von IMPAKT II durch den Landtag. Darüber hinaus wird die Bitte ausgedrückt, dass im Zuge der Fortschreibung des Programms in der kommenden Legislaturperiode mehrere Aspekte besondere Berücksichtigung finden mögen. Beispielsweise geht es darum, die vielen Hinweise aus der schriftlichen Anhörung daraufhin zu prüfen, inwieweit sie in die Fortschreibung des IMPAKT II einfließen können. Außerdem empfiehlt der Landtag, den Maßnahmen mit dem größten Anpassungseffekt hinsichtlich der eingesetzten Finanzmittel die höchste Priorität einzuräumen.

Ich fahre fort mit der Berichterstattung zur Integrierten Energie- und Klimaschutzstrategie der Landesregierung gemäß § 6 Abs. 3 des Thüringer Klimagesetzes. Die Integrierte Energie- und Klimaschutzstrategie der Landesregierung gemäß § 6 Abs. 3, wie gerade gesagt, des Thüringer Klimagesetzes, brachte die Ministerin für Umwelt, Energie und Naturschutz, Anja Siegesmund, während der 151. Plenarsitzung am 14. Juni 2019 in den Landtag ein. Dieser Antrag wurde an den Ausschuss für Umwelt, Energie und Naturschutz überwiesen. Die entsprechende Beratung fand in der 60. Sitzung des Ausschusses statt, in der eine schriftliche Anhörung beschlossen wurde. Hierzu wurden die vorgeschlagenen Anzuhörenden aller Fraktionen vollständig berücksichtigt. Die Anhörungsfrist wurde auch hier bis zum 15. August 2019 eingeräumt. In der 51. Ausschussberatung am 26. Juni 2019 wurde die Berichterstatteerin im Plenum benannt. Im Rahmen des schriftlichen Anhörungsverfahrens seitens der Anzuhörenden wurde eine Vielzahl von Anmerkungen zum Entwurf insgesamt sowie auch zu einzelnen Maßnahmen vorgebracht. Diese enthalten wichtige Hinweise für die Ausgestaltung und Umsetzung von Maßnahmen zur Minderung der Treibhausgaskonzentration. Deshalb sollten diese Hinweise angemessen gewürdigt werden.

In seiner 63. Sitzung am 4. September 2019 wurde die Beschlussempfehlung der Koalitionsfraktionen in Drucksache 6/7645 vom Ausschuss mehrheitlich angenommen, die von der Landesregierung erarbeitete Integrierte Energie- und Klimaschutzstrategie zu unterstützen. Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete. Und jetzt, Frau Ministerin, ist das Pult Ihnen. Bitte schön.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Siegesmund, Ministerin für Umwelt, Energie und Naturschutz:

Einen wunderschönen guten Morgen, Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, liebe Gäste auf der Tribüne! Was wir heute Morgen beraten, ist ein ganzes Klimapaket – das hat mein vorfristiges Hier-Ankommen auch noch mal gezeigt. Es geht nicht nur um die Regierungserklärung Klima und Energie, es geht eben auch um IMPAKT und unser Klimaschutzpaket insgesamt.

Worüber wollen wir heute Morgen reden? Lassen Sie uns eine Woche zurückblicken, da waren 1,4 Millionen Menschen auf der Straße und sind für eine engagierte und mutige Klimapolitik aufgetreten. Auch hier in Thüringen demonstrierten Tausende Menschen und es war ein kraftvolles und deutliches Signal im Rahmen der „Fridays for Future“-Demonstrationen, von Australien, über Europa bis in die USA.

(Ministerin Siegesmund)

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deutlicher kann man nicht machen, dass wir nicht nur mitten in der Klimakrise sind, sondern dass es darum gehen muss, die Ziele von Paris, die vor drei Jahren beschlossen wurden, auch umzusetzen. So wie wir in der Bundesrepublik, in Europa sind wir natürlich auch in Thüringen verpflichtet, genau das zu tun. Am selben Tag tagte das Klimakabinett des Bundes und das, was da beschlossen wurde, kann sich eben nicht an Paris messen lassen. Deswegen ist wichtig, darüber zu reden: Was folgt daraus?

Lassen Sie uns die Ausgangslage kurz beschreiben: Wir leben in einer Zeit, in der ständige Temperaturrekorde zur Normalität geworden sind. Der Juli 2019 war der weltweit heißeste Monat seit Beginn der Wetteraufzeichnungen vor 140 Jahren. Und diese Entwicklungen machen natürlich auch vor Thüringen nicht halt. Wir alle haben noch den Hitze- und Dürresommer 2018 vor Augen; 2019 begann das Jahr mit unerwartet vielen Waldbränden. Wir haben ausgetrocknete Böden, wir haben sinkende Grundwasserspiegel, sinkende Flusspegel. Das ist der Sommer 2019, meine sehr geehrten Damen und Herren. Teile unserer Wälder sterben, ganze Landstriche in Thüringen sahen schon vor Sommerbeginn aus wie eigentlich im Herbst: verbrannte Wiesen. Wir haben sehr viele Trockenstresssituationen überall draußen in unserer Landschaft, die wir auch optisch wahrnehmen können. Dabei geht es aber eben nicht nur um das landschaftliche Empfinden, sondern auch um die Frage von Produktionsgrundlagen, zum Beispiel für Bäuerinnen und Bauern, für Forstleute und Unternehmer. Es geht natürlich auch um unsere natürlichen Lebensgrundlagen in Thüringen.

Das zeigt, dass die Folgen der Klimakrise eben nicht nur ferne Länder treffen, sondern sie sind bereits hier in Thüringen spürbar. Sie sind spürbar, wenn ich in Ostthüringen unterwegs bin und in sogenannten Brunnenhöfen darum gebeten wird, schließt uns an eine mögliche Wasserversorgung an. Bislang haben wir das mit unseren Brunnen allein stemmen können, jetzt ist das nicht mehr möglich. Das ist spürbar, wenn man bei großen Obstbauern unterwegs ist und sie sagen, schließt uns an die Fernwasserversorgung an, sonst können wir unsere Produktion nicht aufrechterhalten. Das ist spürbar, wenn sie sich mit den Förstern unterhalten und sie sagen, wir brauchen, wir brauchen nachhaltigen Waldumbau, wir müssen umsteuern, unterstützt uns dabei. Das sind drei Punkte, wo das sehr konkret wird, dass wir vor großen Herausforderungen stehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, spürbar ist das, die Sommer- und Hitzetage, aber eben auch für Ältere und für Kinder. Es ist deswegen auch kein Wunder, dass sich weltweit immer mehr Menschen für mehr Klimaschutz engagieren. Es ist jetzt an uns und es ist jetzt entscheidend, in den nächsten Jahren nicht nur zu reden und die große gesellschaftliche Debatte darum zu führen, dass es auf die nächsten zehn Jahre ankommt, sondern entschieden und entschlossen zu handeln.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die größte soziale Jugendbewegung, die es derzeit weltweit gibt und die es dafür braucht – auch heute wird sie wieder demonstrieren und uns zeigen, dass wir tatsächlich, die wir Verantwortung tragen, diese an den Stellen auch ausfüllen sollten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich war erst gestern wieder bei einer Veranstaltung, wo wir miteinander darüber geredet haben: Gibt es den menschengemachten Klimawandel, ja oder nein? Das, was eigentlich 99,7 Prozent aller Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler bestätigen, das, was der IPCC

(Zwischenruf Abg. Kießling, AfD: Das ist falsch!)

uns ganz deutlich macht, das, was eigentlich jeder, der in diesem Bereich faktenbasiert argumentiert, weiß, ist: Die derzeitige Konzentration von CO₂ in der Atmosphäre ist so hoch wie letztmals vor 3 Millionen Jahren

(Ministerin Siegesmund)

und die damit einhergehende Erwärmung global in diesem Ausmaß, die wir jetzt schon haben bei über 1 Grad global in den Ozeanen und an Land, hat es so in dieser Form nicht gegeben. Deswegen reden wir auch ganz eindeutig davon, dass es nicht nur einen Klimawandel, sondern eine Klimakrise gibt, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Die vielfältigen Auswirkungen werden immer offensichtlicher. Das polare Eis schmilzt, Gletscher verschwinden, Mitte August trauerte man auf Island und weltweit um den ersten isländischen Gletscher, der Opfer der menschengemachten Klimakrise wurde. Der Meeresspiegel steigt, Korallenriffe sterben, Extremwetterereignisse nehmen zu und Klimazonen verschieben sich. Wir laufen Gefahr bei einem einfachen Weiter-So sogenannte Kipppunkte zu erreichen, was unumkehrbare Prozesse eintreten lassen würde, die die Erwärmung noch weiter verstärken, indem zum Beispiel Permafrostböden auftauen, was gewaltige Mengen an CO₂ freisetzen würde.

Alles hängt mit allem zusammen und deswegen ist die Frage: Was heißt das eigentlich für uns hier in Thüringen? Es heißt zunächst einmal, dass die Daten auch in Thüringen eine eindeutige Sprache sprechen. Gegenüber dem Datenzeitraum 1961 bis 1990 hat sich auch die Temperatur in Thüringen erhöht, und zwar um mehr als 1 Grad, seit 1881 im Schnitt um 1,4 Grad. Das heißt, die Klimakrise betrifft uns genauso wie das in anderen Regionen der Fall ist, nur haben wir hier nicht die Situation, dass es wie in anderen Regionen der Welt tatsächlich schon dazu kommt, dass bestimmte Gebiete unbewohnbar werden. Das Jahr 2018 hat aber auch bei uns absolut neue Maßstäbe gesetzt, mancherorts, so in Jena, gab es über 100 Sommertage, wir hatte sogenannte heiße Tage in einer Anzahl, wie es sie noch nie gegeben hat, damit einhergehend Kreislaufkrankungen von Menschen, gesundheitliche Beeinträchtigungen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, was heute noch Extremwerte sind, wird, wenn wir keine Lösungen finden, in Zukunft Alltag sein. Das stellt uns vor viele Fragen: Was können wir tun, um das zu verändern? Wie müssen wir unsere Art zu leben und zu wirtschaften ändern? Was muss die Politik, was kann jeder einzelne tun? Diese Fragen treiben viele um und auf diese Fragen wollen wir auf vielen Ebenen Antworten geben – als Weltgemeinschaft genauso wie natürlich in Thüringen.

Ich denke ziemlich oft an die Worte der Chefin des Klimasekretariats der Vereinten Nationen Patricia Espinosa, die auf einer Veranstaltung der Bauhaus-Universität in Weimar im Januar sprach und sagte: „Bedenken Sie, dass es immer [beim Thema Klimakrise] um Menschen geht, die unter den Auswirkungen der Klimaveränderung leiden – seien es Dürren, Brände oder Überschwemmungen“ – es geht immer um Menschen. Ja, es geht um Menschen, die nach verheerenden Dürren wie im Jemen ihre Heimat verlassen und flüchten müssen. Es geht um Menschen, die nach Hurrikanen flüchten müssen, oder solche, die plötzlich aus sozialen Gemeinschaften gerissen werden, weil ihr Ort, ihre Heimat, ihr Zuhause nicht mehr existiert. Schon jetzt ist klar, dass die Klimakrise künftig noch stärker eine Fluchtursache sein wird, und auch deswegen stehen wir in der Verantwortung, die Augen sehr klar zu öffnen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es geht darum, dass die öffentliche Debatte, die oft da beginnt, dass die gemeinsame Erkenntnis, dass wir es in der Hand haben und dass wir in einer Sondersituation sind, noch nicht Konsens ist. Ich finde, dass es aber Zeit ist, immer mehr auch ganz klar darüber zu reden, das ist gerade im Sinne der Jugendlichen, im Sinne kommender Generationen einen Generationenvertrag braucht, der ausgehandelt gehört. Wir brauchen eine enkeltaugliche und eine lebenswerte Zukunft und deswegen sind wir verpflichtet, mehr für Klimaschutz zu tun, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Ministerin Siegesmund)

Lassen Sie uns zum Rahmen und zur Notwendigkeit für das Thüringer Handeln einfach noch mal den Blick nach Paris werfen und den Blick darauf schärfen, was da 2015 beschlossen wurde. Die Staatengemeinschaft hat sich auf weitreichende Ziele zum Klimaschutz und zur Emissionsminderung verständigt. Das war ein wirklich historisches Ereignis. Die Erderwärmung sollte im Vergleich zum vorindustriellen Niveau auf deutlich unter 2 Grad – möglichst auf 1,5 Grad – begrenzt werden und in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts Treibhausgasneutralität erreicht werden. Klar ist: Das Übereinkommen von Paris hat der Diskussion auf europäischer und nationaler Ebene viel Schwung gebracht, allerdings ist dieser dann auch relativ schnell wieder verebbt, wenn man sich das konkrete Handeln ansieht. Die Bundesrepublik wird die Klimaziele bis 2020 krachend verfehlen. 40 Prozent CO₂-Einsparung war das Ziel, wir können froh sein, wenn es knapp über 30 Prozent werden. Erst nach wirklich langem und zähem Ringen hat sich Deutschland der Gruppe von EU-Staaten angeschlossen, die für die EU Treibhausgasneutralität 2050 fordern. Es braucht also auf Bundesebene wirklich ganz klar Entscheidungen, die über das hinausgehen, was vergangenen Freitag beschlossen wurde, und wir brauchen vor allen Dingen ein Maßnahmenpaket, was ökologisch wirksam, ökonomisch sinnvoll und auch sozial gerecht ist, aber sich eben auch am Paris-Ziel messen lässt. Das ist der entscheidende Maßstab, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir brauchen vor allen Dingen eins: Wir brauchen Klarheit bei den Zielen und ganz klar Konsequenz bei der Umsetzung. Rechtszeitige Entscheidungen und verlässliche Rahmenbedingungen sind erforderlich. Das fordert genauso die Wirtschaft wie natürlich Wissenschaftler – und genau darum geht es. Verlässliche Rahmenbedingungen – das gibt es in Thüringen, und zwar beim Thema „Klimaschutz und Klimaanpassung“, denn bei uns ist Klimaschutz Gesetz.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Thüringer Landtag hat im Dezember 2018 das Klimagesetz verabschiedet. Ziel ist es, Emissionen zu senken, gleichzeitig die Chancen zu ergreifen, die sich aus einer Energiewende und aus Klimaschutz und Klimaanpassung ergeben. Das heißt aber auch und gerade, die regionale Entwicklung zu stärken, das heißt aber auch und gerade, Beschäftigung und Wohlstand zu sichern. Es muss unser Ziel sein, das zusammenzubringen. Deswegen sage ich auch ganz klar, dass zwischen diese große Herausforderungen Klimaschutz, wirtschaftliches Handeln und die Frage sozialer Gerechtigkeit nirgendwo ein „oder“ gehört, sondern jedes Mal ein ganz großes „und“.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn man sich ansieht, dass sich Anfang Juli IG Metall – passenderweise ist bei Susanne Hennig-Wellsow auf dem Platz das Signum zu sehen –, BUND und NABU zusammengeschlossen haben und ein gemeinsames Eckpunktepapier für eine klimafreundliche und schnelle Energie- und Mobilitätswende verabschiedet haben, dann ist das eine Allianz – darauf wäre ich offen gestanden noch vor fünf Jahren nicht im Traum gekommen, dass sie sich genau dazu zusammentut und gemeinsame Ziele formuliert –, eine Allianz, die sagt: Wir müssen handeln, und zwar jetzt. Genau das sagen im Übrigen auch die Zahlen des Statistischen Landesamts Thüringen. 2017 haben knapp 500 Thüringer Industriebetriebe knapp 400 Millionen Euro in den Umweltschutz investiert. Das waren knapp 20 Prozent mehr als in den Jahren zuvor. Das zeigt doch, dass hier längst das Umdenken begonnen hat und die Frage der Wirtschaftlichkeit/wirtschaftlichen Stärke und Klimaschutz zusammengedacht werden, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Ministerin Siegesmund)

Lassen Sie mich zum Klimagesetz kommen, um noch einmal die Ziele zu formulieren, die wir miteinander beschlossen haben, bzw. um diese in Erinnerung zu rufen. Es ist das erste Klimagesetz in den neuen Ländern. Als zentrales Modell, als zentrales Element hat es die Treibhausgasminde rung verankert; 70 Prozent Minderung bis 2030, 80 Prozent bis 2040 und 95 Prozent bis 2050. Das sind die Ziele, die für uns handlungsleitend sind. Aber neben den Emissionsminderungszielen formuliert das Gesetz auch Ziele und Anforderungen für ein klimafreundliches Energiesystem. Es betont die Vorbildwirkung öffentlicher Stellen. Es stärkt den Klimaschutz auf kommunaler Ebene und es nimmt den klimaneutralen Gebäudebestand in den Blick. Es verankert schließlich auch Monitoring und Evaluierung. Wir nehmen uns als Landesregierung in diesem Gesetz auch selbst in die Pflicht. Bis 2030 soll die Landesverwaltung – das schließt auch den Hochschulbereich mit ein – durch die Einsparung von Energie die effiziente Bereitstellung, Umwandlung, Nutzung und Speicherung von Energie klimaneutral sein. Das ist ein anspruchsvolles Ziel, aber wir stellen uns dem.

Das Gesetz und die Ziele darin brauchen eine Untersetzung. Das ist die Aufgabe mit der integrierten Energie- und Klimastrategie, die wir heute im Paket mit der Regierungserklärung diskutieren. Darin sind die Maßnahmen formuliert, die helfen, die uns auf den Weg bringen, zu diesen ambitioniert formulierten Zielen bis 2030, 2040 und 2050. Was wir damit in diesem Paket eigentlich sagen, ist, dass es uns nicht nur darum geht, Ziele zu formulieren, sondern auch die Maßnahmen dazu, weil wir in Thüringen, was die ökologische Transformation betrifft, doch durchaus schon sehr erfolgreich sind. Knapp 30 Jahre nach der friedlichen Revolution können wir sagen, wir haben viele erfolgreiche Unternehmen, wir haben leistungsfähige Hochschulen, Forschungseinrichtungen, wir haben zugleich eine überaus geringe Arbeitslosenquote. Das heißt, in Thüringen ist vieles richtig gelaufen und wir haben trotzdem, was die Klimaziele betrifft, schon viel geschafft. Wir haben nämlich unter den Flächenländern den absoluten Spitzenplatz bei den Pro-Kopf-Emissionen. Das heißt, wir sind schon sehr gut aufgestellt und – wenn man so will – bei dem, was andere Bundesländer noch vor sich haben, sind wir diejenigen, die zeigen können, wie ökologische Transformationen gut läuft. Lassen Sie uns diese Erfolgsgeschichte weitererzählen. Lassen Sie uns untersetzen, was das genau heißt, insbesondere für die weiteren Herausforderungen, aber auch für die Energiewende, weil wir an der Stelle, wo wir im Augenblick sind, nicht stehenbleiben dürfen.

Unser Ziel ist ein Energiesystem, das dezentral, regional und erneuerbar ist und sich dabei an den Eckpfeilern Zuverlässigkeit, Bezahlbarkeit und Akzeptanz ausrichtet. Das waren unsere Leitlinien und das bleiben sie auch. Wir haben in den vergangenen Jahren vieles für die Energiewende in Thüringen erreicht, die Landesregierung, der Thüringer Landtag gemeinsam mit den Verantwortlichen in den Kommunen, in den Landkreisen, mit den Verantwortlichen bei den kommunalen Energieversorgern, mit vielen Unternehmen, mit Vereinen, Verbänden, Genossenschaften, auch Energiegenossenschaften, und mit Bürgerinnen und Bürgern gemeinsam – ein Kraftakt. Die positive Entwicklung zeigt sich auch deutlich in der Steigerung der Bruttostromerzeugung aus erneuerbaren Energien. Zwischen 2014 und 2017 sind wir deutlich geklettert, und zwar um ein Drittel mehr allein in diesen drei Jahren. Es ist uns also gelungen, von 2014 bis 2017 die Erneuerbaren so auszubauen, dass wir ein Drittel mehr Strom aus diesem Bereich erzeugen.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich sage das deswegen, weil ich sagen muss: Trotz der widrigen Bedingungen im Bund ist uns das gelungen!

Der Umbau des Energiesystems ist nicht nur ein Beitrag zum Klimaschutz. Er ist auch ein eigenständiges Ziel, denn er senkt die Importabhängigkeit, beispielsweise von Energielieferanten aus anderen Regionen für insbesondere fossile Energie, und macht damit unabhängiger von der Entwicklung der Rohstoffpreise. Das

(Ministerin Siegesmund)

heißt, mit einem regionalen, dezentralen und erneuerbaren Energiesystem haben wir auch die Chance, uns aus Abhängigkeiten zu lösen. Energiegewinnung bringt hier Wertschöpfungen. Wir wollen diese Wertschöpfungsketten stärken. Deswegen gilt es, bis 2040 den kompletten Energiebedarf bilanziell durch einen Mix aus erneuerbaren Energien aus eigenen Quellen auch zu decken, und genau das steht auch im Klimagesetz. Um das Ziel zu erreichen, müssen die erneuerbaren Energien deutlich ausgebaut werden, der Energieverbrauch gesenkt und die Energieeffizienz gesteigert werden. Das unterstützen wir. Hier gilt es, die Potenziale aller erneuerbaren Energien zu nutzen, insbesondere die großen Potenziale bei Wind- und Sonnenenergie.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Erneuerbare-Energien-Mix in Thüringen besteht aus natürlich Wind, Sonne, Bioenergie und Wasserkraft, und auf keines dieser vier Elemente werden wir verzichten.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich sage das deswegen, weil ja manche gerade Plakate draußen aufstellen, die mit der Realität wenig zu tun haben,

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Genau!)

denn aufgrund der schwierigen bundespolitischen Bedingungen haben wir dieses Jahr beispielsweise noch nicht ein Windrad zubauen können.

(Zwischenruf Abg. Tasch, CDU: Im Vogtland werden gerade welche gebaut!)

Und aufgrund der schwierigen bundespolitischen Bedingungen führen wir eine Debatte, die ich interessant finde, weil nach 2020 mindestens 150 Windräder pro Jahr aus der EEG-Förderung gehen und wir quasi, wenn wir nicht eine andere Entwicklung bekommen bundespolitisch gesteuert, wir eigentlich im Ergebnis sogar einen Rückbau vom Bund verordnet bekommen, den ich nicht als zukunftsfähig bezeichnen kann, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Als Ministerin für Klimaschutz sage ich auch ganz klar: Ja, es ist unsere Aufgabe, den CO₂-Ausstoß möglichst schnell zu verringern, aber ich finde, genauso wichtig ist es eben auch, eine Energieversorgung, die Versorgungssicherheit und Wirtschaftlichkeit in Thüringen ermöglicht, bereitzustellen. Und wenn ich mir allein angucke, was für einen Jobmotor die Erneuerbaren, die Versorgung mit Erneuerbaren auch in Thüringen ist, kann ich nicht verstehen, dass es von manchen vor allen Dingen eins gibt: das große Dagegen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, natürlich hat das bei mir im Haus, bei uns auch große Diskussionen gegeben, gemeinsam auch mit den regionalen Verantwortlichen vor Ort. Ich weiß, dass das konfliktträchtig ist. Das beginnt damit, dass genannte Aspekte des Natur- und Artenschutzes, des Klimaschutzes, der Wirtschaftlichkeit immer neu ausgelotet werden müssen. Es ist ständig bei jedem Einzelprojekt eine Frage der Balance, des gemeinsamen Gesprächs, des Diskurses. Es ist eine Frage von gemeinsamen transparenten Planungsprozessen. Deswegen will ich auch ganz bewusst noch mal was zum konfliktträchtigen Thema des Windenergieausbaus sagen und hier insbesondere noch mal zum Thema „Wind im Wirtschaftswald“.

Zu einer klimagerechten Waldpolitik gehört die deutliche Verminderung unseres CO₂-Ausstoßes, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Ministerin Siegesmund)

Was ist denn das Problem unserer Wälder? Das Problem unserer Wälder sind doch nicht die zwei Windräder, die wir haben. Das Problem unserer Wälder ist, dass in den deutlichen Temperaturanstiegen und verstärkten Dürreperioden infolge der erhöhten Treibhausgasemissionen in der Atmosphäre der Wald schlicht und ergreifend seine Lebensgrundlage entzogen bekommt, verdurstet und wir deswegen entschlossen und entschieden handeln müssen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist eben nicht der klimaneutrale Umbau unseres Energiesystems, der dem Wald zu schaffen macht, sondern es ist die Klimakrise, und um dieser entschlossen und entschieden zu begegnen, brauchen wir mehr erneuerbare Energien, natürlich nur an den Stellen, wo es naturverträglich ist, wirtschaftlich geboten ist und wo es nach einer entsprechenden ganz regulären Beplanung auch möglich ist, das voranzubringen. Deswegen haben wir als Landesregierung im „Aktionsplan Wald 2030“ auch klargestellt, dass, wenn beispielsweise Kalamitätsflächen erschlossen werden können, um den Waldbestand – den will ja keiner gefährden, im Gegenteil – nicht zu belasten, das eine Möglichkeit sein muss für diejenigen, die diese Möglichkeit auch für sich in Betracht ziehen, mindestens darüber zu reden.

Deswegen will ich auch noch mal verweisen auf die Frage: Was heißt das eigentlich konkret? Das heißt konkret, dass wir ganz klar sehen, dass wir für mehr Akzeptanz werben, dass wir die Planungsprozesse miteinander vorantreiben, aber eben auch fair im Umgang miteinander sind. Und unser Konzept „Faire Windenergie“, mit dem wir den landesweit geltenden Handlungsrahmen für die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an Gemeinden beispielsweise festgeschrieben haben, ist dafür – wie ich finde – ein guter Leitfaden dieser Selbstverpflichtung. Mit dem Siegel „faire Windenergie“ haben sich fast alle Projektierer auch angeschlossen und es findet im Übrigen bundesweit viel Anklang. Genau darum geht es uns, dass man in den Gemeinden davon profitiert.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und da gibt es – wie ich finde – eine wirklich schöne Erfolgsgeschichte zu erzählen. In Uthleben in der Nähe von Nordhausen hat ein Unternehmen in Kooperation mit den Stadtwerken Nordhausen zwei Windräder errichtet. Über die Bürger-Energiegenossenschaft Helmetal können Thüringer Bürgerinnen und Bürger eine direkte Beteiligung an diesen beiden Windrädern erwerben. Diese Beteiligung ist beispielsweise ab einer Summe von 500 Euro möglich. Durch die Art und Weise, wie man dort durchaus auch einen eigenen finanziellen Benefit haben kann, steigert das nicht nur die Akzeptanz an der Frage der Energiegestehung, sondern es gibt eben auch ein großes Interesse daran. Wenn ich Teilhabe ermögliche, dann ist das schon der erste Schritt, um Akzeptanz zu steigern. Wir setzen auf mehr Beteiligung, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir setzen genauso auf Forschung und Innovation in den Unternehmen und wir setzen genauso beim Umbau des Energiesystems auf Forschung und Innovation in den Hochschulen. Das erfordert Engagement und es erfordert aber auch Offenheit für neue klimaverträgliche Technologien.

Deswegen ein paar Schlaglichter auf Thüringer Projekte, die sich erfolgreich bei Bundesprogrammen durchsetzen konnten. Ich will mal einige Punkte nennen, woran man sieht, dass wir die Nase da ganz weit vorn haben bei bundespolitischen Programmen, wo klar ist, es geht um die klimaverträgliche Gestaltung in den einzelnen Regionen. Ich nenne hier zum einen die Stadtwerke Jena Netze GmbH als einen der Gewinner des Wettbewerbs „Reallabore der Energiewende“ des Bundeswirtschaftsministeriums. Ich nenne das Projekt

(Ministerin Siegesmund)

H₂-Well, das sich im Forschungsprogramm WIR! – Wandel durch Innovation behaupten konnte. Ziel dieses Projekts ist zum Beispiel, bis 2025 eine regionale grüne Wasserstoffwirtschaft umzusetzen.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ganz viele Partner und Unterstützer aus der Region werden bei diesem Projekt daran mitarbeiten, den Strukturwandel vor Ort hinzubekommen. Wasserstoff aus erneuerbaren Energien steht doch auch für Innovation und Klimaschutz. Aber wir brauchen doch grünen Wasserstoff, der Wasserstoff muss doch produziert werden. Wenn Strom aus Erneuerbaren, beispielsweise umgewandelt werden kann in Wasserstoff, damit Züge durchs Schwarzatal fahren, wie der Ministerpräsident

(Zwischenruf Ramelow, Ministerpräsident: Höllentalbahn auch!)

und ich es im Februar probiert haben, und es bei der Höllentalbahn beispielsweise möglich ist. Wenn wir Unternehmen wie in Sonneberg Kumatec oder im Norden Maximator, wenn wir unsere Fraunhofer Institute da zusammenbinden und zeigen, was alles möglich ist, meine sehr geehrten Damen und Herren, dann sieht man, dass Thüringen schon jetzt eine Modellregion für nachhaltiges Wirtschaften ist. Lassen Sie uns das dann auch erzählen.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wasserstoff bringt die Wärme- und die Verkehrswende auch wirklich voran. Ja, er wird auch ein entscheidender Baustein bei diesen Fragen der Sektorkopplung sein, die uns alle umtreiben – nicht allein, aber auch. Diese Fragen der Gestehung von Erneuerbaren und der Umwandlung in andere Bereiche, die wir für Mobilität oder Wärme brauchen, das sind die großen Herausforderungen. Wir haben mit Eckpunkten einer Thüringer Wasserstoffstrategie als Land gezeigt, dass wir nicht nur viele Ansatzpunkte haben, sondern dass wir uns mit diesen und anderen Schlüsseltechnologien beschäftigen und das auch für das Land fruchtbar machen wollen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich zu den Aktivitäten der Thüringer Hochschul- und Forschungslandschaften einiges ausführen, weil auch hier schon ganz viele Projekte laufen, die man wahrscheinlich gemeinhin, weil sie nicht bekannt sind, unter der Rubrik „Hidden Champions“ benennen sollte. Die Thüringer Hochschulen und Forschungseinrichtungen leisten einen wichtigen Auftrag bei der Suche nach Antworten auf die Herausforderungen der Klimakrise. Sie bieten ja nicht nur in ihrer Lehre, sondern auch in ihren Forschungsbereichen viele Impulse für Innovation.

Mit Blick auf die Frage, bis 2040 die bilanzielle Deckung des Energiebedarfes aus Erneuerbaren zu schaffen, ist ein Projekt, was genannt werden muss, das Projekt „ZO.RRO“. ZO.RRO steht für – auch das gemeinsam mit dem Ministerpräsidenten vorgestellt – Zero Carbon Cross Energy System. ZO.RRO steht für nichts anderes als die sektorübergreifende Projektierung, wo Wissenschaft und Wirtschaft gemeinsam versuchen, klimaneutral das System zu optimieren, sodass wir sagen können, es ist nicht nur machbar und erreichbar, sondern durch Produktion und Partizipation aller Beteiligten eine echte energetische Wertschöpfung möglich. Andere Projekte sind an der FSU Jena das Exzellenzcluster Balance of the Microverse – Gleichgewicht im Microversum. Da geht es um innovative Lösungen zur Bekämpfung von Umweltzerstörungen. Das Projekt „H₂-Well“ in der Bauhaus-Universität Weimar habe ich schon genannt, wo es darum geht, dezentrale Wasserstoffwirtschaft voranzutreiben. Außerdem an der Fachhochschule Erfurt das Verbundprojekt HeatResilientCity oder beispielsweise Forschungsgebiete an unserer Hochschule in Nordhausen, wenn es um Aspekte der Ressourcen- und Energieeffizienz geht.

(Ministerin Siegesmund)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, so ziemlich alle Thüringer Hochschulen und Universitäten geben an dieser Stelle unheimlich viel Tempo in das Thema, das Land stellt dazu die Forschungsförderung für 53 Projekte bereit. Deswegen sieht man, was da schon alles bei uns an Innovation entsteht. Wenn ich mir das auch außerhalb des universitären Bereichs ansehe – das Team des Zentrums für Energie- und Umweltchemie Jena, das CEEC, das von der FSU abgekoppelt wurde und die Redox-Flow-Batterien auf Basis von Kunststofflösungen generiert –, da sieht man auch, was in den Universitäten einerseits angeschoben und dann später als Idee an anderer Stelle wirtschaftlich vorangetrieben werden kann. Das ist ein Riesenpfund, was wir da in Thüringen haben, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und dieses Riesenpfund kommt natürlich nicht von allein, sondern das unterstützen wir, das regen wir in unseren einzelnen Ministerien gemeinsam für das Land an. Wenn es darum geht, diese Anreize näher zu beschreiben, dann ist es klar, dass wir uns als Landesregierung der Aufgabe von Anfang an gestellt haben, allen Akteuren ein breit gefächertes Förderangebot zur Verfügung zu stellen – Kommunen ebenso wie Unternehmen, Bürgerinnen und Bürgern ebenso wie den Hochschulen.

Unternehmen beispielsweise profitieren vom Programm GREEN invest. Ziel ist es, die Energieeffizienz in kleinen und mittleren Unternehmen ganz klar zu steigern. Wir haben in dieser Förderperiode über 40 Millionen Euro investiert, damit zum Beispiel ein großer Porzellanhersteller ein effizientes Wärmerückgewinnsystem installieren kann und so jährlich über 3 Millionen Kilowattstunden spart, damit beispielsweise ein großer Bäcker in Unterwellenborn ein Blockheizkraftwerk (BHKW) installieren sowie über die Wärmerückgewinnung seiner Öfen und die Installation einer Photovoltaikanlage die Energierechnung deutlich reduzieren kann und gleichzeitig so einen Beitrag für das Klima leistet.

(Beifall DIE BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Oder indem wir beispielsweise große Unternehmen in ihren Produktionsstätten mit LED ausrüsten und damit deutlich machen: GREEN invest ist ein Programm, das euch die Möglichkeit gibt, nachhaltige Energie- und Ressourcenverwendung ganz groß zu schreiben. Es gibt natürlich auch große Förderstrategien und -komplexe, die im Rahmen der Aufstellung der neuen EFRE- und ELER-Programme zu diskutieren sind: RIS3 ist zum Beispiel eines, das sich sehr bewährt hat und woran wir auch festhalten sollten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, auch für Privatpersonen stellt die Landesregierung die entsprechende Förderung bereit, beispielsweise das Förderprogramm Solar Invest. Hier zeigt der Name sehr klar, worum es uns geht: Es geht um den Einsatz von Solarenergie und Speichertechnologien, die wir fördern.

Wir fördern Mieterstrommodelle, weil es sozial gerecht ist, klimafreundlich Energie zu erzeugen. Denn mit den Thüringer Mieterinnen und Mietern gelingt es zu zeigen, dass wir uns auf den richtigen Weg machen, wenn sie von der Energiewende profitieren können. Seit dem Start der Richtlinie im November 2016 haben wir über 750 Anträge mit knapp 7 Millionen Euro bewilligt, zwei Drittel der Bewilligungen entfallen auf die Errichtung von Photovoltaikanlage mit Speicher. Das zeigt, dass wir auch hier auf dem richtigen Weg sind, wir wollen diese Richtlinie trotzdem aber jetzt noch um den Wärmebereich erweitern. Damit stärken wir die dezentrale Energieversorgung und ermöglichen es jedem Einzelnen, zum Energiegewinner zu werden. Wenn Sie wissen wollen, ob Sie beispielsweise auf Ihrem Dach das Potenzial haben, dann stellt unsere Landesenergieagentur mit dem Solarrechner solarrechner-thueringen.de die Informationsplattform bereit, die Sie brauchen, um für sich ausrechnen zu können: Lohnt sich das für mich, ja oder nein?

(Ministerin Siegesmund)

Gleichzeitig haben wir gesagt: Wir müssen so niedrigschwellig wie möglich auch Beratungsangebote verstärken. Gemeinsam mit der Verbraucherzentrale Thüringen – mein großer Dank auch an die Verbraucherzentrale – haben wir gemeinsam mit der ThEGA die Kooperation bei der Energieberatung nicht nur besiegelt, sondern jeder, der eine Energieberatung möchte, die bisher einen Eigenanteil erforderte, kann sich jetzt kostenfrei von der Verbraucherzentrale beraten lassen, wenn es um Klima- oder Energieaspekte geht. Dafür herzlichen Dank an die Kooperationspartner.

(Beifall SPD)

Eine entscheidende Rolle bei Klimaschutz und Energiewende spielen natürlich die Kommunen. Das zentrale Programm hier ist die seit 2017 in Kraft befindliche Förderrichtlinie „Klima Invest“. Die Stadt Meiningen hat zum Beispiel diese Fördermittel genutzt, um die Beleuchtung ihrer Multihalle zu erneuern. Mit der geförderten LED-Beleuchtung werden 75 Prozent des Energieverbrauchs eingespart und trotzdem kann jede Veranstaltung ins richtige Licht gesetzt werden.

Zwischenzeitlich haben wirklich viele Kommunen genau dieses Programm für sich genutzt. Wir helfen den Kommunen, an den entscheidenden Stellen umzusteuern. Die Gemeinde Roßleben beispielsweise konnte durch den Austausch von knapp 1.000 konventionellen Leuchten gegen LED-Leuchten 85 Prozent Energiekosten sparen. 85 Prozent – das sind für die kleine Gemeinde Roßleben 74.000 Euro, wo man ganz klar sieht, das ist Geld, was die Kommune am Ende nehmen kann, um damit andere Projekte, die vielleicht sonst zu kurz gekommen wären, zu finanzieren. Da sage ich Ihnen: Was spricht eigentlich gegen diese Win-win-Situation, die wir damit auch vor Ort erzeugen können? Was mich besonders freut, ist, dass beispielsweise die Gemeinde Roßleben jetzt die Umstellung des nächsten Ortsteils in Wiehe plant und man dort mit dem Einbau von Leuchten mit einer insektenfreundlicheren Farbtemperatur von 3.000 Kelvin Energieeffizienz und Naturschutz besonders groß schreibt. Auch das finde ich wirklich wichtig.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen sehen Sie allein an diesen zwei Beispielen, die Kommunen sind mit uns auf dem Weg, sich auch hier fit zu machen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich zum Bereich „Mobilität“ kommen, weil die Frage der Treibhausgasreduzierung im Verkehrsbereich mit Sicherheit eine der zentralen Zukunftsfragen ist. Es ist schon viel passiert, auch in Thüringen, ohne Zweifel. Mit den Förderprogrammen „E-Mobil Invest“ und „Klima Invest“ existieren zwei Förderprogramme des Landes, wo wir, wenn es um die Anschaffung von Elektrofahrzeugen in Kommunen geht oder wir kommunale Unternehmen stützen können, große Resonanz erfahren. Jetzt haben wir die Konditionen auch noch mal verbessert, weil schwere Nutzfahrzeuge, wie beispielsweise Müllfahrzeuge, natürlich genauso von uns finanziert elektrisch umgestellt werden können. Das Beste an dieser Geschichte ist, die Straßenreinigungsmaschine, die beispielsweise in Gotha gebaut wird, nämlich elektrisch, kann jetzt auch

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

in unseren Kommunen mit dieser Finanzierung quasi zu dem gleichen Preis wie eine reguläre Investition angeschafft werden. Das ist nicht nur leise, das ist sauber. Das ist ein Beitrag zum Klimaschutz.

(Zwischenruf Abg. Hey, SPD: Ein Vorbild!)

Genau.

(Beifall DIE LINKE)

(Ministerin Siegesmund)

Wir zeigen, dass uns die Luft in den Städten wirklich viel wert ist. Das Unternehmen in oder bei Gotha macht das in vorbildlicher Art und Weise.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber weil wir jetzt nicht so lange in Gotha bleiben wollen, gehen wir jetzt wieder nach Erfurt und Jena, wo die ersten voll elektrisch angetriebenen Carsharing-Pkw gefördert werden können. Wenn Sie sich jeweils die Situation der Nahverkehrsbetriebe in Ihren Kommunen angucken, dann wissen Sie doch, dass die Nahverkehrsbetriebe sehr gern inzwischen überlegen, wie sie nicht nur Straßenbahn voll elektrisch fahren lassen können, sondern auch auf Elektrobusse umsteigen. Bad Langensalza hat das gemacht. Jena zieht jetzt nach. Und der Landkreis Nordhausen hat sechs Elektrobusse bestellt, die ab Sommer 2020 sogar neue Anschlüsse in Orte, die bislang gar nicht über den Nahverkehr angeschlossen sind, ermöglichen. Da sieht man, auch in Nordhausen schreibt man Klimaschutz ganz groß, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber wir alle wissen, Elektromobilität kann nur mit entsprechender Ladeinfrastruktur funktionieren. Deswegen will ich auch noch mal meinen Dank in Richtung regionaler Energieversorger ganz klar aussprechen. Wenn wir nicht alle Stadtwerke in Thüringen gemeinsam mit dem Umweltministerium gesagt hätten, wir wollen eine gemeinsame für das Land geltende Ladeinfrastruktur, 32 Energieversorgungsunternehmen, die eine Struktur ermöglichen, die sich basierend auf einer Ladekarte mit einem Bezahlssystem öffentlich zugänglich diesem Ausbau widmen, dann wären wir heute nicht da, wo wir schon sind, nämlich bei einem Ausbau von knapp 300 öffentlich zugänglichen Elektroladesäulen, 24 Stunden, sieben Tage die Woche erreichbar.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir werden bis Ende 2020 400 haben und diese Frage der Reichweitenangst ist damit in Thüringen auch kein Thema mehr. Wir sind diejenigen, die in Thüringen ganz klar zeigen, dass wir mit einem dichten Netz an Ladestationen und dem gemeinsamen Commitment aller regionalen Energieversorger dieses neue Geschäftsfeld für sich auch zu entdecken, wirklich Akzente gesetzt haben – das ist genau der richtige Weg. Ohne Zweifel bleibt aber im Bereich „Mobilität“ noch ungeheuer viel zu tun, das wissen wir alle. Es geht um die Frage, wie wir wirklich bis in die letzten Zipfel des ländlichen Raums es ermöglichen, umweltfreundlich unterwegs zu sein. Dieser Aufgabe wollen wir uns auch mit voller Kraft stellen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Lassen Sie mich zum zweiten großen Bereich kommen, der definitiv genannt gehört, wenn wir CO₂-Emissionen senken wollen, das ist der Bereich „Landwirtschaft und Ernährung“. Kein anderer Bereich unseres Lebens ist so unmittelbar auf den Erhalt unserer Lebensgrundlagen angewiesen wie die Landwirtschaft. Die Hälfte des Landes Thüringen wird genau so bewirtschaftet und deswegen ist der Landwirtschaftssektor auch ein Bereich, der, wenn sich die Klimakrise verschärft, besonders leidtragend ist. Mit verschiedenen Maßnahmen leistet die Landwirtschaft in Thüringen bereits jetzt Beiträge zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen. Dazu gehören neben ihrer effizienten Produktionsweise insbesondere auch ein zunehmender Anteil des Ökolandbaus, der Energiegewinnung aus landwirtschaftlicher Biomasse. An dieser Stelle auch mein Dank an die Länder, die uns gemeinsam im Bundesrat unterstützt haben, Anschlussförderung für die Bioenergie zu erreichen, und Dank an die Beteiligten, die gemeinsam mit uns diese Bundesratsinitiative erarbeitet haben.

Aber der Agrarsektor hält noch vielfältige weitere Minderungspotenziale bereit. Dazu gehört das Reduzieren der Stickstoffüberschüsse und die Frage, wie wir mit den Tierbeständen umgehen. Ich denke, dass wir hier

(Ministerin Siegesmund)

noch große Aufgaben vor uns haben, und genau diesen wollen wir uns auch gemeinsam stellen. Was aber auch klar ist, ist, dass wir es durch eine Reduktion der Lebensmittelabfälle und ein Umstellen im Konsum auch alle selbst in der Hand haben, darüber nachzudenken bzw. ganz klar nicht nur nachzudenken, sondern zu handeln. Es ist eigentlich skandalös, wenn ich mir anschau, wie viele Lebensmittel jährlich weggeschmissen werden.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Uns allen muss klar sein, das sind wertvolle Produkte, meine sehr geehrten Damen und Herren. Das heißt, wir brauchen eine nachhaltigere Landwirtschaft, die das Klima und die Umwelt besser schützt, aber es liegt auch ein Stück weit in der Hand von Verbraucherinnen und Verbrauchern, die richtigen Entscheidungen zu treffen und hier verantwortungsvoll mit diesen Ressourcen umzugehen.

Ich möchte mit Blick auf den letzten Punkt im Klimaschutz, um dann beim Thema „Klimaanpassung“ noch zwei/drei Themen kurz zu skizzieren, noch mal zwei/drei grundlegende Sätze zum Thema „Akzeptanz“ sagen. Mir ist das deswegen wichtig, weil Klimaschutz und die Transformation des Energiesystems in den zurückliegenden Jahren einerseits immer mehr in das Bewusstsein der Gesellschaft gerückt sind und auch auf hohe Akzeptanz stoßen und auf der anderen Seite vor Ort insgesamt mit großen Diskussionen, wenn es um konkrete Planung geht, einhergehen. Ich denke, dass es für uns immer wichtiger wird, so früh wie möglich die Einbindung der Akteure vor Ort sowohl mit institutionellen Interessenvertretern als auch mit den Bürgerinnen und Bürgern zu forcieren. Deswegen haben wir ja nicht nur mit dem Siegel „Faire Windenergie“ kommunale Beteiligungsmöglichkeiten, sondern auch mit dem Klimapavillon, der in Apolda, in Weimar, in Jena stand, zusätzliche Diskussionsmöglichkeiten geschaffen. Allein in Jena waren in diesem Jahr über 20.000 Gäste bei Veranstaltungen, bei Diskussionen, bei Podien und bei Lesungen. Harald Lesch beendete vor anderthalb Wochen die diesjährige Klimapavillondiskussion mit dem, wie ich finde, alles entscheidendem Satz: „Mit der Natur und dem Klima lässt sich nicht verhandeln.“

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, dieser Satz sollte für uns handlungsleitend sein.

„Mit der Natur und dem Klima lässt sich nicht verhandeln“, das bringt mich auch zu dem Punkt „Klimafolgenanpassung“. Bei all den Veränderungen, die ich am Anfang skizziert habe, bei all dem, was wir schon tun, um unsere CO₂-Emissionen zu senken, ist klar: Schon jetzt gibt es Klimafolgen, die wir nicht mehr aufhalten können. Deswegen werden wir in bestimmten Bereichen schon jetzt klüger entscheiden müssen, wenn wir beispielsweise Stadtentwicklungsfragen in den Innenstädten besprechen, die besonders von Hitze im Sommer betroffen sind. Die Hitze in den Städten hat direkte Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit. Gerade in dicht bebauten und versiegelten Innenstädten sind Hitzeinseln ein Problem. Diese Frage der Klimaanpassung wird auch immer drängender, weil heiße Tage und tropische Nächte ja nicht nur Ältere und Kranke belasten, sondern sich unmittelbar auf unser Wohlbefinden auswirken. In Berlin hat die Charité vergangene Woche Zahlen, meine ich, veröffentlicht. Man geht davon aus, dass allein vergangenes Jahr 8.000 Menschen an den Folgen von Hitze, der Situation und den damit einhergehenden Herz-Kreislauf-Problemen starben.

Auch mittelbar führt diese Frage zu gesundheitlichen Gefahren. Es ist nicht nur die Hitze, es ist die steigende Pollenbelastung, es sind das vermehrte Auftreten und die erhöhten Infektionsraten mit Borreliose, viele andere Dinge, die uns, was unsere menschliche Gesundheit betrifft, vor große Herausforderungen stellt. Deswegen bin ich froh, dass wir richtigerweise Hitzeaktionspläne, Informationen über Hitzefolgen erstellen.

(Ministerin Siegesmund)

Dass in den Kommunen bei Stadtentwicklungsfragen dieses Thema stärker eine Rolle spielt, ist, denke ich, wenn es um Bauwesen, Stadtplanung, Hitzeschutz in den Städten geht, hoffentlich eine Selbstverständlichkeit. Nein! Nicht nur „ich hoffe es“, es muss eine Selbstverständlichkeit werden, meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein ganz konkretes Beispiel für Hitzeschutz ist unser Programm „Grüne Schulhöfe“. Wenn man sich anschaut, dass manche Schulhöfe nichts anderes sind als Betonbüsten, dann finde ich, haben wir hier eine Möglichkeit, gemeinsam mit der Deutschen Umwelthilfe durch ganz klare Maßnahmen der Flächenentsiegelung, der Wasserbereitstellung, mit dem Schaffen von grünen Inseln nicht nur Lebensqualität zu steigern, sondern auch an diesen öffentlichen Gebäuden Akzente zu setzen. Zum Start des neuen Schuljahrs haben wir bereits die ersten grünen Schulhöfe eröffnen können; der erste war in Stadtroda. Ich habe mich sehr gefreut, dass der Förderverein der Schule, die Schule selbst und die Schülerinnen und Schüler diese Idee gemeinsam vorangetrieben haben.

Die Klimakrise verändert aber nicht nur die Frage der Hitze in den Städten, sondern auch den Kreislauf von Niederschlag und Verdunstung. Damit steigert sie merklich das Niedrigwasserrisiko. Mehrere Landkreise in Thüringen haben deshalb bereits diesen Sommer die Nutzung von Wasser aus Flüssen, Bächen und Seen untersagt. Aber gleichzeitig steigt die Gefahr von Hochwasser. Es ist zwar nicht mit größeren Scheitelhöhen von Hochwasser zu rechnen, aber sie können häufiger auftreten und möglicherweise auch länger andauern. Deswegen haben wir gemeinsam nicht nur mit dem Wassergesetz, sondern auch mit der Finanzierung und dem Etablieren der Gewässerunterhaltungsverbände ganz klar als Landesregierung gezeigt, wir handeln, weil es uns wichtig ist, das Beste zu tun, meine sehr geehrten Damen und Herren, um sich alle in den Kommunen gegen genau diese Gefahrensituation bestens vorbereiten zu lassen.

Das Problem, zu wenig Wasser zu haben, wird auch und ganz besonders in unseren Wäldern sichtbar. Hitze und Trockenheit haben viele Fichten verdursten lassen. Genauso leiden Buchen unter den Bedingungen. Deswegen haben wir mit dem „Aktionsplan Wald“ gezeigt, dass wir ganz klar auch hier angesichts der Geschwindigkeit, mit der die Klimakrise sich auf den Wald auswirkt, eine Verstärkung des Waldumbaus brauchen hin zu risikoärmeren Mischwäldern, zu klimastabileren Wäldern und zu einer naturnäheren Bewirtschaftung. Das sind alles keine Dinge, die sich innerhalb von zwei Tagen erledigen lassen – im Gegenteil. Aber jetzt geht es um die Frage, diese schwierigen, langwierigen Prozesse anzustoßen. Wir widmen uns dem mit voller Kraft, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Ich will zum Schluss ganz klar sagen: Wenn man einen Strich unter die Frage zieht, ob sich diese Landesregierung entschieden und entschlossen dem Thema „Klimaschutz“ gewidmet hat, dann können wir ganz klar sagen: In all diesen Facetten haben wir uns deutlich – nicht nur finanziell, sondern auch strukturell – dieser Frage gewidmet. Klar ist aber auch, in viereinhalb Jahren lassen sich diese Prozesse nicht alle komplett beenden, sondern maximal anstoßen. Deswegen ist es auch umso wichtiger, dass wir angesichts der Rahmenbedingungen, die wir uns selber gesetzt haben, entschlossen und entschieden weiterhandeln. Es ist aber genauso wichtig, dass wir entschlossen und entschieden auch vom Bund einfordern, die Aufgabe „Klimaschutz“ ernster zu nehmen. Deswegen werden wir als Land im Bundesrat eine Initiative zur Abstimmung stellen, die wir schon vor gut einem Jahr vorgelegt haben und derer ich mir sicher bin, für die bis zum Sommer 2019 politische Mehrheiten noch nicht möglich waren. Es geht um „Klimaschutz in das Grundgesetz“. Wer wissen möchte, welche Bundesländer es genauso ernst meinen wie wir, der kann am 11. Oktober im Bundesrat schauen, ob es uns gelingt, Klimaschutz nicht nur als Daueraufgabe quer über all die Bereiche,

(Ministerin Siegesmund)

die wir eben gestriffen haben, zu legen, sondern endlich zu einem Punkt zu machen, der nicht von Kassenlagen oder politischen Mehrheiten abhängt, sondern der dem gerecht wird, was es tatsächlich ist, nämlich der Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es geht um unsere Zukunftsfähigkeit und deswegen will ich auch sehr klar sagen: Nicht handeln können wir uns nicht leisten.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb sind wir aktiv. Wir sind aktiv für die Menschen, die hier leben, wir sind aktiv für unsere Natur, die wir lieben. Wir wollen, dass die Lebensbedingungen in Thüringen mindestens so gut bleiben. Wir wollen Potenziale heben, wir wollen uns diesen notwendigen Veränderungsprozessen mit voller Kraft widmen. Es geht um eine lebenswerte Umwelt, ein lebenswertes Land, um eine starke Wirtschaft, um den Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen und es geht um unsere Zukunft und die unserer Kinder und Kindeskiner. Dem widmen wir uns mit voller Kraft. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank, Frau Ministerin. Ich gehe davon aus, dass die Aussprache zur Regierungserklärung von den Fraktionen gewünscht wird. Dann kommen wir zur Aussprache, die ich hiermit eröffne. Ich gebe Herrn Abgeordneten Gruhner von der CDU-Fraktion das Wort.

Abgeordneter Gruhner, CDU:

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst, Frau Ministerin, herzlichen Dank für Ihre Regierungserklärung. Gleichwohl muss ich sagen, ist sie eigentlich eine überflüssige Regierungserklärung, weil wir nichts Neues gehört haben. Sie haben nicht einen neuen Vorschlag gemacht, der über das hinausgeht, was eigentlich ohnehin schon bekannt ist. Stattdessen haben wir hier vier Wochen vor der Landtagswahl eine Art Selbstvergewisserung Ihrer eigenen Politik gehört. Das kann man machen, aber ich finde in einer Regierungserklärung muss mehr kommen als eine Aneinanderreihung dessen, was man bisher gemacht hat. Ich hätte mir gewünscht, dass wir heute tatsächlich hören, was eigentlich Ihr Plan darüber hinaus ist, was wir hier eigentlich schon mehrfach und dreifach gewendet alles schon diskutiert haben.

(Beifall CDU)

Deswegen kann ich nur sagen: Eigentlich sind Sie heute im Kern, in der Gegenwart stehen geblieben und das passt ja auch ein Stück weit zu dem, was wir in diesen Tagen erleben. Die Linke schreibt ja auch über ihr Wahlprogramm „Die Gegenwart gestalten“. Das kann man alles machen, aber ich glaube, es geht in diesem Land darum, dass wir Zukunft gestalten und deswegen muss man das an dieser Stelle so deutlich unterstreichen.

(Beifall CDU)

Deswegen ist es ein Stück weit schade um die Zeit, weil wir uns gewünscht hätten, dass wir uns austauschen, was wir jetzt als Nächstes machen,

(Zwischenruf Abg. Henfling, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Dann hören Sie doch auf, Herr Gruhner, wenn es schade um die Zeit ist!)

(Abg. Gruhner)

Ich will Ihnen gern einige Punkte sagen, die uns für die Zukunft wichtig sind, denn ich glaube, es hilft wenig, wenn wir uns immer nur mit dem aufhalten, was wir bereits mehrfach diskutiert haben.

Das Erste, was uns wichtig ist: Wir wollen, dass das Nachhaltigkeitsprinzip als Staatsziel in unsere Landesverfassung kommt.

(Beifall CDU)

Da geht es eben nicht nur um die Frage des Klimaschutzes, es geht auch um Klimaschutz, es geht aber auch um Fragen wie Generationengerechtigkeit. Deswegen ist es richtig, dass man ganz klar sagt, wir müssen hier auch in unserer Landesverfassung ein deutliches Zeichen setzen.

Das Zweite: Wir sind der Überzeugung, wir brauchen, wenn wir uns denn Klimaziele in diesem Land gegeben haben, auch klare Kontrollmechanismen, wie wir diese Klimaziele einhalten wollen. Und da sind wir der Überzeugung, dass es eben nicht reicht, dass man mal alle fünf Jahre hinguckt, wo man steht, sondern dass man tatsächlich überlegt, wie wir es schaffen, dass wir jedes Jahr auch genau darauf gucken, die Ziele, die wir uns gegeben haben, einzuhalten. Dazu gehört im Übrigen auch, dass man sich in jedem Jahr im Parlament mit dieser Frage beschäftigt und sehr, sehr konzentriert gemeinsam daran arbeitet: Schaffen wir es tatsächlich unsere Ziele einzuhalten?

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: So steht es im Klimagesetz!)

Also ein klarer Kontrollmechanismus.

(Beifall CDU)

Im Klimagesetz steht im Unterschied dazu, dass man das eben nur in größeren Abständen macht und nicht jedes Jahr. Deswegen ist das ein Vorschlag, der darüber hinausgeht.

Ein dritter Punkt, den ich ansprechen will – und ich finde, auch darüber müssen wir uns mit Blick auf die Zukunft unterhalten –, ist die Frage: Wie organisieren wir eigentlich die Regierungspolitik, wenn es um Klimaschutz geht? Da haben Sie gleich zu Beginn dieser Legislaturperiode einen ganz zentralen Fehler gemacht, indem Sie – und das rächt sich jetzt in den aktuellen Debatten – die Frage der Forstpolitik und die Frage der Umweltpolitik auseinandergerissen haben, indem sie unterschiedliche Zuständigkeiten geschaffen haben. Gerade wenn wir von mir aus über das Wort „Klimakrise“ reden, wäre es doch wichtiger, dass wir tatsächlich auch Regierungspolitik aus einem Guss erleben, dass die wichtige Frage der Rettung des Waldes selbstverständlich auch ganz eng verzahnt mit Umweltpolitik, mit Energiepolitik sein muss. Deswegen ist auch das eine Frage, über die wir reden müssen. Hier haben Sie einen klaren Fehler gemacht und deswegen ist das auch eine Zukunftsfrage, um die es uns geht.

(Beifall CDU)

Dann will ich viertens sagen, was wir wollen und worüber wir sprechen wollen. Wir wollen, dass wir in diesem Land auch über eine CO₂-Bindungsprämie reden, also dass wir nicht immer nur darüber sprechen, wie bestrafen wir jene, die CO₂ ausstoßen. Zu dieser Frage werden wir noch kommen, da hat die Bundesregierung ja vorgelegt. Aber dass wir auch mal darüber reden: Wie belohnen wir eigentlich jene, die sich tatsächlich mit Wald- und Forstwirtschaft verdient machen, einen wirklich substanziellen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten? Deswegen lassen Sie uns auch über die Frage einer CO₂-Bindungsprämie reden. Auch das sind Zukunftsfragen, über die wir diskutieren sollten.

(Abg. Gruhner)

Ich will hier einen fünften Punkt nennen. Wir wollen, dass wir deutlich mehr in die Wiederaufforstung gehen, dass wir nicht nur das wieder aufforsten und nicht nur dort Bäume pflanzen, wo wir jetzt Schäden haben, sondern dass wir auch über zusätzliche Flächen reden, dass wir darüber reden, wo können wir über das an Aufforstung hinausgehen, was wir bisher vor dieser Krise schon an Wald gehabt haben. Deswegen geht es um möglichst zusätzlichen Wald in Thüringen. Auch darüber müssen wir reden, dazu haben Sie heute nichts gesagt.

Dann will ich einen sechsten Punkt nennen. Wir wollen darüber sprechen – und da sind wir uns sogar einig –, wie wir es schaffen, bis 2030 unsere Landesverwaltung CO₂-neutral zu machen. Auch das ist eine Zukunftsfrage, die haben Sie heute nur angerissen.

(Beifall CDU)

Ich will siebentens sagen: Wir müssen, wenn wir über Klimaschutz reden und eben nicht nur über das, was bisher gelaufen ist, sondern mit Blick auf die Zukunft, uns noch intensiver auch hier unterhalten, welche stillgelegten Bahnstrecken wir in diesem Land reaktivieren wollen. Auch das ist ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz.

(Unruhe DIE LINKE)

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wer hat sie denn stillgelegt?)

Ich hätte mir gewünscht, dass auch dazu heute wirklich konkrete Aussagen kommen. Das war Fehlanzeige, statt dessen haben Sie sich mit dem aufgehalten, was Sie in den letzten Jahren gemacht haben, aber auch da kein Blick in die Zukunft.

Und letztlich, auch das will ich noch sagen, als achter Punkt mit Blick auf die Frage der Anpassungsmaßnahmen: Wir sollten darüber sprechen, wie wir es schaffen, beispielsweise Landwirte steuerrechtlich so auszustatten, dass sie Risikorücklagen bilden können, um tatsächlich auch in Situationen ertragsarmer Jahre steuerfrei Rücklagen bilden zu können,

(Zwischenruf Abg. Kummer, DIE LINKE: Die Anträge unserer Fraktion sind von Ihrer Fraktion im Bundestag abgelehnt worden!)

um dann besser für Krisen gerüstet zu sein. All das sind Vorschläge, die wir deutlich sagen, weil es darum geht, dass wir uns jetzt darüber unterhalten, was wir in der Zukunft tun wollen, und uns eben nicht hier hinstellen und einfach nur über das reden, was in den letzten fünf Jahren gelaufen ist. Das ist mit Blick auf die Zukunft eindeutig zu wenig.

(Beifall CDU)

Dann will ich aber dennoch zu dem kommen, was Sie gesagt haben. So überflüssig die Regierungsklärung war, so aufschlussreich war sie ja an der einen oder anderen Stelle trotzdem, wenn man mal die Frage diskutiert, was für eine Art Klimaschutz Sie eigentlich in diesem Land wollen. Mit Blick auf das Klimapakete der Bundesregierung hat sich Ministerpräsident Herr Ramelow letzte Woche zitieren lassen, das wäre alles vage und mutlos.

(Zwischenruf Ramelow, Ministerpräsident: Ja!)

Die Umweltministerin, Frau Siegesmund, sagt, es ist alles gescheitert. Es wird aufseiten der Grünen davon gesprochen, es gibt so viele Lücken, es reicht alles nicht, ist alles nicht teuer genug. Herr Habeck hat ja seine großen Wissenslücken im Steuerrecht am Wochenende auch noch mal unterstrichen. Aber er hat ja eines

(Abg. Gruhner)

darüber hinaus gesagt, er hat gesagt, es könne nicht sein, dass man die Pendlerpauschale stärker erhöht als jetzt der Spritpreis ansteigt. Ich meine, das sind alles Erkenntnisse, die kann man mal so deutlich diskutieren. Wenn Sie sagen, das ist alles zu wenig, wenn Sie sagen, das sind viel zu große Lücken, wenn Sie sagen, das CO₂ ist noch lange nicht teuer genug, dann sagt uns das doch nur eines: Sie wollen Klimaschutz ohne Rücksicht auf Pendler, ohne Rücksicht auf den ländlichen Raum, ohne Rücksicht auf Familien, ohne Rücksicht auf die, die sozial schwächer sind. Da kann ich nur sagen, die Erderwärmung bekämpft man nicht durch soziale Kälte.

(Beifall CDU)

Aber genau das ist es, was Sie offensichtlich wollen.

(Unruhe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen will ich Ihnen sagen: Wir müssen wirklich aufpassen, dass wir Klimaschutz, dass wir tatsächlich effiziente Maßnahmen am Ende nicht zu einem Eliteprojekt in dieser Gesellschaft machen. Klimaschutz darf kein Eliteprojekt sein.

(Beifall CDU)

Wer eine Politik macht, die genau dazu führt, der wird grandios scheitern, weil er den Zusammenhalt dieser Gesellschaft gefährdet, weil er diese Gesellschaft auseinandertreibt. Ich meine, wir müssen uns doch nichts vormachen: Wie ist denn die Realität?

(Zwischenruf Abg. Harzer, DIE LINKE: Sie treiben sie auseinander!)

Die Realität ist: Da sind auf der einen Seite jene, die sagen, dass ihnen das alles nicht weit genug geht, CO₂ muss viel, viel teurer sein. Und auf der anderen Seite sind jene, die sagen und sich vor allem Sorgen machen: Kann ich mir das eigentlich noch leisten? Kann ich in Zukunft noch so auf Arbeit fahren, dass das am Ende irgendwie noch Sinn macht, arbeiten zu gehen? Viele Familien stellen sich die Frage, ob sie sich das noch leisten können. Senioren stellen sich die Frage, ob sie sich das am Ende leisten können. Das muss man doch am Ende zusammendenken. Deswegen ist es wichtig, dass man eben nicht sagt – wie Sie –, wir machen das jetzt mit voller Kraft – man könnte auch sagen: wir gehen jetzt mit dem Kopf durch die Wand –, sondern dass man eben genau schaut, wie bringt man die unterschiedlichen Interessen in einen Ausgleich, dass diese Gesellschaft auch in der Frage des Klimaschutzes zusammenbleibt. Deshalb will ich, weil Sie das heute auch gleich am Anfang noch mal aufgegriffen haben, natürlich zum Klimapaket der Bundesregierung einige Bemerkungen machen, weil ich finde, da werden doch genau die richtigen Maßnahmen gesetzt. Es geht um die grundsätzlichen Fragen der CO₂-Bepreisung und des Kontrollmechanismus, das ist sozusagen der Rahmen. Aber wenn wir dann mal die konkreten Maßnahmen anschauen, dann kann ich nicht erkennen, was daran eigentlich so kritikwürdig ist. Der Strompreis wird gesenkt, indem die EEG-Umlage langfristig gesenkt wird, die Pendlerpauschale steigt, alte Ölheizungen werden ausgetauscht – im Übrigen ein Vorschlag, der von der Thüringer CDU gekommen ist, eine Abwrackprämie für alte Ölheizungen auch einzuführen. Wohngeldbezieher werden bei steigenden Heizkosten mit einer Erhöhung der Zuwendung um 10 Prozent unterstützt. Die energetische Sanierung von Gebäuden wird steuerlich absetzbar. Die Mehrwertsteuer für Bahntickets im Fernverkehr wird von 19 auf 7 Prozent verringert, und es gibt zusätzliches Geld zur Förderung des Personennahverkehrs.

(Beifall CDU)

(Abg. Gruhner)

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wann fangen wir das an? Sagen Sie immer die Jahreszahl dazu!)

Da kann ich nur sagen, wenn man das alles mal zusammennimmt, ist das ein gutes Paket und zu diesem Paket stehen wir auch in aller Deutlichkeit.

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das noch zwei Jahre auf sich warten lässt!)

Dieses Paket bringt Ökonomie und Ökologie zusammen, es steht für den Zusammenhalt der Gesellschaft. Es ist im Übrigen ein riesiges Konjunkturpaket für Mittelstand und Handwerk und es ist ein gewaltiges Investitionsprojekt für die Schiene in Deutschland. Deswegen kann man diese Kritik, die hier von unterschiedlichen Seiten – sowohl von Grün als auch von Blau – aus unterschiedlicher Perspektive an diesem Paket immer wieder vorgetragen wird, eigentlich nur zurückweisen. Dieses Klimapaket zeigt eines, nämlich wie Maß und Mitte beim Klimaschutz geht, und deswegen ist da ein gutes Paket, was hier vorgelegt wurde.

(Beifall CDU)

Nun will ich dann doch noch mal auf ein paar Dinge eingehen, die Sie mit Blick darauf ausgeführt haben, was Sie hier in den letzten fünf Jahren gemacht haben. Ich will mich auf zwei Dinge beschränken. Das Erste ist – weil es die große Frage des Klimaschutzes auch in diesem Land ist – die Frage der Rettung des Waldes. Das ist eine zentrale Frage, wenn wir beim Klimaschutz vorankommen wollen, weil der Wald der CO₂-Safe schlechthin ist. Man muss einfach sagen – und Sie werden lautstark widersprechen –, aber man muss einfach sagen, bei der Rettung des Waldes hat diese Landesregierung nicht geliefert. Das ist Fakt.

(Beifall CDU)

(Zwischenruf Abg. Harzer, DIE LINKE: Wir haben es nicht regnen lassen!)

Sie haben deswegen nicht geliefert, weil Sie gezögert haben, weil Sie zu spät gehandelt haben und damit ein Stück weit auch die Krise im Wald verschärfen. Ich will noch mal daran erinnern, dass es unsere Fraktion gewesen ist – da stellen Sie sich ja oft hin und sagen, wir würden keine Vorschläge machen –, die im November 2018 hier in diesem Haus einen Antrag vorgelegt hat „Konsequenzen aus der aktuell dramatischen Lage im Forst ziehen“ – im November 2018! –. Was ist dann passiert?

(Zwischenruf Siegesmund, Ministerin für Umwelt, Energie und Naturschutz: Im August haben wir Bäume gepflanzt!)

Der Antrag wurde ewig von Ihnen ignoriert, bis Sie dann im Juni – über ein halbes Jahr später – mal gesagt haben: Na ja, eigentlich ist es ja doch nicht so falsch, was die CDU vor einem halben Jahr vorgeschlagen hat. Das Problem ist nur, dass sich die Situation im Wald in dieser Zeit weiterentwickelt hat. Deswegen will ich Ihnen eines sagen: Natürlich sind Sie nicht daran schuld, wie der Zustand des Waldes ist, selbstverständlich nicht, aber Sie sind daran schuld, dass mit Blick auf die Lösung dieser Krise lange Zeit gependelt wurde, und diesen Vorwurf müssen Sie sich machen lassen.

(Beifall CDU)

Deswegen haben Sie in dieser zentralen Frage für den Klimaschutz nicht geliefert.

Jetzt will ich ein zweites Thema ansprechen – Sie sind selber darauf eingegangen und auch heute kann man es natürlich nicht ersparen –: Sie machen – und das sagen wir aus voller Überzeugung – Klimapolitik auf Kosten des ländlichen Raums, weil genau dafür Ihre Windkraftpolitik steht. Sie haben das selbst angesprochen und deswegen will ich noch einmal darauf eingehen. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass viele

(Abg. Gruhner)

Menschen, vor allem auch im ländlichen Raum, das Gefühl haben, dass gerade bei der Energiewende der ländliche Raum zu einer Art Resterampe verkommt für den Energiehunger der Ballungsgebiete und der großen Städte.

(Zwischenruf Abg. Tasch, CDU: Das ist wirklich wahr!)

Dieses Gefühl ist da. Wenn man sich zum Beispiel Sankt Gangloff anschaut, 82.000 Quadratmeter Wald stehen in Rede, die geholt werden sollen für Windräder, dann ist das auch nicht ein abstraktes Gefühl, sondern es kommt aus einer konkreten Situation heraus. Deswegen wäre es umso wichtiger gewesen, dass Sie in dieser Legislaturperiode ein Stück weit auch auf die Vorschläge, die wir ja gemacht haben, zugegangen wären – Mindestabstände. Sie haben es verschlafen, die Länderöffnungsklausel zu nutzen; jetzt ist sie weg. Die Frage des Waldgesetzes, da haben Sie auch nicht mitgemacht. Ich sage gleich etwas zu Ihren Beschwichtigungen, die Sie mit Blick auf Wind im Wald gesagt haben. Aber auch die Frage Moratorium für den Windkraftausbau, auch da haben Sie überall nicht mitgemacht. Sie mögen Ihre Gründe haben, ich sage Ihnen aber nur, das sind alles verpasste Chancen, wenn man über die Frage redet, wie wir es schaffen, den ländlichen Raum und die großen Städte bei der Frage der Energiewende zu versöhnen. Da haben Sie hier eine riesengroße Chance in dieser Legislaturperiode verpasst.

(Beifall CDU)

Was haben Sie stattdessen gemacht? Sie haben gestern, vier Wochen vor der Landtagswahl, einen Runden Tisch zum Windkraftausbau einberufen. Ich erinnere daran, die größte Oppositionsfraktion hat nicht einmal eine Einladung bekommen, also so sehr kann Ihnen nicht an Dialog gelegen sein.

(Zwischenruf Siegesmund, Ministerin für Umwelt, Energie und Naturschutz: Die Regierungsfractionen auch nicht!)

(Zwischenruf Abg. Kießling, AfD: Wir auch nicht!)

Deswegen kann ich nur sagen, wer solche Veranstaltungen vier Wochen vor einer Landtagswahl „inszeniert“, kann man ja schon sagen, obwohl er fünf Jahre lang diesen Dialog in dieser Form nicht gesucht hat, dem spreche ich jede Glaubwürdigkeit ab, dass er daran interessiert ist, wirklich in dieser Frage Konsens herbeizuführen.

(Beifall CDU)

(Unruhe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dann ist es auch so, dass Sie den Leuten Sand in die Augen streuen. Sie sagen jetzt, weil Sie merken, der Protest mit Blick auf die Frage Windkraft im Wald ist groß: Na ja, wir wollen jetzt, dass die Regionalen Planungsgemeinschaften noch einmal genauer hinschauen und dass auf Kalamitätsflächen Windkraft künftig errichtet werden soll und man soll insbesondere dort einen Schwerpunkt darauf legen. Die Frage ist doch, dass wir am Ende hinschauen und sagen: Wir wollen gerade in diesen Bereichen Wiederaufforstung. Wir wollen nicht, dass Waldumbau an diesen Stellen heißt mehr Windräder auf Waldflächen, sondern wir wollen, dass wir genau diese Flächen wieder aufforsten. Deswegen ist das nichts weiter als Beschwichtigung, die Sie an dieser Stelle gemacht haben.

(Beifall CDU)

(Zwischenruf Abg. Lukasch, DIE LINKE: Ihr wisst doch gar nicht, was ihr sagt!)

(Zwischenruf Abg. Harzer, DIE LINKE: Ach, Herr Gruhner, das ist ja peinlich!)

(Abg. Gruhner)

Dass es auch anders geht, zeigt das Beispiel Bayern. Bayern ist trotz 10H-Regelung führend bei den erneuerbaren Energien

(Zwischenruf Abg. Harzer, DIE LINKE: Bayernforst!)

und das zeigt, es geht, wenn man es nur will.

Präsidentin Diezel:

Herr Harzer, Sie haben dann das Wort.

Abgeordneter Gruhner, CDU:

Ich will – auch wenn das nicht Gegenstand Ihrer Regierungserklärung war – trotzdem, weil wir ja auch zur Kenntnis nehmen, was die AfD in diesem Land immer wieder zu dieser Frage erzählt, schon auch zwei bis drei Sätze dazu sagen, weil wir, wenn wir mit Blick auf die Zukunft reden, uns ja auch einmal anschauen müssen, was eigentlich alle Mitbewerber hier so vorhaben. Wir wissen alle, die AfD sagt in ihrem Programm, dass es menschenverursachten Klimawandel nicht gibt. Da will ich den selbsternannten Mächtegernpatrioten von der AfD zunächst erst einmal sagen: Wer sich die Situation des deutschen Waldes, und ich will gar nicht über wissenschaftliche Ergebnisse sprechen

(Zwischenruf Abg. Kießling, AfD: Wir reden nicht über Wald, wir reden über Klima!)

– hören Sie zu! –, vorstellt und wer diese Situation sieht, der kann sich doch nicht ernsthaft hinstellen und Klimawandel leugnen. Ich kann Ihnen nur sagen: Wer Klimawandel angesichts dieser Situation leugnet, der hat offensichtlich für unsere Heimat überhaupt nichts übrig.

(Beifall CDU)

(Zwischenruf Abg. Kießling, AfD: Wir leugnen den Klimawandel nicht!)

Dann ist es doch sehr aufschlussreich, wenn man mal schaut, was eigentlich Ihre Antwort ist. Sie sagen also in Ihrem Wahlprogramm für Thüringen: Energiewende wollen Sie nicht und stattdessen mehr Gaskraftwerke, vor allem mit mehr Gas aus dem Ausland, aus den USA, Russland, sonst woher. Da kann ich auch nur sagen, das ist doch letztlich aberwitzig, wenn die Mächtegernpatrioten von der AfD als erste Antwort haben: mehr Gas aus dem Ausland, mehr Abhängigkeit der deutschen Energieversorgung aus dem Ausland.

(Zwischenruf Abg. Kießling, AfD: Als Brückenenergie!)

Das ist wirklich nicht Ihr Ernst, das ist ein Witz und deswegen kann man nur sagen: Auf so eine glorreiche Idee können eigentlich nur Sie kommen.

(Beifall CDU)

Aber noch spannender finde ich dann Ihre Antwort auf die Frage, wie wir eigentlich mit dem Klimawandel zurechtkommen wollen, wie wir tatsächlich die Folgen des Klimawandels managen. Und da sagen Sie in Ihrem Programm – Zitat –: unter anderem durch eine „ausreichende Klimatisierung von Gebäuden“. Also ich fasse das mal so zusammen: Die Antwort der AfD auf den Klimawandel lautet: Noch mehr Gas aus dem Land in noch mehr Gaskraftwerken verfeuern, um mit noch mehr fossilem Strom noch mehr Klimateanlagen zu betreiben. Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen, auf so einen satirereifen Schwachsinn können eigentlich nur die Kollegen von der AfD kommen.

(Beifall CDU, DIE LINKE)

(Abg. Gruhner)

Und wenn Sie dann in diesen Tagen überall plakatieren, dass Sie sich Ihr Land zurückholen wollen, dann kann ich nur sagen, ihr wollt euch euer Land zurückholen, dann kauft euch eine Zeitmaschine, macht euch ab ins 19. Jahrhundert, da gibt es genug Dampfmaschinen, mit denen ihr jeden Tag ganz lange spielen könnt.

(Beifall CDU, DIE LINKE, SPD)

Deswegen will ich abschließend sagen: Die Antwort auf die Klimahysterie, die wir natürlich auch erleben, kann eben nicht Klimawandelleugnung sein, weil genau dieses Schwarz-Weiß-Denken – und da gehört Klimahysterie genauso dazu wie diese Klimawandelleugnung – die Gesellschaft immer weiter auseinander treibt. Wir erleben das auch in anderen politischen Bereichen. Das kann nicht die Antwort sein. Erderwärmung bekämpft man am besten mit kühlem Kopf, könnte man auch sagen, und deswegen will ich das ganz deutlich für uns sagen: Gute Energiepolitik, guter Klimaschutz gehen nur mit gesundem Menschenverstand, gehen nur mit Maß und Mitte. Genau davon brauchen wir mehr und genau dafür stehen wir als CDU hier in Thüringen. Vielen Dank.

(Beifall CDU)

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wo ist jetzt Ihr Vorschlag?)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter. Es spricht jetzt zu uns Abgeordneter Harzer von der Fraktion Die Linke.

Abgeordneter Harzer, DIE LINKE:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Fraktionen, einen wunderschönen guten Morgen an einem etwas verregneten Tag, vernieselten Tag! Es ist ja auch Zeit, dass wieder einmal etwas Wasser von oben herunterkommt. Im Sinne von „von oben kommt“ möchte ich mit einem Zitat vom Katholischen Büro Erfurt im Zuge des Anhörungsverfahrens zum Integrierten Maßnahmenprogramm zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels im Freistaat Thüringen beginnen. Hier heißt es zu der Klimahysterie: „Die zunehmende globale Erwärmung stellt uns vor große Herausforderungen, denen wir nach übereinstimmender Meinung der Wissenschaft kaum entrinnen, sondern die wir allenfalls abmildern können. Insofern ist es zu begrüßen, wenn die zu erwartenden Folgen des Klimawandels für die einzelnen Bereiche der Gesellschaft und der Wirtschaft abgeschätzt und wirksame Anpassungsstrategien geplant werden. [...] Nicht nur ist mittlerweile zweifelsfrei festgestellt und für alle offensichtlich, dass unsere Art zu leben wesentliche und oft negative Auswirkungen auf unsere Umwelt hat. Es ist auch klar, dass ein ‚Weiter so‘ in vielen Bereichen schlicht keine Alternative mehr darstellt. Anpassungen an die Folgen des Klimawandels muss auch Veränderung unseres Lebensstils bedeuten“, schreibt die katholische Kirche. So viel also auch zu der Hysterie, die Sie jetzt hier zum Ende Ihrer Rede noch beschrieben haben, Herr Gruhner. Dies ist ja nicht nur die Meinung des Katholischen Büros in Erfurt, sondern ist auch die Meinung vom Papst Franziskus, wie er in seiner Umwelt- und Sozialenzyklika „Laudato si“ beschrieben hat. Insofern ist es, denke ich, wichtig, dass wir heute nicht umsonst und nicht unnütz über Klimaschutz reden und dass wir auch zum Ende dieser Legislatur das tun, was wir die ganze Legislatur über betrieben haben, nämlich Energiepolitik und Klimaschutz nicht nur zu diskutieren, sondern auch umzusetzen. Es hat eine gewisse Eigendynamik entwickelt, diese ganz Frage des Klimaschutzes, auch bedingt durch Greta Thunberg und auch bedingt durch Fridays for Future.

(Abg. Harzer)

Jahrelang wurde von allen politischen Akteuren im öffentlichen Raum immer wieder beklagt, die Jugend ist unpolitisch, die Jugend tut nichts für die Zukunft. Der Jugend ist es egal, was im politischen Raum passiert. Die Jugend sitzt ja auch heute oben auf den Rängen. Auf einmal geht die Jugend auf die Straße, auf einmal demonstrieren Jugendliche für ihre Zukunft und dann heißt es: Nein, das dürfen Sie auch nicht, weil, das machen sie am Freitag, das machen sie ja während der Schulzeit. Die sollen es doch am Samstag machen und sollen sich gefälligst da hinstellen und demonstrieren, wenn es keinen interessiert, weil, da fällt keine Schule aus.

Aber die Jugend hat sich nicht beirren lassen, die Jugend hat sich politisiert und es ist gut, dass sie sich politisiert. Letzten Freitag sind deutschlandweit 1,4 Millionen Jugendliche auf die Straße gegangen,

(Beifall DIE LINKE)

in Erfurt allein 2.000, in Jena 2.000 und weltweit sind Millionen Menschen auf die Straße gegangen, Millionen Jugendliche und haben für ihre Zukunft demonstriert. Ich denke, das ist gut so. Diese Jugendlichen haben mit ihrer Demonstration Pro Klimaschutz und Pro-Klimaschutz-Bewegung einiges auch im öffentlichen Raum bewirkt. Sie haben auch bewirkt, dass unsere Bundesregierung sich endlich bewegt, dass unsere Bundesregierung etwas tut. Ob es richtig ist, darauf kommen wir noch zurück.

Es ist – denke ich – wichtig, dass wir auch darüber reden, auch heute, wenn in Erfurt eine Klimaschutzdemonstration ist, und auch heute, wenn die Kanzlerin hier nach Erfurt kommt und hier in diesem Saal, den wir dann nicht mehr betreten dürfen, entsprechend empfangen wird. Es ist – denke ich – richtig, darauf zu verweisen und das hat auch die Ministerin gemacht, dass das Klimapaket des Bundes viel zu lückenhaft ist und nicht ausreichend ambitioniert genug, um die Klimaschutzziele von Paris 2015 erreichen zu können.

Ich möchte nur mal auf ein Ziel verweisen, was die Kanzlerin vor ungefähr 10 Jahren ausgegeben hat. Zum 01.01.2020 sollten laut Frau Merkel eine Million Elektrofahrzeuge auf den deutschen Straßen fahren. Zum 01.01.2019 waren 90.000 Stück zugelassen. Diese Differenz muss man auch mal sehen und diese Differenz ergibt sich natürlich auch aus der zurückliegenden Politik der Bundesregierung, federführend unter der CDU, dass keine Anstrengungen unternommen wurden, um E-Mobilität überhaupt zu fördern und E-Mobilität auf die Straße zu bringen. Erst in den letzten Jahren wird es entsprechend gemacht.

Ich kann da mittlerweile durchaus eigene Erfahrungen mitbringen. Ich fahre seit circa 14 Tagen ein Elektroauto, vier Jahre alt, mit einer Reichweite von 140 km und ich weiß, wie es ist, wenn man ein bisschen mehr Gas gibt und dann die letzten Kilometer überlegt, komme ich denn noch nach Erfurt oder komme ich nicht mehr nach Erfurt. Komme ich noch nach Hause oder komme ich nicht mehr nach Hause. Wenn man dann hier bei einer Ladesäule der Stadtwerke Erfurt steht und der Ladevorgang immer wieder abgebrochen wird, man also nicht laden kann, auch die Erfahrung habe ich gemacht. Ich weiß aber durchaus auch die Vorteile zu schätzen, die so ein Elektrofahrzeug bringt. Das leise Fahren, das gemütliche Fahren, der Anzug, den es auch durchaus hat. Es macht auch Spaß. Ich will diese Erfahrung jetzt hier nicht vertiefen, ich schreibe dazu ein Tagebuch, das kann man dann alles nachlesen.

Kommen wir wieder zurück auf Thüringen. Thüringen ist inzwischen auch eins von sieben Bundesländern einschließlich Berlin – auch darauf hat die Ministerin verwiesen –, was bisher ein Klimagesetz verabschiedet hat, und es hat sich damit konkrete Klimaziele gegeben. Das erwarten wir eigentlich auch von Bund, nicht nur ein Klimapaket, sondern auch konkrete Ziele. Was will denn die Bundesrepublik im Bereich Klimaschutz, im Bereich Klimaanpassung erreichen? Ich glaube, dazu ist es notwendig, dass wir hier ein Klimagesetz auf Bundesebenen haben.

(Abg. Harzer)

Ich glaube, es ist auch beispielhaft von Thüringen, dass wir hier vorangehen und den Antrag eingebracht haben, auf den die Ministerin verwiesen hat, Klimaschutz als Staatsziel im Grundgesetz zu verankern. Ich bin ganz gespannt, Herr Gruhner, wie am 11. Oktober die Entscheidung dort fällt. Ich bin auch gespannt, wie die Bayern sich verhalten werden. Markus Söder, den Sie vorhin zitiert haben, macht ja hier verschiedene andere Sachen. Gerade, was Wind im Wald betrifft, ist Markus Söder vorbildgebend, Herr Gruhner – auch wenn Sie jetzt so tun, als wenn Sie nicht zuhören würden. Das müssen Sie sich schon mal anhören, dass Herr Söder explizit 100 Flächen im Staatsforst von Bayern für Wind im Wald heraussuchen lässt. Dass wir dort entsprechend Möglichkeiten finden, ist das, was Sie hier verteufeln. Seien wir doch mal ehrlich, wenn Sie von Windkraft reden und sich über Windkraft beklagen – keine Einladung zum runden Tisch –, dann frage ich mich, was mit Ihren fünf Windkraftforen war, wer da eine Einladung bekommen hat oder wer da als Referent geladen worden ist. Da gab es ja nie eine abweichende Meinung zu der vorherrschenden Meinung der CDU.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie müssen sich dann schon anhören, dass Sie Windkraft gar nicht wollen. Wenn Sie sagen, wir wollen keine Windkraft im Wald, dann ist ein Drittel von Thüringen schon mal weg. Und wenn Sie dann noch sagen, wir wollen die 10-H-Regelung, dann sind noch mal zwei Drittel von Thüringen weg. Nach Adam Riese ist dann ein Drittel plus zwei Drittel drei Drittel. Bedeutet: Nichts! Wir haben dann in Thüringen keine Windkraft mehr. Wie wir dann in ausreichender Menge unseren Strom erzeugen wollen, das erzählen Sie den Menschen nicht. Also, Herr Gruhner, Sie müssen da schon ein bisschen mehr auch Ihre eigenen Worte zur Kenntnis nehmen und da auch entsprechend darauf reagieren.

Frau Siegesmund hat auch zu Recht darauf verwiesen, dass immer mehr Menschen im Zentrum der Aufmerksamkeit stehen müssen, was die Folgen der Klimaveränderung angeht. Aber es muss natürlich auch darum gehen, dass die Menschen sozial begleitet werden, sodass alle in der Lage sind, Herr Gruhner, ohne soziale Härten ihre Klimabeiträge zu leisten – natürlich auch bei Ihnen im Landkreis Greiz, Herr Gruhner. Das ist der einzige Landkreis – wenn man dann mal über die Mobilität spricht –, der das Azubiticket nicht eingeführt hat. So viel zur umweltfreundlichen Mobilität und zur bezahlbaren, sozial verträglichen Mobilität, die Sie hier eingefordert haben!

Wenn Sie über sozial verträgliche Mobilität reden, über soziale Komponenten, dann muss man Ihnen mal sagen, was die Bundesregierung beschlossen hat: die Pendlerpauschale ab Kilometer 21. Der durchschnittliche Pendler in Deutschland pendelt nach ADAC 16,5 Kilometer. Also ist der durchschnittliche Pendler nicht betroffen. Die Pendler, die sozial schwach sind, die Mindestlohn bekommen, die Aufstocker sind, die bekommen überhaupt keine Pendlerpauschale, weil sie die steuerliche Absetzbarkeit der Pendlerpauschale gar nicht nutzen können. Auch die steuerlichen Modelle, die Sie erwähnt haben, die nutzen denen, die Steuern zahlen. Die nutzen uns als Gutverdienenden, aber die nutzen den Menschen der Mittelschicht, der ärmeren Bevölkerungsmehrheit in Deutschland nichts.

(Zwischenruf Abg. Gruhner, CDU: Deswegen wollen Sie eine höhere CO₂-Steuer machen!)

Auch die 40 Prozent Abwrackprämie für ältere Ölheizungen nutzen den Menschen nichts, wenn sie die 60 Prozent nicht haben, Herr Gruhner. Das sind doch alles Luftnummern, die nur den Vermögenden in dieser Gesellschaft, den gut Verdienenden dieser Gesellschaft etwas nutzen.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Abg. Harzer)

Wir brauchen keine steuerliche Absetzbarkeit, wenn man die Menschen, die die Steuern nicht zahlen können, oder die nicht ausreichend Steuern zahlen, dieses gar nicht in Anspruch nehmen können. Wir reden da über Menschen mit niedrigem Einkommen, über Arbeitslose, Hartz-IV-Empfänger, Sozialhilfeempfänger

(Beifall AfD)

und zum großen Teil mittlerweile auch über Rentner, die sich keine Triple-A-Energieeffizienzgeräte leisten können, und damit auch nichts zur CO₂-Einsparung, zur Energieeinsparung tun können.

CO₂ ist ein wichtiger Maßstab. Wir holen gegenwärtig – für die Klimaleugner der AfD sei das mal gesagt, für die menschengemachten Klimawandelleugner der AfD – in einem Jahr CO₂ aus der Erde, das in einer Million Jahre eingelagert worden ist. Aber der CO₂-Preis kann am Ende auch nur ein Feinsteuerungsinstrument sein in einer ordnungspolitischen Maßnahmenkette. Hier muss das Hauptgewicht auf öffentlichen Investitionen und auch auf gesetzlichen Geboten liegen.

Ich will nur auf eines hinweisen: zum Beispiel das Ozonloch. Bis heute hätten wir es nicht erreicht, diese Schließung des Ozonloches herbeizuführen, wenn es nicht in den 80er-Jahren ein Verbot von FCKW gegeben hätte. Auch darüber muss man natürlich in verschiedenen Punkten reden, auch über solche Geschichten muss man reden. Eine CO₂-Bepreisung muss am Ende durch eine finanzielle Kompensation auch so ausgestaltet sein, dass die untere Hälfte der Einkommensbezieher in Deutschland dadurch in Netto nicht belastet wird und dass eben keine soziale Selektion stattfindet. Die findet mit diesem Maßnahmenpaket der Bundesregierung jetzt statt, mit diesem Kompromiss, der in einer Nachtsitzung getroffen worden ist. Der CO₂-Preis muss eine wirklich relevante Lenkungswirkung erzielen, einen klaren Preispfad nach oben haben, denn nur dann wird die Abkehr von fossilen Energieträgern für Zukunftsinvestitionen zum zentralen Kostenfaktor. Beim Preispfad sollten wir uns an den CO₂-Schadenskosten orientieren, die vom Umweltbundesamt derzeit auf 180 Euro pro Tonne CO₂ veranschlagt werden, sowie am tatsächlich erreichten Fortschritt beim Erreichen der Sektorenziele.

Die zusätzlichen Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung sollten aber auch wieder verteilt werden. Da gibt es auch konkrete Vorstellungen von unserer Seite, zum Beispiel indem wir diese zu 80 Prozent als Öko-Bonus an alle Haushalte außer dem oberen Viertel der Einkommensbezieher zurückzahlen – in Form einer Pro-Kopf-Pauschale zum Ausgleich der steigenden Kosten für fossile Brenn- und Treibstoffe –, zu 10 Prozent an alle Unternehmen mit Sitz in Deutschland – in Abhängigkeit von der inländischen Lohnsumme – und zu 10 Prozent über einen Härtefallfonds, der bei Menschen mit niedrigem Einkommen eine unverhältnismäßig hohe Belastung durch den CO₂-Preis kompensiert, zum Beispiel als Heizkostenzuschuss für schlecht gedämmte Wohnungen mit veralteten Ölheizungen oder als Abwrackprämie für stromfressende Haushaltsgeräte.

Die erste Gruppe der besonders von der CO₂-Abgabe betroffenen Menschen sind Pendlerinnen mit niedrigem Einkommen – ich habe schon darauf verwiesen –, deren Belastung durch steigende Treibstoffpreise durch die gleichzeitige Umstellung der steuerlichen Entfernungspauschale auf ein Mobilitätsgeld ausgeglichen werden könnte. Statt der Absetzbarkeit der Pendlerpauschale zum persönlichen Steuersatz sollten alle Pendlerinnen in Zukunft einen einheitlichen Betrag pro Entfernungskilometer steuerlich gutgeschrieben bekommen. Das Mobilitätsgeld sollte also unabhängig vom individuellen Steuersatz geschrieben werden.

(Abg. Harzer)

Was überhaupt noch nicht erwähnt worden ist und was, denke ich, auch ein wichtiger Punkt ist, wenn wir über Klima und Klimaschutz reden, ist natürlich die ganze Frage: Umweltzerstörung durch Kriege in dieser Welt und auch Umweltzerstörung durch Kriege, die mit deutschen Waffen in dieser Welt betrieben werden.

(Beifall DIE LINKE)

Auch darauf muss man, glaube ich, in einer Debatte hinweisen: dass in den bewaffneten Konflikten dieser Welt alle sieben Minuten weltweit ein Mensch durch eine deutsche Waffe getötet wird. Nicht nur das ist schlimm, aber auch diese Umweltzerstörung dann. Da müssen wir mal nach Syrien gehen, wie dort flächendeckend durch den Krieg Land zerstört worden ist, Land unbewohnbar gemacht worden ist. Man kann es auch im Irak sehen, man sieht es jetzt im Jemen, wie dort die Kriege die Umwelt zerstören, wie sie Umwelt für Menschen nicht mehr erlebbar machen und wie wir als reiches Europa, als reiche Länder zuschauen und dieses mit ermöglichen, indem wir dort nicht dafür sorgen, dass Kriege nicht mehr stattfinden, und stattdessen noch als deutscher Exporteur von Waffen unsere Waffen dahin bringen.

Ich glaube, wir haben da genug zu tun, auch darüber zu reden, wie wir zukünftig eine friedliche Weltordnung wollen, wie wir eine friedliche Weltordnung herbeiführen und wie wir auch die Klimazerstörung in einer friedlichen Weltordnung verhindern wollen.

Gehen wir weiter im Text: Im April dieses Jahres legte unser Umweltministerium die Abhandlung „Umweltwirtschaft in Thüringen. Leitmärkte, Zahlen und Fakten“ vor. Darin sind zum Beispiel Unternehmen aufgelistet, die im Zusammenhang mit erneuerbaren Energieformen, Speichertechnologien, umweltfreundlicher Mobilität, Energieeffizienz, Energieeinsparung und auch Gewässerschutzmaßnahmen einerseits viel für den Umwelt- und Klimaschutz tun, andererseits auch selbst davon profitieren, weil sich die Maßnahmen – richtig angewandt – am Ende auch wirtschaftlich positiv auswirken. Solche Initiativen sind insgesamt gut für die gesamtgesellschaftliche Entwicklung in Thüringen und darüber hinaus. Das Positive, denke ich, ist am Ende dann dabei auch, dass Thüringen nicht nur an eine Seite der Medaille, sondern an beide Seiten der Medaille denkt: mit der integrierten Energie- und Klimaschutzstrategie für die Klimavorsorge und mit dem integrierten Maßnahmenprogramm zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels – IMPAKT – auch die andere Seite beleuchtet.

Da bin ich auch wieder beim Wald. Die Ministerin hat sehr deutlich klargestellt, dass dieser, wenn er intakt ist, sehr zu einem gesunden Klima beitragen kann. Herr Gruhner, ich weiß nicht, wo Sie zusätzlichen Wald, wie Sie angemahnt haben, in Thüringen haben wollen. Zusätzlicher Wald bedeutet ja auch wieder Fläche, die bereitgestellt werden muss. Wollen wir jetzt landwirtschaftliche Nutzfläche, Grünfläche oder städtische Fläche dazu nehmen, wollen wir auf irgendwelchen Flächen, auf denen die Besiedlung abgenommen hat, die Häuser abreißen und dort Bäume pflanzen, um dort zusätzlichen Wald bereitzustellen? – Nein, es muss klares Ziel sein: Wir müssen den Wald, den wir haben, umbauen.

Ich kann da aus eigener Erfahrung sprechen, Herr Gruhner. Ich war 18 Jahre Bürgermeister einer der waldreichsten Kommunen in Thüringen. Wir haben bereits 1996 unter meiner Ägide angefangen, den Wald umzubauen, weil wir einen klugen Förster hatten. Und dieser Wald ist heute Beispiel für viele andere, die Waldbau betreiben, die Waldumbau machen. Aber auch dieser Wald hat Schäden. Wir hatten erst im letzten Stadtrat darüber einen Bericht, dass auch dort 5.500 Festmeter Borkenkäferholz angefallen sind, dass auch dort knapp 300 Festmeter Dürreholz angefallen sind, die jetzt erkennbar sind. Ich möchte nicht darüber reden, was vielleicht erkennbar ist, wenn der Winter vorbei ist und gewisse Bäume dann nicht mehr ausschlagen, weil sie dürre sind. Er hat auch darauf hingewiesen, woran es liegt, dass die Bäume – Flachwurzler – dürr werden, weil einfach die ökologischen Verhältnisse, die Verbindungen zwischen den Grundwasserlei-

(Abg. Harzer)

tern und der Oberfläche, nicht mehr da sind und dass es zwei, drei, vier Jahre mit normalen Niederschlägen dauert, bis die wieder aufgebaut sind, bis dort wieder Wasser erscheint. Und es gibt Beispiele in Thüringen, da hat man Messungen in 1,5 Metern Tiefe gemacht und festgestellt, dass seit zwei Jahren in 1,5 Metern Tiefe kein Wasser mehr ankommt.

Auch das ist Realität und das sind Sachen, die eine Landesregierung nicht beeinflussen kann, Herr Gruhner. Es tut mir auch wirklich leid, beim besten Willen, da können Sie auf die Landesregierung schimpfen und einprügeln, das kann sie nun mal wirklich nicht leisten. Wir können nicht Bäume pflanzen, wie Sie es schaumäßig machen, die dann gegossen werden, damit sie überhaupt überleben, weil Sie die im Sommer gepflanzt haben. Also bitte: Hier müssen wir schon ein bisschen die Kirche im Dorf lassen.

Ich kann auch in anderen Bereichen durchaus mitreden, die Ministerin hat vorhin Gotha, Erfurt und Jena benannt,

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

ich will dann auch mal Hildburghausen benennen. Wir haben zu meiner Zeit das erste Windrad in Südthüringen gebaut, das läuft heute noch, nach 20 Jahren. Wir haben zu meiner Zeit das damals größte Solarkraftwerk gebaut, wir haben zu meiner Zeit die Fernwärmeversorgung der Stadt zu 70 Prozent auf erneuerbare Energien umgestellt und wir haben zu meiner Zeit begonnen, in der größten Kläranlage einen Faulturm zu bauen, um dort die Energie für die Betreuung der Kläranlage zu nutzen. Also auch ohne staatliche Anreize konnte man schon immer viel machen, wenn man es denn gewollt hat.

Es ist wichtig, wenn wir mit dem Programm Zielgruppen in den Blick nehmen – Privatpersonen, Unternehmen und Kommunen –, so wie wir es auch mit dem Klimagesetz tun und auch dort zum Beispiel die Fernwärme in den Blick nehmen, dass wir fordern, in vier Jahren Konzepte zu erstellen, wie die Fernwärmebetreiber ihre Netze auf erneuerbare Energien umstellen.

Viel tut unser Land auch für den klimafreundlichen Umbau im Bereich der Mobilität, als diejenigen mit den höchsten klimaschädlichen Emissionen. Es geht um die Umkehr hin zu emissionsarmen bis emissionsfreien Antrieben, wie E-Motoren oder Wasserstoff. Bei elektrisch angetriebenen Fahrzeugen sollte aber künftig stärker auch darauf geachtet werden, aus welchen Quellen die Rohstoffe für die Batterien stammen. Wir werden ja eine große Batteriefabrik in Thüringen am Erfurter Kreuz bekommen. Ich denke, wir müssen darauf achten, wo das Kobalt herkommt, dass es eben nicht durch Kinderarbeit gefördert wird, dass nicht die Natur zerstört wird bei der Gewinnung von Lithium wie im Norden Chiles in der Atacama-Wüste. Ich denke, auch dort gibt es klimafreundliche Alternativen und klimafreundliche Gewinnungsmethoden. Deshalb müssen wir auch hier – und das ist mein Appell – auf die Herkunft der Dinge achten, die wir für unser Leben nutzen.

Beide genannten Programme – das IEKS als auch das IMPAKT – wurden ausführlich im Ausschuss für Umwelt, Energie und Naturschutz debattiert und ich denke, wir haben auch eine ganze Reihe von guten Vorschlägen, Anregungen im Zusammenhang mit der schriftlichen Anhörung bekommen. Da die Legislaturperiode aber unmittelbar vor ihrem Ende steht, konnten viele Zuschriften nicht mehr tiefgründig ausgewertet werden. Deshalb wäre es gut, wenn die neue Landesregierung und der neue Landtag sich dieser Aufgabe annehmen und auch viele dieser Zuschriften entsprechend bewerten.

Zum Abschluss will ich nur noch mal aus dem aktuellen „Spiegel“ etwas zitieren für unsere Atomkraftfans von der AfD. Die Risiken der Atomkraft, denke ich, sind bekannt. Die Atomendlagersuche, die gerade läuft, die braucht ja Voraussetzungen, dass über 100.000 Jahre dort nichts passiert. Thüringen ist ja auch betrof-

(Abg. Harzer)

fen; es war ja erst eine Veranstaltung diese Woche auch in Erfurt dazu – Endlagersuche. Ich möchte gar nicht die Reaktion der AfD sehen, sollte Thüringen in die nähere Auswahl kommen, was dann die AfD veranstaltet: Die böse Landesregierung hat hier nichts gemacht, die Ministerin hat nicht dafür gesorgt oder der Ministerpräsident, dass wir nicht für die Endlagersuche infrage kommen. Ich möchte es gar nicht hören. Aber wie gesagt, das werden wir dann erst im nächsten Jahr wissen, ob Thüringen in der näheren Auswahl ist. Aber Atomkraft wird global, Herr Kießling und Ihre Kollegen, immer unwichtiger. Die Kernkraft macht global nur noch 10 Prozent des Strommixes aus. Das sind 7,5 Prozent weniger als im Hochjahr 1996. 7,5 Prozent – das hat sich fast halbiert am globalen Strommix. Weltweit sind 80 der 417 Reaktoren älter als 41 Jahre und damit über dem eigentlichen Betriebsdatum. 192 sind älter als 31 Jahre und 46 Reaktoren werden gerade neu gebaut, 27 davon dauern etwas länger – der BER lässt grüßen –, werden deutlich teurer, Projekte werden deutlich teurer wie in England derzeit. Neue Kernkraftwerke rechnen sich nur noch mit öffentlichen Subventionen, was dazu führt, dass sich die Kosten auf 112 Dollar pro Megawattstunde steigern gegenüber Photovoltaik von 36 Dollar pro Megawattstunde oder Windenergie mit 29 Dollar pro Megawattstunde. Auch das sind reale Zahlen. Diese basieren auf den Aussagen des Nuklearanalysten Mycle Schneider, der Berater unter anderem der Internationalen Atomenergie-Organisation ist, der UNESCO, der WWF – das ist also auch kein heuriger Hase, der diese Zahlen ermittelt hat, untersucht hat und die aktuell im „Spiegel“ nachlesbar sind.

Zum Abschluss, ganz zum Abschluss will ich nur noch mal darauf hinweisen: Wir müssen aufpassen, dass Artensterben hat begonnen; das Artensterben in Deutschland, weltweit hat begonnen. Es gab in der Geschichte der Erde fünf große Artensterben, das erste vor 440 Millionen Jahren, das letzte vor 66 Millionen Jahren. Von großen Artensterben spricht man immer dann, wenn 75 Prozent der Arten aussterben. Auch das, sagt die Wissenschaft, steht uns eventuell bevor, wenn wir nicht handeln. Und eines sollte uns zu denken geben, das sagt mein 16-jähriger Sohn immer zu mir; wenn wir uns darüber unterhalten, sagt er: Vater, du musst immer sagen, bei diesen fünf großen Artensterben ist immer die dominierende Spezies ausgestorben. Vor 66 Millionen Jahren waren es die Dinosaurier, tun wir alles dafür, dass es nicht in 100 Jahren der Mensch ist. Danke schön.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Diezel:

Danke schön. Für die AfD-Fraktion hat Abgeordneter Kießling das Wort.

Abgeordneter Kießling, AfD:

Sehr geehrte Frau Ministerin, werte Abgeordnete, liebe Gäste, liebe Schüler auf der Besuchertribüne! Eine Regierungserklärung zum Klimaschutz, zu Klimaanpassung und Energiewende, hier fragt man sich: Sind denn die Grundlagen, auf die sich dieser Ablasshandel bezieht, welcher da in Paris beschlossen wurde, korrekt? Sie, Frau Ministerin Siegesmund, haben uns heute erklärt, wie wichtig es ist, doch dieses in Paris und auch in Berlin Beschlossene, hier in Thüringen mal eben so umzusetzen, teilweise ohne Sinn und Verstand. Sie haben uns das Ganze mit der Klimaaufzeichnung von vor 140 Jahren erklärt. Das Ganze wird laut Ihren Ausführungen seit 1881 betrieben, seitdem ist die Temperatur in Thüringen um 1,4 Grad gestiegen.

Ja, was kann jeder Einzelne dafür tun, damit es nicht so ist? Das ist eine gute Frage. Natürlich sind auch wir von der AfD dafür und wir sagen: Nein, der Klimawandel ist schon immer da gewesen, wir leugnen den Klimawandel nicht. Aber wir streiten schon drüber, warum, wieso, weshalb. Da ist die Frage, was jeder dafür tun kann, damit es besser wird, damit es unserer Umwelt besser geht, weil wir auch einen Umweltschutz wollen, aber einen mit sparsamen und nachhaltigem Umgang der Ressourcen unserer Mutter Erde.

(Abg. Kießling)

(Beifall AfD)

Das ist uns sehr, sehr wichtig, weil auch wir an die Zukunft unserer Kinder und deren Enkelkinder denken. Deswegen sind wir auch da völlig dabei.

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Warum streiten Sie dann um die Atomkraft?)

Dazu komme ich gleich.

Ihre Zielsetzung ist hoch gesteckt, ja, aber die ist leider, muss ich sagen, unrealistisch und wird auch so nicht eingehalten werden können. Noch dazu ist sie wirtschaftsfeindlich und wirtschaftsschädlich.

(Beifall AfD)

Intelligente – wohlgermerkt intelligente –, dezentrale Energieversorgung mit einem gesunden Mix an erneuerbaren Energien, dagegen haben wir nichts. Nur müssen hier auch der Naturschutz, die Wirtschaftlichkeit und auch die Versorgungssicherheit inklusive der Kosten und auch gerade die Kosten für die Bürger im Einklang stehen.

(Beifall AfD)

Das ist sehr, sehr wichtig. Alles muss natürlich beachtet werden, weil es keine einfache Sache, sondern sehr komplex ist. Das muss auch alles in einer gewissen Balance stehen und diese Balance darf nicht ideologisch aus dem Gleichgewicht gebracht werden. Wenn Frau Ministerin hier von einer Klimakrise redet, dann versucht sie bereits, das ideologisch aus dem Gleichgewicht zu bringen.

Die Wasserstofftechnologie ist eine Zukunftstechnologie, da gehen wir gern mit. Auch wir als AfD unterstützen Forschung in Erneuerbare bzw. sind wir technologieoffen, wir unterstützen gern die Forschung im Bereich der Grundlagen, aber wir sind dagegen, hier Dauersubventionen zu machen, egal welcher Energieträger es später sein sollte.

Auch was die Höllentalbahn angeht, die Sie angesprochen haben, Frau Ministerin: Wir sind natürlich auch dafür, die Höllentalbahn und die Pfefferminzbahn zu reaktivieren, weil wir hier mehr auf die Schiene bringen könnten, Kosten einsparen könnten etc. Da sind wir gern dabei. Auch eine ökologische Stadtentwicklung mit mehr Stadtgrün würden wir sehr begrüßen. Es ist auch sehr wichtig, weil auch das zu einer Senkung der Innenstadttemperatur beiträgt. Auch die Wiederaufforstung unseres grünen Herzens in Thüringen liegt uns als AfD sehr am Herzen. Denn unser grünes Herz ist momentan sehr geschädigt, das müssen wir wieder gesunden lassen, natürlich auch mit Mischwäldern gesunden lassen. Jeder, der schon mal im Wald war, weiß, wenn er dort spazieren geht, welche angenehme kühle Luft dort ist. Wir wissen alle, Wälder sind ein natürlicher CO₂-Senker.

Herr Gruhner, Sie hatten aus unserem Wahlprogramm zitiert. Ich empfehle Ihnen dringend, bitte lesen Sie noch mal richtig und lesen Sie langsam, klar und deutlich, dann hätten Sie auch mitbekommen, dass Sie uns am Rednerpult falsch interpretiert haben. Sie haben davon geredet, wir wollen mehr Gas. Natürlich ist Gas eine Brückentechnologie,

(Beifall AfD)

die wir gern einsetzen wollen, selbstverständlich, die ist kostengünstig, effizient. Man kann sogar nachhaltig Gas betreiben, wir können auch gern diesen Überschussstrom in Gas umwandeln, damit wir dann nachhaltiges Gas haben, also als Brückentechnologie ist es sehr sinnvoll, deswegen sprechen wir uns auch dafür aus.

(Abg. Kießling)

Sie hatten noch angesprochen, wir würden Klimaanlage betreiben wollen. Also ich empfehle ihnen, gehen Sie mal zu einem Klimatechniker, lassen Sie sich mal beraten. Klimaanlage heutzutage sind Wärmerückgewinnungsanlagen, die Sie

(Beifall AfD)

koppeln können mit einer sehr guten Lüftung. Das würde ich empfehlen, auch die Schüler bei Fridays for Future sollten mal dafür demonstrieren, es gibt sehr gute Luft in der Schule, wenn wir eine Klimatisierung der Räume mit Wärmerückgewinnungsanlagen haben. Das wäre gut, sorgt für gutes Denken und gute Lernergebnisse in der Schule.

(Beifall AfD)

Deswegen, Herr Gruhner, Sie glauben an Gott, wir glauben an die Natur und deren Naturgesetze.

(Zwischenruf Abg. Gruhner, CDU: Sie brauchen aber trotzdem Strom, oder?)

Noch ganz kurz zu Herrn Harzer: Sie müssen sich auch mal ein bisschen belesen. Mittlerweile ist die Forschung so weit, dass Atommüll nicht mehr als Atommüll gesehen wird, sondern als Ressource, denn man kann heutzutage schon mit neuer, moderner Technologie den Atommüll weiter abbrennen und damit auch die Halbwertszeiten verändern, sodass eben die Halbwertszeit nach hinten heraus nicht mehr so lange ist. Das heißt, man kann daraus noch sehr viel Energie gewinnen, aber Sie müssten technologie- und forschungsaffin sein, um das überhaupt zu verstehen.

(Beifall AfD)

Kommen wir mal zu mehr Licht im Dunkeln des Klimawandels,

(Zwischenruf Abg. Dr. Scheringer-Wright, DIE LINKE: Ja, es ist ja gerade die AfD, die den Klimawandel leugnet!)

Diesen Beitrag aus der „Frankfurter Allgemeine“ vom 03.04.2007 vom Fachautor Christian Bartsch sollte jeder mal lesen, das können Sie auch gerne im Netz googeln.

(Zwischenruf Abg. Blechschmidt, DIE LINKE: Das ist zwölf Jahre her! Die Welt hat sich weiter gedreht!)

Ja, 12 Jahre her und doch haben Sie nichts gelernt! Sie haben nichts gelernt!

(Beifall AfD)

Lesen Sie bitte mal, denn dort ist in der Einleitung zu lesen, Zitat: „Die Sorge ums Weltklima ist in eine Klimahysterie umgeschlagen. Dabei wechselten sich in der Erdgeschichte Kalt- und Warmzeiten ständig ab, ohne dass das Klimagas CO₂ dabei eine Rolle spielte. Es droht eine Klimadiktatur, prohezeit Christian Bartsch.“

(Beifall AfD)

Das können auch die Schüler mal googeln, das kann man nachlesen. Diese Klimadiktatur haben wir nämlich heute hier.

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das ist schon ein bisschen lustig!)

In der Regierungserklärung von Sachsen-Anhalt zum Beispiel findet man folgende Aussage, auch hier Zitat: „Um die menschengemachte globale Erwärmung aufhalten zu können, müssen die weltweiten Treibhaus-

(Abg. Kießling)

gasemissionen ab sofort deutlich vermindert und langfristig völlig vermieden werden. Die kommenden Jahre sind diesbezüglich die wichtigsten Jahre der Menschheitsgeschichte.“ Das Klima wandelt sich, das ist richtig. Worum geht es hier? In Paris wurde im Dezember 2015 mit 195 Ländern über ein weltweit rechtsverbindliches Klimaschutzübereinkommen verhandelt mit dem Ziel, die Erwärmung deutlich unter 2 Grad begrenzen zu wollen, um einem gefährlichen Klimawandel entgegenzuwirken. Daraus sollen sich politische Strategien ableiten, um die Emissionen zu vermindern, die als Gift für die Temperatur erklärt wurden, wohlgemerkt politische Strategien, nicht umweltstrategische Strategien. Am 4. November 2016 trat es nach der Unterzeichnung von Ländern in Kraft, welche für 55 Prozent der Emission verantwortlich zeichnen. Insgesamt haben damals 92 Staaten das Abkommen unterzeichnet.

Weiter wird uns erklärt, dass auch in Deutschland und auch in Thüringen die Auswirkungen der Klimakrise bereits deutlich spürbar sind. So sagt man, dass das Jahr 2018 in Deutschland mit im Mittel 10,5 Grad Celsius das wärmste seit Beginn der Wetteraufzeichnung von 1881 ist. Hier fangen die Probleme nämlich schon an. Denn was sagt ein altes Sprichwort? Traue keiner Statistik, die du nicht selbst gefälscht hast.

(Beifall AfD)

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sagt die AfD!)

(Zwischenruf Abg. Blechschmidt, DIE LINKE: Das sagt nicht die Statistik, das sagt die AfD – schon gar nicht, die die AfD gefälscht hat. Das ist ein himmelweiter Unterschied!)

(Zwischenruf Abg. Wolf, DIE LINKE: Das sagt die AfD!)

Denken Sie mal nach! Hier sollten wir mal wieder hinter die berühmte deutsche Fichte geführt werden, da gehören auch Sie von den Linken dazu, die das nämlich vorhaben. Die Wetteraufzeichnung von 1881 ist zwar nett, doch wissen wir, dass die Erde schon länger existiert und es ist wissenschaftlich erwiesen, dass die Temperatur auf unserem Planeten Erde schon immer Schwankungen unterlegen war. So veränderte sich die Globaltemperatur der letzten 3.200 Jahre von 14 Grad Celsius in der minoischen Warmzeit im Jahr 1200 v. Chr. zu 12 Grad in der Zeit der Völkerwanderung der Kelten um 600 v. Chr. bis hin zu den heutigen 14 Grad in der jetzigen Warmzeit.

(Beifall AfD)

Der Zyklus gleicht einer Sinuskurve, die Sie von den Linken gar nicht kennen, weil Sie im Mathematikunterricht nicht aufgepasst haben, mit einem 1.000-Jahres-Zyklus der Amplituden. Auffällig ist, dass die Mitteltemperatur in Europa der Aktivität der mittleren Sonnenfleckenanzahl folgt.

(Beifall AfD)

(Zwischenruf Abg. Wolf, DIE LINKE: Klimawandel bringt Migration!)

Aus der Isotopenmessung in Eisbohrkernen geht übrigens hervor, dass die Sonnenaktivität im 20. Jahrhundert eine Stärke erreicht hat, wie sie vor über 9.000 Jahren nicht auftrat. Da die chemische Zusammensetzung der Atmosphäre in Form von kleinen Luftbläschen in arktischem und antarktischem Eis über Jahrtausende eingelagert wurde, lässt sich aufgrund der Konzentration des Isotops im Eis relativ gut auf die Stärke der Sonnenaktivität in der Vergangenheit schließen.

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja!)

(Abg. Kießling)

Es wird klar ersichtlich, dass die Aktivität der Sonne großen Schwankungen unterliegt, sich aber über Jahrtausende relativ stabil halten kann.

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Warum geht es dann seit Jahren hoch?)

Nach dem extremen Minimum im 17. Jahrhundert hat jedoch die Sonnenaktivität schlagartig zugenommen. In den letzten 70 Jahren liegt sie im Schnitt sogar weit über dem langzeitlichen Durchschnitt, der für den gesamten Zeitraum von 11.400 Jahren zwischen 25 und 40 Sonnenflecken schwankte. In den letzten Jahrzehnten erreichte der Durchschnitt circa 75 Flecken und lag damit etwa drei Mal höher als in der Jahrtausendwende zuvor üblich war. Dies wird uns verschwiegen, auch von Ihnen, Frau Siegesmund. Und auch die jüngsten Veröffentlichungen der NASA sagen, es steht uns eine Periode mit einer geringsten Sonnenaktivität bevor, wie in den letzten 200 Jahren. Das wird sich auf die Atmosphärentemperatur zweifellos merklich auswirken, auch Sie von den Grünen werden das bemerken. Vor circa 9.000 Jahren war die Sonne ähnlich aktiv wie heute, doch all dies verschweigt uns auch der sogenannte Weltklimarat IPCC. Hier werden an Computermethoden Prognosen erstellt, welche jedoch mit falschen Grundlagendaten gefüttert werden. In den von ungeheuer komplizierten Wechselwirkungen geprägten Systemen kann sich eine kleine Abweichung von der Realität bei den Annahmen zu großen Fehlern im Ergebnis aufschaukeln.

(Unruhe DIE LINKE)

Auch bei Ihnen, Herr Harzer, müsste das mal angekommen sein. Folgerichtig heißt es, im dritten Zustandsbericht von 2001 des IPCC auf Seite 774 der englischen Fassung, ich zitiere auch hier:

(Zwischenruf Abg. Dr. Scheringer-Wright, DIE LINKE: Das ist 18 Jahre her!)

„Wir haben es mit einem gekoppelten, nicht linearen, chaotischen System zu tun. Daher sind langfristige Prognosen zukünftiger Zustände des Klimas nicht möglich.“

(Beifall AfD)

(Zwischenruf Abg. Dr. Scheringer-Wright, DIE LINKE: Ja, aber die Tatsachen haben Sie verdreht!)

Diese Aussage hat bis heute an Gültigkeit nichts verloren und das hören wir halt leider von der Politik eben nicht, dass diese Prognosen zukünftig gar nicht möglich sind, aber uns wird es immer als gesicherte Erkenntnis verkauft. Doch unsere Thüringer Landesregierung glaubt diesen chaotischen Systemen. Seit dem Jahr 2001 sind die Rechnerleistungen der Computer zwar um ein Vielfaches gestiegen, doch die Temperaturen in der Antarktis zum Beispiel klaffen in den verschiedenen Modellen der IPCC um teilweise mehr als 10 Grad Celsius auseinander. Das lässt jede Prognose der Eisbedeckung als Kaffeesatzleserei erscheinen.

(Beifall AfD)

Auf diese Kaffeesatzleserei lassen sich diese rot-rot-grüne Landesregierung und natürlich auch die CDU-geführte Bundesregierung ein. Als Lösung wird uns im Pariser Klimaübereinkommen erklärt, wir müssten die Emissionen vermindern, um einen Anstieg der weltweiten Durchschnittstemperatur zu verhindern, welche aber durch Sonnenaktivitäten und den Verlauf der Erde um die Sonne zum Großteil mit bestimmt ist.

(Zwischenruf Abg. Hey, SPD: Immerhin dreht sich die Erde schon um die Sonne!)

(Zwischenruf Abg. Henke, AfD: Und sie ist keine Scheibe!)

Genau, bei Ihnen ist die Erde noch eine Scheibe, bei uns ist sie nämlich schon rund. Hier gilt nämlich das CO₂ als Killergas, bei Ihnen schlechthin auch, und mit seinem Anteil in der Atmosphäre von sagenhaften 0,04 Prozent als Killergas schlechthin.

(Abg. Kießling)

Unsere rot-rot-grüne Landesregierung möchte gern den CO₂-Ausstoß bis 2050 um 95 Prozent gegenüber 1990 senken. Dazu muss man aber wissen, dass die sogenannten Treibhausgase, wie diese CO₂-Emissionen, welche jährlich in die Atmosphäre abgegeben werden, zu 5,34 Prozent anthropogenen Ursprungs und zu 94,66 Prozent natürlichen Ursprungs sind.

(Beifall AfD)

Es ist schon erstaunlich, wie Landesgesetze die Naturgesetze beeinflussen sollen – das müssen Sie mir mal vormachen.

(Beifall AfD)

Wir reden hier zum Beispiel von einem Anteil von 42,7 Prozent der Treibhausgasemissionen natürlichen Ursprungs, welche über die Ozeane eingebracht werden. Vielfach wird ja behauptet, dass die CO₂-Emissionen die Erwärmung verursachen würden, jedoch ist genau das Gegenteil der Fall.

(Heiterkeit SPD)

(Zwischenruf Abg. Harzer, DIE LINKE: Oh, die Naturgesetze der AfD!)

Es ist wissenschaftlich erwiesen, dass kaltes Wasser eine höhere Bindfähigkeit von CO₂ hat als warmes Wasser. Und es ist durch wissenschaftliche Untersuchungen nachgewiesen, dass ein Anstieg von CO₂ die Folge der Erwärmung der Erde ist und nicht andersrum, wie Sie behaupten.

(Beifall AfD)

(Zwischenruf Abg. Hey, SPD: Der ist nicht schlecht!)

In den ersten 100 Millionen Jahren der letzten 500 Millionen Jahre der Erde lag der CO₂-Gehalt zwischen 4.000 und 6.000 ppm.

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Aber das nenne ich mal langfristige Politik!)

(Zwischenruf Abg. Blechschmidt, DIE LINKE: Ist das jetzt Statistik, oder was?)

Heute bei 385 ppm. Dann folgte eine Phase mit ähnlich niedrigen CO₂-Werten wie heute und einer Eisdecke fast bis zum 30. Breitengrad. Zwischen 100 und 250 Millionen Jahren zum Beispiel lag der CO₂-Gehalt wieder deutlich über 1.000 ppm.

(Heiterkeit DIE LINKE)

Es war die Zeit der Dinosaurier mit um 8 Grad wärmeren Temperaturen als heute.

(Zwischenruf Abg. Harzer, DIE LINKE: Die sind ausgestorben, Herr Kießling.)

Der Hauptgrund für die Änderungen des CO₂-Gehalts wird in Bewegungen der afrikanischen und indischen Platte gesehen. Sie haben zunächst zu der starken Gebirgsauffaltung der Alpen und des Himalaja und damit zu intensiver vulkanischer Aktivität geführt – und alles ohne Industrialisierung unserer Erde, ohne das Klimaabkommen von Paris und ohne die Thüringer Klimagesetze. Damit sind für uns Ihre Grundannahmen für das Klimagesetz und andere gesetzliche Maßnahmen ad absurdum geführt. Jetzt werden Sie wieder sagen, die AfD leugnet den Klimawandel. Nein, wir haben immer gesagt, wir leugnen den Klimawandel als solchen nicht, nur, dass der Klimawandel ausschließlich menschengemacht wäre. Wenn Sie einmal richtig zugehört hätten, dann hätten Sie es auch erkannt. Wir haben Ihnen immer erklärt, dass es schon immer einen Klimawandel gab und Klima, das ist auch die Wetteraufzeichnung der letzten Jahre, also reine Statistik. Auch das

(Abg. Kießling)

Europäische Institut für Klima & Energie e. V. als Zusammenschluss einer wachsenden Zahl von Natur-, Geistes- und Wirtschaftswissenschaftlern, Ingenieuren, Publizisten und Politikern hat die Behauptung eines menschengemachten Klimawandels als naturwissenschaftlich nicht begründet und daher als Schwindel gegenüber der Bevölkerung erkannt.

(Beifall AfD)

Die AfD und auch EIKE lehnen folglich jegliche Klimapolitik als einen Vorwand ab, Wirtschaft und Bevölkerung zu bevormunden

(Zwischenruf Abg. Hey, SPD; Abg. Mühlbauer, SPD; Abg. Harzer, DIE LINKE: Da muss er selbst lachen, Herr Kießling!)

und das Volk durch Abgaben zu belasten. Ich lache nur über Ihre Dummheit, die Sie hier zutage bringen. Was sagt uns die Statistik noch, die Sie nicht kennen, die Sie nicht lesen können?

(Zwischenruf Abg. Harzer, DIE LINKE: Hey, haben Sie das gehört, Frau Präsidentin?)

Die Statistik besagt, dass Deutschland 760,8 Millionen Tonnen CO₂ im Jahr emittiert. Im selben Zeitraum, meine Damen und Herren, emittieren die USA beispielsweise 5.350,4 Millionen Tonnen CO₂ und Spitzenreiter ist China mit 9.123 Millionen Tonnen CO₂. Das beschlossene Abkommen sieht nämlich zum Beispiel vor, dass China Dutzende neue Kohlekraftwerke bauen und die CO₂-Emissionen noch bis 2030 steigern darf. Wir in Deutschland und Europa sollen aber die CO₂-Emissionen sehr stark senken, und zwar ab sofort. Was das für die Wirtschaft und die Energieproduktion heißt, kann sich jeder einmal ausmalen. Eine Abschaltung der deutschen Kohlekraftwerke könnte die weltweiten CO₂-Emissionen lediglich um 0,5 Prozent vermindern. Die behaupteten Beispielwirkungen Deutschlands oder auch Thüringens dürften sich angesichts der bereits deutlich sichtbaren Nachteile des deutschen Wegs kaum entfalten. Wir sollen also zurück in die Steinzeit, was die Frau Grünenministerin mir immer gern andichtet, doch das Gegenteil ist der Fall: Mit Ihrer Politik schicken Sie uns alle in die Steinzeit zurück – und auch in eine soziale Kältezeit, liebe Frau Ministerin.

In der Halbzeitbilanz dieser rot-rot-grünen Landesregierung waren unsere Wälder noch als unentbehrlicher Bestandteil unseres ökologischen Systems bezeichnet worden,

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja, Rot-Rot-Grün war es.)

doch mittlerweile ist man der Meinung, unsere Wälder abholzen zu wollen, um Windräder hineinzustellen oder geschädigte Wälder teilweise nicht wieder aufzuforsten, damit diese Fläche für Windräder genutzt wird, um angeblich CO₂-freien Strom zu produzieren. Die CO₂-Bilanz der Windräder selbst lasse ich jetzt einmal weg, dafür reicht nämlich meine Redezeit nicht. Gemäß dem Klimaabkommen von Paris wird als übergreifendes Ziel festgelegt, die Finanzmittelflüsse in Einklang zu bringen,

mit einem Weg hin zu einer hinsichtlich der Treibhausgase emissionsarmen und gegen Klimaerwärmung widerstandsfähigen Entwicklung. Ab dem Jahr 2026 soll ein neuer Klimafonds aufgelegt werden, und zwar mit ungefähr einem Fassungsvermögen von über 100 Milliarden US-Dollar. Auch hier in Thüringen werden Millionen an Steuergeldern ausgegeben, um Vorgaben aus Paris hinterherzuhecheln, welche jeder Logik und wissenschaftlicher Grundlage entbehren. Nicht umsonst treten die USA aus diesem Klimaabkommen aus. Auch wir würden das viele Geld viel lieber in die Erhaltung unserer Umwelt investieren, anstatt in die Verbesserung der Klimastatistik. Unsere Umwelt muss dringend erhalten werden, dafür steht auch die AfD, und natürlich müssen auch Energien eingespart werden, das ist keine Frage. Was die natürlichen Ressourcen an-

(Abg. Kießling)

geht, damit muss sparsam umgegangen werden, aber das, was Sie hier veranstalten, grenzt an Götzenhuldigung. Uns sollen so die neuen Energiesteuern durch das EEG und auch die neue CO₂-Steuer schmackhaft gemacht werden, es soll eine neue Runde des Ablasshandels eingeläutet werden. Die CO₂-Zertifikate werden ja bereits im großen Stil an der Börse gehandelt, wo eine Figur wie Al Gore, der die Treibhausgasgeschichte in seinem Film 2006 publik machte, nun mit seinem Engagement im Fonds KPCB Millionen an Dollars verdient wie auch die amerikanische Terminbörse.

(Beifall AfD)

Am 27. Oktober dieses Jahres haben die Wähler in Thüringen die Möglichkeit, eine Politik zu wählen, die sich wieder für die Interessen der Bürger einsetzt und die wissenschaftlichen Rahmendaten beachtet und im Rahmen der Naturgesetze handelt zum Wohle unserer Umwelt und unserer Bürger in Thüringen. Mit der AfD wird es keine Klimadiktatur geben. Wie gesagt, wir handeln hier quasi nach den Naturgesetzen.

Wenn ich noch eingehen darf auf das Integrierte Maßnahmenprogramm unserer rot-rot-grünen Landesregierung zu den Folgen des Klimawandels im Freistaat Thüringen, da kann man nur sagen: Elf Werkstage wollte man dem Gemeinde- und Städtebund und dem Landkreistag ursprünglich einräumen, um zu dem 177 Seiten umfassenden Programm IMPAKT II Stellung beziehen zu können. Das ist wirklich kein gutes Ziel und wirft die Frage auf: Warum wohl? Umso mehr, als dass von der Anhörung des Landtags zum Programm IMPAKT II keine Beteiligung des Landkreistages durch die Landesregierung stattgefunden hat. Das heißt: Die Akteure, die betroffen sind, werden nicht gehört. So stellt der Gemeinde- und Städtebund auch vollkommen zu Recht fest, dass eine ausführliche Beratung eines der Zukunftsthemen für ihn nicht mehr darstellbar war, insbesondere weil es dem IMPAKT-II-Papier an zwei entscheidenden Grundlagen mangelte, nämlich an einem deutlichen Zeithorizont zur Umsetzung der angedachten Maßnahmen und deren Teilschritte sowie und vor allem an einer ausführlichen und belastbaren Kostenprognose. Auch in der Regierungserklärung haben wir heute von Kosten hier auch nichts gehört. Freilich ist das aber in Bezug auf die Landesregierung keine neue Erkenntnis. Kosten-Nutzen-Analysen waren dieser Regierung nämlich noch nie wichtig.

(Beifall AfD)

Schließlich lässt sie den Thüringer Steuerzahlern nicht zum ersten Mal darüber im Unklaren, was für Kosten in den nächsten Jahren und Jahrzehnten auf ihn zukommen sollen, gerade wenn es hier darum geht, diesen Klimawahn zu betreiben.

Zudem hat die Anhörung ergeben, dass das vorliegende Papier inhaltliche Schwächen enthält, was uns zu einem hochkritischen Umgang veranlasst hat, beispielsweise wenn Maßnahmen aus dem Jahr 2013, die im IMPAKT I enthalten waren, mit zweifelhafter Begründung gestrichen werden, ohne dass dies im Entwurf ausführlich dargelegt wird. Eine kurze Anmerkung im Anhang des Papiers reichte eben dafür nicht aus. Noch mehr Skepsis ist geboten, wenn festgestellt wird, dass im vorliegenden Papier wichtige Messzeiträume einfach nicht begründet wurden. Zu den Messzeiträumen habe ich gerade zu Beginn meiner Rede ausgeführt. Denn die Klimageschichte beginnt nicht erst am Ende der kleinen Eiszeit, also nicht um 1880. Zu kurz gewählte Zeiträume kann man durchaus als „Rosinenpickerei“ bezeichnen und besitzen keine Aussagekraft für die zukünftige Entwicklung.

Aufgrund dieser und zahlreicher anderer Kritikpunkte raten wir der Landesregierung, IMPAKT II noch einmal einer mehr als kritischen Prüfung zu unterziehen und entsprechend zu überarbeiten.

Auch zur Integrierten Klima- und Energiestrategie der Landesregierung möchte ich noch gern was sagen, denn damit verhält es sich nämlich ähnlich wie bei IMPAKT II. Zwar werden im Klimagesetz die Gemeinden

(Abg. Kießling)

und Landkreise als maßgebliche Akteure im Klimaschutz zum Erreichen der Klimaschutzziele bezeichnet, aber wenn es um die Finanzierbarkeit und um die Belastung für den Steuerzahler geht, vernimmt man dröhnendes Schweigen. Sucht man nach seriösen und belastbaren Angaben zur Bezahlbarkeit in dieser sogenannten Strategie, so kann man lange suchen – nämlich im Ergebnis: Fehlanzeige! Denn Strategie sieht anders aus. So stellte auch der Gemeinde- und Städtebund vollkommen zu Recht fest, dass in der Energie- und Klimaschutzstrategie der Landesregierung eine belastbare und nachvollziehbare Kostenprognose für die den Kommunen zugewiesenen Einzelmaßnahmen vollständig fehlt, und das, obwohl wieder einmal durch die rot-rot-grüne Landesregierung in die kommunale Selbstverwaltung eingegriffen wird. Doch was interessiert die Landesregierung schon das Wohl der Kommunen und ihrer Bürger! Das ist ja obsolet. Schließlich geht es hier um den Götzen „Klimawandel“, dem sich nach rot-rot-grüner Diktion alles zu fügen hat und bei dem der Zweck jedes, aber auch jedes Mittel heiligt.

(Beifall AfD)

Wir teilen daher die Ansicht, dass die Finanzierung der Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen der Kommunen durch die Energie- und Klimaschutzstrategie nicht im Ansatz gelöst wird. Dafür zeigen sich in der vorliegenden Drucksache zwei Dinge umso deutlicher.

Vizepräsidentin Jung:

Herr Abgeordneter, ich muss Sie darauf aufmerksam machen, dass Ihre Redezeit ...

Abgeordneter Kießling, AfD:

Schon zu Ende?

Vizepräsidentin Jung:

Ja. bevor Sie zwei Dinge aufzählen, sie ist jetzt um.

Abgeordneter Kießling, AfD:

Ich dachte, wir behandeln 12 a und b noch, beides? Na gut. Dann kommen wir zum Ende.

Deswegen lehnen wir die derzeitige Fassung der Drucksache ab und sprechen uns insbesondere hinsichtlich der Finanzierung für eine deutliche Überarbeitung aus und bitten – wie gesagt – noch einmal um eine Kosten-Nutzen-Analyse. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Jung:

Für die Fraktion der SPD hat Abgeordnete Mühlbauer das Wort.

Abgeordnete Mühlbauer, SPD:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich bin eigentlich sprachlos, Herr Kießling. Zwischenzeitlich war nicht mal mehr Ihr Referent im Raum, weil er sich wahrscheinlich in einer Ecke fremdschämen musste.

(Beifall SPD)

(Zwischenruf Abg. Kießling, AfD: Fremdschämen sollten Sie sich für das, was Sie sagen!)

(Abg. Mühlbauer)

Also, ich muss jetzt mal ganz deutlich sagen: Bitte überdenken Sie am 27. Oktober, ob Sie tatsächlich den Stand der Wissenschaft wählen wollen oder ob Sie weiterhin im Reich der Lügen, Legenden, Märchen und der Fake News diesen Freistaat nach vorn bringen wollen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich darf hier sagen, ich komme genauso wie Herr Kießling aus dem Ilm-Kreis. Wir haben eine Technische Universität in Ilmenau. Ich empfehle heute jedem, der bis zur Klasse 10 Physik oder vielleicht ein Abitur gemacht hat oder technisch interessiert ist, sich diese Rede von Herrn Kießling intensiv anzuhören

(Beifall SPD)

und daraus die naturwissenschaftlichen Ergebnisse abzuleiten,

(Zwischenruf Abg. Kießling, AfD: Das war eine gute Idee!

diese vielleicht im Mathematik-, Physikunterricht zu besprechen. Dass wir uns über fast eine halbe Stunde lang hier den Vergleich mit den Dinosauriern anhören mussten, ist mehr als peinlich.

Und für Sie, Herr Kießling, Ihren Referenten, Ihre Fraktion: Aufklärungsfilm gibt es beim ZDF, in der Mediathek, reichlich.

(Beifall DIE LINKE)

Ich kann Ihnen nur empfehlen, schalten Sie doch mal arte oder ZDFinfo an. Schauen Sie sich doch mal Sendungen zu diesem Thema an. Harald Lesch ist heute hier schon genannt worden, zitiere ich auch gerne. Führende Wissenschaftler in dem Bereich kommen hier zu ganz anderen Ergebnissen. Ich hoffe, dass wir hier am Ende des Tages nicht den Kometeneinschlag brauchen, der die Dinosaurier umgebracht hat, weil wir in eine Eiszeit verfallen sind, damit Sie hier wieder dort hingehören, wo Sie herkommen,

(Zwischenruf Abg. Kießling, AfD: Den Kometeneinschlag hatten wir heute früh!)

nämlich in eine bildungsferne Ecke zum Thema „Fake News“ und in die Witzzeitungen der medialen Welt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte mit einem ...

(Unruhe DIE LINKE)

Vizepräsidentin Jung:

Meine Damen und Herren, die Rednerin ist jetzt die Abgeordnete Mühlbauer.

Abgeordnete Mühlbauer, SPD:

Wir haben alle noch genug Redezeit. Sie dürfen sich gern hier alle zusammen weiterhin austauschen. Gott sei Dank, Herr Kießling hat keine mehr. Der Rest ist noch mit genügend Zeit ausgestattet.

Das Klima verhandelt nicht mit uns, die Ministerin hat es gesagt. Ich fange hiermit an. Wir verhandeln hier, aber das Klima verhandelt nicht mit uns. Das Klima präsentierte uns einen Sommer, aus dem wir kommen, einen Sommer, der noch ganz nahe ist. Lassen Sie mich mal mit einer guten Botschaft für Thüringen anfangen, es gibt nämlich heute eine, das Wetter. Es regnet! Seit langer Zeit ist heute ein Tag, an dem es wieder regnet. Heute ist ein guter Tag!

(Beifall DIE LINKE, SPD)

(Abg. Mühlbauer)

Ich sage Ihnen auch, warum: Warum hat uns dieses Waldsterben, der Borkenkäfer, der Buchenschädling so aus der Kalten erwischt und warum ist es jetzt so intensiv aufgetreten? Weil wir aus zwei Dürresommern kommen. In den Jahren 2018 und 2019 war bedeutend zu wenig Regen vorhanden. Das haben unsere Wälder nicht verkraftet, sage ich Ihnen. Ich war erst vor ein paar Tagen im Forstamt Gehren, ich war in Großbreitenbach in der Ebene im Wald. Wir haben uns das angeguckt. Da sind wirklich nur noch die oberen 10 Zentimeter etwas feucht. Darunter ist es trocken. Ich habe so einen trockenen Boden im Wald noch nie erlebt, meine werten Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren. Sie graben oben im Thüringer Wald einen Meter tief und Sie kommen nur auf trockenen Boden. Das vertragen unsere Kiefern nicht, das vertragen unsere Bäume nicht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich das sagen, denn das muss Ihnen bewusst sein: Warum ist denn jetzt auf einmal der Borkenkäfer überall so kräftig da? Das muss man sich bewusst machen, weil der Baum die Kraft nicht mehr hat, die Gänge des Borkenkäfers zuzuharzen. Er muss sich auf sein Inneres zurückziehen. Das heißt, sehr geehrte Damen und Herren, das ist auch ein Fakt, erstmals seit Aufzeichnung erleben wir in diesem Jahr vielleicht die vierte Generation Borkenkäfer in einem Jahr. Wir haben nachweislich Dokumentationen der Siebziger. Da hatten wir die zweite Generation. Das heißt, ich möchte es Ihnen plastisch übersetzen: Ein Borkenkäfer produziert 100 Nachkommen. Wir hatten im Mai die erste, wir hatten im Juni die zweite, wir hatten im Sommer die dritte Generation. 100 x 100 x 100. Vor 14 Tagen sagte man, wenn es jetzt nicht drastisch zu regnen anfängt, wenn es noch weiter einen schönen sommerlichen, zu warmen Herbst gibt, dann kann es passieren, dass die vierte Generation ausfliegt. Wir haben inzwischen schon den Befall festgestellt an Bäumen, an denen sehen Sie nichts. Die sind oben grün. Da ist die vierte Generation schon da und will ausfliegen. Das heißt, wir stehen vor einem drastischen Umbruch. Das sind die Beweise, das sind die Zeichen des Klimawandels. Und das hat Konsequenzen für uns in Thüringen, das hat Konsequenzen für das grüne Herz Thüringen. Darauf müssen wir reagieren, da sind wir verpflichtet für die nächste Generation, die Generation unserer Kinder. Es darf nicht dazu führen, dass wir hier eine halbe Stunde lang über Dinosaurier reden und die Frage: Ist der Klimawandel von Menschen gemacht, ja oder nein? Es ist zu viel CO₂, das wir produzieren, in der Luft

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und dazu gehören Maßnahmen, die wir einführen müssen, damit sich dieses reduziert, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Frau Ministerin, werte Kolleginnen und Kollegen von Rot-Rot-Grün, ich bin Ihnen dankbar, dass wir den Mut hatten, in dieser Legislatur die Zeichen der Zeit zu erkennen. Frühzeitig, in allen Haushalten aller Ministerien Fördergelder einzustellen,

(Beifall DIE LINKE)

ob es jetzt im Bauinfrastrukturbereich ist, ob es im Umweltenergiebereich ist. Wir haben gehandelt, wir haben zeitig gehandelt. Wir haben Dächer mit Solar gefördert, wir haben uns einer unbeliebten Windraddiskussion gestellt, werte Damen und Herren. Ich sage Ihnen in der Deutlichkeit: Wenn wir Energie nicht regenerativ erzeugen und das mehr erzeugen und diese Krux der Kohlediskussion hier nicht beenden, dann werden wir weder innovativ noch auf dem Stand der Zeit und der Technik sein.

Ich sage Ihnen auch warum. Ich komme – habe ich gesagt – aus dem Ilm-Kreis. Ich weiß nicht, ob Ihnen CATL was sagt, CATL wird eine der größten Investitionen sein, die in den nächsten Tagen hier bei uns stattfinden werden. Das ist ein Batterieproduzent. Der größte weltweite Batterieproduzent, der aus China kommt,

(Abg. Mühlbauer)

wird eines der größten Unternehmen am Erfurter Kreuz errichten. Geplant wird ein Ausbau von 2.000 Arbeitsplätzen sein. Ich sage Ihnen heute, ich habe dort am Mittwochabend von dem Unternehmenschef gehört, in China fahren reihenweise E-Busse. Dort werden Batterien für E-Busse produziert. Und ja, Frau Ministerin, wir haben den Versuch gewagt, E-Busse zu fördern, wir haben sie umgesetzt vor zwei, drei Jahren. E-Busse werden Stand der Technik werden. Wir in Thüringen produzieren die Batterien dazu. Ich sage Ihnen auch noch eins: Regionale Erzeugung – nicht durch große Leitungen transportieren, das schädigt auch weiterhin. Aber wir produzieren mit CATL die Speichermöglichkeiten, damit wir nicht mehr mit der 380 kV-Leitung über den Thüringer Wald müssen. Damit wir nicht Naturraum weiter schädigen. Wir können Erzeugung und Speicherung zusammenbringen. Deswegen ist genau unser Klimaschutzgesetz wichtig und genau aus diesem Grunde ist auch dieses Paket wichtig, meine sehr geehrten Damen und Herren. Wir müssen noch weiter denken. Wir haben ein 1-Prozent-Ziel vereinbart. Ich will mit Ihnen zusammen in der nächsten Legislatur dort die Energie erzeugen, speichern, wo sie gebraucht wird, und nicht über teure Leitungen durch dieses Land fahren. Diese Möglichkeit haben wir und das können wir auch.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich sage Ihnen auch noch eines: Ja, wir müssen CO₂ reduzieren, aber wir müssen mit Blick auf Einfamilienhäuser auf dem Lande, das vielleicht aus Gründen des demografischen Wandels, aus Gründen der gesellschaftlichen Veränderung nicht mehr verkäuflich ist, den Menschen vor Ort Lösungen anbieten, wie wir heizen können, wie wir heizen wollen. Da sind wir mit der EnEV-Veränderung der letzten Jahre leider die falschen Wege gegangen. Wir müssen ein klares Ja sagen zu Fernwärmenetzen. Wir müssen ein klares Ja sagen zu Umbauten. Wir müssen ein Ja sagen, dass auch Biogasanlagen und deren Konsequenzen wieder stärker im ländlichen Raum gefördert werden.

(Beifall DIE LINKE)

Wir müssen daran denken, dass jeder die Möglichkeit haben darf/muss, den Umbau, den uns der Klimawandel auferlegt, mitmachen zu können und dass es keine soziale Frage, eine Frage des Geldbeutels ist. Es darf – und das sage ich Ihnen ganz selbstbewusst als Sozialdemokratin – nicht heißen: Der, der es sich leisten kann, kann sich ein E-Auto leisten. Der, der es sich leisten kann, kann sich den Ladeanschluss an seinem Haus leisten. Der, der es sich leisten kann, kann seine Heizung umbauen. Nein, jeder im sozialen Mietwohnungsbau, jeder Rentner, jeder Bürger darf/muss teilhaben und ist Bestandteil dieses Umbaus, dieses gesellschaftlichen Auftrags des neuen anstehenden Jahrhunderts, des neuen anstehenden Jahrzehnts. Wir müssen diese Frage lösen. Wir werden sie lösen. Ich bin hier sehr zuversichtlich. Wir haben Ideen, wir haben Innovationen. Wir können genau diesen Punkt auch als Motor entwickeln für unsere wirtschaftliche, wissenschaftliche Zukunft, für Ökonomie und Ökologie im sozialen Einklang mit jedem. Sind Sie mutig! Ich freue mich auf diesen Wandel, auf den Umbau unserer Gesellschaft. Ich bitte, machen Sie alle mit und glauben Sie nicht den Märchen von rechts außen! Danke schön.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Jung:

Als nächster Redner erhält dafür Abgeordneter Kobelt von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

Abgeordneter Kobelt, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Menschen in Deutschland und in Thüringen sind sich einig: Eine intakte Natur ist Lebensqualität. Über 90 Prozent sagen das. Aber diese Natur ist in Gefahr. Wir haben das Problem, dass über 1 Million Arten in den nächsten Jahren, wenn wir so

(Abg. Kobelt)

weitermachen wie jetzt, aussterben werden. Der Meeresspiegel steigt nicht nur im Pazifik oder in Asien, sondern mittlerweile auch an der Ostsee und der Nordsee. Ich habe letztens erst mit einem Kollegen aus Hamburg telefoniert. Sie bereiten sich vor, dass der Meeresspiegel immer mehr steigt. Mit immensen Kosten müssen dort Gegenmaßnahmen zum Schutz der Küsten auch umgesetzt werden. Da sage ich doch eindeutig: Es ist besser, Geld vorsorglich zu investieren gegen den Klimawandel, gegen die Klimakrise, als dann die Folgen in zehnfacher oder in zwanzigfacher Höhe wieder in zehn oder 15 Jahren von unseren Kindern und von unseren Enkeln zurückzahlen zu lassen.

Aber auch in Thüringen ist der Klimawandel angekommen. Mich hat es ein bisschen wütend gemacht, was Herr Gruhner jetzt hier über das Waldsterben gesagt hat und über die Verantwortung der rot-rot-grünen Landesregierung. Denn machen Sie sich doch mal Gedanken darüber, warum wir denn vor dem größten Waldsterben in der Menschheitsgeschichte auch hier in Thüringen stehen? Warum ist das so? Das hat natürlich damit zu tun, dass die politischen Akteure in den letzten 50 Jahren, aber auch vor allem in den letzten 25 Jahren zunehmend den Klimawandel ignoriert haben. Das liegt auch an der Ignoranz der CDU, die zwar heiße Luft geredet hat, aber in den letzten 25 Jahren nichts dagegen gemacht hat.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Natürlich ist dann die Ursache davon, dass durch große Trockenheit, durch immer mehr Wetterereignisse auch so ein sensibles ökologisches System wie der Wald gestört wird und zerstört wird. Da hilft es doch nicht, jetzt herumzulamentieren und im Sommer mal 100 Tannen zu pflanzen, sondern es geht darum, dass wir jetzt endlich die Wahrheit erkennen und sehen, dass wir für die zukünftigen Generationen alles tun müssen,

(Zwischenruf Abg. Dr. König, CDU: Wie viele haben Sie denn gepflanzt?)

für unsere Natur und gegen die Klimakrise ankämpfen müssen. Ich möchte noch mal etwas zu den typischen Klimaleugnern sagen, die sich auch hartnäckig in der AfD halten. Herr Kießling hat ja dazu über die Hälfte seiner Rede krude Thesen vorgelesen.

(Zwischenruf Abg. Kießling, AfD: Auf wissenschaftlichen Grundlagen!)

– Ja, die wissenschaftlichen Grundlagen, die 99,5 Prozent der Wissenschaftler nicht so sehen. Dann können Sie das machen, dass Sie da eine Minderheitsmeinung vorlesen und als allgemeingültig darstellen.

Aber ich möchte noch mal auf ein Argument eingehen, das oft in der Debatte genannt wird. Deutschland hat ja nur 2,3 Prozent

(Zwischenruf Abg. Kießling, AfD: Nur ...!)

des CO₂-Ausstoßes und Sie werden doch an der Situation nichts verändern können, wenn man hier in Deutschland etwas macht. Das müssen dann schon China oder die USA oder Russland machen. Im Übrigen ist Russland gerade beigetreten – in Verpflichtungen zum Kampf gegen den Klimawandel.

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Hört, hört!)

Aber bleiben wir noch mal bei der Theorie mit den 2,3 Prozent – das bringt ja alles gar nichts. Ich habe da das Gefühl, Herr Kießling, dass Sie sich da so verhalten wie – ich sage mal ein Beispiel – in einem Fußballspiel. Viele von Ihnen gehen gern zum Fußball, schauen sich das an, auch durch die Weltmeisterschaften. Und Sie wissen, dass so ein Fußballspiel überhaupt nicht mehr gewonnen werden kann, wenn nicht alle mitmachen. Wenn sich nur einer dort hinstellt – das wollen Sie als AfD, glaube ich, aus Deutschland auch ma-

(Abg. Kobelt)

chen im Klimabezug: Sie wollen einen Mitspieler, der sich in der Fußballmannschaft hinstellt, zuschaut, und wenn ein Gegentor fällt, dann mit den Fingern auf die anderen Mitspieler zeigt und sagt: Ihr habt das nicht verhindert und ich brauche nichts zu tun. Das ist unfair – im Fußballsport wie im Sport insgesamt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Zwischenruf Abg. Kießling, AfD: Das sind ja Vergleiche!)

Das ist auch nicht zukunftsfähig in der Klimapolitik. Denn was werden Sie damit erreichen? – Sie sind der Spieler, den niemand leiden kann, der später nicht mehr mitspielen kann und der das Spiel verliert, und dafür kriegen Sie dann auch die Schelte.

Ein Argument haben wir heute wieder von Ihnen gehört. Wenn Sie dann wirklich mal ehrlich sind – Sie haben bei den letzten Reden bestritten, dass Sie sich für Atomenergie einsetzen werden, aber heute haben Sie es ja noch mal explizit genannt. Sie haben sogar die These vertreten, dass der Atommüll, der in den letzten Jahren entstanden ist, ein wertvoller Rohstoff ist und somit ja auch die Atomenergie eine wertvolle Technologie ist, die man dann auch verwenden kann.

Liebe AfD, Sie haben ja in Ihrer Gründungsphase auch angefangen, Gold zu verkaufen und dort Finanzprodukte aufzulegen. Ich lade Sie recht herzlich ein: Gründen Sie doch eine Gesellschaft, öffnen Sie Ihre Gärten, Ihre Häuser, nehmen Sie den ganzen Atommüll, den wertvollen Rohstoff, machen Sie Geschäfte damit und legen Sie es gewinnbringend an – viel Spaß dabei –, die anderen werden dabei nicht mitmachen können. Wir haben eine große Diskussion, wie wir mit dem Atommüll umgehen und Sie nennen es positiv als wertvollen Rohstoff – das kann ich nicht verstehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte noch mal kurz auf Herrn Gruhner eingehen, der ja so ein Bild gezeichnet hat: Ja, die CDU hat das in den letzten Jahren deutschlandweit und in Thüringen schon gerichtet, sie ist eine Partei von Maß und Mitte, und wenn man sich darauf in den Maßnahmen verlässt, dann wird alles gut. Sie verkennen aber vollkommen, dass Sie doch mit Ihrer Politik, gerade im Bund, aber auch in Thüringen, dafür gesorgt haben, dass es klimaschädliche Subventionen gegeben hat, dass Sie das öffentliche Nahverkehrssystem niedergespart haben, dass die Bahn kaputtgespart wurde in den letzten 20 Jahren, dass es zu Bahnstreckenschließungen gekommen ist. Ich habe Ihnen mal eine Karte mitgebracht. Hier sind alle Stilllegungen seit 1994 gekennzeichnet. Gerade als CDU im Osten müsste Sie eigentlich nachdenklich machen, dass in den letzten 25 Jahren, wo Sie die Hauptverantwortung getragen haben, die meisten Bahnstrecken stillgelegt wurden. Dann können Sie uns doch nicht wirklich weismachen, dass Sie hier mit Maß und Mitte gehandelt und einen Ausgleich zwischen den Verkehrsträgern geschaffen haben. Sie haben einfach die klimaschonende Mobilität ignoriert und nicht in dem Maße gefördert, wie es notwendig war. Und jetzt sagen Sie, das ist alles im richtigen Weg gewesen. Überhaupt nichts ist richtig gewesen. Wir brauchen jetzt eine Mobilitätswende, wir brauchen eine Energiewende, wir brauchen den Zusammenhalt im Kampf gegen den Klimawandel. Wenn Sie da als große Volkspartei nicht mitmachen, dann sind Sie auch der Dinosaurier der großen Politik in den nächsten Jahren.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jetzt können Sie natürlich zu Recht sagen: Was haben die Grünen für Ideen, was wollen sie machen? Ich möchte jetzt nicht die ganze Regierungserklärung unserer Umweltministerin wiederholen. Aber sich hinzustellen, wirklich zuzuhören und zu behaupten, hier sind keine Zukunftsthemen bearbeitet worden – also entweder haben Sie nicht richtig zugehört oder Sie wollen die Leute für dumm verkaufen.

(Abg. Kobelt)

Natürlich gehört es dazu, dass man auch mal darstellt, was in den letzten fünf Jahren passiert ist, denn da ist im Bereich der Energieeinsparung, Energieeffizienz, erneuerbare Energien, im Kampf gegen den Klimawandel ungefähr zehnmal mehr passiert als in 25 Jahren Ihrer Verantwortung. Und es ist richtig, dass das hier dargestellt wird. Aber Frau Ministerin Siegesmund ist natürlich auch auf die Zukunftsaufgaben eingegangen.

Ich möchte noch mal kurz drei Punkte sagen, die uns auch als grüne Landtagsfraktion besonders wichtig sind. Das Erste ist: Wir werden die Bürgerinnen und Bürger und auch die Kommunen nicht zur Mitarbeit motivieren können, wenn wir als Land nicht unsere Vorbildwirkung wahrnehmen. Dazu gehört, dass wir zum Beispiel unsere Immobilien – das war mit ein erster Beschluss von Rot-Rot-Grün – vorbildlich 40 Prozent besser sanieren und 40 Prozent mehr Energie einsparen als es der Bundesstandard für Neubauten und für Sanierungen ist. Dazu gehört auch, dass wir hier im Landtag beschlossen haben, dass alle Dächer, für die es möglich ist – es sind übrigens 50 Prozent der über 1.000 Landesimmobilien –, mit Solarenergie versorgt werden und diese schrittweise aufgebaut werden. Wir haben dafür 3 Millionen Euro im Haushalt zur Verfügung gestellt und das Infrastrukturministerium setzt das Schritt für Schritt um. Das ist, glaube ich, ein gutes Beispiel, wie Vorbildwirkung funktioniert.

Natürlich ist der nächste Schritt, unsere Gebäude, die Landesimmobilien so zu sanieren, dass sie ausschließlich mit CO₂-neutralen Technologien beheizt und mit Energie versorgt werden. Dazu ist es notwendig, erst mal Energie einzusparen, Gebäude zu dämmen und dort auch andere Technologien, wie zum Beispiel die Solarenergie, einzusetzen.

Wenn wir das geschafft haben, dann ist es so, dass es den Kommunen auch leichter fällt, zum Beispiel ihre Schulen mehr zu sanieren. Wir haben im Übrigen Schulsanierungsprogramme und Neubauprogramme auf den Weg gebracht mit Investitionen von über 500 Millionen Euro in dieser Legislatur. Davon ist ein Großteil auch in energetische Sanierung, in Verbesserung der Lernbedingungen geflossen und darauf können wir, glaube ich, sehr stolz sein. Das wollen wir in den nächsten Jahren fortsetzen und noch mehr zur grünen, energieeffizienten Schule kommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ein zweites Beispiel, was ich gern sagen möchte, ist, wie wir einen gesellschaftlichen Zusammenhalt, der ja auch von den anderen Rednern hier teilweise genannt wurde, hinkommen. Das werden wir hinkommen, wenn wir die Bürgerenergie stärken, wenn wir dort ansetzen, wo Energie verbraucht wird, und wenn wir immer mehr Menschen zu Energiegewinnern machen. Ein erster Schritt ist zum Beispiel im Solarbereich schon sehr gut gelungen. Wir haben ein Solarprogramm auf den Weg gebracht, das ist das erfolgreichste gewesen, seit 1990 wurde noch nicht so viel in Solarenergie investiert. Die erste Charge – wir mussten dort mehrmals die Haushaltsmittel erhöhen – war nach einem halben Jahr abgegriffen. Mittlerweile ist es so, dass wir für Energiespeicher, für Solaranlagen zum Beispiel das attraktivste Förderprogramm in ganz Deutschland haben. Darauf können wir, glaube ich, sehr stolz sein. Denn wir wollen ganz eindeutig, dass sich immer mehr Menschen unabhängig machen können von Öl und von Gas; dafür ist Solarenergie ein wichtiger Punkt.

Der nächste Schritt ist, das auch den Mietern zu ermöglichen. Wir haben im Haushalt darüber diskutiert und die Förderrichtlinie wird gerade umgebaut. Wir wollen, dass sich jeder Mieter zum Beispiel eine Solaranlage kaufen kann, wenn er das möchte, an den Balkon hängen kann, dort Energie erzeugen kann. Vor allen Dingen wollen wir die Vermieter auch motivieren, ihre Dächer zu nutzen und diese an den Mieter dann auch zu verkaufen. Das sagen wir nicht nur aus umweltfreundlichen Gründen, sondern wir wollen, dass die Energiekosten berechenbar bleiben.

(Abg. Kobelt)

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die gesamten Entwicklungen im Bereich der Solarenergie zeigen, dass die Kosten in den letzten zehn Jahren um 80 Prozent gesunken sind. Und wir wollen auch die Mieter daran beteiligen. Was gibt es besseres? Die ersten Stadtwerke haben Stromverträge auch mit Solarstrom mit ihren Mietern vereinbart, sodass die Kosten gedeckelt werden in den nächsten 20 Jahren, mit dem Beitrag der günstigen Solarenergie, die nur noch ein Drittel des normalen Energiebezugs vom Energieversorger kostet, sodass sie dort dafür sorgen, dass die Mieterinnen in den nächsten 20 Jahren konstant die Energiekosten deckeln können und das mit einem großen Anteil von Solarenergie. Die Energiewende wird nur gelingen, wenn sie von unten, von den Bürgerinnen und Bürgern, von den lokalen Stadtwerken und von Energiegenossenschaften getragen wird. Und dort ist in dieser Legislatur schon viel passiert, wir wollen das als Grüne natürlich auch in den nächsten Jahren ausbauen. Dazu gehört es auch – da sagen sie dann auch immer mal, da drücken Sie sich als Grüne drum –, dass wir dort auch Konzepte für die Windenergie aufstellen. Ich war letztens erst in Nordhausen gewesen, Frau Siegesmund hat das Beispiel genannt, dort ist es sehr gut gelungen dass die Stadtwerke zu den Flächeneigentümern gegangen sind und gesagt haben, wir als lokales Unternehmen stehen für die Region, ihr könnt uns vertrauen. Wissen Sie, was die Flächeneigentümer, die landwirtschaftlichen Betriebe gesagt haben? Wir sind froh, dass ihr als lokale Unternehmen endlich gekommen seid.

(Zwischenruf Abg. Kießling, AfD: Das sind ja Vergleiche!)

Ihr seid stark in der Region, wir vertrauen euch und das ist eine ganz andere Gesprächsbasis, als wenn Unternehmen aus Hamburg oder aus Stuttgart Vorverträge machen und dort teilweise, muss man ja auch sagen, auch mit Finanzmitteln geworben haben, was sich dann nicht so erfüllt hat. Das ist die zweite Maßnahme, Vertrauen herzustellen in die gemeinsame Entwicklung auch von Windenergie, mit Energiegenossenschaft, mit Stadtwerken, aber auch durch das Siegel „Faire Windenergie“ dort eine Vertrauensarbeit herzustellen. Ich sage ganz offen, auch als Grüner: Wir haben gesagt, wir wollen 1 Prozent der Landesfläche ungefähr bis 2040 für Windenergie bereitstellen. Ich denke, das ist nicht unbedingt an 1 Prozent gebunden. Es geht darum, eine gewisse Energiemenge, auch im Windenergiebereich, zu erzeugen und da sind wir auch sehr gesprächsbereit. Aber es geht jetzt auch darum, dass wir uns dafür Zeit nehmen. Wenn eine regionale Planungsgemeinschaft wie in Mittelthüringen gesagt hat, wir haben jetzt eine Einigung gehabt und wir haben das noch nicht geschafft mit 1 Prozent im Regionalplan, dann ist es in Ordnung und wir haben uns als Energiepolitiker dazu auch verständigt und haben gesagt, das ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Und wir werden uns die Zeit nehmen, dort auch Windenergiemodelle mit den Bürgerinnen und Bürgern zu entwickeln und dort auch für mehr Akzeptanz zu sorgen und vor allen Dingen auch dort, wo es gewollt ist, auch zu bauen. Das muss man nämlich auch sagen. Es gibt viele Orte, wo sich die Bürgerinnen und Bürger einig sind, wo gebaut werden soll und aus uns unerklärlichen Gründen sind diese Standorte von den regionalen Planungsgemeinschaften nicht aufgenommen worden. Wir wollen dahin kommen, dass wir dort die Energiewende vorantreiben wollen, vor Ort die Menschen unterstützen und auch die Verantwortlichen. Damit dies auch in Zukunft möglich ist, muss es eine Änderung im Landesentwicklungsplan geben, damit es nicht nur die vorgegebenen Flächen sind, sondern dort, dass das dort, wo es möglich und freiwillig gewollt ist, auch umsetzbar ist.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn wir es geschafft haben die Menschen zu motivieren und auch erneuerbare Energien einzusetzen, zum Beispiel Energie zu sparen, dann ist der nächste Schritt, das auch mit den Unternehmen und mit den Kommunen zu tun. Die Unternehmen, wenn man sich mal mit den

(Abg. Kobelt)

vielen mittelständischen Unternehmen und Industrieunternehmen in Thüringen und in Deutschland unterhält, sind schon viel weiter, als es zum Beispiel die CDU in ihrer Politik ist. Unterhalten Sie sich doch in ihrem Mittelstand mit ihren Unternehmen. Sie wollen Planungssicherheit, sie wollen für die nächsten 20 Jahre planen und da braucht es keine Pillepalle-Maßnahme, was Sie jetzt im Klimapaket verabschiedet haben, sondern da braucht es starke Maßnahmen, braucht es Entschließungsbereitschaft und dann kann die Wirtschaft in den nächsten 20 Jahren auch planen, kann sich darauf einstellen und kann gerade in innovative Technologien investieren. Das ist ja nicht in zwei Jahren wieder eingespielt. Da braucht es Planungszeiträume von fünf, zehn oder 20 Jahren. Wir wollen solche Investitionen stärken, mit Klima Invest von Ministerin Siegesmund ist das schon passiert. Die Unternehmen sind gern dazu bereit und wenn man mal unter vier Augen mit ihnen spricht, dann sagen sie, nehmt doch endlich diesen Stillstand in der Klimapolitik, hebt ihn auf, geht voran, wir sind dabei. Wenn es noch staatliche Unterstützungen gibt, wie es zum Beispiel in Thüringen vorbildlich passiert, sind wir dabei und kämpfen mit euch gemeinsam, mit Politik und den Menschen, gegen die Klimakrise.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein schwieriger Punkt ist zudem der Klimapakt mit den Kommunen. Natürlich haben die Kommunen vielfältige Aufgaben und teilweise in ihren Strukturen gar nicht das spezielle Personal, um zum Beispiel die Planung in erneuerbare Energien oder in komplexe Sanierungsmaßnahmen darzustellen. Dort brauchen Sie die Unterstützung vom Land und natürlich auch finanzielle Mittel. Ich finde, wir sollten wegkommen von den doch recht allgemeinen Unterstützungen der Kommunen, vielmehr zusätzliches Geld in die Hand nehmen, zukunftsfähige Modelle unterstützen, die Kommunen fit machen, damit sie ihre Schulen so sanieren, dass sie kein CO₂ mehr verbrauchen, dass es Plusenergieschulen gibt, dass sie ihre Gebäude sanieren, sie bei LED-Straßenbeleuchtung unterstützen und vor allen Dingen bei der Mobilität.

Zur Mobilität – das ist mein letzter Punkt –: Natürlich ist es nicht so einfach, 25 Jahre sowohl in Thüringen als auch in Deutschland rückgängig zu machen. Wir erleben, dass ein Großteil – im Bund sind es fast zwei Drittel – der Mittel in den Straßenbau geht und in die Pkw-Technologie. Ich sage hier als Grüner aber auch: Wir wohnen auf dem Land, wir wohnen mit vier Kindern zusammen, wir sind sechs Leute, wir brauchen auf dem Land ein Auto. Ich sage nicht, dass die Autos wegkommen sollen – das wird von Ihnen immer gern unterstellt. Zwei Drittel unserer Fraktion wohnen im ländlichen Raum und besitzen auch ein Auto. Wir lassen uns nicht unterstellen, dass wir alle Autos abschaffen wollen und autofeindlich sind. Es geht doch darum, intelligent zu gestalten und dort, wo es Möglichkeiten gibt, Alternativen zu nutzen. Da wollen es die Menschen auch, egal ob sie in der Stadt oder auf dem Land wohnen. Wir müssen sie aber erst einmal in die Bereitschaft bringen, dies zu nutzen. Wenn Sie wie ich in einem kleinen Ort wohnen, wo der Schulbus zwar ganz gut fährt, aber dann am Wochenende oder in den Abendstunden überhaupt nicht mehr, dann sollte uns das ein Signal sein und die Sparpolitik im öffentlichen Personennahverkehr, die die CDU in den letzten 25 Jahren zu verantworten hat, rückgängig gemacht werden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie sind doch dafür verantwortlich, dass die Busstrecken im ländlichen Raum immer mehr ausgedünnt wurden.

(Zwischenruf Abg. Heym, CDU: Na klar!)

Jetzt versuchen Sie, das den Grünen unterzuschieben, die sich angeblich nur auf die Städte konzentrieren.

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Uns einen Vorwurf zu machen!)

(Abg. Kobelt)

Sie sind doch verantwortlich, dass die Bahnstrecken stillgelegt wurden, und

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sie haben stillgelegt!)

Sie sind verantwortlich dafür, dass nicht genug in den öffentlichen Nahverkehr investiert wurde. Wir wollen das ändern! Wenn Sie sich die Programme von SPD, Linken und Grünen anschauen, dann steht in allen ganz klar und eindeutig, die Mobilitätskonzepte sind voranzutreiben, wir brauchen öffentlichen Nahverkehr. Das grüne Programm ist da vielleicht noch am weitgehendsten, das ist aber auch gut so. Ich habe auch die Erfahrung gemacht, dass man im Gespräch mit den Koalitionspartnern gute Lösungen findet. Wenn die nächste Legislatur losgeht, brauchen wir im Mobilitätsbereich eine neue Mobilitätswende, mehr Investitionen in den öffentlichen Nahverkehr.

Es ist doch relativ einfach: Die Technologie ist da, sowohl in dem Bereich der erneuerbaren Energien als auch in der Mobilität. Wir haben noch ein relativ stabiles Grundnetz an Zugverbindungen, an Schienenpersonenverkehr und wir können es schaffen, mit ergänzenden Buslinien darauf aufzubauen, mit einem stärker ausgebauten Landesbusnetz und dann mit individuellen Konzepten, um dafür zu sorgen, dass jede Gemeinde so versorgt ist, dass sie im Stundentakt an den öffentlichen Nahverkehr angeschlossen ist. Dafür kämpfen wir als Bündnis/90 Die Grünen.

Den zweiten Punkt, den wir noch setzen wollen: Wir haben mit unseren Koalitionspartnern mit dem Azubiticket einen ersten Einstieg gefunden in das, was Mobilität bezahlbar macht. Wir wollen, dass das Azubiticket kostenmäßig auf 30 Euro im Monat gesenkt wird, damit auch Jugendliche, Schülerinnen und Schüler nutzen werden, dass alle Thüringerinnen und Thüringer für maximal 2 Euro am Tag, für 60 Euro, durch Thüringen fahren können.

Das sind zwei Bestandteile, bei denen viele von Ihnen sagen, auch in den Diskussionen, na ist das denn überhaupt bezahlbar, wie wollen Sie das denn machen. Da sage ich ganz eindeutig, wir brauchen neue Prämissen, gerade in der Bundespolitik, aber auch in der Landespolitik, hin zu mehr öffentlichem Nahverkehr. Wir können es uns nicht so einfach machen, wie es sich die CDU auch in den Diskussionen gemacht hat. Sie hat gesagt, es bleibt im Grunde alles so, wie es ist, wir bauen weiter Straßen, wir bauen noch mehr Autobahnen, wir bauen noch mehr vierspurige Straßen, wie es in Thüringen teilweise im Bundesverkehrswegeplan auch vorgesehen ist. Das bleibt alles und dann machen wir so ein bisschen mehr für den öffentlichen Nahverkehr. Das wird nicht funktionieren. Wir brauchen eine Wende

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

hin zu mehr moderner Mobilität, zu mehr öffentlichem Nahverkehr, zu mehr Radverkehr, der Fußverkehr ist zu stärken, und dann werden wir es schaffen, die Mobilitätswende hinzubekommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich mit einem Zitat schließen von einem Autor, von Marc-Uwe Kling, für all die, die diese Mentalität an den Tag legen, Kampf gegen den Klimawandel bringt ja sowieso nichts: „Ja, wir könnten jetzt was gegen den Klimawandel tun, aber wenn wir dann in 50 Jahren feststellen würden, dass sich alle Wissenschaftler doch vertan haben und es gar keine Klimaerwärmung gibt, dann hätten wir völlig ohne Grund dafür gesorgt, dass man selbst in den Städten die Luft wieder atmen kann, dass die Flüsse nicht mehr giftig sind, dass Autos weder Krach machen noch stinken und dass wir nicht mehr abhängig sind von Diktatoren und deren Ölvorkommen. Da würden wir uns schön ärgern.“

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Abg. Kobelt)

In diesem Sinne, meine sehr geehrten Damen und Herren, bitte ich um Zustimmung zu dem Klimapaket, zu den konkreten Klimamaßnahmen, die wir heute hier diskutieren, und lassen Sie uns gemeinsam gegen die Klimakrise kämpfen. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Jung:

Es gibt weitere Wortmeldungen, zunächst Abgeordnete Skibbe, Fraktion Die Linke.

Abgeordnete Skibbe, DIE LINKE:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, mich hat es noch mal nach vorn getrieben, als der Kollege aus der AfD-Fraktion uns mit seinem Klimawandel, Klimawahn, Götzenhuldigung, Klimahysterie, Ablasshandel und mit den vielen wissenschaftlichen Daten überhäuft hat und seine Schlussfolgerung dann war, dass wir schon immer Klimawandel hatten.

(Zwischenruf Abg. Kießling, AfD: Bestreiten Sie etwa den Klimawandel?)

Das ist erst mal richtig. Wir hatten immer den Klimawandel auf der Erde, wir kennen Warmzeiten, wir kennen Kaltzeiten, das können wir daran sehen, ob die Polkappen der Erde da sind, da haben wir nämlich eine Kaltzeit oder wenn sie nicht da sind, haben wir eine Heißzeit. Aber die Schlussfolgerung, die Sie daraus ziehen, halte ich für ganz schön krude.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will den Sachen, die meine Vorredner schon gesagt haben, auch nicht mehr viel hinzufügen, aber noch nie in der Geschichte gab es einen so schnellen Klimawandel, wie wir ihn zurzeit haben. Das ist eine Schlussfolgerung, die wir als Menschen ziehen müssen. Ich möchte den Menschen nur noch eines mitgeben: Sie sprachen auch davon, dass man sich mit den Vorschlägen, die Rot-Rot-Grün für den Klimaschutz hat, in die Steinzeit zurückentwickelt. Ich sage, wenn wir nichts tun, dann werden wir uns in die Steinzeit zurückentwickeln,

(Beifall DIE LINKE, SPD BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

weil sich die Erde erwärmt und es Veränderungen geben wird, die wir heute noch nicht vorhersehen können. Ich kann da nur mit den Völkern, mit den Naturvölkern zum Beispiel aus Amerika, den Indianern, sagen – und das gebe ich auch in vielen Jugendweiherreden mit –: Die Indianer haben, wenn sie weitreichende Entscheidungen für die Zukunft getroffen haben, immer genau überlegt, was sie machen und wie die Erde sich nach der siebenten Generation verändert haben wird.

(Zwischenruf Abg. Herold, AfD: Die fahren heute auch Pickup!)

Das genau möchte ich mitgeben, wenn wir hier unsere Entscheidungen für die Zukunft treffen. Danke.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Jung:

Als nächster Redner hat Abgeordneter Gruhner, Fraktion der CDU, das Wort.

Abgeordneter Gruhner, CDU:

Herzlichen Dank, Frau Präsidentin. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin ein zweites Mal hier nach vorn gegangen, weil ich schon noch mal das aufgreifen will, was insbesondere aus der Grünen- und aus der Linken-Fraktion hier gesagt wurde.

Kollege Kobelt, bei allem Respekt, aber sich hier hinzustellen und zu sagen, es gäbe eine Ignoranz der CDU gegenüber der Frage des Klimaschutzes, zu sagen, in der Vergangenheit wäre nichts passiert, das ist an Dreistigkeit, mit Verlaub, nicht zu überbieten, das will ich Ihnen in aller Deutlichkeit sagen.

(Beifall CDU)

Das sage ich Ihnen deswegen, weil ich der festen Überzeugung bin, dass es gelegentlich ganz gut ist, sich mal an Fakten zu orientieren.

(Zwischenruf Abg. Müller, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja, an Fakten!)

Dass Sie es mit Fakten nicht so genau halten, das hat Herr Habeck am vergangenen Wochenende in Interviews gezeigt. Aber ich will Ihnen doch noch mal ein paar Dinge deutlich sagen.

Vizepräsidentin Jung:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Adams?

Abgeordneter Gruhner, CDU:

Nein, gestatte ich nicht. – Ich will Ihnen einfach mal ein paar Fakten nennen. Fakt Nummer 1: Rückgang der Treibhausgasemission von 1990 bis 2020 – minus 30 Prozent. Wir haben heute einen erneuerbaren Anteil im Stromsektor in der gesamten Bundesrepublik von 38 Prozent. Wir haben heute den niedrigsten Energieverbrauch im Vergleich zu den 70er-Jahren. Deutschland ist eines der wichtigsten Geberländer, wenn es darum geht, Klimaschutz auf der gesamten Welt zu finanzieren – 3,6 Milliarden Euro aktuell. Wenn man alle Kredite dazuzählt, sind das 6 Milliarden Euro. Es war die Bundeskanzlerin Angela Merkel, die 1997 als Umweltministerin das Kyoto-Protokoll federführend mitverhandelt hat. Es war die Bundeskanzlerin Angela Merkel, die 2015 federführend das Abkommen von Paris mit umgesetzt hat.

(Zwischenruf Abg. Henfling; Abg. Müller, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Warum setzt Ihr es dann nicht um?)

Ich finde, angesichts dieser Fakten ist es eine Dreistigkeit, sich hier hinzustellen und zu sagen, es wäre in der Vergangenheit nichts passiert.

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sie haben es doch bei der Pressekonferenz selbst eingestanden!)

Es ist sehr viel auf den Weg gebracht worden mit unserer Verantwortung, unter unserer Verantwortung, und Sie standen in dieser Frage an der Seitenlinie, das muss man mal sehr deutlich sagen.

(Beifall CDU)

Ich finde, wir haben alle eine gemeinsame Verantwortung, etwas zu tun.

(Unruhe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und mit Sicherheit haben wir in der Frage, welchen Weg wir gehen und wie wir den Weg gehen, unterschiedliche Auffassungen.

(Abg. Gruhner)

(Zwischenruf Abg. Harzer, DIE LINKE: Dann tun Sie doch was!)

Aber es ist eine Frage von Respekt, dass man anerkennt, dass in dieser Frage sehr viel passiert ist.

(Unruhe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und verblöden Sie nicht die Leute in diesem Land, indem Sie sich hinstellen: Die Grünen sind die Einzigen in dieser Republik, die was für den Klimaschutz tun.

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das ist keine Antwort!)

Das ist nachweislich falsch, nehmen Sie die Fakten einfach zur Kenntnis.

(Beifall CDU)

Ihre Zwischenrufe zeigen, dass Sie nicht gewillt sind, Fakten zur Kenntnis zu nehmen.

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ich hätte Sie ja gefragt!)

Jetzt will ich noch was Zweites sagen, weil Kollege Harzer, finde ich, hier in ganz wunderbarer Art und Weise deutlich gemacht hat, wie sehr Sie sich widersprechen. Auf der einen Seite stellen Sie sich hier hin und sagen: Das Klimapaket der Bundesregierung, das sei ja alles unsozial, was die CDU da macht und, und, und.

(Beifall DIE LINKE)

Gleichzeitig stellen sich Ihre Vertreter und die Freunde aus Ihrer Koalition hin und sagen: Eigentlich müsste der CO₂-Preis noch höher sein, eigentlich reicht das alles nicht aus. Ich finde, widersprüchlicher geht es nicht. Man kann nicht auf der einen Seite sagen, wir machen CO₂ deutlich teurer, und auf der anderen Seite einfordern, dass man mehr soziale Gerechtigkeit braucht. Sie müssen sich am Ende entscheiden, aber so wie Sie es gesagt haben, ist es absolut widersprüchlich.

(Beifall CDU)

(Zwischenruf Abg. Harzer, DIE LINKE: Ach Herr Gruhner, Sie hätten zu dieser Zeit nicht telefonieren sollen!)

Und ich zeige Ihnen noch einen zweiten Widerspruch auf, den ich auch ganz bemerkenswert finde. Sie sagen: Was die Bundesregierung jetzt mit dem Klimapaket in puncto Ölheizung vorgeschlagen hat, sei am Ende alles Quatsch, denn selbst wenn man 40 Prozent fördert, fehlen am Ende immer noch 60 Prozent, und derjenige, der es sich nicht leisten kann, kann dann seine Ölheizung auch nicht nachrüsten. Erstens will ich feststellen, dass niemand irgendjemanden zwingt, die Ölheizung, die er jetzt hat, einfach auszutauschen. Es gilt: Ab 2026 darf ich keine neue Ölheizung mehr einbauen. Ich kann sogar Hybridlösungen machen, wenn ich das will. Niemand zwingt irgendjemanden, jetzt seine Ölheizung auszutauschen. Deswegen ist das völliger Quatsch, was Sie gesagt haben.

Aber was der eigentliche Widerspruch ist – und das ist doch das Entscheidende: Sie selbst haben in diesem Haus ein Klimagesetz beschlossen, in dem Sie sagen: Ab 01.01.2030 verlangen Sie von jedem, dass er 25 Prozent erneuerbare Energien beim Gesamtenergieverbrauch seiner Immobilie einsetzen muss. Und dann sagen Sie in Ihrem Gesetz: Es gibt aber nur dann eine staatliche Förderung des Freistaats, wenn es sogar 50 Prozent sind. Jetzt kann ich Ihnen sagen: Wenn Sie auf der einen Seite die Bundesregierung kritisieren und sagen, dass hier nur 40 Prozent zur Verfügung gestellt werden und dann am Ende noch 60 Prozent übrig bleiben, dann frage ich mich, was Sie für eine Lösung in Ihrem Klimagesetz getroffen haben. Das ist im Kern nichts anderes. Deswegen kann ich nur sagen: Wir können über viel streiten, aber bleiben Sie bei

(Abg. Gruhner)

einer Linie, machen Sie nicht Widersprüchlichkeiten auf, weil das ist absolut unglaublich. Es ist genauso unglaublich, wie wenn sich die Grünen hier hinstellen und sagen, es sei in der Vergangenheit nichts passiert. Das muss man scharf und eindeutig zurückweisen, denn es hat nichts mit den Fakten in diesem Land zu tun.

(Beifall CDU)

(Zwischenruf Abg. Henfling, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sie müssen doch einsehen, dass es jetzt noch schwieriger ist!)

Vizepräsidentin Jung:

Für die SPD-Fraktion hat Abgeordneter Hey das Wort.

(Zwischenruf Abg. König-Preuss, DIE LINKE: Ich finde das lustig.)

Abgeordneter Hey, SPD:

Frau Präsidentin, vielen Dank. Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Klimadebatte ist ja in vollem Gange in diesem Land, spätestens seit Beendigung des sogenannten „Klimakabinetts“, und wir hören ja auch, wie das Spektrum der Meinungen darüber auseinandergeht. Die einen sagen: Das ist ja wohl ein Witz. Die anderen sagen: Es war ein großer Wurf.

Ich will mal auf die finanzielle Untersetzung abstellen. Der Bund sagt für die kommenden vier Jahre für verschiedene Maßnahmen 54 Milliarden Euro an Unterstützung für dieses Klimapakett zu – 54 Milliarden. Und ich will mal zur Verdeutlichung, damit diese Einordnung vielleicht für uns alle ein bisschen leichter fällt, sagen: Wir haben vor einiger Zeit oder auch nach wie vor immer sehr trefflich über den Verteidigungshaushalt in der Bundesrepublik gesprochen. Im Jahr 2019 – momentan beträgt er 43 Milliarden Euro. Das ist immer noch der zweitgrößte Posten nach Arbeit und Soziales – Ich bedaure nach wie vor, dass in diesem Land mehr Geld für Rüstung als für Bildung ausgegeben wird. –

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

aber wir müssen das mal einordnen: 43 Milliarden also für den Verteidigungshaushalt und 54 Milliarden für den Klimaschutz. Ich finde, das ist ein Pfund und ich sage auch: Jeder Euro in den Klimaschutz ist besser angelegt als in die Rüstungsindustrie.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Wenn wir allein die Investitionen für den Schienenverkehr, die der Bund unter anderem auch in diesem Maßnahmenpaket auflistet und die bis 2030 erfolgen sollen, nehmen, dann reden wir über 80 Milliarden Euro, die bis 2030 bereitgestellt werden sollen. 80 Milliarden Euro. Die Bahn profitiert, allein schon in der nächsten Zeit, zum Beispiel – Sie haben es mitbekommen – von einer Mehrwertsteuersenkung auf die Bahntickets. Und wie jetzt Politiker aus anderen Ländern das bewerten, was Bundespolitiker da gemacht haben, das ist schon interessant. Ich sage auch mal: Wenn es der einzige Schritt gewesen wäre, den der Bund jetzt machen will, dann war der sicherlich zu klein. Aber wenn es der erste Schritt war, dann sage ich mal deutlich, dann ist er richtig.

(Beifall SPD)

Ich will aber auch sagen, wie das mit der Klimadebatte draußen ankommt. Das hat mich eigentlich hier vor ans Pult getrieben. Ich habe gleich am Montag eine Bürgerin bei mir im Bürgerbüro gehabt, die wohnt etwas

(Abg. Hey)

abseits von Gotha in einem kleineren Ort, die sagt, sie ist 73 Jahre alt, sie hat eine Ölheizung zu Hause, sie sagt: Ich verlasse mein Haus – es sei denn, ich werde ein Pflegefall – überhaupt nicht mehr und ich werde diese Ölheizung, nur damit Sie es gleich wissen, auch nicht umbauen. Und im Übrigen hat sie gleich noch übertrieben: Ich habe eine elektrische Brotschneidemaschine, nehmen Sie mir die jetzt auch gleich noch weg? So lief das. Da habe ich sie beschwichtigt und gesagt: Davon kann keine Rede sein. Es ist ja eigentlich so: So eine Ölheizung soll ab 2026 nicht mehr eingebaut werden. Aber was mir diese Frau in der gesamten Debatte verdeutlicht hat – und das läuft Ihnen vielleicht auch hin und wieder mal über den Weg –, ist, die Leute fühlen sich zum Teil relativ hilflos in einer absolut überhitzten Debatte, weil sie das Gefühl haben, hier kommt etwas auf sie zu, das riesig ist und das einfach nur teuer ist.

Dass die Debatte überhitzt ist, will ich gerne mal anhand des Beispiels, das Herr Kobelt gebracht hat – da danke ich Ihnen sehr dafür für dieses Bild, das will ich gern mal sagen –: Vor einiger Zeit hat eine Regierungsmaschine mit Angela Merkel zum UN-Klimagipfel abgehoben und zeitgleich eine zweite Maschine mit Annegret Kramp-Karrenbauer, die auch zu einer Beratung über den Teich geflogen ist. Wir haben darüber eine riesige Debatte in diesem Land. Ich finde das auch nicht gut, will ich gleich sagen. Ich sage Ihnen aber auch, weil Sie vorhin das Fußballbild gebracht haben, Herr Kobelt: Jeden Dienstag, Mittwoch und Donnerstag sind hunderte von Maschinen in der Luft, weil wir hier in Europa im Fußball einen Europapokal ausspielen und weil der FC Barcelona eben nicht mit dem Bus zu Borussia Dortmund fährt. Das gucken wir uns mit Freude an und bezahlen sogar noch bei Sky dafür. Auch das gehört zur Wahrheit dazu,

(Beifall CDU)

dass man das mal einordnet, wie diese Debatte im Moment hochgetourt ist.

(Beifall DIE LINKE)

Es zeigt aber auch eins – für alle, die jetzt klopfen: Dass Politik natürlich ein Projektionsfeld ist, wo sehr genau hingeschaut wird, ob die, die da was beschließen, sich auch selbst an diese Beschlüsse halten.

(Zwischenruf Abg. Wucherpfenning, CDU: Sehr gut.)

Es zeigt auch, dass die Politik jetzt gerade in einer unwahrscheinlich großen Verantwortung steht und sich dieser Verantwortung auch bei der Klimadebatte stellen muss. Und da fällt mir auf, dass die Menschen nicht immer nur jubeln, wenn sie Klimaschutz hören. Weil sie Fragen haben und weil wir auf diese Fragen auch ehrliche Antworten geben müssen. Wenn mich ein Opel-Mitarbeiter aus Eisenach fragt: Muss ich mich jetzt schlecht fühlen, weil ich den ganzen Tag lang den Grandland produziere und weil das ein SUV ist? Wenn mich die alte Dame mit ihrer Ölheizung fragt, was denn da nun damit werden soll? Wenn Menschen fragen: Wieso hat denn die Politik eigentlich nach diesem Abgasskandal jahrelang tatenlos zugesehen, als wir betrogen wurden? Wenn mich ein Mann fragt: Ich habe bei meiner Kleinkläranlage draufzahlen müssen, ich habe einen VW-Diesel vor meiner Tür stehen, ich habe eine Ölheizung, was höre ich jetzt jeden Tag, dass jetzt wegen des Klimas alles immer teurer wird.

Ich sage deshalb: Diese Klimadiskussion, dieser Streit um die richtigen Maßnahmen ist auch eine große Chance. Aber es kommt darauf an, ob wir und wie wir sie in der Politik nutzen. Das will ich kurz erläutern: Die Bündnis/Grünen sind im Kern eine Umwelpartei. Das ist gut so, das ist ein Claim, den haben Sie abgesteckt und das ist okay. Die CDU ist im Kern eine Wirtschaftspartei – muss es auch geben. Meine Partei in diesem Sinne ist eine soziale Partei.

(Beifall SPD)

(Abg. Hey)

Deswegen fragt sich die SPD als Sozialpartei natürlich, wie es dem kleinen Mann auf der Straße geht, dem Otto Normalverbraucher, also dem Durchschnittsbürger, wenn er das alles verfolgt. Und der hört, die haben da was in Berlin beschlossen, da sagt die eine Seite, wie vorhin von der AfD gehört, gibt es alles gar nicht mit dem Klimawandel. Ich muss Ihnen ehrlich sagen, ich gehe gar nicht auf die Argumente ein, denn es ist sinnlos,

(Zwischenruf Abg. Kießling, AfD: Sie haben nicht zugehört!)

mit der AfD über Fakten zu reden. Da könnte ich auch Vogelfutter vor eine Kuckucksuhr stellen, das bringt auch nichts.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Die anderen sagen, das, was da in Berlin geschehen ist, ist überhaupt nicht genug, das müsste alles viel mehr sein, das ist viel zu wenig. Das ist so dieser Sound, in dem sich die Leute draußen im Moment eingewickelt fühlen. Zusätzlich wird beispielsweise noch die unsägliche Debatte geführt, ob eine Erhöhung der Pendlerpauschale möglicherweise noch diejenigen reicher macht, die viel fahren müssen.

Wir müssen aber in dieser Klimadebatte einfach auch ehrlich zu den Leuten sein. Und zur Ehrlichkeit gehört dazu, wenn wir jetzt viel mehr einfordern, dass wir die Fakten in Deutschland einfach mal auf den Tisch legen, drum herumlaufen und bewundern. Die Fakten lauten: Wenn jemand von Düsseldorf nach Dresden oder von Dresden nach Düsseldorf reist, dann ist er momentan mit dem Zug 6,5 Stunden unterwegs. Das macht kein Geschäftsreisender. Na klar nimmt der, wenn er kann, ein Flugzeug. Und wenn ich in Hildburghausen in einen Zug einsteige und will nach Altenburg, das ist nur ein kleines Bundesland, da bin ich 3,5 Stunden lang unterwegs, da nehme ich selbstverständlich besser das Auto, wenn ich an Termine gebunden bin.

Wenn gefordert wird, es müsse jetzt der öffentliche Nahverkehr auf jedes Dorf fahren, dann ist das richtig. Aber es klappt eben nicht so schnell. Da kann man auf den Bund schimpfen, wie man will, es reicht nicht, immer nur zu fordern und zu sagen, das, was jetzt der Ist-Zustand ist, ist nicht ausreichend. Wenn man im ländlichen Raum beispielsweise viele Ölheizungen hat und jetzt sollen da Änderungen kommen, da kann man sagen, die sollen schrittweise abgeschafft und gar nicht mehr aufgebaut werden. Das ist doch richtig. Wir fördern das auch. Aber man muss auch im Blick haben, dass es viele Ortschaften hier im ländlichen Raum in Thüringen gibt, die momentan und wahrscheinlich auch in zwei oder drei Jahren noch gar keine Möglichkeit haben, zum Beispiel an ein modernes Fernwärme- oder an ein Gasnetz angeschlossen zu werden. Das muss man den Leuten dann auch offen mitteilen. Wenn Leute auf Dörfern wohnen, nehmen die bestimmt auch regelmäßig gern Buslinien, aber die müssen doch erst einmal aufgebaut werden, und man darf nicht mit dem Finger auf die Leute zeigen, wenn sie täglich das Auto nutzen müssen. Deshalb sagen wir: Klimaschutz wird nur gelingen, wenn man die Leute nicht überfordert und die Gesellschaft nicht überfordert.

Der Mittelstand will mit Sicherheit beispielsweise auch in Thüringen klimagerecht produzieren. Ich habe ein gutes Beispiel von einer Kunststoff verarbeitenden Firma bei mir in Gotha, ich will aber den Namen nicht nennen, ist wieder ein Wärmeblock. Wenn man dementsprechend gefördert wird und diese Förderprogramme umsetzbar sind, dann wird sich der Mittelstand dementsprechend auch verhalten. Das gilt auch für unsere Stadtwerke. Ich bin Herrn Kobelt sehr dankbar, dass er darauf eingegangen ist. Die Stadtwerke sind ein kommunales Pfund, das wir haben und mit dem wir wuchern können.

(Beifall SPD)

(Abg. Hey)

Aber die dürfen bei dieser Entwicklung nicht überfordert, sondern behutsam mitgenommen werden. Das gilt auch für unsere vielen Bauern und Landwirte, die bei dieser Klimadiskussion schon seit einiger Zeit im Fokus stehen, und das gilt für Hunderttausende von Menschen im ländlichen Raum, denen wir im Moment noch kein funktionierendes Gegenmodell präsentieren können, was zum Beispiel die Frage Anbindung an das Bus oder Bahnnetz betrifft.

Ich kann keine hochtrabende Klimadebatte führen, auch das sage ich, und gleichzeitig warten Dörfer seit Jahren auf den versprochenen Radweg. Das passt für die Leute draußen nicht zusammen.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nach meiner Auffassung ist das alles lösbar – das gleich mal als Message vorab. Aber es ist auch teuer. Das ist die zweite Wahrheit, die wir sagen müssen. Nach unserer Meinung muss es, wenn es irgendwann eine CO₂-Steuer gibt, auch mal einen kräftigen Schluck aus dieser Pulle geben, der in den ländlichen Raum, direkt in die Dörfer auch in unserem Land geht.

Damit nicht wieder solche Dinge passieren wie beim Abgasskandal, bei dem die Leute sich lange Zeit im Stich gelassen gefühlt haben, muss diese Debatte um das Klima auch aus der Sicht der Menschen betrachtet werden. Klimaschutz, das ist unsere feste Überzeugung, muss sozial gerecht sein und das muss das oberste Gebot sein. Sonst bin ich mir sicher, taugt auch diese Debatte dazu, irgendwann die politischen Ränder zu stärken, und wir sollten sie deshalb behutsamer führen. Klimaschutz geht alle an. Es wird die entscheidende, es wird die zentrale Frage der nächsten Jahre werden. Aber wir müssen diese Frage auch mit der richtigen sozialen Antwort geben. Die Akzeptanz draußen, das ist meine feste Überzeugung, wird am besten sein, wenn die Leute sich nicht mit Verboten konfrontiert sehen oder mit ständigen Szenarien, dass jetzt alles immer teurer wird, sondern wenn sie merken, die in der Politik in Berlin haben die Zeichen der Zeit erkannt.

Es wird Einschnitte geben, aber die werden so verteilt, dass nicht der kleine Mann der Dumme ist. Beispiele dazu gab es in den vergangenen Jahren leider zur Genüge. Es wird auch darauf ankommen, dass die Lasten, die sich aus dem Klimaschutz ergeben, fair verteilen werden, und zwar auch in einer klaren Zielstellung, nämlich dass die Erreichung der Klimaziele etwas mit Besitz und Verteilung und mit Gerechtigkeit zu tun haben.

Ich will Ihnen gern ein Beispiel nennen. Wenn wir mal die CO₂-Brille aufsetzen: Pro Kopf erzeugt jeder Bürger in der Bundesrepublik durchschnittlich 10 Tonnen CO₂ pro Jahr. Der Thüringer ist sparsamer, nur 5 Tonnen. Da wird jeder sagen, kann ja nicht sein, die grillen jedes Wochenende, aber das ist tatsächlich so. Es ist auch deswegen so niedrig, weil wir viel Energie über Energienetze aus anderen, benachbarten Bundesländern beziehen. Experten sagen, das liegt aber nicht nur daran, dass wir so einen niedrigen Durchschnitt haben, sondern auch, dass das Einkommen in Thüringen niedriger ist, und der geringe Ausstoß erklärt sich auch mit der zum Teil nicht sehr glamourösen Lebensweise unserer Leute hier im Land. Daran sieht man sehr wohl, das ist auch eine soziale Frage. Wir sprechen hier nämlich auch über Bevölkerungsgruppen, die nicht in großen Wohnungen oder in großen Häusern leben, die keine dicken und schweren Autos fahren, die eben nicht jedes Jahr ihren Kleiderschrank völlig neu bestücken können und die nicht mehr als einmal im Jahr in die Ferne reisen und zu Hause keine gut gekühlten und frischen Flugmangos genießen oder die Avocados aus Mittelamerika.

Das mal als Beispiel: Ein Sprachurlaub in Neuseeland, der wird im Moment gebucht, für 14 Tage beispielsweise. Da verursacht allein der Flug 14 Tonnen CO₂. Das ist fast das Dreifache von dem, was ein Durch-

(Abg. Hey)

schnittsthüringer so erzeugt. Natürlich muss man bereits jetzt die Frage stellen: Wer wird bei derartiger ungleicher Verteilung wie beteiligt? Deswegen sagen wir: Klimaschutz ist auch eine soziale Frage. Das wird die große Aufgabe sein, alle mitzunehmen auf einer Mission. Diese Mission heißt Klimaschutz. Aber das schaffe ich nicht, wenn ich am Ende eine Verbotsschranke setze, wenn die Lasten nicht klar verteilt werden, und wenn ich vor allen Dingen gleich zu Beginn dieser Mission sage, das alles reicht nicht, das muss noch viel drastischer kommen und noch schneller. Dann wird es schwer und das geht in der Politik rasend schnell. Dann lauern Kräfte, die sofort bereit sind, Ängste zu schüren und daraus Kapital zu schlagen. Deswegen lassen Sie uns streiten und kämpfen für ein besseres Klima.

Aber – ich sage das deutlich – dazu brauchen wir auch ein gutes Klima untereinander und in unserer Gesellschaft. Ich danke Ihnen.

(Beifall DIE LINKE, SPD; Abg. Gentele, fraktionslos)

Vizepräsidentin Jung:

Bevor ich Herrn Harzer, Fraktion Die Linke das Wort gebe, möchte ich bekanntgeben, dass jetzt alle Fraktionen 7 Minuten zusätzliche Redezeit haben, weil die Landesregierung am Anfang 7 Minuten länger geredet hat. Herr Abgeordneter Harzer, ich sage das auch in Richtung AfD-Fraktion, es war mir nicht bekannt.

Abgeordneter Harzer, DIE LINKE:

Werte Frau Präsidentin, liebe Abgeordnete der demokratischen Fraktionen, es ist viel Richtiges, was wir jetzt gerade auch vom Fraktionsvorsitzenden der SPD-Fraktion gehört haben, aber man muss natürlich auch dazusagen, dieses 50-Milliarden-Paket ist über vier Jahre gestreckt, und die 43 Milliarden in diesem Jahr und die 50 Milliarden im nächsten Jahr Rüstung sind jährliche Ausgaben. Das muss man auch mal so deutlich dazusagen.

(Beifall DIE LINKE)

50 Milliarden im nächsten Jahr, diese Steigerung, dieser Irrsinn mit den 2 Prozent Bruttoinlandsprodukt, das muss endlich aufhören. Ich hatte vorhin schon was dazu gesagt. Rüstung ist nicht dazu da, Klimaschutz zu bewirken, Rüstung verursacht Kriege, Rüstung verursacht menschliches Leid und Rüstung verursacht Umweltverschmutzung. Das nur mal dazu und zur Klarstellung, die 50 Milliarden könnten deutlich besser eingesetzt werden.

Zum angeblichen Widerspruch, Herr Gruhner, Sie hätten vielleicht – na ja, jetzt sind Sie ja auch wieder nicht da – vorhin zuhören sollen, sich nicht unterhalten oder telefonieren sollen, während ich geredet habe. Das ist nämlich kein Widerspruch, wenn man einen hohen CO₂-Preis erhebt und diese Einnahme wieder zum sozialen Ausgleich – das, was auch der Fraktionsvorsitzende der SPD eben gesagt hat – in dieser Gesellschaft einsetzt. Darum geht es. Die Einnahmen, die der Staat hat, nicht im Staatsäckel verschwinden zu lassen, sondern eins zu eins wieder an die sozial Schwachen dieser Gesellschaft zurückzugeben, an den Mittelstand in dieser Gesellschaft, damit die Förderprogramme, die es gibt, auch entsprechend genutzt werden können.

Jetzt habe ich mein Handy vergessen, Herr Gruhner, Sie sollten mal den Entschließungsantrag lesen, den wir zu dem Klimagesetz beschlossen haben. Dort steht sehr deutlich drin, was wir unter den Formulierungen des Klimagesetzes verstehen. Ich will es nur mal kurz vorlesen, wenn ich zitieren darf? „Klimaschutz sozialverträglich gestalten“ war ein entsprechender Initiativantrag zum Thüringer Gesetz zum Klimaschutz und zur

(Abg. Harzer)

Anpassung an die Folgen des Klimawandels: „Um allen Gebäudeeigentümern in Thüringen aktiv Klimaschutz zu ermöglichen, soll die Förderung aus Landesmitteln optimal an aktuelle soziale, rechtliche und energiepolitische Rahmenbedingungen angepasst [werden]. Bei der Ausgestaltung von Förderrichtlinien und der Vergabe von Fördermitteln des Landes sollen Kriterien der Sozialverträglichkeit einen besonderen Stellenwert haben. Umfassende Beratungsmöglichkeiten tragen dazu bei, dass Förderangebote des Landes und des Bundes besser genutzt werden können. Um bei der Um- und Nachrüstung zur Deckung des Wärme- und Elektroenergiebedarfs mit einem Mindestanteil erneuerbarer Energien von 25 Prozent ab dem Jahr 2030 keine wirtschaftlichen Nachteile für Eigentümer von privat genutztem Wohnraum entstehen zu lassen, wird die Landesregierung gebeten, Fördermittel einzusetzen, um soziale Härten zu vermeiden.“ Das ist die Beschlusslage des Landtags, das ist die Beschlusslage von Rot-Rot-Grün. Sie können sicher sein, Herr Gruhner, wenn Rot-Rot-Grün ab 27. Oktober dieses Land weiterregiert, dann werden diese Fördermittel und diese Zusagen, die beschlossen worden sind, entsprechend umgesetzt.

Noch ein Wort zum Heizungswechsel: Natürlich zwingt niemand jemanden, die Heizung gegen eine moderne Heizung auszuwechseln und entsprechende Fördermittel des Bundes oder steuerliche Abschreibungsmöglichkeiten zu nutzen. Nur gibt es Bevölkerungsteile in diesem Land, die diese Mittel gar nicht nutzen können. Selbst wenn sie es wollten, sie können es nicht! Darum geht es! Die müssen wir stärken und für die müssen wir einen sozialen Ausgleich in dieser Gesellschaft schaffen.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Das ist das, was die CDU nicht begreift und was die CDU nicht tut. Dafür streite ich und dafür streiten wir von Rot-Rot-Grün, und das auch ab dem 27. Oktober. Danke schön.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Jung:

Es gibt eine weitere Wortmeldung. Herr Abgeordneter Adams, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, bitte.

Abgeordneter Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kollegen, liebe Gäste hier im Thüringer Landtag, seit 9.00 Uhr diskutieren wir, ringen wir um die Fragen des Klimaschutzes. Erst mal ein herzliches Dankeschön dafür, dass wir in dieser Zeit, in der vor der Tür in zwei Stunden jede Menge junger Menschen stehen werden, die uns fragen werden, wie es weitergeht, dass die Landesregierung da diesen Punkt gesetzt hat, um hier eine Antwort zu geben.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist richtig und wichtig, nach dem richtigen Weg zu suchen. Da haben wir unterschiedliche Vorstellungen. Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Besucher hier im Thüringer Landtag, seit 9.00 Uhr höre ich von der Opposition Folgendes: Klimaschutz ist wichtig – ja –,

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Aber!)

aber! Und dann habe ich eben auch noch einen Ausschlusskatalog der SPD gehört.

(Zwischenruf Abg. Tasch, CDU: Von 9.00 bis 10.00 Uhr, aber ab 10.00 Uhr ...!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist bedrückend – Frau Tasch, wenn Sie mir die Aufmerksamkeit schenken würden –, dass sich in dieser Situation Ihre Partei und auch die SPD hierhinstellen und sagen „Ja,

(Abg. Adams)

aber ...“, und dann kommt der Katalog, was alles nicht geht. Meine sehr verehrten Damen und Herren, lieber Kollege Matthias Hey, das wird der Menschheitsaufgabe „Klimaschutz“ nicht gerecht.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Zwischenruf Abg. Hey, SPD: Das sagen Sie!)

(Zwischenruf Abg. Tasch, CDU: Sie müssen die Menschen im ländlichen Raum auch mitnehmen!)

Ich will Ihnen auch noch mal eins ganz deutlich sagen: Wer hier in diesem Land versucht, die Menschen in die Spaltung zu treiben, sind diejenigen,

(Zwischenruf Abg. Tasch, CDU: Das machen Sie doch, Herr Adams!)

die sagen, hier wird getrennt nach arm und reich, hier wird getrennt nach Land und Stadt. Das sind diejenigen. Es war sehr redlich gewesen, dass Herr Gruhner nicht gesagt hat, hier wird das Land schlechter behandelt. Er hat sehr ehrlich gesagt, die Leute nehmen das so wahr. Darf ich Ihnen mal sagen, warum die Leute das so wahrnehmen? Weil Sie, Frau Tasch, unterwegs sind und den Menschen diese Geschichte erzählen. In jedem Ihrer Tweets Ihrer Landtagsfraktion, in jedem der Tweets Ihrer Partei und in jedem der Tweets Ihres Fraktionsvorsitzenden wird diese Mär erzählt und der Spaltpilz in unsere Gesellschaft gedrückt. Das nehme ich Ihnen ganz persönlich übel. Ganz persönlich nehme ich Ihnen das übel!

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Umwelt und Wirtschaft menschlich und sozial, so muss Politik sein

(Unruhe CDU)

und darum ringen wir seit 9.00 Uhr hier in diesem Landtag.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb, meine sehr verehrten Damen und Herren, habe ich versucht, Herrn Gruhner mal eine Frage zu stellen. Es ist sein gutes Recht, zu sagen, nein, darauf will ich nicht antworten. Aber es ist ein bisschen komisch, wenn er hinterher behauptet, dass wir nicht in den Diskurs treten. Das ist ein Widerspruch, den Sie mal erklären müssen. Die CDU muss auch den Widerspruch erklären, dass sie sagen: Ja, aber – und Sie geben keine Antwort, wo Sie denn erlauben wollen, dass erneuerbare Energien hinzugebaut werden. Wir brauchen Energie, wir sind ein Industrieland. Wie wollen wir sie denn erzeugen, wenn die CDU sagt, sie dürfen nicht auf der Freifläche sein und sie dürfen nicht im Wald sein? – Und PV wollen wir auch nicht. Deshalb haben sie die PV-Wirtschaft abgewürgt. –

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Keine Hilfe. Da war keiner da, der hier einen Schutzschirm aufgespannt hat. Wäre die PV-Industrie eine Automobilindustrie gewesen, dann wären Sie alle fix da gewesen, so haben Sie Bosch-Solar-Energy kaputtgehen lassen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die CDU bleibt auch in den mehreren Beiträgen, die Herr Gruhner heute hier geben wird, eine Antwort schuldig, was sie denn anders machen würden. Die CDU und die SPD haben eben nur erklärt, dass sie den Weg, konsequent mit sofortigen Maßnahmen zu laufen, eben nicht gehen wollen – und das ist enttäuschend.

(Abg. Adams)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Stadt und Land über den Ausbau des Nahverkehrs in die Spaltung zu treiben, ist absurd. Der Ausbau des Nahverkehrs ist das größte Sozialprojekt, das man machen kann.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben doch jetzt schon jede Menge Leute, die sagen, ich würde da ja gern arbeiten, ich würde dahin fahren, sorry, aber wir haben kein Auto – gerade in dem Bereich, wo nicht viel verdient wird. Und wie kommen die dann in die Stadt zum Arbeiten, oder wie kommen die aufs Land? Das können sie nicht. Deshalb sagt diese Landesregierung, deshalb sagen wir Grüne, sehr klar: Wir brauchen eine Investitionsoffensive in den ÖPNV. Wir wollen jede Gemeinde alle zwei Stunden anschließen. Da sagen Sie „Buh!“ und lachen, und ich sage, das ist das, was das Land kaputtmacht, den ländlichen Raum kaputtmacht – Ihre Ignoranz.

(Zwischenruf Abg. Tasch, CDU: Ja, ja, ja!)

Es sind doch Ihre Landräte, die den Nahverkehr nicht bestellen wollen, es sind Ihre Landräte, die das Azubiticket nicht nehmen wollen. – Ja, Frau Tasch, das ist so, das berührt Sie jetzt, aber das muss Ihnen auch mal gesagt werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben nur eine Chance: Alle zusammen dranzugehen und sich dieser Menschheitsaufgabe zu stellen. Es ist nicht die Stunde, liebe CDU, sich hier abzugrenzen und zu sagen, wir haben damit nichts zu tun. Wenn sich Herr Gruhner heute hinstellt, wir haben ja alles schon geschafft – 30 Prozent CO₂-Minderung seit 1990 –, dann ist das nicht einmal die halbe Wahrheit, sondern es fehlt das klare Aussprechen dessen, dass die Deindustrialisierung der ehemaligen DDR diese CO₂-Senkung bewirkt hat. Seitdem die Deindustrialisierung stattgefunden hat, bleibt der CO₂-Ausstoß der kleinen Wirtschaft hier in Thüringen und dieses kleinen Freistaats konstant oder steigt sogar leicht an. Das ist die Realität und daran müssen wir arbeiten, meine sehr verehrten Damen und Herren. Daran wollen wir arbeiten und dazu reichen wir Ihnen auch heute wieder die Hand. Aber es macht keinen Sinn, vor der Realität die Augen zu verschließen. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Jung:

Es gibt eine weitere Wortmeldung, Herr Abgeordneter Kießling, Fraktion der AfD.

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Jetzt wird es unterirdisch – politischer Tiefflug!)

Abgeordneter Kießling, AfD:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Neue Statistik – hätten Sie vorhin mal ordnungsgemäß zugehört, dann hätten Sie vieles verstanden. Aber ich will noch mal kurz auch auf die Redebeiträge jetzt eingehen. Herr Kobelt, Sie sind der Meinung, das mit einem Fußballspiel zu vergleichen und wir wären diejenigen, die hier nicht mitspielen. Da muss ich Ihnen leider sagen, Sie sind diejenigen, die hier in dem Fußballspiel holzen, wenn man es mal übertragen sieht. Sie sind diejenigen, die sich nicht an die Regeln halten und Sie sind die, die die AfD hier ausgrenzen – und das massiv.

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Sie grenzen sich selbst aus, indem Sie uns immer „Altparteien“ nennen, Herr Kießling!)

(Abg. Kießling)

Wie gesagt, der Vorschlag von der SPD war gut, dass man den Beitrag von mir mal ins Netz stellt – das würde ich begrüßen –, damit auch die Schüler mal lernen und wissen, was die wirklichen Fakten sind,

(Zwischenruf Abg. Wolf, DIE LINKE: Alternative Fakten!)

weil nämlich auch bei dieser Klimaschutzstrategie das Problem ist, dass es eben nicht bis zum Ende gedacht ist. Und wenn die Linke sagt, wir haben daraus die komische Schlussfolgerung gezogen, dann muss ich sagen: Sorry, Sie haben meiner Rede nicht zugehört,

(Zwischenruf Abg. Blechschmidt, DIE LINKE: Da kann ich Ihnen nur raten, stellen Sie mal Ihre Rede ins Netz!)

weil, wenn Sie immer dazwischenreden, dann können Sie ja nicht zuhören. Würden Sie mal lieber zuhören, dann würden Sie vielleicht auch mal begreifen. Ich habe nämlich extra gesagt, wir wollen eine intelligente dezentrale Energieversorgung haben, mit einem gesunden Mix von erneuerbaren Energien. Dagegen haben wir einfach nichts, wir wollen eine Versorgungssicherheit haben, dass auch die Industrie vernünftige Preise hat. Wir wollen auch Versorgungssicherheit auf dem Land haben und das Ganze muss mit den Kosten im Einklang stehen. Da hat die SPD richtig ausgeführt, wir müssen auch die Kosten für unsere Bürger im Blick haben.

(Zwischenruf Abg. Kobelt, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Da nehmen Sie mal die ganzen Subventionen!)

Wir können nicht einfach eine Energiewende machen und die Kosten auf die Bürger umlegen und die Regierung fragt sich, wo denn das ganze Geld herkommt. Das sind unsere Steuerzahler, die das bezahlen müssen, und Sie pressen es von den Kleinen wieder ab. Das geht nicht, das ist nicht sozial, liebe rot-rot-grüne demokratische Parteien, die angeblich so demokratisch sind.

(Beifall AfD)

Wir bringen Vorschläge ein, Sie lehnen sie ab. So machen Sie das Fußballspiel zur Farce.

(Zwischenruf Abg. Skibbe, DIE LINKE: Das ist halt Demokratie!)

(Zwischenruf Abg. Müller, DIE LINKE: Das ist halt Demokratie!)

(Zwischenruf Abg. Kalich, DIE LINKE: Es geht um Mehrheiten!)

Gehen wir mal darauf ein. Was ist denn mit Ihrer Klimaschutzstrategie? Was steht denn da noch drin? Die Kosten sind nicht ausgewogen, die Kommunen beschwerten sich und Sie haben hier Steuergelder in bislang noch unbekanntem Größenordnungen verplant, bei denen man sich fragt, ob die Maßnahmen denn wirklich das bringen, was eigentlich erhofft ist. Wir wollen auch Energie sparen, keine Frage. Wir sind dafür, dass wir eine Energiewende haben und wollen, aber die muss vernunftbasiert sein, die muss auf Verbrauchswerten basiert sein, und wir müssen nicht die Statistik, das Klima im Blick haben, sondern wir müssen unsere Umwelt im Blick haben, aber nicht nur lokal hier in Thüringen, denn es kann nicht sein, dass Sie der Meinung sind, wir können aus Thüringen die ganze Welt retten. Wenn Sie mal nach Bolivien und Brasilien schauen, da brennt der Regenwald, und der wird bewusst abgebrannt.

(Zwischenruf Abg. Harzer, DIE LINKE: Von einem rechten Populisten! Von einem rechten Populisten wie Ihnen!)

Mittlerweile reden wir über eine Fläche von 700.000 Quadratkilometern, die zerstört worden ist. Da müsste man sich einsetzen, diese Fläche entspricht zweimal der Größe der Bundesrepublik Deutschland.

(Abg. Kießling)

(Beifall AfD)

China beispielsweise baut weltweit 300 neue Kohlekraftwerke und Sie wollen hier alle Kohlekraftwerke abschalten, Sie wollen hier die Leute in die Arbeitslosigkeit schicken.

(Beifall AfD)

Auch vom US-Militär werden täglich 350.000 Barrel Öl verballert. Wir sind auch nicht dafür, dass das gemacht wird – um Gottes Willen. Die CDU hat ein gutes Beispiel gebracht. Der Regierungsflieger geht hoch, 21 Minuten später – nicht gleichzeitig – steigt die AKK hoch. Da hätte man mal sparen können und hätte mal die CDU ein gutes Beispiel sein können,

(Beifall AfD)

ein gutes Beispiel für unsere Bürger, wie man Energie spart und auch CO₂-Ausstoß spart.

Kommen wir noch mal schnell zu den Kernreaktoren. 21 Kernreaktoren betreibt Indien und baut derzeit 8 neue.

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Indien den Indianern!)

Komisch. Warum bauen die acht neue Kernreaktoren? Dieser ganze Irrsinn, was Sie uns immer erzählt haben mit den Papieren unterstreicht eben, dass

(Zwischenruf Abg. Kalich, DIE LINKE: Dann gehen Sie doch nach Indien!)

das nicht bis zu Ende gedacht ist. Wir wollen hier eine vernünftige Politik haben und nicht eine Politik nach Götzenart.

(Beifall AfD)

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sie sind alles andere als vernünftig, tut mir leid!)

Sie wollen in Deutschland hier die ganzen Kraftwerke abschalten. Das ist nicht sozial, was Sie hier machen wollen. Sie wollen von den Standards nichts hören, die hier außer Kraft gesetzt werden. Und diese rot-rot-grüne Landesregierung wird auch nicht verhindern können, was diese Freitagsdemonstranten machen. Aber da kann ich nur sagen: Die Freitagsdemonstranten, egal wie hoch die in Demonstrationen hüpfen würden, würde ich mir aber lieber wünschen, die gehen in den Wald und helfen dort beim Umbau des Waldes, denn der Wald ist unser natürlicher Klimasenker, da müssen wir wieder hin.

(Beifall AfD)

(Zwischenruf Abg. Henfling, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Warum gehen Sie denn nicht in den Wald, Herr Kießling?)

Wir sollten mal die Kräfte umleiten. Ich war früher als Schüler auch im Wald und habe den Wald aufgeräumt. Ich habe auch schon zig Bäume gepflanzt. Da müssen wir wieder hin und so können wir was ändern, aber nicht so, wie Sie es hier machen, diese unsoziale Politik.

Deswegen wollen wir intelligente Möglichkeit haben

(Heiterkeit DIE LINKE)

und eine Aufforstung des Waldes, das ist nämlich unser grünes Herz, dem müssen wir helfen. Da helfen wir auch gern mit, aber mit fairen

(Abg. Kießling)

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Das ist, wie wenn einer einen Rot-Kreuz-Schein hat und Oberarzt werden will!)

Regeln, mit fairen Spielregeln und nicht mit Ihrer Hetze und Ausgrenzung, die Sie hier betreiben. Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Jung:

Als nächster Redner hat Abgeordneter Hey, Fraktion der SPD, das Wort.

Abgeordneter Hey, SPD:

Frau Präsidentin, vielen Dank. Um die Irritation bei unserem Koalitionspartner jetzt nicht ausufern zu lassen, will ich das noch mal genau betonen. Das, was die im Bund gemacht haben, mag man kritisieren. Ich habe auch deutlich gesagt, wenn es der einzige Schritt gewesen wäre, ist er zu klein. Wenn es der erste Schritt war, ist er genau richtig.

(Zwischenruf Abg. Henfling, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Aber zu spät, Matthias, zu spät!)

Nein, das ist genau der Sound, von dem ich gesprochen habe. Man kann nicht immer sagen, das sei jetzt zu spät, denn wenn das jetzt zu spät wäre, welche Handlungsoptionen haben wir denn noch? Dann könnten wir ja alles lassen. Ich finde, es ist nicht zu spät, 80 Milliarden Euro bis 2030 in unser Schienennetz reinzupumpen, das zum Teil wirklich stark modernisierungsbedürftig ist.

(Beifall SPD)

Das ist nicht zu spät, das ist, wie ich finde, eine gut angelegte, sehr sinnvolle Investition. Und ich finde auch, es geht um diese Sprache, die im Moment die Leute draußen verwirrt, dass die einen behaupten, das sei alles gar nicht so schlimm und es käme von der Sonne und man könnte das mit dem Aussterben der Dinosaurier vergleichen, und die anderen sagen, das ist aber alles viel zu wenig.

(Zwischenruf Abg. Henfling, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: ... die mit uns auf eine Stufe stellen!)

Deswegen habe ich gesagt, man muss die Leute in irgendeiner Form da auch mitnehmen und sagen, Klimaschutz – deswegen ist es auch sehr gut und richtig, dass die Landesregierung heute in dieser Art und Weise nach dieser Regierungserklärung darüber debattieren kann – ist eine der modernsten und eine der vordringlichsten Zukunftsaufgaben, die wir überhaupt haben werden – auch weil viele junge Leute hier auf der Tribüne sitzen, kann man das sagen. Aber sehr wohl – und das sage ich auch ganz deutlich – hat die SPD selbstverständlich immer noch – auch in einer Konstellation wie der jetzigen und egal in welcher anderen Konstellation oder Koalition – das Recht und die verdammte Pflicht und Schuldigkeit, darauf zu schauen, wie sich das Ganze für den Einzelnen auswirkt.

(Beifall CDU)

Deswegen sage ich nicht: Klimaschutz ja, aber ... Sondern lieber Dirk Adams, ich sage: ja, und – und das ist ein entscheidender Unterschied.

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das sagen wir auch, lieber Matthias!)

In diesem Sinne, vielen Dank.

(Beifall CDU, DIE LINKE, SPD)

Vizepräsidentin Jung:

Für die Fraktion der CDU hat Abgeordneter Mohring das Wort.

(Zwischenruf, Kalich, DIE LINKE: Oh, jetzt die Geheimwaffe!)

(Zwischenruf Abg. Wolf, DIE LINKE: Wer ist denn das?)

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Ich rette den Wald in elf Sekunden, so sagt Herr Mohring!)

Abgeordneter Mohring, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe mir gedacht, ich muss dem Kollegen Hey mal beispringen, weil er sich doch in dieser Zwitterstellung zwischen der rot-rot-grünen Koalition und der Verantwortung im Bund bewegt, und will zunächst noch mal auch für unsere Fraktion zusammenfassend sagen: Das, was wir in der Klimapolitik tun müssen, ist tatsächlich eine Menschheitsaufgabe.

(Beifall CDU)

Wir halten es mit dem, was Papst Franziskus gesagt hat: Es ist nichts Kleineres als die Verteidigung der Mutter Erde.

(Beifall CDU)

(Zwischenruf Abg. Dittes, DIE LINKE: Das stimmt nicht, da ist es letztlich egal!)

Wir können dem vollkommen zustimmen. Das Entscheidende, was wir tun müssen – in den nächsten Wochen, in den nächsten Monaten, in den nächsten Jahren, in den nächsten Jahrzehnten – ist, dass wir immer einen Schritt nach vorn gehen. Dass wir all das, was wir machen können – mit Mehrheit, mit Akzeptanz in der Bevölkerung, mit den Notwendigkeiten, auch für den Erhalt unseres Wirtschaftsstandortes –, so tun, dass wir immer einen Schritt näher an das gehen, wozu wir uns auch gemeinsam verpflichtet haben: nämlich die Pariser Klimaziele einzuhalten und Klimaneutralität auch für Deutschland bis 2050 sicherzustellen. Damit das gelingt, gibt es Klimaziele, die wir auch schon 2030 erreichen müssen und auf dem Weg bis 2050 schaffen müssen. Wir laufen in Deutschland hinterher. Jawohl, das ist so.

(Zwischenruf Abg. Hausold, DIE LINKE: Aha, das ist ja ganz neu!)

Die liegen richtig, die das erkannt haben und die sagen: Ihr müsst mehr machen. Da gibt es auch gar keinen Widerspruch.

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Uns wurde etwas ganz anderes gesagt!)

Das Entscheidende ist aber: Das, was wir tun, muss so gerichtet sein, dass Maß und Mitte, die wir in Einklang bringen müssen, sozusagen nicht die Gesellschaft verrücken, nicht unser Leben so stark einschränken, dass die Leute sich bedrängt fühlen, damit sie nicht das Gefühl haben, dass die Politik mit ihnen ihr Leben gestalten will. Deswegen sind ein paar Prinzipien wichtig, die ich gern noch einmal nennen möchte. Eins der Prinzipien ist – das haben wir auch mit dem Klimapakett in einem ersten Schritt versucht umzusetzen, ich teile die Auffassung von Matthias Hey –, dass wir gesagt haben: Wir wollen zuallererst Anreize schaffen, wir wollen zuallererst Möglichkeiten schaffen. Wir wollten nicht zuerst Verbote und Steuererhöhungen schaffen. Ich finde es wichtig, das in dieser Reihenfolge zu sehen.

(Beifall CDU)

(Abg. Mohring)

Und ich finde, es gibt ein zweites Prinzip, das auch unbedingt noch ausgebaut werden muss. Auf der CDU/CSU-Seite – in der Klimagruppe konnte ich ja mitarbeiten – haben wir dieses Prinzip verankert, in das Klimapakete der Bundesregierung hat es noch nicht Einfluss gefunden. Es ist dieses große Ziel, dass wir ganz klar sagen müssen: Das, was wir künftig als Staat durch CO₂-Bepreisung einnehmen werden, das müssen wir vollständig und konsequent wieder in den Kreislauf zurückgeben.

(Beifall CDU)

Und das heißt, dass wir auch sagen müssen: Wenn das CO₂-Preisschild zu höheren Einnahmen beim Staat führt, dann gehört die Stromsteuer in Deutschland abgeschafft.

(Beifall CDU)

Dann gehört die EEG-Umlage noch konsequenter Schritt für Schritt abgesenkt. Und dann gehört auch dazu, dass wir da noch stärkere Anreizmodelle schaffen, damit CO₂-Vermeidung möglich ist – bei den Leuten, in der Industrie und der Wirtschaft. Ich finde das wichtig – und dass wir auch schauen, wenn wir mit dem CO₂-Preisschild zusätzlich Geld beim Staat einnehmen, dass wir die Idee aufgreifen, die wir aus Thüringen in die Debatte eingespeist haben: dass wir auch die Naturschutzfunktion unserer Umwelt selbst mitnehmen. Und natürlich, wir haben darüber geredet – über die CO₂-Senken im Wald, in Thüringen, in Deutschland, in Europa, in der Welt. Wir können es für Deutschland regeln. Ich finde, dass wir einen starken Beitrag für künftigen nachhaltigen Waldumbau leisten können, wenn wir künftig die CO₂-Bindungsfunktion mit einer Prämie ausstatten und Waldbesitzer stärken. Dass wir auch das Prinzip Wald ändern, dass wir nicht nur im Wald damit Geld verdienen, indem wir das Holz rausholen und sagen, das ist die einzige Einnahmequelle, die derzeit ohnehin versiegt ist, sondern dass wir auch die Bindungsfunktion von CO₂ im Wald künftig prämiieren und damit Waldbesitzer, ob sie Kleinwaldbesitzer sind, ob sie staatliche Waldbesitzer sind oder kommunale Waldbesitzer, dass wir diese Bindungsfunktion von CO₂ nutzen und stärken, dass wir schauen, wer kann CO₂ einsparen, aber auch die Naturfunktion der CO₂-Bindung genauso wertschätzen und prämiieren, wie wir das für alle Dinge künftig machen wollen.

(Beifall CDU)

Ich finde das für uns einen starken Beitrag, weil wir dann Wald künftig nachhaltiger umbauen können, weil wir nicht nur darauf setzen müssen, das Holz rauszuholen oder gar die Debatten zu führen „Holz raus, Windrad rein“, wir haben ja dazu gesprochen, wir haben eine klare Position, wir wollen keine Windräder im Wald, weil wir finden, wir

(Beifall CDU)

können die Positionen auch anders klarmachen.

Vizepräsidentin Jung:

Herr Abgeordneter Mohring, gestatten Sie eine Anfrage der Abgeordneten

Abgeordneter Mohring, CDU:

Zum Ende meiner Rede gern. Ich würde nur gern den Sachzusammenhang auch aufklären noch mal.

Genauso ist es auch bei den Windrädern vorm Dorf. Uns ist doch eines wichtig, dass wir in Akzeptanz mit den Bürgerinnen und Bürgern, mit den Menschen, die im Dorf wohnen, die Frage der Erneuerbaren auch

(Abg. Mohring)

regeln. Da gehört es eben dazu, dass eine anständige Abstandsfläche zur Wohnbebauung notwendig ist. Sie ist schlicht notwendig. Wer Akzeptanz möchte, darf dann nicht über die Köpfe der Menschen im Dorf die Entscheidungen treffen. Wir fassen das hier oft so zusammen: Da wir beide, Frau Umweltministerin, in Jena auf dem Marktplatz noch nie ein Windrad gesehen haben, auch wahrscheinlich nie sehen werden, ist es eben immer leichter, aus der städtischen Perspektive die schöne bunte Welt zu sehen,

(Beifall CDU)

(Unruhe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

aber sie ist vom Dorf eben komplizierter. Wenn wir Akzeptanz für die Erneuerbaren, auch für die Windkraft, schaffen wollen – und das wollen wir –, dann müssen wir zwei Prämissen beachten: Dann muss die Wertschöpfung vor Ort bleiben und keine Helikopterinvestition stattfinden von irgendjemand Fremdem, der den Bauern, den eigenen Eigentümern ...

(Zwischenruf Abg. Harzer, DIE LINKE: Sie müssen zuhören, zuhören!)

Lieber laut brüllender Genosse Harzer, es wäre total viel wert in so einer ernsthaften Debatte, wenn Sie nicht mit Ihrem lauten Organ einfach dazwischenreden, sondern auch den Anstand haben, mal einen Satz bis zu Ende anzuhören.

(Beifall CDU)

(Zwischenruf Abg. Rosin, CDU: Ja!)

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Anstandsfrage? Das sagen Sie?)

Ehrlich mal!

(Zwischenruf Abg. Dittes, DIE LINKE: Das sagt einfach der Falsche!)

Nein, mich nervt diese aggressive, laut tönende Art von Ihnen oder von Ihnen – Sie sind ja heute ruhig. Das kann man gar nicht mehr anders sehen. Das trägt doch nicht zu unserer demokratischen Kultur bei, wenn Sie da rumbläken und wir hier eine ernsthafte Debatte führen wollen. Hören Sie doch zu!

(Beifall CDU)

Wir haben Ihnen auch nicht dazwischen geredet! Hören Sie doch einfach zu! Mannomann!

Wissen Sie, ich finde, dass es wichtig ist, eine Akzeptanz zu schaffen, dass wir eben auf diese Sorgen der Menschen achten. Das heißt neben der Frage von Wertschöpfung vor Ort eben auch, dass viele Menschen in Sorge sind, was ist mit Infraschall, was ist mit Schlagschatten, was ist mit dem Wert meines Grundstückes auch in dieser Frage, wenn so viel Bebauung da ist vor Ort. Wenn man die Abstandsflächen einfach entzerrt, wenn man damit Akzeptanz auch möglich macht, dann wollen wir doch auch genau bei den Erneuerbaren, auch bei der Windenergie für Thüringen, dort, wo es vor Ort gewollt ist, einen Beitrag leisten.

Dann will ich gerne noch mal sagen, ich bin immer überrascht in der Politik, in den Debatten, die wir führen im Jahr 2019, dass wir heute alle immer schon neunmal schlau sein wollen und wissen, wie der Stand der Forschung, der Stand der Technik, die Innovationsfähigkeit Deutschlands und Europas im Jahr 2050 ist.

(Beifall CDU)

Ich setze darauf, ich setze wirklich mit aller Ernsthaftigkeit darauf, dass wir auch eine Menge Geld von dem, was wir bei der CO₂-Bepreisung einnehmen, in Forschung, in Innovation investieren,

(Abg. Mohring)

(Beifall CDU)

unsere Wirtschaft stärken, auch zum Vorreiter in der Welt machen, in Europa sowieso und mit dieser neuen Innovationskraft, mit unserer starken Ingenieurskunst auch darauf setzen, dass wir Technologien schaffen, die wir heute noch gar nicht sehen, weil sie noch gar nicht zu Ende geforscht sind. Aber wer heute schon rechnet und sagt, wir erfüllen die Klimaziele 2050 nur durch den Ausbau von Windenergie, dem sage ich, der liegt im Jahr 2019 falsch und er wird auch im Jahr 2050 falsch liegen. Definitiv!

(Beifall CDU)

Wissen Sie, das Entscheidende ist, dass wir uns jetzt vornehmen, wir in der Verantwortung im Bund und auch in neuen Verantwortlichkeiten nach dem 27. Oktober hier in Thüringen, dass wir nicht die Beschlüsse, die im Klimakabinett jetzt gefasst wurden, als statisch hinnehmen und sagen, jetzt gibt es nicht mehr. Ich bin sehr dafür, jedes Jahr neu zu evaluieren, jedes Jahr nachzusteuern, zu schauen, erfüllen die Beschlüsse, die wir gefasst haben, die Klimaziele, die wir uns am Ende des Weges 2050 gesetzt haben, oder müssen wir noch mal nachsteuern. Wir sehen doch, wie notwendig es ist, die Dinge schneller zu evaluieren, schneller zu prüfen und zu schauen. Wenn ich mir die Milliarden vorstelle, die wir bei der EEG-Umlage einsetzen, nicht aus dem Bundeshaushalt, sondern die die Bürger zahlen über ihre Strompreise, die die Industrie, Handwerk und Mittelstand bezahlen, spüren wir aber doch, obwohl wir Milliarden einsetzen, dass es offensichtlich nicht die Anreiz- und Lenkungswirkung gibt, dass man die Klimaziele erreichen kann. Wenn man merkt, dass die Anreizwirkung verfehlt ist, dass sie nicht zielgenau ist, dann muss man nachsteuern. Ich bitte einfach darum, dass die, die das infrage stellen und sagen, lieber noch einmal nachsteuern, um die Klimaziele zu erreichen, die Leute mitnehmen, nicht mit Verboten, nicht mit Steuererhöhung, sondern mit Ermöglicungen anreizen, dass die nicht gleich als Klimaleugner verunglimpft werden, sondern in ihrer Sorge ernst genommen werden, weil auch sie in einer gesunden Welt leben wollen und ihren Nachkommen eine Welt ermöglichen wollen, wo diese nachfolgenden Generationen auch noch leben können. Das können Sie jedem abnehmen, auch denen, die in Sorge sind.

(Beifall CDU)

Das Wichtigste dabei ist doch, dass wir schauen, dass wir jeden, der eine Idee dafür hat, einladen, diese Idee auch auszusprechen, dass wir jeden, der eine Idee hat und nach vorn schaut, auch mitnehmen. Nur, weil nicht alle gleich euphorisch mit der Fahne vornweg laufen, sind doch auch die, die skeptischer sind, auch Menschen, die um ihre Verantwortung für diese Welt und diese Umwelt wissen.

(Beifall CDU)

Das finde ich wichtig, dass wir den Leuten nicht immer unterstellen, dass sie alle skeptisch sind, dass sie das alle nicht wollen, dass sie denken, der Status quo sei das einzig Richtige für das Zusammenleben unserer Welt. Das glaube ich auch nicht und das sieht auch keiner so und ich sehe die Leute auch nicht so. Deswegen sollten wir auch schauen, was können wir tun, wo wir mehr Beteiligung organisieren. Wir alle diskutieren darüber und sehen, wie viele Millionen junge Menschen in Deutschland und in der Welt mittlerweile unterwegs sind – gerade freitags – und demonstrieren. Aber, ich finde, wir sollten doch aus diesem Engagement der Demonstrationen aus Fridays for Future lieber Projekte machen, wo man selbst mit anpacken kann. Ich habe das mal umschrieben mit der Idee, Forest for Future, Projekte schaffen mit den Schulen, mit dem Forst, mit den Waldbesitzern, mit den jungen Menschen, die eine Idee haben, selber was für die Umwelt und das Klima zu tun, all das, was wir tun können, unter der Überschrift „Forest for Future“ zu leisten, mehr Wald anzupflanzen. Warum nicht in Thüringen mehr Wald schaffen, als wir heute kennen?

(Abg. Mohring)

(Beifall CDU)

Warum kann das keine nachhaltige Idee für die Zukunft sein? Ich finde, wir sollten mehr Chancen finden, als uns gegenseitig zu kritisieren, weil der eine oder andere sich mehr oder weniger engagiert. So sehe ich die Beschlüsse des Klimapakets, in dieser Definition und dem Wissen, weitere Evaluierungen müssen stattfinden, Nachsteuerungen müssen stattfinden – ganz wichtig. Ich will mal zwei Punkte nennen, die uns am Herzen liegen: Ich hätte mir gewünscht – denn so sind wir in die Verhandlungen mit der SPD gegangen –, dass eine der Entlastungen die Pendlerpauschale ab dem ersten Kilometer ist und nicht ab dem 21. Kilometer.

(Zwischenruf Abg. Dr. Lukin, DIE LINKE: Dann lieber unterstützen wir die ÖPNV-Tickets!)

Stadt-Umland-Beziehungen funktionieren nur dann, wenn wir auch den Menschen, die im Umland einer Stadt leben, ermöglichen, die Entlastung aus der Pendlerpauschale zu bekommen. Sonst sind die fleißigen Leute nämlich die Gekniffenen, dann zahlen sie mehr beim CO₂-Preisschild, können aber nicht mit dem Tretroller von Obernissa nach Erfurt fahren. Da fährt nämlich kein Tretroller, weil da nicht mal einer steht. Also die brauchen ihr Auto zur Mobilität und wenn wir denen aber die Pendlerpauschale nicht ab dem ersten Kilometer ermöglichen, dann zahlen sie drauf und dann nehmen wir sie nicht mit und dann belasten wir sie erneut. Ich möchte die Menschen mitnehmen und nicht zuerst belasten – das finde ich wichtig.

(Beifall CDU)

Dann tatsächlich, das Thema „Ölheizung“ war in aller Munde. Ich will es nur noch mal erwähnen: Im Klimakabinett war es nicht die CDU, die gesagt hat, ab 2024/2026 darf man im Neubau keine Ölheizung mehr einbauen. Es waren andere Verhandlungspartner – sei es drum, es ist so beschlossen. Ich sage das in Berlin den Leuten auch immer: Politische Kommunikation heißt, immer zuerst darauf zu achten, was im Empfängerhorizont ankommt.

(Zwischenruf Abg. Lukasch, DIE LINKE: Das haben Sie aber vergessen!)

Und tatsächlich, wir haben es diskutiert. Ihr seid ja dann immer gleich Meister Petz, wenn ihr die Leute richtig aufwiegeln könnt, ihnen Angst machen könnt. Niemand hat beschlossen, dass man jetzt seine Ölheizung ausbauen und ab morgen sozusagen umstellen muss, sondern der Bestandsschutz ist gewährleistet. Für den Neubau ist das eine andere Frage. Aber tatsächlich, ich teile die Sorgen der Leute, die auch beim Neubau sagen: Was habe ich denn für alternative Möglichkeiten ab 2024 oder 2026, wenn mein Dorf auch die nächsten 50 Jahre definitiv zum Beispiel in Thüringen nicht an die Gasversorgung angeschlossen sein wird? Und da die Chancen auch wieder zu nutzen und zu ermöglichen, Innovationen auch mitzunehmen, technischen Fortschritt zu beachten, den wir heute noch gar nicht kennen, das halte ich an der Stelle auch für wichtig. Aber wenn wir den Leuten zuerst wieder Angst einreden, ihnen erst wieder sagen „um Gottes Willen, was passiert da alles“, dann ist das auch der falsche Weg. Das ist genauso falsch, wie die unbedingte 100-Prozent-Manie der Grünen haben zu wollen. Und auch diese Schwarzmalerei, die man von der anderen Seite kennt, ist auch nicht richtig. In der Mitte liegt die Lösung und für die müssen wir uns gemeinsam einsetzen, dann funktioniert das auch für die Leute in der Zukunft.

(Beifall CDU)

Ich will das gern für die CDU hier vorn noch mal abschließend sagen: Wir werden unseren Beitrag leisten, damit dieser Standort Deutschland innovationsfähig bleibt, der Wirtschaftsstandort nicht gefährdet wird und wir uns trotzdem an der Spitze sehen, wenn es darum geht, diesen gesellschaftlich neuen Weg zu gehen. Aber mit den Leuten, nicht über die Köpfe der Leute hinweg. Das ist ganz entscheidend, nur dann macht es

(Abg. Mohring)

doch Sinn, wenn wir uns als Kraft verstehen, wo wir die Leute auf diesem Weg begeistern und unterstützen und nicht, wo wir ihnen zuerst einreden, ihr bleibt am Rand stehen und die Welt verändert sich ohne euch, wir nehmen euch nicht mehr mit. Die große Sorge vieler Menschen im Osten, auch hier in Thüringen ist doch, dass sie das Gefühl haben, dass sie nicht mehr mitgenommen werden, dass diese Prozesse über ihre Köpfe hinweg stattfinden. Da teile ich die Einschätzung von Michael Kretschmer abschließend, der gesagt hat: Solche tiefgreifenden Veränderungen in der Gesellschaft, die sollten wir mit den Menschen machen, auch eine Minute länger diskutieren und nicht denken, weil wir einmal eine Entscheidung in Berlin getroffen haben, ist das schon die abschließende Entscheidung. Diese Gesellschaft hält zusammen und diese Gesellschaft wächst zusammen, wenn wir mit den Menschen die Schritte nach vorn gehen und nicht über sie hinweg allein entscheiden. – Das ist mir wichtig, das ist der CDU wichtig und so sehen wir unseren Beitrag in der Zukunft. Danke.

(Beifall CDU)

(Zwischenruf Abg. Dittes, DIE LINKE: Das ist aber etwas Neues!)

Vizepräsidentin Jung:

Herr Abgeordneter Mohring, Sie hatten eine Frage zugelassen.

(Zwischenruf Abg. Lukasch, DIE LINKE: Deswegen macht ihr erst die Steuer und redet dann mit den Leuten!)

Abgeordneter Mohring, CDU:

Nein. Deswegen machen wir eben gar keine Steuer und machen erst die Ermöglichung. Das ist auch noch so ein Punkt. Das will ich gern noch mal sagen.

Vizepräsidentin Jung:

Herr Abgeordneter!

Abgeordneter Mohring, CDU:

Das war doch eine Zwischenfrage.

Vizepräsidentin Jung:

Nein, Abgeordneter Adams hatte eine Frage an Sie und hat sie noch nicht gestellt.

Abgeordneter Mohring, CDU:

Sie haben keine Disziplin in Ihrer Fraktion.

(Zwischenruf Abg. Rosin, CDU: Sechs – setzen!)

(Heiterkeit CDU)

Abgeordneter Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Vielen Dank, Herr Mohring, dass ich Ihnen eine Frage stellen kann. Ich hatte mich mit dieser Frage gemeldet, nachdem Sie die Prämissen Ihrer Politik bezogen auf den Klimawandel dargestellt hatten. Das passt aber am Ende Ihrer Rede viel besser noch, weil ich jetzt alles hören konnte. Ich

(Abg. Adams)

möchte Ihnen die Frage stellen: Stimmen Sie mir, auch mir und der wissenschaftlichen Mehrheitsmeinung zu, dass der Klimawandel menschengemacht ist und damit auch durch menschliches Agieren zurückgedrängt werden kann?

Abgeordneter Mohring, CDU:

Ja, selbstverständlich. Der Mensch ist doch zuallererst verantwortlich für das, was wir erleben, das ist doch gar keine Frage. Der Unterschied ist nur, fragt man diejenigen, die man fragt, ob sie daran glauben – und da will ich ganz klar sagen, zuallererst glaube ich an Gott, das ist der Unterschied.

(Beifall CDU)

(Zwischenruf Abg. Holzapfel; Abg. Rosin, CDU: Genau!)

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Das erklärt auch vieles!)

Vizepräsidentin Jung:

Es gibt eine weitere Wortmeldung. Herr Abgeordneter Kummer, Fraktion Die Linke.

Abgeordneter Kummer, DIE LINKE:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Meine sehr verehrten Damen und Herren, bei Teilen der Debatte hatte ich den Eindruck, dass die Erkenntnisse von den Grenzen des Wachstums, die ja zum Glück schon vor über 30 Jahren aufgekommen sind, bei dem einen oder anderen noch nicht wirklich verinnerlicht wurden. Wir stehen aktuell in einer Situation, wo deutlich wird, dass es so nicht weitergeht, und unterhalten uns über Kosmetik. Lieber Mike Mohring, das, was eben hier vorgetragen wurde zu der Frage des Ermöglichs und des nicht Verbieters und was wir alles machen können, um die Menschen mitzunehmen, das alles ändert doch nichts daran, dass jeder heute produzierte Diesel dafür ausgelegt ist, die nächsten 10 Jahre so weiter zu emittieren wie bisher, dass jede heute produzierte Heizungsanlage auf Gas- oder Ölbasis dafür ausgelegt ist, 20 Jahre so weiter zu produzieren wie bisher,

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und dass wir diese Emissionen, die diese Anlagen in ihrem Lebenslauf mit sich bringen werden, folgerichtigerweise, dass wir diese Emissionen eigentlich nicht mehr emittieren dürfen. Und wenn das die Logik ist, dann dürfte ich heute kein Heizkraftwerk auf Gasbasis, auf Erdgasbasis mehr errichten, denn das läuft über 25 Jahre. Wir müssen uns doch nur mal die Laufzeiten angucken. Wenn ich dort eingreifen will, dann ist es ein Eingriff ins Eigentum, dann ist es eine Verletzung der Menschen, die geglaubt haben, dass sie das Recht hatten, das jetzt noch zu errichten.

(Zwischenruf Abg. Heym, CDU: Ja!)

Deshalb müssen wir auch die Wahrheit sagen. Es macht uns gerade als etablierte Politik unglaubwürdig, wenn wir immer wieder den Eindruck erwecken, es könnte so weitergehen wie bisher, obwohl allen klar ist, dass es nicht so weitergeht. Wir haben in Thüringen schon mal einen Fehler gemacht. Wir haben gesehen, dass der Waldumbau notwendig ist vor dem Hintergrund dessen, was uns Wissenschaftler an Klimaprognosen gegeben haben. Da gab es ein Worst Case, da gab es eine bessere Variante. Das, was wir erlebt haben, war schlimmer als der Worst Case. Ein Waldumbau auf 500 Jahre, wie er angelegt war, hat sich eben als ein massiver Fehler erwiesen. Wir hätten ihn auf 20 Jahre anlegen müssen. Das lässt sich nicht wieder einholen. Wir können aber den gleichen Fehler jetzt nicht noch mal machen.

(Abg. Kummer)

Ich bin ausgesprochen dankbar, dass der Nachhaltigkeitsbeirat des Thüringer Landtags, der erste eines Landesparlaments, jetzt in seiner abschließenden Runde in dieser Woche fraktionsübergreifend einstimmig gesagt hat: Wir müssen künftig an die Gesetzesfolgenabschätzung ran. Wir müssen sehen, dass jedes Gesetz, das in diesem Haus verabschiedet wird, im Vorfeld darauf geprüft wurde, ob die Inhalte mit den Nachhaltigkeitszielen des Freistaats übereinstimmen. Nachhaltiges Handeln heißt eben auch: Grenzen des Wachstums berücksichtigen. Nachhaltiges Handeln heißt, auf der einen Seite den Klimawandel zu berücksichtigen, das aber in den Kontext zu bringen mit den Notwendigkeiten einer sozialen und ökonomischen Entwicklung. Ich glaube, dass es notwendig ist, dass wir diese Ziele fraktionsübergreifend in der nächsten Legislatur umsetzen und das in einem ganz anderen Maß, als es kosmetische Dinge mit sich bringen können. Ich muss ehrlich sagen, wenn ich das höre: Wir nehmen die Stromsteuer runter und machen eine CO₂-Bepreisung, am Ende soll es den Menschen nicht mehr kosten. Wo soll denn dann die Lenkungswirkung sein?

(Beifall DIE LINKE)

Wenn ich sage: Ich mache eine Bepreisung beim Diesel und ich gebe es über die Pendlerpauschale wieder. Wo soll denn da die Lenkungswirkung sein? Wann soll denn da ein Effekt davon rauskommen?

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das wird keinen Effekt geben. Am Ende sind es die Rentner, die einen teureren Diesel haben beim Einkaufen, weil sie mit dem Bus nicht mehr in die Stadt kommen. Das sind die einzigen, die dann dieses System tragen sollen. Das kann doch nicht unser Ansatz sein. Wir müssen sehen – eigentlich wäre der beste Weg, wir würden endlich mal zu einer 30-Stunden-Woche kommen.

(Beifall DIE LINKE)

Dass wir sagen, wir reduzieren dadurch Produktion von Gütern, die eigentlich keiner mehr braucht, die uns in unserem täglichen Leben zu weiten Teilen belasten, die von ihrer eigenen Ressourceneffektivität eine Katastrophe sind, die nach Möglichkeit schnell kaputtgehen sollen, damit wir zu noch mehr Wirtschaftswachstum kommen. Das sind doch Dinge, über die wir mal reden müssen: Wie können wir den Menschen mehr Lebenswert geben? Indem wir ihnen mehr Zeit geben. In der Zeit wird nichts Unsinniges produziert.

Ich glaube, wir brauchen wesentlich gravierendere Entscheidungen, um uns in der aktuellen Situation voranzubringen. In der Hinsicht hoffe ich, dass die Debatte in der nächsten Legislatur weitergeht und dass das Thema übergreifend entsprechend ernst genommen wird. Ich hoffe, dass das dann auch wirklich ein Ansinnen von allen ist, die sich im nächsten Thüringer Landtag mit diesen Fragen beschäftigen. Danke.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Jung:

Aus den Reihen der Abgeordneten gibt es eine weitere Wortmeldung. Herr Abgeordneter Henke, Fraktion der AfD.

(Zwischenruf Abg. Harzer, DIE LINKE: Ach, nein!)

2 Minuten.

Abgeordneter Henke, AfD:

Ja, vielen Dank, Frau Präsidentin. Werte Abgeordnete, werte Gäste, wer die Debatte heute verfolgt hat, hat gesehen: Jeder hat ein bisschen recht, der andere vielleicht ein bisschen mehr, der andere weniger.

(Abg. Henke)

(Zwischenrufe aus den Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Nein!)

Aber worauf ich hinauswill, ist: Diese ganze Debatte geht an der Lebenswirklichkeit der Menschen in diesem Lande vorbei und das muss doch mal in aller Deutlichkeit gesagt werden.

(Beifall AfD)

Schauen wir uns doch an, wer soll denn diese ganze Energiewende bezahlen? Das sind die kleinen Handwerker und Gewerbetreibenden, die kleinen Leute im Land, die hier leben, die Menschen dieses Landes. Jeden Tag müssen sie an die Kasse, sie müssen einkaufen, sie müssen tanken, sie müssen zur Arbeit fahren, sie stehen früh um sechs auf, sie gehen ihrer Arbeit nach.

(Zwischenruf Abg. Henfling, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wer soll denn die Überstunden bezahlen?)

Diese Menschen werden das bezahlen müssen, was Rot-Rot-Grün beschließt und das ist ein ganz, ganz großer Fehler. Sie nehmen die Menschen in diesem Land nicht mit.

(Beifall AfD)

Schauen Sie sich doch mal um, gehen Sie doch mal in unseren Wahlkreis, den Saale-Holzland-Kreis. Dort sind die Bürgerinitiativen stark gegen die Windkraft.

(Zwischenruf Abg. Harzer, DIE LINKE: Sie haben nicht zugehört! Sie müssen mal zuhören!)

Ja, warum denn? Weil wir über das Ein-Prozent-Ziel schon lange hinaus sind.

Dort werden weiter Windkrafträder gebaut und nicht nur in geschädigtem Wald, sondern in durchaus gesundem Wald. Dort werden gesunde Bäume gefällt. Das bringt die Leute auf die Barrikade. Und was die Leute noch auf die Barrikade bringt, sind Ihre laufenden Verbote gegen alles Mögliche: Dieselfahrverbot. Energiewende, wie Sie sie haben wollen. Überlegen Sie doch mal, was Sie hier machen. Wir hatten dieses Jahr drei Szenarien, wo wir fast einen Blackout hatten. Was haben Sie denn gemacht? Mit Ihrer Windkraft, mit ihrer Photovoltaik konnten Sie gar nichts machen, Sie mussten Strom aus dem Ausland kaufen. Da fragt kein Mensch mehr danach, wie er hergestellt wird, ob er in Kohlekraftwerken gemacht wird oder in Atomkraftwerken.

(Beifall AfD)

Da steht nämlich kein grünes Siegel dran. Sie brauchen den Strom, um die Industrie überhaupt wettbewerbsfähig zu machen.

(Zwischenruf Abg. Harzer, DIE LINKE: Wissen Sie, wovon Sie reden?)

Das ist der große Krebschaden bei Ihrer Energiepolitik. Sie ist nicht grundlastfähig und wir haben auch keine Speichermedien. Wie wollen Sie Ihre Energiewende umsetzen? Gehen Sie doch mal raus ins Land! Wo stehen denn Ladesäulen? Nur in den Städten. Da stehen aber leider nicht die Windkrafträder. Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Jung:

Es gibt eine weitere Wortmeldung des Abgeordneten Kobelt, Bündnis 90/Die Grünen. Sie haben noch 1 Minute und 40 Sekunden.

Abgeordneter Kobelt, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, ich möchte auf die Reaktion des AfD-Abgeordneten eingehen. Die hat mich erinnert, es war ungefähr so vor zwölf Jahren im Weimarer Stadtrat. Da sind manche Kollegen genauso hochgehüpft wie Sie jetzt gerade und haben gesagt, wer soll denn diese ganze Solarenergie bezahlen. Das ist ja viel zu teuer, wenn wir Glück haben, werden da mal 0,1 Prozent in Thüringen genutzt und das kostet 50 Cent,

(Unruhe AfD)

die Kilowattstunden, das wird ja sowieso nichts. Jetzt, zehn Jahre später, sind die Kosten gesunken auf – ich habe jetzt noch einmal in die Ausschreibung geschaut – 5 Cent, also noch 10 Prozent in zehn Jahren.

(Zwischenruf Abg. Henke, AfD: Sie haben das immer noch nicht begriffen! Die kleinen Leute müssen das bezahlen!)

So wird es auch mit Speichertechnologien passieren. Bloß wenn man immer nur dem Vergangenen nachhängt und nachtrauert, dann wird sich überhaupt nichts verändern.

(Zwischenruf Abg. Henke, AfD: Ich habe nicht vom Vergangenen geredet, ich habe darüber geredet, was ist!)

So, und jetzt noch einmal zu Ihrer Frage, wer das alles bezahlen soll: Ich bin der Meinung, bevor wir neue Abgaben oder neue Steuern oder wie auch immer erzeugen, sollten wir uns mal anschauen, was an staatlichen Geldern in fossile Energien investiert und was subventioniert wird. Da sind wir in Deutschland bei rund 50 Milliarden Euro. 50 Milliarden Euro, das ist ungefähr das, was für das Klimapaket – was Herr Hey genannt hat – in den nächsten zehn Jahren investiert wird. Das wird in einem Jahr an Subventionen für fossile Energien ausgegeben. Da geht es los mit 12 Milliarden Euro für die Begünstigung des Flugverkehrs, dann geht es weiter mit dem Dieselprivileg, Entfernungspauschalen, Energiebereitstellung, Kohle und Gas. Wir subventionieren einerseits das, was wir nicht mehr haben wollen, und andererseits machen wir neue große Klimapakete. Das ist doch paradox.

Vizepräsidentin Jung:

Herr Abgeordneter, ...

Abgeordneter Kobelt, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Lassen Sie uns die fossilen Energien, die Subventionen streichen. Da haben wir genug Geld, um für öffentlichen Nahverkehr, Klimawandel und für eine grüne Energiewende zu kämpfen. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Jung:

Ja, Frau Ministerin, es ist nicht so einfach, heute an das Rednerpult zu kommen. Sie haben jetzt das Wort – nein. Es gibt noch eine Wortmeldung aus den Reihen der Abgeordneten. Frau Abgeordnete Becker.

Abgeordnete Becker, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, es ist schon eine hitzige Debatte um das Klima in Deutschland und das ist auch gut so. Aber als die Damen und Herren von den Kosten gesprochen haben, da ist es in mir doch noch einmal hochgekommen. Wer trägt denn jetzt die Kosten des Atomausstiegs? Wer trägt sie, die

(Abg. Becker)

ganzen Milliarden, die wir jetzt aufwenden müssen, um eine Industrie zurückzubauen, die für die Menschheit so gefährlich ist, die nicht überschaubar ist für die Menschheit? Wer trägt sie? Die Verantwortung trägt der Staat gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern. Es kann doch nicht sein, dass wir jetzt schon wieder anfangen, über Geld zu reden. Das Schlimme ist doch, dass nicht zukunftsorientiert nach vorn geguckt werden kann, eine ignorante Energiepolitik gemacht wird ...

(Zwischenruf Abg. Kießling, AfD: Deshalb bauen die anderen Atomkraftwerke weiter!)

Ja, klar. Den Atomausstieg zahlt auch der Steuerzahler. Das ist doch nicht mein Problem, warum andere Atomkraftwerke bauen.

(Zwischenruf Abg. Kießling, AfD: Der, der nichts in der Tasche hat!)

Ich sage, in Deutschland ist es der falsche Weg, dass nicht die Energiekonzerne die Verantwortung tragen, sondern der deutsche Steuerzahler die Verantwortung tragen muss.

(Unruhe AfD)

Das kann doch nicht sein, das ist falsch. Das ist ein falscher Weg, den wir da gehen, und wir schieben die Verantwortung immer weiter, auch in die nächste Generation. Das geht so nicht.

(Beifall DIE LINKE)

Herr Kummer hat es schon angesprochen. Den Waldumbau haben wir verschlafen. Dafür kriegen wir jetzt die Quittung.

(Zwischenruf Abg. Kießling, AfD: Ja, da haben Sie verschlafen!)

Der Wald stirbt und wir müssen gegensteuern. Da glaube ich, ist es auch Zeit, dass wir öffentliches Geld nehmen, um den Waldbesitzern zu helfen. Da der Wald so bedeutsam für uns auch als Klimaschützer ist, müssen wir wirklich darüber reden, dass öffentliches Geld für öffentliches Gut ausgegeben wird. Wir müssen darüber reden, wie wir das machen. Vielleicht können wir das mit der Landwirtschaft, ähnlich bei den Flächenprämien für die Waldbesitzer machen, weil der Wald ist für unser Klima entscheidend. Je mehr Wald wir haben, umso besser ist unser Klima. Das ist einfach so.

(Zwischenruf Abg. Kießling, AfD: Das haben wir mehrfach betont!)

Wenn ich schon noch einmal hier vorgegangen bin, dann kann ich Herrn Gruhner vielleicht auch noch mal sagen, dass die Risikosicherung der Bauern schon lange gefordert wird durch den Bauernverband, durch alle Gremien, aber die CDU bewegt sich nicht. Da können Sie mal Herrn Primas fragen.

(Beifall DIE LINKE)

Der kämpft seit zehn Jahren darum, dass die CDU auf Bundesebene endlich eine Risikoversicherung eingeht, sodass die Bauern von ihren Einnahmen Rücklagen bilden können, die sie dann aufbrauchen können, wenn es solche Jahre wie das Dürrejahr 2018 gibt. Das wollen wir, alle landwirtschaftspolitischen Sprecher wollen das, aber die CDU auf Bundesebene bewegt sich nicht.

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU)

Das müssen Sie auch den Leuten das sagen, die dafür verantwortlich sind. Die Sozialdemokraten haben sich jetzt bewegt, Wolfgang. Wir sind doch schon ein kleines Stückchen weiter als ihr. Das ist einfach so.

(Beifall SPD)

(Abg. Becker)

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Bei eurer Größe müsst ihr euch ein bisschen mehr Mühe geben!)

Aber manchmal sind wir ein bisschen schneller und das ist auch gut so. Man muss auch sehen, dass, wenn man in der Politik Fehler gemacht hat, man sie ändert. Die SPD ist auf dem Weg zu sagen, im Zuge dieser Veränderungen und im Zuge dieser Dürresommer muss man über neue Wege nachdenken. Wir müssen alle offen sein, um neue Wege zu gehen. Es nützt uns nichts, auf Altem zu beharren und so weiterzumachen. Das geht einfach nicht in dieser Bundesrepublik. Wir müssen auch mit Einschränkungen leben, davon bin ich fest überzeugt. Jede und jeder muss wissen, dass es in seinem Lebensumfeld Einschränkungen geben kann und das ist auch wichtig. Aber man muss mit den Menschen reden. Man kann es ihnen nicht einfach überstülpen, sondern es muss auch im Vorfeld mit den Menschen geredet werden und ihnen gesagt werden, warum, weshalb, wieso.

(Beifall SPD)

Die Menschen sind nicht so blöd, wie wir immer denken. Die gehen da mit, wenn wir ihnen sagen, aus diesen und jenen Gründen ist das jetzt machbar. Ich glaube, wir haben die Zeit vielleicht schon ein bisschen verpasst, mit ihnen zu reden, aber umso mehr müssen wir jetzt auf die Menschen zugehen. Herr Mohring hat auch gesagt, wir müssen mit den Menschen reden. Aber wenn es um Beteiligung geht, wenn es um öffentliche Ausschüsse geht, da tun wir uns so schwer. Wir müssen die Menschen mit ranlassen, mit Politik gestalten lassen und uns öffnen. Das hat alles was mit Klima zu tun. Wichtig ist aber, dass wir die Menschen nicht vergessen und ihnen den Respekt zollen, damit sie sich auch einbringen können. Das ist immer ein schwerer Spagat, den wir machen müssen.

(Unruhe AfD)

Aber – wie gesagt – vorgegangen bin ich wegen dieser blöden Atomindustrie und den Atomkraftwerken, die wir jetzt alle zahlen müssen, die Endlagerung, die nicht gesichert ist. Wir suchen ein Endlager für etwas, was wir gar nicht sichern können. Das ist so schwer in Deutschland – keiner will es haben, das ist einfach so. Aber es ist so ein schwerer Prozess und das ist so eine überalterte Industrie und wir haben so lange daran festgehalten. Ein Hermann Scheer würde sich im Grabe umdrehen, wie lange wir gebraucht haben, um endlich aus der Atomenergie auszusteigen. Die Grundlage für neue Energiepolitik war das Erneuerbare-Energien-Gesetz aus dem Jahr 2000. Das haben nämlich die SPD und die Grünen gemacht.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das war die Grundlage für Veränderungen in der ganzen Welt, das Erneuerbare- Energien-Gesetz von 2000 war Vorbild für viele Länder und das ist auch gut so.

Wir haben es dann ein bisschen verunstaltet. Man muss auch darüber reden, dass wir dann vielleicht nicht die richtigen Schritte in die richtige Richtung gemacht haben. Aber das waren Grundlagen, die von Deutschland ausgegangen sind. Wir können nicht China voranschicken oder irgendwen, wir müssen vorangehen. Jeder Einzelne von uns muss vorangehen und etwas für das Klima tun.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Marx:

Ich schaue noch mal ins Rund. Gibt es weitere Wortmeldungen aus den Reihen der Abgeordneten? Das scheint jetzt nicht mehr der Fall zu sein. Dann erhält Frau Ministerin Siegesmund das Wort.

Siegismund, Ministerin für Umwelt, Energie und Naturschutz:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Gäste, das war eine sehr spannende, sehr vielseitige Debatte zur – nicht nur – Regierungserklärung „Von Paris nach Thüringen: Klimaschutzpolitik der Landesregierung“, sondern auch zu IMPAKT, unserem Klimaanpassungsprogramm, und der Thüringer Klimastrategie. Eigentlich stehen ja im Mittelpunkt genau diese beiden Fragen: Klimaschutz auf der einen, Klimaanpassung auf der anderen Seite. Das ist die Tür, durch die wir heute gemeinsam gehen müssen. Aber da muss man sich eben auch trauen. Wir haben heute Morgen begonnen, darüber zu reden, warum ist das auch nötig, dass wir uns trauen. 1,4 Grad Erderwärmung, die Tatsache, dass wir Dürrehitze, Waldbrände und eine dramatische Lage an unseren Flusspegeln haben, haben ganz klar die meisten – jedenfalls hier im Thüringer Landtag – auch klarstellen lassen, wir sind mittendrin in der Klimakrise und müssen auch handeln. Ich bin durchaus erleichtert gewesen, dass Stefan Gruhner und dann auch der Fraktionsvorsitzende der CDU sich der Mehrheitsmeinung von 99,7 Prozent angeschlossen haben, dass es den menschengemachten Klimawandel auch tatsächlich gibt, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Dann ist die Frage im Raum gewesen, Herr Gruhner sprach zum Teil von Hysterie: Ist es denn Hysterie, wenn das Haus brennt und man die Feuerwehr ruft? Ich finde, nicht.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dieses Bild verwende ich auch deshalb ganz gern, weil manche es scheinbar okay finden: Wenn der Dachstuhl brennt, sitzen die in der Küche und sagen, ich mache mir jetzt erst mal einen Kaffee. Die Variante habe ich heute von ganz rechts gehört. Andere zögern vielleicht erst mal, ob es wirklich nötig ist, den Notruf anzurufen. Es gibt aber dann auch mindestens drei Fraktionen hier im Thüringer Landtag, die sagen entschieden und entschlossen: Wenn wir in der Situation sind, dass uns überhaupt keine andere Wahl bleibt, dann müssen wir auch handeln – und wir tun das auch.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Man kann das auch auf ein anderes Bild zuspitzen. Es gibt mit Sicherheit diejenigen, die auf der Suche nach Partnern sind, um diese schwierige Situation zu bewältigen. Dann gibt es die Bremser und es gibt die Ignoranten. Ich sage Ihnen ganz offen, wenn wir hier heute entscheiden, wenn wir hier heute noch mal reflektieren, was uns diese vier Stunden Debatte gebracht haben, wenn man sich mal klarmacht, dass in 20 oder 30 Jahren Ihre Kinder oder Ihre Enkel Sie fragen: „Was habt ihr eigentlich damals entschieden? Seid Ihr durch die Tür gegangen? Habt ihr so entschieden, dass das Haus, was brennt, auch wirklich sofort, indem die Feuerwehr kam, wenigstens noch gerettet werden konnte?“, dann will ich, dass wir alle wenigstens guten Gewissens sagen können: Wir haben das gemacht, was nötig war, nämlich zu handeln, und zwar sehr entschlossen.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In der Frage, welche der erste, der zweite oder der dritte Schritt ist, da kann man durchaus trefflich streiten. Das haben wir hier auch getan und das finde ich auch richtig. Aber ich finde, da muss man auch, wenn man sich vor Augen führt, was wirklich dran ist, nicht nur bei den Zahlen bleiben, sondern sich auch klarmachen, dass Schrittchen, also Trippelschritte, wie insbesondere die CDU das heute vorgetragen hat, einfach nicht reichen. Richtig ist ja, Herr Gruhner – da bin ich sogar bei Ihnen –, dass die Energiewirtschaft in den letzten 19 Jahren unheimlich viel dazu geleistet hat, dass wir den Umbau unseres Energiesystems voranbringen. Dagmar Becker ist auch noch mal darauf eingegangen, hat das EEG genannt – eine Erfolgsgeschichte, Markteinführung für die Erneuerbaren. Richtig ist aber auch, dass zentrale andere Bereiche eben nicht ange-

(Ministerin Siegesmund)

fasst wurden. Ich meine, CSU-Bundesverkehrsminister Andi Scheuer flitzt ja lieber auf Elektrorollern, die nicht funktionieren, durch Berlin, anstatt sich um die Frage der Maut oder der Mobilitätswende zu kümmern.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Er kümmert sich auch nicht um die 467 Schienenkilometer, die bei uns seit 1990 stillgelegt wurden, die Sie brisanterweise auch noch genannt haben, die Sie wieder reaktivieren möchten. Da bin ich ja bei Ihnen. Aber warum stehen wir denn da, dass knapp 500 Kilometer nicht mehr fahren?

Die Frage Mobilitätswende entschieden und entschlossen anzugehen, wenn Sie da mitmachen, bin ich sehr bei Ihnen. Das ist eben der Punkt, wo wir beim Thema „CO₂-Emissionen“ deutlich nachsteuern müssen. Das Gleiche gilt, wenn wir uns angucken, wie denn unser Mobilitätssystem insgesamt aussieht. Es geht doch am Ende nicht darum, zu sagen, wir schreiben irgendjemandem vor, dass er die oder die Mobilitätsart bevorzugen soll – im Gegenteil. Aber worum es geht, ist, dass jeder die Wahl hat, auch wenn er im Dorf wohnt bzw. wenn er in der Stadt wohnt und sich bewusst dagegen entscheidet, mit dem Auto unterwegs sein zu wollen. Aber dann ist doch wurst, wo ich wohne. Ich soll das Angebot bekommen. Und das ist Aufgabe der Politik, ein Nahverkehrsangebot zu stricken, dass man dieses auch nutzen kann, sozial vernünftig ausgewogen und auch in der Taktung, die in das normale Leben eines jeden Menschen passt. Das ist unsere Aufgabe, das ist die Aufgabe von Politik.

Da gibt es viele andere Felder, die Sie heute gestreift haben. Ich habe auch gehört: „aber die Kosten, aber die Kosten“. Die Frage ist doch: Worüber reden wir eigentlich gerade in dieser Republik? Wir reden unter anderem über ein Milliardenpaket von insgesamt 40 Milliarden Euro für den Ausstieg aus der Kohle. Übrigens sind diese 40 Milliarden nicht extra eingepreist, die sind im Bundeshaushalt ohnehin schon drin. Darüber kann man trefflich streiten, was heißt das jetzt eigentlich für Ostthüringen und den Raum, der kein Kraftwerk mehr hat, der aber unter Bergbaufolgeschäden leidet. Deswegen finde ich es schon auch wichtig, dass wir noch mal gemeinsam auch Richtung Bund adressieren, dass wir in dieses Paket gehören. Ich hoffe, der Ostbeauftragte nimmt sich des Themas auch an. Aber worauf ich eigentlich hinauswollte: Wenn wir diesen Kohleausstieg gemeinsam mit diesen 40 Milliarden bestreiten, warum gelingt es denn nicht, darüber zu reden, was andere Bundesländer schon an Jobs geschaffen haben im Bereich Umwelt, Wirtschaft und Erneuerbare, die zukunftsfähig bleiben müssen oder ausgebaut werden müssen? Ich meine, wir haben über 60.000 Jobs, 8 Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Thüringen, 60.000 Jobs im Bereich Erneuerbare, Wasserbau und anderen Zukunftstechnologien. Da wollen wir doch, dass es noch mehr werden. Ich finde, wir sollten viel mehr darüber reden, welche Jobs das sind und wie wir uns wünschen, dass sie auch noch besser unterstützt und ausgebaut werden, anstatt zu schauen, wie wir bei einer anderen Zahl virtuelle Debatten führen, die gar nichts damit zu tun haben, dass wir uns wirklich zukunftsfähig aufstellen. Von daher finde ich es richtig zu betonen, dass wir alle ambitionierte Anstrengungen brauchen. Ich finde es auch richtig zu betonen, dass es ganz verschiedene Bereiche gibt, denen wir uns zuwenden müssen.

Ich will aber auch eines ganz klar sagen: Wer meint, „Fridays for Future“ vorschreiben zu können, vor welchen Karren sie sich spannen lassen, ob sie lieber Bäume pflanzen oder demonstrieren, der irrt.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, diese Jugendbewegung hat genauso wie „Scientists for Future“, wie „Parents for Future“, wie „Grandparents for Future“ eigentlich Freitagmittag Besseres zu tun, als auf der Straße zu stehen. Die Leute wollen, dass wir entscheiden, dass die, die es in der Hand haben, Verantwortung übernehmen. Und wer Bäume pflanzen will, sollte das – das wissen Sie auch – im Herbst tun, sinnvoll

(Ministerin Siegesmund)

erweise mit denen, die wissen wo, die wissen wie, aber mit Sicherheit nicht Gruppen, die sich, weil so wenig gehandelt wird, dazu genötigt sehen, auf die Straße zu gehen, weil sie um ihre Zukunft ringen und kämpfen, dazu instrumentalisieren, sie am Ende zum verlängerten Arm eines, wie ich finde, nur halbseidenen Vorschlags zu machen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen – ganz klar: Gemeinsame Kraftanstrengungen sind nötig, aber die sehen mit Sicherheit anders aus, als die Vorschläge, die ich hier gerade vom CDU-Fraktionsvorsitzenden gehört habe.

Lassen Sie uns zwei Dinge zum Maßstab allen Handelns machen: Das Erste – das ist ganz klar – sind die Ziele von Paris, alles muss sich daran messen lassen. Wenn es sich daran nicht messen lassen kann, muss es besser werden. Das sage ich auch bewusst in Richtung von Herrn Hey. Und das Zweite, was der Maßstab sein sollte: Lassen Sie uns zum Maßstab unseres Handelns kommende Generationen machen. Es geht darum, raus aus der Komfortzone zu kommen, Entscheidungen zu treffen. Wagen Sie doch manchmal das Experiment „die Stimme aus der Zukunft“ – was würde diese Stimme Ihnen in 20 Jahren sagen? Jetzt ist die Zeit zum Handeln, die nächsten zehn Jahre sind entscheidend und deswegen bitte ich heute auch um Zustimmung zu den beiden Programmen, die die Landesregierung vorgelegt hat. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Marx:

Vielen Dank. Wir kommen dann zu den Abstimmungen. Es geht zunächst um das Maßnahmenprogramm, die Abstimmung zu dem Antrag der Landesregierung in der Drucksache 6/7143. Dazu gibt es einen Änderungsantrag der Fraktion der CDU in der Drucksache 6/7749, der eine Neufassung der Beschlussempfehlung und damit die Stellungnahme des Thüringer Landtags gemäß Thüringer Klimagesetz beinhaltet. Wer diesem Änderungsantrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. Das sind die Kolleginnen und Kollegen aus der CDU-Fraktion. Wer stimmt gegen diesen Antrag? Das sind die Koalitionsfraktionen und die Fraktion der AfD. Wer enthält sich der Stimme? Das sind die fraktionslosen Abgeordneten Gentele und Rietschel. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Wir kommen dann zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt, Energie und Naturschutz in Drucksache 6/7644 – berichtigte Fassung –, die jetzt die Stellungnahme des Thüringer Landtags gemäß Thüringer Klimagesetz enthalten soll. Wer ist für die Beschlussempfehlung? Das sind die Koalitionsfraktionen und der fraktionslose Abgeordnete Gentele. Wer stimmt dagegen? Das sind die CDU-Fraktion, die AfD-Fraktion und der fraktionslose Abgeordnete Rietschel. Damit ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses angenommen.

Wir kommen jetzt zur zweiten Abstimmung, da geht es um die Integrierte Energie- und Klimaschutzstrategie in der Drucksache 6/7266. Auch hier stimmen wir zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU in Drucksache 6/7751 ab, der eine Neufassung der Beschlussempfehlung und damit die Stellungnahme des Thüringer Landtags gemäß Thüringer Klimagesetz beinhaltet. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. Das sind die Kolleginnen und Kollegen aus der CDU-Fraktion. Wer stimmt dagegen? Das sind die Kolleginnen und Kollegen aus den Koalitionsfraktionen und der AfD-Fraktion. Wer enthält sich der Stimme? Die beiden fraktionslosen Abgeordneten Rietschel und Gentele. Damit ist das mehrheitlich abgelehnt.

(Vizepräsidentin Marx)

Wir kommen zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt, Energie und Naturschutz in Drucksache 6/7645 – berichtigte Fassung –, die jetzt die Stellungnahme des Thüringer Landtags gemäß Thüringer Klimagesetz enthält. Wer für diese Beschlussempfehlung ist, den bitte ich um das Handzeichen. Das sind die Abgeordneten der Koalitionsfraktionen und der fraktionslose Abgeordnete Gentele. Wer ist dagegen? Das sind die Abgeordneten der CDU-Fraktion und der AfD-Fraktion und der fraktionslose Abgeordnete Rietschel. Damit ist diese Beschlussempfehlung angenommen.

Ich schließe diesen Tagesordnungspunkt. Wir treten in die Mittagspause ein und treffen uns hier um 13.45 Uhr wieder zu einer kurzen Fragestunde. Das sind nur fünf Fragen. Danach geht es dann weiter mit dem Kulturpaket. Ich wünsche Ihnen eine schöne Mittagspause.

Wir kommen zum Aufruf des **Tagesordnungspunkts 25**

Fragestunde

Ich rufe die Mündlichen Anfragen auf und bitte die Abgeordneten, ihre Fragen vorzutragen. Wir beginnen mit der zweiten Frage. Fragesteller ist Herr Abgeordneter Gruhner von der CDU-Fraktion mit der Drucksache 6/7770. Bitte, Herr Gruhner.

Abgeordneter Gruhner, CDU:

Danke, Frau Präsidentin.

Verkehrssituation L 3002 Ortsdurchfahrt Zollgrün

Der Tannaer Ortsteil Zollgrün und die Stadt Gefell sind stark verkehrsbelastet. Im Bereich Zollgrün wird die ehemalige Bundesstraße 2, jetzt Landesstraße 3002, durch sogenannten Mautausweichverkehr stark belastet. Lkw nutzen diese Strecke als Abkürzung zwischen den Bundesautobahnen 72 und 9, um gleichzeitig auch Mautkosten einzusparen. Am 5. August 2019 wurde eine Verträglichkeitsanalyse mit straßenräumlichem Handlungskonzept des Landesamts für Bau und Verkehr – Region Ost mit einer Bestandsanalyse und möglichen Handlungsempfehlungen veröffentlicht. Dort wurde festgestellt, dass die Ortsdurchfahrt Zollgrün stärker als bisher durch Schwerlastverkehr in Anspruch genommen wird, ein Mautausweichverkehr wird aber nicht gesehen. Die Analyse empfiehlt unter anderem eine Geschwindigkeitsbegrenzung der Ortsdurchfahrt Zollgrün auf 30 Kilometer pro Stunde als kurzfristig zu realisierende Maßnahme, welche von der Verkehrsbehörde unter Zustimmung des Landesverwaltungsamts erlassen werden kann. Außerdem wird zur kurzfristigen und dauerhaften Reduzierung der Geschwindigkeitsüberschreitungen in dem Bereich die Installation einer ortsfesten Geschwindigkeitsüberwachungsanlage empfohlen. Des Weiteren ist eine Mittelinsel zur Geschwindigkeitsdämpfung an beiden Ortseinfahrten als mittelfristige Maßnahme in der Analyse genannt.

Ich frage die Landesregierung:

1. In welchem Zeitraum beabsichtigt die Landesregierung, die in ihrer Zuständigkeit liegenden jeweiligen vorgeschlagenen Maßnahmen für den Bereich der Ortsdurchfahrten Gefell und Zollgrün im Handlungskonzept der Verträglichkeitsanalyse durchzuführen?
2. Aus welchen Gründen wurde die Zustimmung zur oben genannten Einführung einer Geschwindigkeitsbegrenzung durch das Thüringer Landesverwaltungsamt mit Schreiben vom 31. Juli 2019 verweigert?
3. Ist die Installation einer oben genannten Geschwindigkeitsüberwachungsanlage vorgesehen, wenn ja, in welchem Zeitraum und wenn nein, warum nicht?

(Abg. Gruhner)

4. Ist die Installation einer oben genannten Mittelinsel vorgesehen, wenn ja, in welchem Zeitraum und wenn nein, wieso nicht?

Vizepräsidentin Marx:

Für die Landesregierung antwortet das Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft, Herr Staatssekretär Dr. Sühl.

Dr. Sühl, Staatssekretär:

Danke. Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten, die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Gruhner beantworte ich für die Thüringer Landesregierung wie folgt:

Gestatten Sie mir eine Vorbemerkung. Die Verträglichkeitsanalyse mit straßenräumlichem Handlungskonzept für die Ortsdurchfahrt der Landesstraße L 3002 in Zollgrün stellt zunächst eine konzeptionelle Grundlage für die weitere Entwicklung der Ortsdurchfahrt in verkehrsrechtlicher, verkehrsorganisatorischer und baulicher Hinsicht dar. Damit sind zum jetzigen Zeitpunkt noch keine Festlegungen auf bestimmte Maßnahmen verbunden.

Zu Frage 1: Die in dem Konzept vom 5. August 2019 vorgeschlagenen Maßnahmen müssen nun jeweils einzeln fachlich und rechtlich geprüft und bewertet werden. In Abhängigkeit von dem Prüfergebnis sind diese zukünftig gegebenenfalls zu planen und umzusetzen. Eine Einschätzung zum zeitlichen Ablauf kann gegenwärtig noch nicht getroffen werden.

Zu Frage 2: Für die Beschränkung der innerorts zulässigen Höchstgeschwindigkeit von 50 km/h auf 30 km/h muss entsprechend der Vorgaben der Straßenverkehrsordnung eine aufgrund der besonderen örtlichen Verhältnisse bestehende Gefahrenlage nachgewiesen werden, die das allgemeine Risiko einer Beeinträchtigung von Rechtsgütern erheblich übersteigt. Dies kann zum Beispiel aus Gründen der Verkehrssicherheit erfolgen oder um die Anwohner vor Lärm oder Abgasen zu schützen. Vor einer Anordnung von verkehrsrechtlichen Maßnahmen aus Lärmschutzgründen durch die zuständige Straßenverkehrsbehörde sind die weiteren rechtlichen Vorgaben des § 45 Straßenverkehrsordnung sowie die Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Straßenverkehrs-Ordnung und die einschlägigen Richtlinien entsprechend zu beachten. Die abschließende Zustimmung des Thüringer Landesverwaltungsamts zur Anordnung von 30 km/h als Maßnahme zum Schutz der Bevölkerung vor Lärm und Abgasen wurde bisher nicht erteilt, da die hierfür erforderlichen Nachweise durch die Untere Straßenverkehrsbehörde, das Landratsamt Saale-Orla-Kreis, noch nicht vollständig vorgelegt wurden. Eine endgültige Entscheidung kann erst nach Vorlage aller notwendigen Unterlagen erfolgen.

Zu Frage 3: Die Thüringer Polizei führt in dem in Rede stehenden Bereich der L 3002, Ortsdurchfahrt Zollgrün regelmäßig mobile Verkehrsüberwachungsmaßnahmen durch. Bei den bislang im Jahr 2019 durchgeführten Geschwindigkeitsmessungen lag die Beanstandungsquote unter 4 Prozent. Etwa 96 Prozent der Fahrzeugführer haben hiernach die zulässige Höchstgeschwindigkeit nicht überschritten. In Auswertung dieser Maßnahmen wird eingeschätzt, dass nur eine geringe Anzahl an Fahrzeugführern die zulässige Höchstgeschwindigkeit nicht einhält. Die Auswertung des Verkehrsunfallgeschehens ergab seit 1. Januar 2019 in dem betreffenden Bereich zwei Verkehrsunfälle mit Sachschaden. Die Unfallursachen stehen nicht im Zusammenhang mit dem Gegenstand der Mündlichen Anfrage. Unfallhäufungsstellen bzw. Unfallschwerpunkte wurden weder in den vergangenen Jahren noch aktuell erkannt. Unter Berücksichtigung der vorgenannten Verkehrssituation ist die Errichtung einer stationären Geschwindigkeitsüberwachungsanlage in dem in Rede stehenden Bereich durch die Thüringer Polizei insofern gegenwärtig nicht vorgesehen. geschwindigkeits-

(Staatssekretär Dr. Sühl)

überwachende Maßnahmen im Bereich der L3002 werden weiterhin in einem angemessenen Umfang sowie entsprechend der dienstlichen Möglichkeit durch die örtlich zuständige Landespolizeiinspektion durchgeführt.

Zu Frage 4: Auch die als mittelfristig zu realisierenden Maßnahmen – benannte Mittelinseln – bedürfen einer genauen planerischen Überprüfung. Erst nach deren Abschluss kann die Frage nach Ob und Wann konkret beantwortet werden.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Vizepräsidentin Marx:

Gibt es Nachfragen? Herr Gruhner?

Abgeordneter Gruhner, CDU:

Ja, vielen Dank. Ich hätte lediglich noch mal die Nachfrage: Sie hatten gesagt, die Maßnahmen werden dazu noch mal alle bewertet und so weiter, aber Sie können noch nicht sagen, wann und zu welchem Zeitpunkt die Bewertung der Maßnahmen abgeschlossen ist?

Dr. Sühl, Staatssekretär:

Ja, obwohl ich davon ausgehe, dass das in den nächsten Wochen passieren wird. Ich habe schon seit längerer Zeit einen Termin vereinbart in Gefell. Wir werden da noch mit der Bürgerinitiative, auch mit den Bürgermeistermeistern, darüber reden, was da zu geschehen hat und ich sehe die Problematik sehr wohl und wir sind bemüht, da Abhilfe zu schaffen und so schnell wie möglich auch zu handeln.

Abgeordneter Gruhner, CDU:

Okay, danke.

Vizepräsidentin Marx:

Weitere Nachfragen sehe ich nicht. Wir kommen dann zur Frage des Abgeordneten Zippel, CDU-Fraktion, in der Drucksache 6/7769.

Abgeordneter Zippel, CDU:

Vielen Dank, Frau Präsidentin.

Gewalt unter Drogeneinfluss gegen Polizeibeamte und Rettungskräfte

Auch in Thüringen nehmen Angriffe auf Polizeibeamte und Rettungskräfte zu. So werden laut Medienberichten aus dem Mai 2019 in Thüringen durchschnittlich täglich vier Polizisten angegriffen, beleidigt oder sie treffen auf massiven Widerstand.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie hat sich die Zahl der Angriffe auf Polizeibeamte und Rettungskräfte in den vergangenen fünf Jahren im Landkreis Altenburger Land entwickelt?
2. In wie vielen Fällen davon spielten nach Kenntnis der Landesregierung Alkohol beziehungsweise Drogen eine Rolle?

(Abg. Zippel)

3. Wie hat sich die Zahl der Verstöße gegen das Betäubungsmittelgesetz im Landkreis Altenburger Land generell in den vergangenen fünf Jahren entwickelt?

Vielen Dank.

Vizepräsidentin Marx:

Für die Landesregierung antwortet das Ministerium für Inneres und Kommunales, Herr Staatssekretär Götze.

Götze, Staatssekretär:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Zippel beantworte ich für die Landesregierung wie folgt:

Zu Frage 1: Hier möchte ich darauf hinweisen, dass wir die Fragestellung so interpretiert haben, dass mit Angriffen Straftaten gemeint sind, die im Strafgesetzbuch unter dem Siebzehnten Abschnitt „Straftaten gegen die körperliche Unversehrtheit“ aufgeführt sind, also konkret die §§ 223 bis 231 Strafgesetzbuch. Auf dieser Basis ergeben sich nach der polizeilichen Kriminalstatistik im Zusammenhang mit Angriffen auf Polizeibeamte und Rettungskräfte im Landkreis Altenburger Land im Jahr 2014 18 Straftaten, im Jahr 2015 10 Straftaten, im Jahr 2016 24 Straftaten, im Jahr 2017 ebenfalls 24 Straftaten und im Jahr 2018 19 Straftaten.

Zu Frage 2: Der Einfluss von Drogen wird im genannten Sachzusammenhang nicht statistisch erfasst. Zu den Fällen, in denen der Tatverdächtige unter Alkoholeinfluss handelte, liegen der Landesregierung für das Jahr 2014 11 Fälle, für das Jahr 2015 6 Fälle, für das Jahr 2016 16 Fälle, für das Jahr 2017 15 Fälle und für das Jahr 2018 15 Fälle vor.

Zu Frage 3: Die Polizeiliche Kriminalstatistik weist an Verstößen gegen das Betäubungsmittelgesetz für das Jahr 2014 661 Straftaten, für das Jahr 2015 524 Straftaten, für das Jahr 2016 496 Straftaten, für das Jahr 2017 683 Straftaten und für das Jahr 2018 778 Straftaten für den Landkreis Altenburger Land aus.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Vizepräsidentin Marx:

Eine Nachfrage. Herr Zippel, bitte.

Abgeordneter Zippel, CDU:

Vielen Dank, Herr Staatssekretär, zunächst für die Beantwortung. Eine Nachfrage zu den Zahlen, die Sie in Punkt 3 genannt hatten. Bei den Verstößen gegen das Betäubungsmittelgesetz, ist da separat erfasst worden, wie oft bei den Fällen Crystal Meth eine Rolle gespielt hat, und wie erklärt sich die Landesregierung den doch enormen Anstieg vom Jahr 2016 an?

Götze, Staatssekretär:

Die Fragen kann ich Ihnen aus dem Kopf nicht beantworten, werde das aber gern schriftlich tun.

(Zwischenruf Abg. Zippel, CDU: Sehr gern, danke!)

Vizepräsidentin Marx:

Weitere Nachfragen sehe ich nicht. Wir kommen dann zur dritten Frage, Fragesteller ist der Abgeordnete Dr. König von der CDU-Fraktion mit der Drucksache 6/7771. Bitte, Herr Dr. König.

Abgeordneter Dr. König, CDU:

Vielen Dank, Frau Präsidentin.

Umsetzung des Hochwasserschutzkonzeptes in der Gemeinde Rustenfelde im Landkreis Eichsfeld.

Im August 2015 kam es in der Gemeinde Rustenfelde im Eichsfeld zu einer verheerenden Unwetterkatastrophe, bei der sogar ein Feuerwehrmann sein Leben lassen musste und Schäden in Millionenhöhe entstanden. Damit es nicht erneut zu einer solchen Katastrophe kommt, wurde ein Hochwasserschutzkonzept für die Gemeinde erstellt. Geplant ist unter anderem, den Bachlauf oberhalb des Dorfes so zu verändern, dass er bei Unwettern nicht zu einem reißenden Fluss wird. Heute, vier Jahre nach der Unwetterkatastrophe, ist das rund 10 Millionen Euro teure Hochwasserschutzkonzept noch immer nicht umgesetzt. Hauptgrund hierfür sind laut Presseberichterstattung Probleme bei dem Eigenanteil der Gemeinde Rustenfelde.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie schätzt die Landesregierung die Situation bezogen auf den Hochwasserschutz in der Gemeinde Rustenfelde ein?
2. Welche Maßnahmen hat die Landesregierung bisher ergriffen, um den Hochwasserschutz in der Gemeinde Rustenfelde zu fördern?
3. Welche Ursachen sind der Landesregierung bisher bekannt, warum das Hochwasserschutzkonzept bisher nicht umgesetzt wurde?
4. Welche konkreten Maßnahmen plant die Landesregierung, um die Umsetzung des Hochwasserschutzkonzeptes in der Gemeinde Rustenfelde sicherzustellen?

Vizepräsidentin Marx:

Für die Landesregierung antwortet das Ministerium für Umwelt, Energie und Naturschutz, Herr Staatssekretär Möller.

Möller, Staatssekretär:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten, die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Dr. König beantworte ich für die Thüringer Landesregierung wie folgt:

Zu Frage 1: Grund für das Hochwasserereignis in Rustenfelde im Jahr 2015 war ein Starkregenereignis, welches zu enormen Abflüssen auf Feldern, Wegen und Straßen und letztlich zu sehr hohen Abflüssen im Gewässer führte, die dann hohe Schäden verursacht haben. Nach Kenntnis der Landesregierung handelte es sich um ein extrem seltenes Ereignis mit einem statistischen Wiederkehrintervall von etwa tausend Jahren. Solche Starkregenereignisse lassen sich weder zeitlich voraussagen noch auf bestimmte Regionen sicher eingrenzen. Eine Klassifizierung von Ortschaften und Gewässern im Hinblick auf die Häufung von Starkregenereignissen ist derzeit nicht möglich. Hochwasserschutzanlagen, und da müssen wir wirklich unterscheiden zwischen Starkregenereignissen und Hochwasser, werden in der Regel auf ein hundertjähriges Ereignis bemessen, also auf ein Ereignis, was ein statistisches Wiederkehrintervall von hundert Jahren hat.

(Staatssekretär Möller)

Zu Frage 2: Bereits in den Jahren 2014 bis 2017 wurden von der Verwaltungsgemeinschaft Hanstein-Rustenberg Renaturierungsmaßnahmen zur Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie am Rustebach und am Steinsbach durchgeführt. Die Vorhaben wurden vom Freistaat Thüringen mit 70 Prozent anteilig gefördert. Dabei konzentriert sich die Maßnahme am Rustebach auf das Gewässer unterhalb der Ortslage Rustenfelde. Mit den durchgeführten Maßnahmen konnten jedoch bereits durch Aufhebung von Rückstaubereichen positive Hochwasserschutzwirkungen für Rustenfelde erreicht werden. Zudem wurde durch die Gemeinde im Jahr 2017 eine Förderanfrage zur Erstellung eines Hochwasserschutzkonzepts bei der Thüringer Aufbaubank eingereicht und dort auch positiv beschieden. Die Gemeinde Rustenfelde zog jedoch ihren Antrag zurück und erstellte das Konzept vollständig aus eigenen Mitteln. Für das Jahr 2019 lag eine Förderanfrage zur Teilrenaturierung des innerörtlichen Bereichs vor. Damit kann durch Profilaufweitung die Hochwassersituation innerorts verbessert werden. Diese Förderanfrage wurde als sogenannter Nachrücker in die Förderliste 2019 aufgenommen. Von der Gemeinde Rustenfelde wurden für das Jahr 2020 drei weitere Vorhaben aus dem Hochwasserschutzkonzept im Umfang von 3,7 Millionen Euro zur Förderung angefragt. Die Bewertung der Förderanfragen und die Aufstellung der Förderliste 2020 sind noch nicht abgeschlossen.

Zu Frage 3: Aufgrund des Umfangs der Maßnahme im Hochwasserschutzkonzept war nach vorliegenden Informationen seitens der Gemeinde Rustenfelde stets geplant, die Maßnahmen in Etappen umzusetzen. Dies ist mit den vorliegenden Anträgen und Anfragen auch gegeben. Darüber hinaus sind dem Thüringer Ministerium für Umwelt, Energie und Naturschutz keine weiteren Ursachen bekannt.

Zu Frage 4: Hochwasserschutz ist eine freiwillige Aufgabe von Land und Kommunen. Das Land sieht sich dabei in der Verantwortung, die hochwasserbedingten Schäden oder überhaupt den Hochwasserschutz an Gewässern erster Ordnung durchzuführen. Seitens der Kommunen erfolgt dies an Gewässern zweiter Ordnung. Das Land unterstützt die Kommunen dabei mit Fördermitteln nach Maßgabe des Haushalts. Mit Verweis auf meine Antwort zu den Fragen 2 und 3 liegt die Hoheit bei der Umsetzung der Maßnahmen ganz eindeutig bei der Gemeinde Rustenfelde.

Vielen Dank.

Vizepräsidentin Marx:

Gibt es Nachfragen? Herr Dr. König.

Abgeordneter Dr. König, CDU:

Es ist ja in Ihren Ausführungen schon deutlich geworden, dass wir hier einen Sonderfall haben in der Gemeinde Rustenfelde, und ich habe ja auch das Hochwasserschutzkonzept mit 10 Millionen Euro betitelt. Die Gemeinde Rustenfelde ist kein großer Ort und für so einen kleinen Ort, auch wenn es Aufgabe der Gemeinde ist, ist eine Umsetzung in der Höhe natürlich schwierig. Deswegen: Gibt es aus Ihrer Sicht dort Möglichkeiten, die Gemeinde stärker zu fördern? Ich denke, das Schlimmste wäre ja, wenn das Konzept nicht umgesetzt werden kann, weil die Gemeinde zu klein ist und der Eigenanteil fehlt. Hier haben wir einen Sonderfall. Wie steht die Landesregierung dazu?

Möller, Staatssekretär:

Was das Thema „Sonderfall“ betrifft, muss man sagen, fast jede Gemeinde ist ein Sonderfall, weil natürlich die Situation jeder Gemeinde anders ist. Wie gesagt, die Förderanfrage für 2019 ist in der Nachrückerliste. Da kann ich Ihnen auch noch mal zuarbeiten, an welcher Position sie da sozusagen sind, ob das noch in

(Staatssekretär Möller)

diesem Jahr zum Tragen kommt. Für 2020 sind die Förderanfragen noch nicht alle vollständig bewertet. Also insofern kann ich nichts dazu sagen. Aber wir bekennen uns natürlich dazu, dass wir die Gemeinden da nicht alleinlassen bei dem Thema Hochwasserschutz, sondern die Dinge fördern. Das haben wir auch bei den Maßnahmen zur Wasserrahmenrichtlinie gemacht und das machen wir erst recht beim Hochwasserschutz. Das ist unser gemeinsames Anliegen und daran arbeiten wir auch gemeinsam.

Vizepräsidentin Marx:

Eine weitere Nachfrage. Herr Dr. König.

Abgeordneter Dr. König, CDU:

Eine Nachfrage und eine Bitte. Es wäre schön, wenn Sie es nachreichen würden wie eben angeboten. Die Nachfrage ist: Wie hoch wäre der Eigenanteil der Gemeinde dann bei den Förderungen? Können Sie das beziffern?

Möller, Staatssekretär:

Da will ich Ihnen jetzt auch nichts Falsches sagen, aber da sie in einem Überschwemmungsgebiet liegen, gehe ich mal davon aus, ist es der höhere Fördersatz, aber das lasse ich Ihnen noch zukommen. Das habe ich jetzt nicht im Kopf. Es gibt also zwei Fördersätze und ich vermute, sie haben den höheren. Aber ich lasse Ihnen das zukommen.

Vizepräsidentin Marx:

Weitere Nachfragen sehe ich nicht. Nächste Fragestellerin ist Frau Abgeordnete Tasch von der CDU-Fraktion mit der Drucksache 6/7772. Bitte, Frau Tasch.

Abgeordnete Tasch, CDU:

Danke schön.

Aktueller Sachstand der Dorferneuerung in Thüringen

Etwa 90 Prozent der Fläche Thüringens gehören zum ländlichen Raum, der damit die Identität Thüringens prägt. Der ländliche Raum ist Lebens-, Arbeits- und Erholungsraum für viele Menschen. Es sind neue Strategien und gemeinsames Handeln gefordert, um die ländlich geprägten Regionen in finanziell angespannten Zeiten lebenswert zu erhalten. Durch das Programm der Dorferneuerung will der Freistaat den ländlichen Raum als Wohn-, Erholungs- und Wirtschaftsstandort nachhaltig stärken. Die Lebensverhältnisse außerhalb der städtischen Gebiete sollen gefördert und dauerhaft verbessert werden. In den letzten Jahren sind aber die Bewilligungen aus diesem Programm bei den Kommunen immer später im Jahr angekommen und haben so eine kontinuierliche Arbeit im Rahmen der Dorferneuerung sehr erschwert.

Zudem fällt am 4. Juli 2019 der Europäische Gerichtshof ein Urteil, welches vorsieht, dass Mindest- und Höchstonorare nach Honorarordnung für Architekten und Ingenieure bei der Planerauswahl auszuschließen sind und dem widersprechende Ausschreibungen aufzuheben sind.

Ich frage die Landesregierung:

1. In wie vielen Gemeinden, die in der Haushaltssicherung sind, wurden in den Jahren 2014 bis 2019 Maßnahmen der Dorferneuerung unterstützt?

(Abg. Tasch)

2. In welchen Kommunen wurden in den Jahren 2014 bis 2019 Rückforderungen von Mitteln der Dorferneuerung verfügt?

3. Welche Kommunen sind von der in der Einleitung genannten Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs vom 4. Juli 2019 betroffen?

4. Welche Auffassung vertritt nach Kenntnis der Landesregierung der Gemeinde- und Städtebund Thüringen zu diesem Sachverhalt?

Vizepräsidentin Marx:

Für die Landesregierung antwortet das Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft, Herr Staatssekretär Dr. Sühl.

Dr. Sühl, Staatssekretär:

Verehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten, die Mündliche Anfrage von Frau Abgeordneter Tasch beantworte ich für die Thüringer Landesregierung wie folgt:

Zu Frage 1: Von den Kommunen mit Pflicht zur Erstellung bzw. Fortschreibung eines Haushaltssicherungskonzepts, Stand 21.12.2018, Gebietsstand ist der 01.01.2018, befanden sich von 2014 bis 2019 46 Gemeinden im Förderprogramm der Dorferneuerung und -entwicklung.

Zu Frage 2: Seit 2014 wurden gegenüber den Gemeinden Stadt Altenburg, Benshausen, Breitung, Brünn, Freienbessingen, Friedrichshausen, Golmsdorf, Stadt Großenehrich, Hainspitz, Knau, Langenleuba-Niederhain, Löhma, Stadt Lucka, Nahetal-Waldau, Ostramondra, Plothen, Ponitz, Schleusegrund, Stadt Treffurt, Wachstedt, Warza und Stadt Wiehe Rückforderungsbescheide innerhalb der Fördermaßnahme Dorferneuerung und -entwicklung erlassen.

Zu Frage 3: Hierüber liegen zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine Informationen vor.

Zu Frage 4: Hierüber liegen keine Erkenntnisse vor.

Vizepräsidentin Marx:

Nachfragen von Frau Tasch, bitte.

Abgeordnete Tasch, CDU:

Vielen Dank. Ich habe zwei Nachfragen. Welche Möglichkeiten sehen Sie, die Maßnahmen zu beschleunigen, also die Förderverfahren zu beschleunigen? Ich hatte ja in meiner Einleitung gesagt, die kommen immer ziemlich spät im Jahr, was natürlich bei der Auftragslage usw. hinderlich ist

Meine zweite Frage, wenn ich sie gleich stellen darf: Können Sie mir sagen, aus welchen Gründen Mittel in der Dorferneuerung zurückgefordert worden sind?

Dr. Sühl, Staatssekretär:

Zu Frage 1: Ein höherer Personalbestand im Thüringer Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft wäre sehr hilfreich, um die Bewilligung schneller und frühzeitiger fertigzustellen.

Zu Frage 2: Sofern das rechtlich möglich ist, würde ich Ihnen die entsprechenden Unterlagen zuarbeiten.

Vizepräsidentin Marx:

Vielen Dank. Dann kommen wir zur letzten Frage für heute. Fragesteller ist Herr Abgeordneter Kuschel von der Fraktion Die Linke mit der Drucksache 6/7748. Bitte schön, Herr Kollege Kuschel.

Abgeordneter Kuschel, DIE LINKE:

Danke, Frau Präsidentin. Das wird von mir als Abgeordneter die allerletzte sein. Gut.

Zu ladende Personen nach § 35 Abs. 2 Thüringer Kommunalordnung

§ 27 Abs. 5 Thüringer Kommunalordnung regelt, dass der Gemeinderat in die Ausschüsse neben den Gemeinderatsmitgliedern auch andere wahlberechtigte Personen als sachkundige Bürger berufen kann. Diese haben beratende Aufgaben. § 35 Abs. 2 Satz 1 Thüringer Kommunalordnung regelt, dass der Bürgermeister die Gemeinderatsmitglieder, die hauptamtlichen Beigeordneten und die sonstigen nach den Bestimmungen dieses Gesetzes zu ladenden Personen schriftlich unter Mitteilung der Tagesordnung einlädt. Diese Regelung findet gemäß § 43 Thüringer Kommunalordnung entsprechend auch Anwendung auf die Ausschüsse.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Personen sind gemäß § 35 Abs. 2 Satz 1 Thüringer Kommunalordnung schriftlich unter Mitteilung der Tagesordnung zu laden?
2. Findet die Regelung in § 35 Abs. 2 Satz 1 Thüringer Kommunalordnung, wonach die Gemeinderatsmitglieder, die hauptamtlichen Beigeordneten und die sonstigen nach den Bestimmungen dieses Gesetzes zu ladenden Personen schriftlich unter Mitteilung der Tagesordnung einzuladen sind, Anwendung auf die nach § 27 Abs. 5 Thüringer Kommunalordnung in die Ausschüsse berufenen sachkundigen Bürger und wie begründet die Landesregierung ihre Auffassung?
3. Welcher gesetzliche Regelungsbedarf ergibt sich gegebenenfalls aus Sicht der Landesregierung?

Vizepräsidentin Marx:

Für die Landesregierung antwortet das Ministerium für Inneres und Kommunales, Herr Staatssekretär Götze.

Götze, Staatssekretär:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Kuschel beantworte ich für die Landesregierung wie folgt:

Zu Frage 1: Der Bürgermeister lädt nach § 35 Abs. 2 Satz 1 Thüringer Kommunalordnung die Gemeinderatsmitglieder, die hauptamtlichen Beigeordneten und die sonstigen nach den Bestimmungen des Gesetzes zu ladenden Personen schriftlich unter Mitteilung der Tagesordnung ein. Zu den sonstigen nach den Bestimmungen der Thüringer Kommunalordnung zu ladenden Personen im Sinne des § 35 Abs. 2 Satz 1 gehören die Personen, die in der Thüringer Kommunalordnung ausdrücklich als zu ladende Personen genannt sind. Das ist bei den Ortsteil- und Ortschaftsbürgermeistern der Fall, wenn in der Gemeinderatssitzung Belange ihres Ortsteils oder ihrer Ortschaft behandelt werden. In diesem Fall sind sie nach § 45 Abs. 4 Satz 7 Thüringer Kommunalordnung bzw. § 45a Abs. 4 Satz 7 Thüringer Kommunalordnung wie ein Gemeinderatsmitglied zu laden.

Zu Frage 2: Nach § 43 Abs. 1 Satz 4 Halbsatz 1 Thüringer Kommunalordnung finden auf dem Geschäftsgang der Ausschüsse die Bestimmungen der § 34 bis 42 entsprechende Anwendung, soweit § 43 keine be-

(Staatssekretär Götze)

sonderen Bestimmungen enthält. § 38 Thüringer Kommunalordnung gilt für berufene Bürger nach § 27 Abs. 5 entsprechend.

Wie bereits in der Antwort zu Frage 1 ausgeführt, gehören zu den sonstigen nach den Bestimmungen der Thüringer Kommunalordnung zu ladenden Personen nur diejenigen, die dort ausdrücklich als zu ladende Personen genannt sind. Für die nach § 27 Abs. 5 Thüringer Kommunalordnung in die Ausschüsse berufenen sachkundigen Bürger gibt es eine solche ausdrückliche gesetzliche Ladungsregelung nicht. Sie gehören damit nicht zu dem Kreis, der nach § 35 Abs. 2 Satz 1 Thüringer Kommunalordnung zu ladenden Personen. Gleichwohl ist ihnen die Teilnahme an den Ausschüssen zu ermöglichen, zu denen sie berufen sind. Dies ergibt sich aus § 27 Abs. 5 Satz 2 Thüringer Kommunalordnung. Nach dieser Regelung haben die als sachkundig berufenen Bürger beratende Aufgaben in den Ausschusssitzungen. Damit die sachkundigen Bürger diese wirksam ausüben können, ist ihnen die Teilnahme an den Ausschusssitzungen zu ermöglichen und es sind ihnen die Sitzungstermine bekannt zu geben. Auch wenn eine Ladung im Sinne des § 35 Abs. 2 Satz 1 Thüringer Kommunalordnung nicht erforderlich ist, ist diese zweckmäßig und üblich und aus meiner Sicht auch notwendig.

Zu Frage 3: Von den Rechtsaufsichtsbehörden wurden bislang keine Probleme bezüglich der Teilnahme von sachkundigen Bürgern an Ausschusssitzungen mitgeteilt. Insofern sieht die Landesregierung derzeit keinen gesetzgeberischen Handlungsbedarf. Wenn es allerdings im Gesetzesvollzug Defizite geben sollte, dann werden wir hierauf mittels eines Rundschreibens reagieren.

Vizepräsidentin Marx:

Gibt es Nachfragen? Herr Kuschel.

Abgeordneter Kuschel, DIE LINKE:

Die Antwort verdeutlicht den Reformbedarf der Kommunalordnung. Sie müssen mir jetzt noch einmal helfen, Herr Staatssekretär, was ich den Leuten erzählen soll, dass wir einerseits sachkundige Bürger in die Ausschüsse berufen, sie auch ein Teilnahmerecht haben, aber sie nicht zu laden sind und damit auch keinen Ladungsmangel geltend machen können, auch nicht an die Tagungsunterlagen kommen oder dergleichen. Wie sollen sie ihre beratende Funktion denn dann wahrnehmen können? Wer regelt denn, wie sie die Informationen erhalten? Zeitung lesen und da steht es drin oder irgendwie? Da stimmt doch irgendetwas im System nicht. Deswegen bitte ich mal, mir ein Argument zu liefern, was ich Menschen erzählen soll.

Darf ich gleich meine zweite Frage stellen, Frau Präsidentin?

Vizepräsidentin Marx:

Ja, da es das letzte Mal ist, gern.

Abgeordneter Kuschel, DIE LINKE:

Ich dachte, Sie gestatten mir eine Zusatzfrage.

Also, die zweite Frage, die ich habe – oh je, jetzt habe ich die vergessen. Jetzt haben Sie mich völlig verwirrt. Beantworten Sie erst einmal die erste, die zweite wird mir noch mal einfallen.

Götze, Staatssekretär:

Ich denke, man muss hier zwischen Ladungs- und Informationspflicht unterscheiden. Aus dem § 27 Abs. 5 Thüringer Kommunalordnung, das hatte ich Ihnen auch so gesagt, ergibt sich zweifelsohne eine Informationspflicht. Ungeachtet der Frage, ob man jetzt einen Ladungsmangel geltend machen kann oder wie sinnvoll es ist, die Information über den Weg der Rüge eines Ladungsmangels herbeizuführen – sei hier der Hinweis gestattet, dass unsere Verwaltung nach Artikel 20 Grundgesetz an Recht und Gesetz gebunden ist. Es besteht die Verpflichtung der Verwaltungen, die sachkundigen Bürger über die anstehenden Ausschusssitzungen auch zu informieren. Ich gehe davon aus, dass die Verwaltungen dieser Pflicht auch nachkommen. Dort, wo das nicht der Fall ist, werden die Kommunalaufsichten die Gemeindeverwaltung noch einmal deutlich auf ihre Verpflichtung hinweisen. Wenn das nichts bewirkt, dann können wir uns oder sollten wir uns auch über eine möglicherweise notwendige Änderung der Thüringer Kommunalordnung in diesem Hause unterhalten.

Vizepräsidentin Marx:

Zweite Nachfrage.

Abgeordneter Kuschel, DIE LINKE:

Mein Gedächtnis hat mir jetzt wieder geholfen. Die zweite Frage: Herr Staatssekretär, würden Sie denn befürworten, dass ich ab 1. Dezember in den Rechtsaufsichtsbehörden mal ein Praktikum mache, weil Sie mitgeteilt haben, die wissen wieder von nichts. Also bei mir liegt der Schreibtisch voll. Da könnten wir einen Informationsaustausch machen. Deshalb die Frage: Unter welchen Voraussetzungen befürworten Sie ein Praktikum von Bürger Kuschel in den Rechtsaufsichtsbehörden dieses Landes?

(Zwischenruf Abg. Dittes, DIE LINKE: Da wäre ich vorsichtig!)

Götze, Staatssekretär:

Ich will Ihnen jetzt hier keine Praktikumszusage geben, Herr Abgeordneter, aber

(Zwischenruf Prof. Dr. Hoff, Minister für Kultur, Bundes- und Europaangelegenheiten und Chef der Staatskanzlei: Diese Antwort ist in der Regierung nicht abgestimmt, egal – was Du jetzt sagst!)

Es würde mich natürlich persönlich freuen, wenn wir uns im Rahmen eines Praktikums auch wiedersehen würden.

(Heiterkeit DIE LINKE)

(Zwischenruf Abg. Dr. Hartung, SPD: Wer bei wem?)

Die Unterstellung, dass unsere Aufsichtsbehörden hier nicht über die wahre Lage bzw. über entsprechende Sachverhalte informiert sind, ist einfach falsch.

(Beifall CDU)

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Wo bei mir so ein Stapel liegt und bei denen nichts!)

Wir fragen das Landesverwaltungsamt in sehr kurzer Zeit nach entsprechenden Informationen ab – wir haben wirklich nicht viel Zeit, um die Antworten auf die Mündlichen Anfragen vorzubereiten – und bekommen dann die Informationen, die im Landesverwaltungsamt vorliegen. Wenn wir das sorgfältiger aufbereiten sollen – auch hier noch einmal der Hinweis –, bietet sich das Instrument der Kleinen Anfrage an. Dafür haben

(Staatssekretär Götze)

wir mehr Zeit und dann fragen wir selbstverständlich alle Kommunalaufsichtsbehörden ab. Vielleicht können Sie dann aus Ihrem Praktikumsverhältnis heraus den einen oder anderen Abgeordneten in der nächsten Legislatur bitten, eine entsprechende Kleine Anfrage zu stellen. Herzlichen Dank.

Vizepräsidentin Marx:

Das waren die letzten beiden Fragen des Herrn Abgeordneten Kuschel und ich gestatte mir, an dieser Stelle mal ein bisschen Statistik zu erwähnen. Herr Kuschel war sicherlich der eifrigste Fragesteller hier im Landtag. Allein in dieser Legislaturperiode hat er über 400-mal von seinem Recht Gebrauch gemacht, Mündliche Anfragen zu stellen.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Er wird der Verwaltung fehlen. Mal sehen, ob wir die Fragestunden künftig auch ohne ihn dann voll bekommen. Herzlichen Dank für diese und die anderen Aktivitäten an dieser Stelle.

(Heiterkeit im Hause)

Ich schließe hiermit die Fragestunde und diesen Tagesordnungspunkt.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vereinbarungsgemäß rufe ich die gemeinsame Beratung der **Tagesordnungspunkte 20 und 21** auf

Stärkung der erfolgreichen, bewährten, kompetenten und bereits vorhandenen Strukturen durch direkte Zuweisung von Bundesmitteln zur Förderung von Investitionen in die Thüringer Residenzlandschaft!

Antrag der Fraktion der CDU

- [Drucksache 6/7651](#) - Neufassung -

Starke Perspektiven für Thüringer Schlösser und Gärten

Antrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

- [Drucksache 6/7745](#) -

Mir ist signalisiert worden, dass die CDU-Fraktion das Wort zur Begründung ihres Antrags wünscht. Nein. Dann ist das hier nicht richtig notiert worden. Dann reden Sie später.

Wünscht jemand aus den Fraktionen Die Linke, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen das Wort zur Begründung zu Ihrem Antrag? Das ist auch nicht der Fall.

Die Landesregierung hat angekündigt, von der Möglichkeit eines Sofortberichts zu dem Antrag der Fraktion der CDU gemäß § 106 Abs. 2 der Geschäftsordnung keinen Gebrauch zu machen.

(Vizepräsidentin Marx)

Der Tagesordnungspunkt 21 wird auf Verlangen der Fraktion der SPD in einfacher Redezeit beraten, deshalb steht also dann für diese beiden Tagesordnungspunkte, die wir jetzt gemeinsam beraten, insgesamt die eineinhalbfache Redezeit zur Verfügung.

Ich eröffne jetzt die gemeinsame Aussprache und erteile als erstem Redner das Wort Herrn Abgeordneten Kellner von der CDU-Fraktion.

Abgeordneter Kellner, CDU:

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Zuschauer auf der Tribüne, heute haben wir ein spannendes Thema vor uns, was uns in den letzten Wochen und Monaten sehr beschäftigt hat, nämlich: Was wird mit unserer Thüringer Stiftung Schlösser und Gärten? Heute liegen die zwei Anträge vor. Die Präsidentin hat sie gerade verlesen, einmal von den Fraktionen Linke, SPD und Grüne und einmal von der CDU-Fraktion. Beide haben das Ziel – zumindest die Überschriften verheißen das –, die Stiftung zu stärken und die Thüringer Stiftung Schlösser und Gärten weiterzuentwickeln.

Ich möchte aber an der Stelle erst mal ein Stück weit in die Historie gehen, denn das beschäftigt uns ja nicht erst seit heute, sondern ich möchte mal kurz aufzeigen, wie der Werdegang war. Am 08.11. letzten Jahres wurde vom MDR aktuell erstmalig darüber berichtet, dass eine mitteldeutsche Stiftung Schlösser und Gärten gegründet werden soll. Hintergrund war der Haushaltsbeschluss des Deutschen Bundestags, der Maßgabe-beschluss, worin festgelegt wurde, dass der Bund 200 Millionen Euro zur Verfügung stellen möchte oder will, wenn das Land Thüringen und Sachsen-Anhalt gemeinsam eine Stiftung gründen, und dafür dann letztendlich das Geld auch zur Verfügung steht, um es zu investieren. Im Beschlusstext heißt es, ich will nur einen kurzen Auszug nehmen: Die Idee einer mitteldeutschen Stiftungsgründung kam von Sachsen-Anhalt und Thüringen. – Das hat mich etwas überrascht, dass man letztendlich in dem Beschlusstext findet, dass die Idee von Thüringen und Sachsen-Anhalt gekommen wäre, diese mitteldeutsche Stiftung zu gründen. Das hätte ja vorausgesetzt, wir hätten schon mal in diesem Hohen Haus darüber sprechen müssen, ob wir in diese Richtung gehen wollen. Das konnten wir bis heute aber nicht so richtig auflösen. Für uns ergibt sich ein anderes Bild. Ich denke, dass doch eher der SPD-Abgeordnete im Bundestag, Carsten Schneider, diese Idee hatte und nicht das Land Thüringen und Sachsen-Anhalt.

(Zwischenruf Abg. Dr. Hartung, SPD: Ist auch ein Thüringer!)

Wie gesagt, wir haben darüber nicht gesprochen, und bei so einem weitreichenden Einschnitt in die Stiftungslandschaft – denke ich mir – hätte man das hier beraten sollen. Aber der Beschluss ist so gefasst worden, der Beschluss liegt vor, man will 200 Millionen Euro geben – insgesamt für beide Länder. 100 Millionen Euro sollen die Länder noch mal dazugeben, also wir reden von einem Investitionsvolumen von 200 Millionen Euro für das Land Thüringen auf acht Jahre aufgeteilt. Darüber hinaus soll es noch 50 Prozent Betriebskostenanteil geben, was aber letztendlich nicht im Beschluss vorhanden oder festgelegt ist, sondern das ist eine bloße Absichtserklärung. Auch da weiß ich nicht, ob das tatsächlich kommt, weil es doch auch an eine Menge anderer Verfahren geknüpft bzw. Voraussetzungen gebunden ist.

Wir hatten dann am 14.12. erstmalig einen Selbstbefassungsantrag eingebracht. Am 01.01.2019 haben wir im Ausschuss erstmalig darüber beraten, was denn letztendlich passieren soll. Über die Medien haben wir dies gehört, aber von der Landesregierung haben wir dazu keinerlei Information bis dato gehabt. Im Anschluss daran, am 28.02., wurde von Minister Hoff dann das Konzept vorgestellt, zumindest uns als CDU-Fraktion. Es waren drei Kollegen zugegen. Es wurde uns vorgestellt, wie sich die Landesregierung das vorstellen könnte, diese neue Stiftung zu gestalten, allerdings ohne Eckpunktepapier, was zu der Zeit aber

(Abg. Kellner)

schon vorlag. Das hat man uns damals nicht mitgegeben, das haben wir dann hinterher aus Sachsen-Anhalt bekommen. Man hat schon gemerkt, dass man uns nicht unbedingt ins Verfahren komplett mit einbeziehen wollte. Jedenfalls haben wir den Eindruck gehabt, dass es an uns vorbei geschehen sollte.

Es ging dann weiter. Am 29.05. sollte dann der Stiftungsrat der Thüringer Schlösser Stiftung einen entsprechenden Beschluss fassen, um das Konzept, was vorgestellt wurde, abzusegnen. Das war damals noch der Weg, die Stiftung Schlösser und Gärten so weit aufzuspalten, dass verschiedene Objekte – nur ausgesuchte Objekte – in die neue Mitteldeutsche Stiftung Schlösser und Gärten kommen, der Rest in der alten Stiftung verbleibt. Da gab es noch erheblichen Widerstand. Das hat letztendlich die CDU-Fraktion bewogen, ein Sonderplenum zu machen – das war am 05.06. dieses Jahres –, darüber öffentlich erstmalig zu diskutieren und zu debattieren. Das war bisher nicht der Fall. Ich denke, das war dann höchste Zeit, nach einem halben Jahr, nachdem das erste Mal davon berichtet wurde, dass hier in diesem Hohen Haus auch darüber gesprochen wurde.

Positiv an der Stelle, möchte ich sagen, ist, dass die Landesregierung oder auch die Fraktionen Die Linke, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen in ihrem vorgelegten Antrag davon abgegangen sind, die Stiftung Schlösser und Gärten zu teilen, zu zerschlagen und nur ausgesuchte Objekte in die Mitteldeutsche Stiftung Schlösser und Gärten zu geben, sondern dass die gesamten Objekte, die vorhanden sind, übergehen sollen. Das ist eine richtige Entscheidung, dass man zumindest diese Richtung eingeschlagen hat, nicht diese Zweiklassenimmobilien zu machen, sondern dass man die gesamten Immobilien dort rübergibt. Damit sind natürlich auch erhebliche Fragen noch zu beantworten, wenn man das tun möchte. Zum einen sind es die Immobilien, aber zum anderen sind es letztendlich auch die Betriebskosten, die da mit eine Rolle spielen. Die möchte man an der Stelle auch noch mit abgreifen. Der Bund hat in Aussicht gestellt, 50 Prozent der Betriebskosten zu übernehmen. Das bedeutet aber auch, dass letztendlich Betriebskosten anfallen. Deswegen ist man jetzt auch in der Diskussion, wie ich gehört habe, dass man, wenn man die Objekte übernimmt, auch die entsprechenden Museen mit übernimmt, damit letztendlich auch Museumsgegenstände mit übernimmt, und das Vermögen, was in der Regel kommunal ist bei uns, weil wir kein Landesmuseum haben – noch nicht –, dass das letztendlich auch geregelt werden muss. Da sehen wir erhebliche Probleme. Wir haben das aber auch letztendlich schon gehört von den Akteuren, die sich damit sehr schwertun.

Auch was die Stiftung insgesamt anbelangt, dass wir eine neue Stiftung gründen wollen, dazu haben wir auch eine entsprechende Anhörung beschlossen, um letztendlich allen Betroffenen die Möglichkeit zu geben, sich dazu zu äußern, was sie von der Idee halten, eine neue Stiftung neben unserer zu gründen. Wir haben insgesamt 13 Anzuhörende angeschrieben. Zwölf haben abgegeben. Alle zwölf haben sich dagegen ausgesprochen, standen zumindest ablehnend bis sehr skeptisch gegenüber, ob das der richtige Weg ist.

Ich denke, das ist ein deutliches Zeichen, dass man sich noch ernsthaft Gedanken machen muss, ob das wirklich der richtige Weg ist oder ob man nicht auch den Weg beschreitet, wie wir ihn in unserem Antrag vorschlagen, um letztendlich nicht Doppelstrukturen zu schaffen. Wir haben eine Stiftung, die Thüringer Stiftung Schlösser und Gärten, die die zurückliegenden Jahre, in denen sie tätig ist, hervorragende Arbeit leistete, haben rund 280 Millionen verbaut. Derzeit werden in Gotha 60 Millionen verbaut, in Altenburg 40 Millionen, aber auch im Schloss Weimar werden Millionen Bundesmittel verbaut. Die Thüringer Schlösserstiftung zeigt, dass sie sehr wohl diese Investitionen leisten und auch entsprechend einsetzen kann. Aus dem Grund ist für uns schon nicht logisch, dass wir eine neue Stiftung brauchen.

Ich will mal eines sagen: Wir sind die Einzigen, die das machen sollen. Ich war ja überrascht, dass auch der Bundestagsabgeordnete wie der Herr Kahrs, der ja auch im Finanzausschuss für die SPD sitzt, das Beispiel

(Abg. Kellner)

genannt hat: Ja, wir machen es deshalb, damit die anderen nicht auf die Idee kommen. Aber er hat auch gleichzeitig gesagt, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz würden nie zusammengehen. Das muss einem schon zu denken geben, wenn man das so sagt: Die würden nie zusammengehen. Wir aber sollen das jetzt tun, das auch noch recht schnell, muss ich sagen. Wir reden erst seit zehn Monaten ernsthaft darüber bzw. seit der ersten Information, die wir hatten, im letzten halben Jahr erst mal ernsthaft darüber, wie das ausgestaltet werden soll und ob das überhaupt Sinn macht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben einen anderen Ansatz, was ja in der ersten Runde auch im Bund nicht auf Zustimmung getroffen ist, aber wir sollten trotzdem daran festhalten. Wir würden gern eine Förderstiftung einrichten, eine Förderstiftung, die das Geld verwaltet, die es letztendlich auch zweckgebunden ausgibt und auch entsprechend kontrolliert, was damit passiert. Es schwingt ja immer so ein bisschen das Misstrauen mit, wir müssen eine neue Stiftung haben, weil wir euch nicht zutrauen, das Geld ordentlich auszugeben, weil alles andere macht ja sonst keinen Sinn, eine neue Stiftung zu gründen. Aus dem Grund sind wir der Meinung, eine schlanke Förderstiftung, die letztendlich die Mittel verwaltet und verauslagt, reicht voll und ganz aus, da letztendlich das Know-how mit unserer Stiftung vorhanden ist und wir auch bewiesen haben, dass wir das können. Den Weg ist man zu meiner Überraschung oder zu unserem Bedauern nicht gegangen. Und wir gründen jetzt eine neue große Stiftung Sachsen-Anhalt/Thüringen für acht Jahre, für das erste Investitionspaket 200 Millionen Euro. Man sagt zwar, es könnten dann noch Folgeinvestitionspakete aufgelegt werden, aber es gibt nichts Verbindliches.

(Zwischenruf Abg. Henfling, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Eine Förderstiftung müssten Sie auch gründen!)

Es gibt nichts Verbindliches und wir machen das jetzt erst mal für acht Jahre. Ich weiß nicht, wie lange man braucht, bis die Stiftung arbeitet – zwei Jahre, drei Jahre. Ich weiß nicht, wo das Personal herkommt, wie es ausgestattet wird und – was uns natürlich sehr interessiert – wo der Sitz der neuen Stiftung ist. Der Oberbürgermeister Kreuch hat schon mal gesagt, das kann er sich in Gotha vorstellen, ich auch – absolut –, aber ich kann mir auch vorstellen, dass eine Förderstiftung auch ausreichen würde.

(Beifall CDU)

Die Frage muss natürlich auch geklärt werden. Wir haben nicht die besten Erfahrungen gemacht, ich sage mal „Rundfunkrat“. Der Rundfunkrat sitzt auch in Sachsen-Anhalt. Wir haben damit nicht die besten Erfahrungen gemacht und es ist für uns auch ein deutliches Zeichen, dass man sehr aufpassen muss. Ich habe jedenfalls noch nicht von der Landesregierung gehört, dass sie einen Vorschlag gemacht hätte, ob wir nicht selbst etwas anbieten, wo die Stiftung sein sollte, wenn sie denn überhaupt gegründet wird – das ist aus unserer Sicht nach wie vor nicht erforderlich. Aber natürlich braucht auch die Förderstiftung einen Sitz und das sollte man auf jeden Fall dann auch in Thüringen belassen, damit wir auch den kurzen Weg dahin haben.

Das sind die Fragen, die aus unserer Sicht noch nicht beantwortet sind und die auch letztendlich aus dem Antrag nicht hervorgehen, wie es weitergeht.

Acht Jahre ist eine kurze Zeit, 100 Millionen Euro ist viel Geld – wir begrüßen es außerordentlich, dass sich der Bund mit 100 Millionen Euro beteiligen will, was wir auch bitter nötig haben, gar keine Frage. Aber wir haben ein Problem damit, dass man uns diktiert, welche Struktur wir dafür organisieren und einrichten müssen. Wir reden hier von einer Doppelstruktur – wir haben eine Stiftung, die funktioniert, eine hervorragende Stiftung, die das seit vielen Jahrzehnten macht.

(Beifall CDU)

(Abg. Kellner)

Und wir machen jetzt nichts anderes, wir machen die leer und machen eine neue Stiftung, die zwei/drei Jahre braucht, bis sie überhaupt arbeitet. Dann sind wir im Jahr 2022/2023. 2027 läuft das Programm aus und ich weiß nicht, wie es dann noch funktionieren soll, 200 Millionen Euro zu verbauen und abzurechnen etc. Wir halten das für völlig überflüssig.

(Beifall CDU)

Wir sollten uns darauf besinnen, unsere Stiftung zu nutzen, die zu ertüchtigen, auch personell auszubauen. Wenn wir ein hohes Finanzvolumen haben, zusätzlich zu dem, was wir derzeit haben, noch mal 200 Millionen Euro verbauen sollen in den nächsten acht Jahren, ist es erforderlich, die Stiftung so auszurüsten, dass sie das auch ordentlich leisten kann. Das ist meiner Ansicht nach vordringlich. Noch mal: Ich verstehe es immer noch nicht, warum wir eine neue Stiftung dafür brauchen, ich verstehe es einfach nicht.

(Zwischenruf Abg. Henfling, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sie merken, dass Sie es nicht verstehen, Herr Kellner!)

Mir hat es bisher auch keiner erklären können, warum wir eine brauchen, außer dass der Bund sagt, ihr müsst eine machen.

(Zwischenruf Abg. Henfling, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja, eben!)

Aber Moment mal,

(Unruhe SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

nein, Moment mal, Kultur ist Länderhoheit, das muss man ganz klar sagen, das ist in der Verfassung festgelegt.

(Unruhe SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Warum soll denn der Bund mit – in Anführungsstrichen – „nur“ 100 Millionen Euro – dafür schmeißen wir unsere Stiftung über Bord, gründen in Sachsen-Anhalt eine neue für acht Jahre, wovon wir nicht wissen, was zum Schluss rauskommt. Wir wissen auch nicht, welche Mitsprache sich der Bund einräumt, das geht aus Ihrem Antrag auch nicht hervor.

(Zwischenruf Abg. Mitteldorf, DIE LINKE: Deine Argumente ändern sich auch jeden Monat!)

Da steht zwar drin, Thüringen und Sachsen-Anhalt dürfen, können eigenständig entscheiden und keiner darf dem anderen reinreden. Das ist alles schön und gut, aber mich interessiert, wenn einer 100 Millionen gibt, was will denn der sagen? Hat der was zu sagen oder steht der nur am Feldrand und guckt zu, was da drin die Akteure machen? Das steht nicht drin.

(Zwischenruf Abg. Mitteldorf, DIE LINKE: Weil das auch in einem Staatsvertrag geregelt wird! Bist Du neu hier?)

Und auch darum haben wir unsere Bedenken, ob nicht dann der Zugriff kommt und der Bund entscheidet, welche Investitionen wo getätigt werden. Und noch mal: Es erschließt sich mir nicht. Wir haben eine funktionierende Stiftung und der Bund sagt, ihr macht jetzt was anderes. Die anderen Bundesländer machen nicht mit, Sachsen macht auch nicht mit.

(Zwischenruf Abg. Henfling, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sie waren doch bei der Veranstaltung! Herr Kellner, stellen Sie sich doch nicht dümmer an, als Sie sind!)

(Abg. Kellner)

Und deswegen noch mal: Wir sehen keine Notwendigkeit, dass wir eine solche Stiftung gründen. Eine Förderstiftung reicht, da kommen wir auch dem Bund entgegen, der sitzt auch mit in der Förderstiftung. Und wir brauchen nicht im Prinzip eine komplett neue Stiftung mit neuem Personal, mit einem Riesenwasserkopf, den wir aufbauen, der drei, vier Jahre braucht, bis er letztendlich die Investition tätigen kann, es muss geplant werden, es muss umgesetzt werden. Also aus meiner Sicht wird hier viel Geld rausgeschmissen für eine Maßnahme, die letztendlich nicht erforderlich ist.

Vizepräsidentin Marx:

Herr Kollege Kellner, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Mitteldorf?

Abgeordneter Kellner, CDU:

Ja.

Vizepräsidentin Marx:

Ja, bitte, Frau Kollegin.

Abgeordnete Mitteldorf, DIE LINKE:

Herzlichen Dank. Lieber Herr Kellner, können Sie mir erklären, wie Ihre Veränderung Ihres Ansatzes zustande kommt, wenn Sie mir noch vor Monaten stundenlang erklären wollten, warum es auf jeden Fall mehr als acht Jahre sein werden mit dem Sonderinvestitionsprogramm und Sie das Argument jetzt umdrehen, um zu sagen, es braucht keine mitteldeutsche Stiftung?

Abgeordneter Kellner, CDU:

Erstens habe ich das nicht gesagt. Ich habe gesagt, wegen 100 Millionen Euro acht Jahre ist es meiner Ansicht nach nicht erforderlich, eine neue Stiftung zu gründen. Wenn wir über drei Pakete reden, dann reden wir insgesamt über 600 Millionen Euro, auf Dauer angelegt. Und dann, habe ich gesagt, muss man neu darüber nachdenken, was Sinn macht. Aber ich habe das

(Zwischenruf Abg. Mitteldorf, DIE LINKE: Du wolltest mich davon überzeugen!)

immer so gesagt und dazu stehe ich auch. Wir reden jetzt von acht Jahren, nicht mehr und nicht weniger.

(Zwischenruf Abg. Mitteldorf, DIE LINKE: Das haben wir immer schon gemacht!)

Wir reden auch nicht von einer 50-prozentigen Betriebskostenübernahme. Die werden zwar erzielt, die stehen aber nirgends.

(Zwischenruf Abg. Mitteldorf, DIE LINKE: Weil das bei der BKM schon lief!)

Vizepräsidentin Marx:

Frau Mitteldorf, Sie haben jetzt gleich auch ganz viel Redezeit. Also Dialoge hier zwischen Ihnen beiden sind hübsch, aber nicht vom ganzen Haus zu verfolgen.

Abgeordneter Kellner, CDU:

Es wird viel erzählt, aber wir haben nichts Verbindliches, bis auf einen Beschluss über diese 100 bzw. 200 Millionen Euro für die beiden Bundesländer. Und noch mal: Wir verbauen jetzt schon über 100 Millionen

(Abg. Kellner)

Euro Bundesmittel mit unserer Stiftung, die verbauen wir schon. Und jetzt muss mir einer sagen, warum wir für die neuen 100 Millionen Euro eine neue Stiftung brauchen, das erschließt sich mir nicht, beim besten Willen, es erschließt sich mir nicht. Ich weiß auch nicht, wo dann die Entscheidungen getroffen werden.

Ob der Bund nicht hinterher dann doch entsprechende Vorgaben macht, was wir zu tun und zu lassen haben, da habe ich auch große Bedenken, dass er das tun wird, sondern er wird natürlich dann auch seinen Druck ausüben, wenn er sagt, ich gebe die Hälfte des Geldes, deswegen will ich auch die Hälfte der Mitsprache haben.

(Zwischenruf Abg. Henfling, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Misstrauen Sie Ihrer eigenen Bundesregierung, Herr Kellner? Ich bin enttäuscht!)

Also noch mal, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bitte Sie, folgen Sie unserem Antrag, ziehen Sie Ihren zurück und lassen Sie die Landesregierung noch mal mit dem Bund verhandeln. Wenn wir das gemeinsam machen, wenn wir gemeinsam sagen, uns reicht eine Förderstiftung, wir wollen ja die 100 Millionen Euro, die wollen wir doch und die werden auch so eingesetzt, wie sie der Bund letztendlich bereitstellt. Es ist ja nicht so, dass wir was anderes damit machen. Wir investieren sie genau dort, wo sie hinsollen. Aber lasst es uns bitte schön mit unserer Stiftung machen, lasst uns bitte hier in Thüringen die Entscheidung treffen und nicht woanders.

(Beifall CDU)

Alles andere erschließt sich mir nicht, warum wir das tun sollten. Deswegen meine herzliche Bitte, unterstützen Sie unseren Antrag, helfen Sie uns, eine Förderstiftung zu installieren, woran der Bund auch beteiligt ist.

(Beifall CDU)

Helfen Sie uns letztendlich dabei, unserer Thüringer Stiftung Schlösser und Gärten auszubauen, die zu ertüchtigen, damit sie diese Mittel ausbauen können. Ich bitte Sie wirklich, denken Sie an der Stelle an das Land Thüringen, dass die Entscheidungen hier und nicht woanders getroffen und die Mittel sinnvoll ausgegeben werden. Davon bin ich überzeugt, wenn sie hier in Thüringen bleiben. Vielen Dank.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Marx:

Als nächste Rednerin erhält Abgeordnete Mitteldorf von der Fraktion Die Linke das Wort.

Abgeordnete Mitteldorf, DIE LINKE:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, liebe Zuschauerinnen und Zuschauer auf der Tribüne und am Livestream, zunächst einmal möchte ich festhalten, dass ich mir sehr wünschen würde, dass wir in einem nächsten Landtag in der Geschäftsordnung festhalten, dass Kulturthemen nicht immer nach der Mittagspause verhandelt werden.

(Beifall SPD)

Das wäre schon mal ein interessanter Beitrag, auch für die Debattenkultur.

(Zwischenruf Abg. Dittes, DIE LINKE: Aber Essen hat viel mit Kultur zu tun!)

(Abg. Mitteldorf)

Bitte? – Das stimmt. Deswegen finde ich, es könnte auch vor der Mittagspause stattfinden. Das wäre dann der gute Ausgleich.

(Heiterkeit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dann reden wir zum wiederholten Male über die zu gründende mitteldeutsche Schlösserstiftung. Ich habe mir den Antrag der CDU-Fraktion natürlich sehr genau durchgelesen und bin bis zu einem Punkt gekommen. Da habe ich gedacht, Mensch, nach all der Zeit, die wir hier diskutiert haben, hat die CDU für sich eine Bildungslücke geschlossen, und zwar, wenn ich hier lese – ich zitiere aus dem Antrag der CDU –: „Der Landtag stellt fest, dass die Idee zur Gründung einer ‚Stiftung Mitteldeutsche Schlösser und Gärten‘ nicht von den Ländern Thüringen und Sachsen-Anhalt ausgegangen [...] ist.“ Da habe ich gedacht, ich applaudiere. Aber der Satz geht natürlich noch weiter. Da habe ich wieder gemerkt, gut, alle Hoffnungen, dass sich in den Debatten der letzten zehn Monaten irgendetwas festgesetzt hätte von dem, was wir an verschiedenen Stellen diskutiert haben – scheinbar hat das nicht zum Erfolg geführt.

Ich erinnere mich sehr ausgeprägt daran, dass die CDU-Fraktion zu Beginn der Debatte über die mitteldeutsche Schlösserstiftung, der Fraktions- und Landesvorsitzende Mike Mohring, der Pressesprecher der CDU-Fraktion, gerade auf Twitter immer wieder versucht haben, darzulegen, wir hätten uns das alles nur ausgedacht, dass das in dem Maßgabenbeschluss des Haushaltsausschusses im Deutschen Bundestag steht. Man wollte bei Twitter die ganze Zeit gern immer wieder beweisen, dass das ja so wäre und Bodo Ramelow ans Bein pullern, und hat immer wieder versucht, das hinzukriegen, um dann nur irgendwann feststellen zu müssen, dass natürlich jeder Versuch, diese Verantwortung auf die Landesregierung zu schieben – um aus der eigenen Verantwortung, nämlich das man mit seinen Kollegen auf Bundesebene offensichtlich nicht kommunizieren kann –, dass das nicht geglückt ist, weil unter anderem Carsten Schneider, Mitglied des Bundestags der SPD-Fraktion und maßgeblicher Ideenträger dieser mitteldeutschen Schlösserstiftung und vor allem des Sonderinvestitionsprogramms, für unsere unter anderem Thüringer Schlösser und Gärten nachweisen konnte, dass dies nicht stimmt.

Wir haben jetzt gerade gefühlt in der Rede von Herrn Kellner seinen Tagebucheintrag gehört, wie wir uns für ihn in welchen Daten und Abläufen mit dieser Stiftung befasst haben. Ich nehme überrascht zur Kenntnis – deswegen auch meine Nachfrage, weil es mich wirklich ärgert. Wir sind wieder an dem Punkt, dass, wenn ich die ganzen Reden von Herrn Kellner zu diesem Thema nebeneinander legen würde und auch alles an Äußerungen – es ist ja leider ein nicht öffentlicher Ausschuss, aber Teile davon durften wir jetzt neulich im öffentlichen Teil des Ausschusses verhandeln –, wenn ich das der letzten zehn Monaten alles nebeneinander legen würde, stelle ich fest, dass er sich ständig selber widerspricht, dass er ständig Argumente, die er früher hergenommen hat, um dagegenzusprechen, heute verdreht, um weiter dagegenzusprechen.

(Beifall DIE LINKE)

(Zwischenruf Abg. Kellner, CDU: Welche denn?)

Dazu gehört unter anderem das, worauf ich gerade schon mit der Zwischenfrage abgestellt habe. Ich erinnere mich sehr, sehr gut an unser sehr langes kaffetrinkendes Gespräch

(Zwischenruf Abg. Kellner, CDU: Ja!)

– Herr Seela war auch dabei – im Feininger, als wir das erste Mal von Minister Hoff über die zwei Varianten informiert wurden, die zu diesem Zeitpunkt mit den Mitgliedern des Deutschen Bundestags diskutiert worden sind: Reden wir davon, dass wir eine Fusion wollen, oder wollen wir ein Modell „Stiftung Preußischer Kulturbesitz“? In diesem Zusammenhang haben wir uns als Koalition relativ schnell dazu verständigt und das auch

(Abg. Mitteldorf)

gegenüber dem Minister deutlich gemacht und haben gesagt: Uns ist unsere Thüringer Schlösserstiftung sehr wichtig und wir wollen nicht, dass sie fusioniert mit der Stiftung aus Sachsen-Anhalt, die ein völlig anderes Konstrukt ist, die auch von der Größe und von den Aufgaben, die diese Kulturstiftung wahrnimmt, völlig anders ist als unsere eigene. Und – das habe ich auch immer gesagt – ich möchte gern, dass ich auch sicher sein kann, dass wir nach diesen acht Jahren – sollte es tatsächlich nicht weitergehen – unsere Stiftung in der Form noch haben und dass es nicht heißt, jetzt ist sozusagen alles futsch und wir müssen jetzt wieder viele Jahre dazu aufbringen, um die Stiftung wieder aufzubauen. Das haben wir immer diskutiert. Zu diesem Zeitpunkt wollte der Kollege Kellner mich zuallererst davon überzeugen, dass es doch aber gut wäre, weil er nach Rücksprache mit seinem Kollegen aus dem Bundestag auf jeden Fall weiß, dass es zwei bis drei Sonderinvestitionsprogramme geben wird, weil das auf jeden Fall so kommen wird. Ich habe immer gesagt: Ich würde das gerne glauben, weil ich auch möchte, dass es weitergeht. Deswegen haben wir in unserem Antrag natürlich auch formuliert, dass es uns wichtig ist, dass es eine auf Dauer angelegte Förderung sein soll. Aber ich habe immer gesagt: Solange das nicht im Haushalt steht, kann ich das nicht glauben. Daraufhin hat Jörg Kellner immer gesagt: Du, das wird alles total gut, das wirst du sehen. Dann kam er Wochen später und sagte: Ich glaube, es wird auf jeden Fall nicht im Haushalt stehen. Und so ging das mit den Argumenten immer weiter und immer weiter und immer weiter.

(Zwischenruf Abg. Kellner, CDU: Am besten, Ihr redet über euren Antrag!)

– Du warst doch gerade schon dran! – Es ging immer weiter und immer weiter und immer weiter – bis hin zu der Tatsache, dass wir in einem Sonderplenum von der CDU-Fraktion gehört haben, wir würden die Thüringer Kulturgüter dem Ausverkauf preisgeben, wir würden die Thüringer Kulturgüter verscherbeln, wir würden sie einfach weggeben wollen, uns der Verantwortung entziehen wollen und würden dann gleichzeitig noch alles, was in Liegenschaften ist, um die es im Zweifelsfalle geht, alles an Sammlungen und Co., einfach mitverscherbeln. Das war der Tenor der CDU-Fraktion in ihrem inszenierten Sonderplenum im Thüringer Landtag. Ich muss ganz ehrlich sagen: Das war für mich schon zu diesem Zeitpunkt einfach eine unfassbare Geschichte, die hier passiert ist,

(Beifall DIE LINKE, SPD)

weil das auch das Muster der CDU-Fraktion war. Und Sie versuchen es jetzt in Ihrem Antrag in abgeschwächter Form wieder: nämlich die Menschen Glauben zu machen, dass es nur an uns liegt, dass wir die Gelder nicht auch direkt in unsere Stiftung kriegen, und die Menschen Glauben zu machen, dass man mit einem Antrag, den die CDU-Fraktion hier vorlegt, alles anders machen könnte, und den Maßgabenbeschluss, der im November 2018 im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages zwischen SPD und CDU gefasst worden ist, für nichtig erklären könnte. Und das, meine sehr verehrten Damen und Herren der CDU-Fraktion, ist einfach verantwortungslos.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich finde es unfassbar, dass wir nach zehn Monaten Diskussion wieder darüber reden – und zwar mit einem Antrag, der wiederum suggeriert, als wäre es möglich. Ich sage noch mal: Wir, lieber Jörg Kellner, waren zusammen bei einem Gesprächsabend

(Zwischenruf Abg. Kellner, CDU: Nicht zu fassen!)

– Ja, ich fasse auch vieles nicht von dem, was ich aus Ihrer Richtung höre, Herr Kellner. – Wir waren zusammen auf einem Gesprächsabend der Thüringer SPD-Landesgruppe im Deutschen Bundestag eingeladen. Ich bin nach wie vor sehr dankbar dafür, dass dieser Gesprächsabend stattgefunden hat, weil er die Möglich-

(Abg. Mitteldorf)

keit gegeben hat, auch mal aus Sicht der Vertreter im Deutschen Bundestag, die sich mit einem Sonderinvestitionsprogramm für Thüringen und Sachsen-Anhalt stark machen möchten, die Beweggründe zu erfahren, mit Ihnen über unsere Sorgen und Ängste in diesem Bereich ins Gespräch zu kommen und es auch in Relation zu setzen. Da wir nebeneinander gesessen haben, kann man sehr gut davon ausgehen, lieber Jörg Kellner, dass Sie auch dabei waren und dieselben Worte gehört haben wie ich.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Zwischenruf Abg. Hey, SPD: Wie ich!)

Ja, natürlich, Herr Kollege Hey, wie Kollegin Henfling.

(Zwischenruf Abg. Hey, SPD: Alle!)

Aber wir saßen leider nicht nebeneinander, Herr Kollege Hey. – Wir haben auch alle eines gehört, eine ziemlich eindeutige Aussage, weil die Gelder im Haushalt des Bundes eingestellt sind und am 6. November 2019 die Bereinigungssitzung im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages stattfindet: Wenn wir in dieser Bereinigungssitzung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestags die Gelder für das Sonderinvestitionsprogramm I freigeben, dann brauchen wir aber auch die Botschaft, und zwar die politische Botschaft, dass ihr als Länder mit dem Sonderinvestitionsprogramm nicht nur einverstanden seid, sondern auch kofinanziert und natürlich dem Maßgabenbeschluss auch Folge leisten wollt. Das ist die Ansage und wir haben jetzt Ende September. Ich finde, es ist in unserer Verantwortung – und deswegen bin ich auch der Landesregierung sehr dankbar, dass sie bereits einen Kabinettsbeschluss gefasst hat, weswegen wir als Koalitionsfraktion gesagt haben, wir wollen dies noch politisch untersetzen und wir wollen dies politisch auch schärfen, inklusive der Tatsachen, die immer wieder und auch heute von der CDU-Fraktion angesprochen sind, man wolle auch Kunstgegenstände aus den Liegenschaften verscherbeln usw. Deswegen haben wir in unserem Antrag auch ziemlich eindeutig gesagt, was wir uns vorstellen, dass die Schlösserstiftung in die zu gründende Mitteldeutsche Schlösserstiftung übergeht, was sie übrigens als selbstständige Stiftung tun kann. Das ist genau der Punkt. Weil wir erst nach den Verhandlungen des Staatsvertrags, die laufen, und auch nach dem Abschluss der Finanzierungsvereinbarungen, die laufen, politisch miteinander glattziehen können, dass es eine auf Dauer angelegte Angelegenheit ist.

Ich will mal sagen, Frau Dr. Fischer als Direktorin unserer Schlösserstiftung und ich waren zum Teil anderer Auffassung. Frau Dr. Fischer hat schon immer gesagt, wenn wir das machen, dann wäre es ihr total lieb, dass es die komplette Stiftung ist. Ich habe immer gesagt, ja, aber ich will sie eben nicht auflösen, und jetzt sind wir an dem Punkt, an dem genau beides möglich ist, nämlich zu sagen, man gibt die Schlösserstiftung unter das Dach dieser gemeinsamen Stiftung als selbstständige Stiftung und – auch das ist sehr wichtig – eröffnet auch im Nachgang bzw. während des Arbeitsprozesses dieser Stiftung die Möglichkeit, weitere Liegenschaften in diese Stiftung mit hineinzugeben. Da will ich nur sagen, ich schaue da vor allem jetzt mal in Richtung Arnstadt. Arnstadt hat gestern im Stadtrat politisch einen einstimmigen Beschluss gefasst, zu sagen, wir wollen, dass Arnstadt auch davon profitiert. Deswegen finde ich es ein hervorragendes und herausragendes Zeichen, dass sich der Stadtrat in Arnstadt einstimmig dazu positioniert, die Verhandlungen mit der Landesregierung darüber aufzunehmen, dass sie eben ihre Liegenschaft auch in diese Stiftung überführen möchten,

(Beifall SPD)

weil sie wollen, dass auch Arnstadt übrigens völlig zu Recht von diesem Sonderinvestitionsprogramm profitieren kann und dass man darüber hinaus langfristig darüber nachdenkt, was es auch vor Ort bedeutet, die

(Abg. Mitteldorf)

Liegenschaften und die Dinge, die sich in den Liegenschaften befinden, zu entwickeln. Das ist der Punkt, weswegen es richtig ist, dass wir in unserem Antrag unter II.6 genau das aufgenommen haben.

Natürlich ist auch der Weg der Gründung einer neuen mitteldeutschen Stiftung ein Prozess, der sich über einige Zeit hinziehen wird, auch was die Frage betrifft, welche Arbeitsschritte und welche Sanierungen in welchem Umfang anfangen. Das ist natürlich insofern gut, als wir unsere Stiftung auch als selbständige Stiftung mit hineingeben können, weil der Arbeitsprozess in dieser Landesstiftung schon vorangeschritten ist, man also jetzt nicht erst anfangen muss zu sagen, was wir denn jetzt zuerst machen. Man kann dadurch, dass etwas an Vorarbeit da ist, womit der Stiftungsrat und die Stiftungsdirektorin seit ihrer Amtsübernahme schon sehr lange beschäftigt sind, nämlich eine Prioritätenliste zu erstellen, zu wissen, welchen Bedarf es gibt, um an den einzelnen Liegenschaften Investitionsstau aufzuheben, flüssig ins Arbeiten kommen.

Wir halten es für wichtig und unerlässlich, dass wir hier im Thüringer Landtag über diesen Verlauf des Sonderinvestitionsprogramms fortlaufend informiert werden. Deswegen haben wir auch in unserem Antrag aufgenommen, dass wir möchten, dass der Landtag fortlaufend über den Prozess, erstmals zum 1. März 2020, informiert werden soll. Das ist tatsächlich eine wichtige Geschichte, weil ich glaube, dass es uns allen hilft, auch im Hinblick auf die Tatsache, dass wir darüber verhandeln wollen und das auch in diese Richtung bringen wollen, dass das Sonderinvestitionsprogramm I eben zu einem Sonderinvestitionsprogramm II und III und meinethalben auch V, VI, VII, VIII werden kann.

Einen Punkt, den bringt der Kollege Kellner leider in der Argumentation auch immer ein bisschen durcheinander, das ist die Vermischung mit der Frage anteilige Betriebskosten. Da kommen wir wieder zu dem Punkt, was ja die Ursprungsproblemlage war in der Verhandlung mit dem Bund zu dieser Mitteldeutschen Schlösserstiftung, und zwar dass das – das muss man, glaube ich, noch mal so einordnen – Sonderinvestitionsprogramm an sich ein Vorschlag und eine Idee von Bundestagsabgeordneten im Haushaltsausschuss war. Das andere, nämlich die Frage nach der Mitfinanzierung an den Betriebskosten von möglichen Museumsbetrieben, das wiederum ist Verhandlungsebene mit Monika Grütters in dem Fall, sprich der BKM. Und diese beiden Röhren – will ich es mal nennen – auf der Bundesebene haben – muss ich auch sagen – in diesem Zeitraum vielleicht nicht immer gemeinsam und miteinander kommuniziert. Das hat es – glaube ich auch – für die verhandelnden Länder durchaus schwierig gemacht, da zu einer guten Lösung zu kommen. Aber ich bin der Landesregierung und insbesondere Herrn Minister Hoff sehr, sehr dankbar dafür, dass diese schwierigen Verhandlungen – trotz, muss ich auch immer wieder sagen, der Versuche der Störung und Panikmache der CDU-Fraktion, die ja auch im Land Thüringen für die eine oder andere Unruhe gesorgt hat – laufen konnten, und zwar zum Wohle unserer Stiftung und zum Wohle eines Sonderinvestitionsprogramms. Deswegen danke dafür. Und ich glaube, dass natürlich – und das haben wir hier an dieser Stelle mehrfach betont, nicht nur der Fakt an sich, weswegen wir sehr, sehr dankbar sind für ein Sonderinvestitionsprogramm, was sich hoffentlich fortsetzen lässt – unsere Schlösser und Gärten und insbesondere auch unsere Thüringer Schlösserstiftung sehr wichtig sind. Und natürlich wollen wir, dass wir den Sanierungsstau von über 380 Millionen Euro in Thüringen abbauen können. Dass wir das mit Hilfe des Bundes tun können, das ist gut, weil wir in relativ kurzer Zeit damit die Möglichkeit haben, den Sanierungsstau abzubauen.

(Beifall SPD)

Und es ist und bleibt – das muss ich immer wieder sagen – natürlich auch heute hier die ganz klare politische Entscheidung, dass wir uns für unsere Schlösser und Gärten einsetzen und

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Abg. Mitteldorf)

und dass wir für unser kulturelles Erbe eine Zukunft sehen wollen. Und diese politische Entscheidung – das habe ich beim Sonderplenum auch schon mal gesagt –, diese politische Entscheidung und die klare Positionierung für unser kulturelles Erbe in diesem Bereich geht nur mit dem Antrag der Koalitionsfraktionen. Und ich habe es am Anfang versucht zu sagen, der CDU-Antrag, der suggeriert nur, es wäre eine andere Lösung möglich, anstatt sich auch den Schlösserdirektoren anzuschließen, die sich kürzlich erst in einer Presseerklärung an die Öffentlichkeit gewandt haben und die Vorhaben der Landesregierung begrüßen und sagen, sie möchten auch Teil dieser Mitteldeutschen Schlösserstiftung werden, und halten es für den richtigen Weg. Wenn Sie nicht auf uns hören wollen, liebe CDU-Fraktion, dann hören Sie bitte auf die Leute, die es dann auch konkret betrifft, und stimmen Sie unserem Antrag zu! Herzlichen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Marx:

Als nächster Redner erhält Herr Abgeordneter Höcke von der Fraktion der AfD das Wort.

Abgeordneter Höcke, AfD:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Sehr geehrte Besucher auf der Tribüne, sehr geehrte Kollegen Abgeordnete, das hätte sich zu Anfang dieser Geschichte wahrscheinlich auch keiner gedacht, dass dieser Sachverhalt mal zu einem der größten politischen Aufregerthemen der Landespolitik hier in Thüringen werden wird. Im Augenblick ist es fast so. Neben der Klimapolitik ist die Debatte um die Stiftung Mitteldeutsche Schlösser und Gärten voll entbrannt und hier und da auch mal im Stadium der Irrationalität angekommen. Ich habe immer wieder, auch durchaus lobend erwähnt, dass die Landesregierung uns, was diesen Kontext angeht, auf dem Laufenden gehalten hat, am Anfang zumindest. Mittlerweile haben wir das Gefühl – zumindest als AfD-Fraktion –, dass wir nicht mehr so gut informiert werden wie zu Beginn des Prozesses. Wir haben das Gefühl, dass hier im Augenblick – das liegt vielleicht auch am bevorstehenden Wahltermin – die Regierungsaktivität eher eingeschlafen ist und dass hier ein Projekt nicht mit der notwendigen Energie umgesetzt wird.

Die schriftliche Anhörung der Experten, die wir im Ausschuss angeregt und durchgeführt haben, hat mir persönlich viel gebracht. Ich habe mir viele neue Argumente erschließen können, die meine Sicht auf diese Problematik, auf diesen Sachverhalt durchaus noch mal verändert haben und die ich nachträglich auch noch als sehr nutzbringend einordnen möchte. Kollege Kellner hat die Chronologie des Sachverhalts eigentlich schon sehr detailreich dargestellt, sodass ich mir das jetzt von hier vorne erspare. Er hat darauf hingewiesen, dass es hier um ein wirklich großes Budget geht, das zu verausgaben ist. 100 Millionen Euro für Thüringen vom Bund, zusätzlich 100 Millionen Euro durch das Land, das sind in Summe 200 Millionen in acht Jahren. Das ist schon eine Stange Geld, gerade wenn man sich vor Augen führt, dass die vor etwa 25 Jahren ins Leben gerufene Stiftung Thüringer Schlösser und Gärten in diesem Zeitraum ihres Bestehens insgesamt 240 Millionen Euro ausgeben konnte.

Die Bereitschaft, in die Thüringer Residenzkultur zu investieren, ist absolut begrüßenswert. Das ist auf jeden Fall die Position, die wir als AfD von Anfang an vertreten haben und weiterhin vertreten.

(Beifall AfD)

Von Anfang an haben wir aber auch immer wieder kritisch darauf hingewiesen, dass die Frage des Ob und des Charakters einer länderübergreifenden Stiftung sinnvoll geklärt werden muss. Indes konnten alle Debatten über diesen Punkt, auch die darlegenden Auskünfte der Landesregierung nicht hinreichend klarmachen – Kollege Kellner hat darauf hingewiesen –, warum es die Bedingung gibt, dass eine neue länderübergreifen-

(Abg. Höcke)

de Stiftung zu gründen sei, wenn es darum geht, der Thüringer Residenzkultur unter die Arme zu greifen. Noch mal: Auch aus Sicht der AfD-Fraktion gibt es diese Begründung für eine neue Stiftung bis heute nicht.

(Beifall AfD)

So haben weder der Bundestagsabgeordnete Johannes Kahrs, noch sein Kollege Carsten Schneider deutlich machen können oder wollen, weshalb es diese neue Stiftung geben muss. Schneider meinte dazu in einem Interview lediglich – ich zitiere mit Ihrer Erlaubnis, Frau Präsidentin: „So lautet der politische Kompromiss.“ Da stellt sich beispielsweise die Frage: Kompromiss zwischen wem? Das Ganze riecht dann doch nach Hinterzimmerpolitik, riecht dann doch nach Hinterzimmermauschelei, und deswegen sind wir als AfD der Überzeugung, dass Transparenz hier nottut.

(Beifall AfD)

Wenn gelegentlich zu hören ist, dass die Gründung einer neuen Stiftung auch dazu dient, den Begehrlichkeiten anderer Bundesländer entgegenzutreten, so scheint das in meinen Augen auch eher eine gekünstelte Begründung zu sein. Eher, sehr geehrte Kollegen Abgeordnete, liegt es auf der Hand, dass es bei der länderübergreifenden Stiftung seitens des Bundes lediglich darum geht, dass der Bund seinen Daumen auf dem Projekt halten will. Das wird auch im Hinweis von Herrn Kahrs deutlich, dass man eine Dachstiftung – die hier eben auch schon Thema der Debatte war, die das Geld an eine untergeordnete Stiftung also nur durchleitet – von Bundesseite explizit nicht wolle. Es geht also bei der neuen Stiftung nicht zuletzt um die Einflussnahme des Bundes, und zwar um die Einflussnahme im Bereich der Kulturhoheit der Länder – auch darauf hat Herr Kollege Kellner schon hingewiesen und damit auf dieselbe Position sowohl der CDU-Fraktion als auch der AfD-Fraktion hier im Hohen Hause. Die Kulturhoheit der Länder darf von uns nicht zur Disposition gestellt werden.

(Beifall CDU, AfD)

(Zwischenruf Abg. Henfling, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Warum sollte denn der Bund das machen?
Das ist doch Quatsch!)

Es ist überhaupt nicht zu erkennen, dass es Mitwirkungsrechte des Bundes bei der Landesaufgabe Kultur gibt. Der Erhalt der landeseigenen Residenzkultur ist keine Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern. Natürlich kann sich der Bund immer mal wieder in seiner Argumentation darauf beziehen, dass es Denkmäler nationaler Bedeutung gibt. Wer zweifelt daran? Aber diese Denkmäler nationaler Bedeutung sind bisher bei den Bundesländern in sehr guter Hand gewesen. An diesem Grundsatz und an dieser Ausrichtung der Bund-Länder-Beziehung im Bereich der Kulturpolitik halten wir als AfD weiterhin fest.

(Beifall AfD)

Es sieht also so aus, als wäre die länderübergreifende neue Stiftung ein Selbstzweck. Aber das ist sie nicht, und fachliche Gründe für eine neue Stiftung sind – um das noch mal zusammenzufassen – einfach schlichtweg nicht erkennbar.

Es wurde schon erwähnt, es gibt exzellente Strukturen, exzellent arbeitende Strukturen in Thüringen, die man gewiss auch ohne großen Arbeitsaufwand in der Weise weiterentwickeln kann, dass sie die Gelder des Sonderinvestitionsprogramms verwalten und auch zusätzliche Liegenschaften über die 31 hinaus betreuen können, die ihr zurzeit obliegen. Das ist die heute schon öfter erwähnte „Stiftung Thüringer Schlösser und Gärten“. Wie gesagt, hier liegen arbeitsfähige bewährte Strukturen vor, hier liegt eine ausgereifte Expertise vor, die man ohne Weiteres nutzbar machen kann.

(Abg. Höcke)

Man könnte praktisch schon morgen damit beginnen, die Gelder des Bundes zugunsten unserer – ja – stellenweise leider verfallenden Residenzkultur zu verwalten.

Sehr geehrte Kollegen Abgeordnete, acht Jahre – und wir reden von acht Jahren. Wir reden nicht von 16 oder 24 Jahren. Wer wagt es von uns, Prognosen anstellen zu wollen, was in diesem Land in 9 oder 16 oder 20 Jahren ist, was vor allen Dingen die finanzielle Kraft des Bundes in diesem Zeitraum angeht? Wir reden also, wenn wir realistisch bleiben wollen, von acht Jahren. Darum geht es. In diesen acht Jahren sollen 100 bzw. 200 Millionen Euro an Geld hier in Thüringen verausgabt werden und das muss so schnell wie möglich gehen – es lohnt sich nicht, hier neue Strukturen aufzubauen, es lohnt sich nicht, hier neues Personal einzuarbeiten, und es lohnt sich nicht bzw. es wäre fast schon eine Verhöhnung – wenn ich mich mal so ausdrücken will – des Volkswillens, noch mehr Bürokratie aufzubauen. Mehr Bürokratie ist mit uns als AfD mit Sicherheit nicht machbar.

(Beifall AfD)

Vor diesem Hintergrund, sehr geehrte Kollegen Abgeordnete, wird meine Fraktion auch dem CDU-Antrag zustimmen, der in der Sache darauf abzielt, erstens die kulturpolitische Unabhängigkeit Thüringens zu sichern und zweitens die Gelder des Sonderinvestitionsprogramms in die bestehende Thüringer Stiftung zu leiten. Der Antrag hebt zu Recht darauf ab, dass die für Thüringen vorgesehenen 100 Millionen Euro des Bundes auch direkt an den Freistaat geleitet werden können. Das muss das Interesse Thüringens sein. Im Übrigen entspricht diese Positionierung beispielsweise auch der Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Schlösserverwaltungen.

Meine sehr verehrten Kollegen Abgeordneten, ich muss noch zwei Bemerkungen zum Antrag der Koalitionsfraktionen machen. Erstens: In der Begründung des rot-rot-grünen Antrags wird davon gesprochen, dass beide Länder, also Thüringen und Sachsen-Anhalt, über – so wörtlich – eine einzigartige Verdichtung von Denkmälern der Residenzkultur verfügen. Es wird suggeriert, dass es den Raum einer einheitlichen mitteldeutschen Residenzkultur gebe. Das ist schlichtweg falsch. In Thüringen haben wir ein reiches Residenzerbe, das beispielsweise auch durch die Marke „Schatzkammer Thüringen“ repräsentiert wird – gewiss – und das stellt keiner in Abrede. Es gibt auch in Sachsen-Anhalt bedeutsame Schlösser, Burgen und Gärten. Man denke beispielsweise an das Schloss Mansfeld oder Wernigerode oder Schloss Burgscheidungen und andere Schmuckstücke.

Dennoch, ein derart dichtes und reiches Residenzerbe wie in Thüringen gibt es in Sachsen-Anhalt nicht. So überwiegen diesbezüglich die strukturellen und historischen Unterschiede, die durch eine Zusammenfassung unter der Überschrift „Mitteldeutsche Schlösser und Gärten“ eher verwischt werden. Wenn man schon von Mitteldeutschland spricht, dann müsste ja auch namentlich Sachsen bei der länderübergreifenden Stiftung mitmachen. Das ist bekanntlich auch nicht der Fall.

Zweitens und letztens in diesem Zusammenhang: Es ist schon erstaunlich, dass der rot-rot-grüne Antrag die Landesregierung auffordert, quasi für Sachsen-Anhalt mitzuentcheiden und eine Art Bundesland Mitteldeutschland zu suggerieren, dass von Erfurt aus regiert wird. Denn wie soll man sonst die Punkte II 1 bis 3 verstehen? Ob die Kulturstiftung Sachsen-Anhalt in die neue Stiftung übergeht, wie es in II 2 gefordert wird, ist jedenfalls nicht die Entscheidung der Thüringer Landesregierung. Das ist dann Ausfluss von etwas, was wir schon öfter beklagt haben. Das ist Ausfluss eines handwerklich nicht vorhandenen Könnens.

Bleibt am Schluss, der Hoffnung Ausdruck zu verleihen, dass die fixe Idee einer länderübergreifenden Kulturstiftung aufgegeben wird. Wenn der Bund etwas für unsere Thüringer Residenzkultur, das Erbe der Thü-

(Abg. Höcke)

ringer Schlösser, Burgen, Gärten und Museen oder Sammlungen tun will, was wir – und das betone ich hier noch mal – ausdrücklich begrüßen, dann kann er das Geld direkt nach Thüringen leiten, nämlich in die schon bestehenden landeseigenen Strukturen. So soll es sein und so kommt es hoffentlich. Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Marx:

Als nächster Redner erhält Abgeordneter Dr. Hartung von der SPD-Fraktion das Wort.

Abgeordneter Dr. Hartung, SPD:

Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, es ist hier schon mehrfach angemerkt worden, Thüringens Kulturlandschaft weist eine einzigartige, in vielen Jahrhunderten gewachsene Struktur, einen einzigartigen Reichtum auf. Es sind Schloss- und Parkanlagen, es sind bedeutende Sakralbauten, es sind beeindruckende Baudenkmale und eine stattliche Anzahl davon von nationalem Rang oder auch von internationalem Rang, also als Kulturwelterbestätte anerkannt. Diese einzigartige Dichte hat natürlich etwas mit der früheren territorialen Zersplitterung zu tun. Es hat etwas damit zu tun, dass jeder Herrscher etwas haben wollte, ein Schloss, eine Burg, eine Residenz. Und so haben wir im Thüringer Denkmalsbuch 30.000 Liegenschaften verzeichnet. Wir haben 1.000 Denkmalensembles und 400 Schlösser, Burgen, Herrnsitze und Amtshäuser. 31 dieser historischen und kulturell bedeutenden architektonischen Hinterlassenschaften verwaltet die Stiftung Thüringer Schlösser und Gärten. Ich möchte einige aufzählen, es ist keine vollständige Auszählung, aber einige Bedeutende sollte man doch herausheben. Da ist das Schloss Friedenstein in Gotha,

(Beifall SPD)

wir haben das Schloss Heidecksburg in Rudolstadt, die Dornburger Schlösser, Schloss Sondershausen und die Wilhelmsburg Schmalkalden. Aber auch Park- und Gartenanlagen wie der Altensteiner, der Greizer oder der Gothaer Park gehören dazu. Wir haben Burgen bzw. Burgruinen wie Weißensee, Burg Ranis, wir haben die Brandenburg in Lauchröden oder Burg Gleichen in Wandersleben. Dazu kommen dann Sakralanlagen wie das Kloster Paulinzella, die Peterskirche oder Kloster Mildenfurth.

Die bauliche Wiederherstellung und Pflege, so steht es im Stiftungsgesetz der Stiftung Thüringer Schlösser und Gärten, und denkmalpflegerische Betreuung sind die Hauptaufgaben, aber auch die Öffnung für die Menschen, für die Bevölkerung, denn Kultur ist nicht irgendwas, was auf der Wiese stehen sollte, Kultur sollte erlebbar, erfahrbar sein. Auch das gehört zum Auftrag der Thüringer Stiftung Schlösser und Gärten.

Seit 1994 hat die Stiftung – das ist hier schon verschiedentlich bemerkt worden – insgesamt 240 Millionen Euro in diese Struktur investieren können. Da sind Meilensteine geschaffen worden, zum Beispiel das restaurierte Sommerpalais in Greiz, Schloss Wilhelmsburg in Schmalkalden, Schloss Bertholdsburg in Schleusingen oder der sanierte Ostflügel des Schlosses Friedenstein in Gotha.

(Beifall SPD)

Vieles ist erreicht worden, weitere große Sanierungen sind im Bau: Schloss Friedenstein mit einem Volumen von 60 Millionen Euro – ich möchte das hier noch mal anführen –, Schloss Altenstein, die Peterskirche in Erfurt, das Schloss Schwarzburg und Paulinzella sowie der statisch gefährdete Nordflügel des Schlosses Sondershausen, die jetzt in Baumaßnahmen begriffen sind.

(Abg. Dr. Hartung)

385 Millionen Euro braucht die Stiftung Thüringer Schlösser und Gärten nach eigenen Angaben, um ihre 31 Liegenschaften so zu sanieren, dass sie einer Nutzung – in welcher Form auch immer – zugeführt werden könnten. Da sind ja noch nicht alle Schlösser dabei. Zählen wir zum Beispiel das Schloss Arnstadt mit dazu

(Beifall SPD)

oder das Ensemble Altenburg oder Schloss Reinhardsbrunn, dann sind wir locker bei einer halben Milliarde Euro, die wir an Investitionsbedarf hier haben. Wenn wir dann noch betrachten, dass wir jährlich zwischen 5 und 8 Millionen Euro in die Stiftung geben, dann wissen wir ungefähr, wie lange wir brauchen und wie viel bei diesem Tempo möglicherweise verloren gegangen ist, bevor wir tatsächlich mit Sanieren durchkommen.

Vor diesem Hintergrund ist meine Fraktion dem Haushaltsbeschluss des Bundestags – hier namentlich zu erwähnen Carsten Schneider und Johannes Kahrs – außerordentlich dankbar,

(Beifall SPD)

dass sie bereit sind, ein Sanierungs- und Investitionsprogramm in Höhe von 200 Millionen Euro auf den Weg zu bringen, zusammen mit der CDU übrigens im Bund.

(Beifall SPD)

Ich möchte hier kurz ein paar Eckdaten nennen, denn offensichtlich kann sich nicht jeder – gerade von der CDU – an diese Eckdaten erinnern. Erstens: Der Bund bringt gemeinsam mit den Ländern Thüringen und Sachsen-Anhalt ein Investitionsprogramm auf den Weg, in dem in acht Jahren insgesamt 200 Millionen Euro vom Bund und jeweils 100 Millionen Euro von den mitbeteiligten Ländern einfließen. Die Bedingung des Bundes zum Start des Sonderinvestitionsprogramms ist im Prinzip die Gründung einer gemeinsamen Stiftung. Für die in Gründung befindliche Stiftung, für die eingebrachten Objekte fließt das Geld. Das fließt nicht einfach so in eine Förderstiftung.

Nach Gründung der Stiftung wird sich der Bund an den laufenden Geschäften und an Betriebskosten in Höhe von 15 Millionen Euro beteiligen. Um diese Stiftung auf den Weg zu bringen, sind 10 Prozent des Investitionsprogramms abrufbar und der Rest ist „gesperrt bis zur Gründung der Stiftung Mitteldeutsche Schlösser und Gärten“. 90 Prozent sind gesperrt. Das heißt, wir reden hier nicht darüber, gib es bitte in eine Förderstiftung oder sonst irgendwas – wir bekommen es nicht, wenn wir es nicht tun. Sie können das gern als Erpressung, als Einmischung in die Kulturhoheit bezeichnen oder was auch immer, aber wir müssen es doch bewerten. Wir müssen jetzt sagen, wollen wir dieses Geld in Anspruch nehmen, und die Bedingungen liegen auf dem Tisch,

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

oder wollen wir es verfallen lassen. Können wir es uns leisten, auf diese 100 Millionen Euro des Bundes, inklusive der Verpflichtung für das Land, nämlich auch noch mal 100 Millionen Euro in acht Jahren zu investieren, können wir uns das leisten, darauf zu verzichten?

(Zwischenruf Abg. Mühlbauer, SPD: Nein!)

Im selben Zeitraum würden wir nach der jetzigen Haushaltslogik höchstens 40 Millionen Euro in die Stiftung Schlösser und Gärten ansonsten geben. Das ist doch die Frage. Wir müssen diese eindeutige Positionierung des Bundes bewerten. Unsere Fraktion tut das und die Koalition tut es insgesamt auch. Deswegen liegt hier dieser Antrag auf dem Tisch. Da sagen wir ganz deutlich, wir begrüßen das in Aussicht gestellte Son-

(Abg. Dr. Hartung)

derinvestitionsprogramm. Wir sind auch dankbar, dass der Bund eben nicht die bereits getätigten Förderzusagen da mit reinrechnet. Die laufen immer noch on top weiter. Das wird nicht extra berechnet.

Wir sprechen uns in Übereinstimmung mit dem Bund auf eine auf Dauer anzulegende gemeinsame Stiftung aus, in der wir eben auch weitere Förderprogramme und Investitionsprogramme verbauen können bzw. indem wir auch weiterhin diese 15 Millionen Euro Betriebskostenzuschuss generieren können.

Besonders wichtig ist uns: Kunst- und Kulturgüter in diesen Liegenschaften bleiben im Eigentum und bleiben im Besitz der vor Ort befindlichen Eigentümer. Sie können zwar zu Leih- und Restaurierungszwecken entnommen werden, aber sie bleiben im Besitz und sie kehren dann wieder. Das ist uns wichtig. Denn wir haben genau mit diesem Punkt sichergestellt, dass – Sondershausen ist ein Thema – die kommunalen Akteure, die Eigentümer ein wenig beruhigt sind. Wir haben aber auch sichergestellt, dass wir für andere Schlösser, die jetzt gar nicht in der Stiftung enthalten sind, auch einen Weg öffnen, dass sie in diese neue Stiftung mit einfließen können,

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

indem wir sie vorher in die Stiftung Schlösser und Gärten mit aufnehmen. Es wäre völlig widersinnig, das, was Sie unterstellen, wir würden das alles weggeben und dann wird es aufgelöst und dann ist es alles eine Stiftung bzw. dann könnten wir einfach unsere Stiftung auflösen und alle Schlösser dort reingeben, das machen wir gerade nicht. Wir bauen unsere Stiftung aus und geben sie so, wie sie ist, als Stiftung in diese neu zu schaffende Stiftung Schlösser und Gärten. Das ist, glaube ich, der Weg, mit dem wir auf der einen Seite Sorge tragen, dass das Inventar der Einrichtungen in Thüringen bleibt, vor Ort bleibt und dass andererseits die Schlösser und Gärten, die 1994 bei der Gründung der Stiftung nicht mit dabei waren – aus welchen Gründen auch immer, da gab es Gründe, die bei den Kommunen lagen usw., das will ich jetzt gar nicht bewerten –, jetzt eine zweite Chance bekommen, in diese Stiftung reinzukommen und auch mit bedacht zu werden.

(Zwischenruf Abg. Kellner, CDU: Die können jetzt schon rein!)

Herr Kellner, vorhin hat Herr Mohring etwas sehr Interessantes über Respekt und Zwischenrufe gesagt. Nehmen Sie sich das mal zu Herzen und lesen Sie es noch mal nach.

(Zwischenruf Abg. Kellner, CDU: Ich erinnere mich daran!)

Ja. Ich sage ja, wir nehmen uns das alle zu Herzen, aber da es Ihr Fraktionsvorsitzender ist, Sie bitte besonders.

(Unruhe CDU)

Was hat die CDU dazu beizutragen? Einen Bandwurmantrag mit „erfolgreich“, „bewährt“, „kompetent“ und „bereits vorhanden“ – das könnte auch eine Überschrift im früheren „Neuen Deutschland“ gewesen sein.

(Zwischenruf Prof. Dr. Hoff, Minister für Kultur, Bundes- und Europaangelegenheiten und Chef der Staatskanzlei: Na, na!)

(Zwischenruf Abg. Kellner, CDU: Damit kenne ich mich nicht aus – aber Sie!)

Also das ist ein Bandwurmsatz. Es steht, glaube ich, der Landesregierung nicht zu, Zwischenrufe bei einem Abgeordneten zu tun.

Vizepräsidentin Marx:

Das ist richtig.

Abgeordneter Dr. Hartung, SPD:

Danke schön.

(Zwischenruf Abg. Kellner, CDU: Mit dem „Neuen Deutschland“ kennen Sie sich aus!)

Ich weiß nicht, früher habe ich es nicht abonniert. Wie war es denn bei den CDU-Mitgliedern? Aber es ist egal. Wir diskutieren das mal draußen, das gehört nicht zum Thema.

Jedenfalls ist unser Weg klar: Wir wollen, dass unsere Stiftung genau dieses Sonderinvestitionsprogramm nutzen kann, wir wollen, dass wir diese Bundesmittel generieren. Ich sage Ihnen mal ganz ehrlich: Ich war in der vergangenen Woche bei der Sprecherkonferenz „Kultur“ der anderen kulturpolitischen Sprecher der SPD. Da durfte ich mir anhören, dass der Freistaat Bayern in einem Zeitraum von fünf Jahren in denselben Bereich, über den wir gerade reden, 2 Milliarden Euro investiert. Die sind von der Bevölkerung her nur – in Anführungsstrichen – fünf- bis sechsmal größer als wir.

Wir brauchen uns die Frage, ob wir das Geld haben wollen oder nicht, nicht zu stellen, solchen Stolz muss man sich leisten können. Wir müssen sicher Sorge tragen, dass die Befürchtungen der Leute ernst genommen werden. Ich glaube, mit unserem Antrag tun wir genau das. Und ich bitte deswegen um Zustimmung zum Koalitionsantrag und Ablehnung des Antrags der CDU. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Marx:

Als nächste Rednerin hat Abgeordnete Henfling, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, das Wort.

Abgeordnete Henfling, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Hier läuft noch die Zeit vom Kollegen Hartung, ich will meine eigene Zeit.

(Heiterkeit und Beifall im Hause)

Ich bin total bei der Kollegin Mitteldorf bei den kulturpolitischen Themen. Nach der Mittagspause weiß man immer nicht, ob man wegen des Mittagessens so müde ist oder weil man schon zum zehnten Mal das Gleiche hört, Herr Kellner.

Ich hätte auch einfach meine Rede aus dem Sonderplenum wieder rausholen können, aber ich fürchte einfach, dass das nicht wirklich etwas bringt, weil ich irgendwie eine gewisse negative Lernkurve hier in diesem Raum wahrnehme. Ich versuche es trotzdem noch mal, der Kollege Hartung hat das ja jetzt auch schon gemacht und die Kollegin Mitteldorf hat es auch gemacht.

Auf den polemischen und populistischen Beitrag von Herrn Höcke lässt sich auch nur sagen: Warum zum Teufel sollte sich der Bund denn freiwillig, ohne dass man ihn dazu zwingt, die Kulturpolitik ans Knie nageln lassen? Das ist ein defizitärer Bereich, das würden die freiwillig niemals übernehmen, da will uns niemand reinregieren. Es ist schon tatsächlich so, dass wir durchaus Glück haben, dass wir das Geld bekommen.

Warum ist diese Stiftung notwendig? Na ja, das hat auch Herr Kahrs in der Runde, in der wir saßen, relativ deutlich gesagt. Er hat gesagt, alle anderen werden nicht akzeptieren, wenn wir nur ein Bundesland fördern. – Das auch in Richtung Herrn Höcke, der hier versucht, irgendwas zu konstruieren, als würden wir wahr-

(Abg. Henfling)

scheinlich wieder seinen wundervollen völkischen Kulturraum kaputt machen wollen. Natürlich machen wir das nicht, sondern es ist ...

(Zwischenruf Abg. König-Preuss, DIE LINKE: Doch, ich will seinen völkischen Kulturraum kaputt machen!)

Ja, ja, Du willst. Das ist mir schon klar, da sind wir ja auch auf einer Linie.

Ich meine, seinen konstruierten völkischen Kulturraum wollen wir nicht zerstören, sondern es ist ein rein pragmatischer Grund, den wir hier anlegen, der daher rührt, dass die Bundestagsabgeordneten sagen, wir können nicht ein einziges Bundesland einfach so fördern, sondern das muss schon irgendwie eine größere Dimension haben. Sachsen hat halt einfach gesagt, sie wollen nicht mitmachen, und dann ist das halt so. Was sollen wir sagen, sollen wir sie zwingen? Ich glaube, auch das funktioniert nicht.

Wir beraten also nur den Antrag der CDU und unseren. Eine Sache würde ich gern noch mal zitieren, weil die eigentlich die ganze Dimension Ihres Antrags, Herr Kellner, aufzeigt. Unter II. Ihres Antrags findet sich folgender Satz: „Der Landtag stellt fest, dass die Gründung einer Stiftung ‚Mitteldeutsche Schlösser und Gärten‘ [...] nicht zwingend erforderlich ist, um das Sonderinvestitionsprogramm des Bundes zur Sanierung von Kulturdenkmälern umzusetzen.“ Jetzt zitiere ich aus dem Haushaltsbeschluss des Bundes vom 8. November, da heißt es wörtlich: „Damit die Länder kurzfristig vorbereitende Maßnahmen für die Gründung der Stiftung und des Investitionsprogramms auf den Weg bringen können, werden wir hierfür anteilig 10 Prozent der Bundesmittel freigeben,“ – das hat der Kollege Hartung schon zitiert – „die anderen 90 Prozent sind gesperrt bis zur Gründung der Stiftung ‚Mitteldeutsche Schlösser und Gärten‘“. Das merken Sie schon, oder?

(Zwischenruf Abg. Mitteldorf, DIE LINKE: Die verstehen das nicht!)

Sie merken schon, dass der Bund uns sozusagen hier eine Vorgabe macht. Diese Vorgabe lautet: Ihr müsst eine Stiftung „Mitteldeutsche Schlösser und Gärten“ gründen – Punkt.

(Zwischenruf Abg. Kellner, CDU: Warum diskutieren wir denn überhaupt noch?)

Es ist eigentlich ganz einfach, deswegen wäre es völlig daneben, das, was Sie da reingeschrieben haben, zu beschließen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir diskutieren vor allen Dingen deswegen darüber, weil ich das Gefühl habe, dass Sie nicht verstehen wollen – oder vielleicht auch nicht können, das weiß ich nicht –, worum wir hier eigentlich diskutieren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Alle Koalitionsfraktionen haben sich im Sonderplenum doch hier klar positioniert. Die haben alle gesagt, wirklich schön ist das nicht, aber wenn wir abwägen müssen zwischen der Tatsache, dass wir die Möglichkeit haben, die Thüringer Schlösser und Gärten zu sanieren oder ob wir das Geld ausschlagen, müssen wir eventuell eine Kröte schlucken. Jetzt wissen Sie doch auch, Herr Kellner, liebe CDU-Fraktion in diesem Haus, dass man in der Politik vor allen Dingen Kompromisse schließen muss. Kompromisse schließen heißt, im Ernstfall auch mal Sachen machen, bei denen man nicht juhu schreit.

(Zwischenruf Abg. Kellner, CDU: Wir machen alles...!)

Nein, Ihr Antrag sagt im Prinzip, wir wollen kein Geld von euch, vom Bund, seht zu, wir ihr klarkommt.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Abg. Henfling)

Das ist das, was Ihr Antrag sagt.

(Zwischenruf Abg. Kellner, CDU: Nein!)

Ihr Antrag sagt: Vergesst es, wir nehmen das Geld nicht. Das ist die Konsequenz, wenn wir Ihren Antrag hier heute beschließen. Punkt.

(Unruhe CDU)

Doch. Es war ein netter Versuch, aber an dieser Stelle gebe ich auf.

Vielleicht kann man sagen, im Prinzip machen Sie Kulturpolitik, wie Sie Klimapolitik betreiben. Es ist reinste Realitätsleugnung. Aber das hatten wir ja heute hier auch schon.

Also noch mal: Ohne die gemeinsame Stiftung – das ist die Voraussetzung des Bundes, das kann man doof finden, es ist aber so, dass es eine Stiftung geben muss – gibt es keinen Mittelabfluss. Punkt. Das ist vielleicht eine Kröte, die man schlucken muss, aber da sind wir wieder bei der Frage, wie man Kompromisse schließt. Ein guter Kompromiss – sagt man ja so schön – tut allen gleichermaßen weh.

Was wollen wir also mit unserem Antrag hier heute? Es ging uns noch mal darum, einige Leitplanken festzulegen und natürlich – das hat auch die Kollegin Mitteldorf schon gesagt – dem Bund auch zu signalisieren, dass auch der Thüringer Landtag und die Abgeordneten des Thüringer Landtags gern dieses Geld haben möchten und das Geld investieren wollen. Das Kabinett hat das – wie gesagt – schon signalisiert und wir wollen das jetzt hier auch noch mal tun.

Damit hat Rot-Rot-Grün in dem Antrag aus seiner Sicht die Verantwortung übernommen. Wir können damit anfangen, den immensen Investitionsstau aufzulösen, und die einzelnen Kultursammlungen und Stücke verbleiben grundsätzlich vor Ort. Das steht zum Beispiel bei uns im Antrag drin, das haben Sie komplett ausgeblendet, darüber verlieren Sie kein Wort in Ihrem Antrag. Dann wollen wir, dass die Mitteldeutsche Stiftung auf Dauer angelegt ist, auch das steht in unserem Antrag drin. Und wir wollen auch die Möglichkeit einer dauerhaften Betriebskostenförderung ermöglichen. Auch das lässt der Antrag der CDU-Fraktion völlig außen vor. Außerdem wollen wir auch die Option, dass Liegenschaften in die Mitteldeutsche Schlösserstiftung weiter eingebracht werden können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, eine Mitteldeutsche Schlösserstiftung darf eben nicht zulasten Thüringens gehen. Ich erinnere an die Diskussion um den MDR-Staatsvertrag. Da wissen wir, was es heißt, wenn die CDU solche Staatsverträge verhandelt, das geht am Ende zulasten von Thüringen. Von daher steht es auch noch mal hier ganz klar drin: Wir wollen, dass das nicht passiert.

Und – das hat auch der Kollege Hartung schon erwähnt, ich sage es noch mal – eine eventuelle Auflösung bestehender Stiftungs- und Trägerstrukturen wird erst erfolgen, wenn der Betrieb der Mitteldeutschen Stiftung gesichert ist. Punkt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Wirkner, ich habe Sie ja wahrgenommen und ich weiß, dass da Ihr Rudolstädter Herz schlägt, aber ich glaube, die Dramatik, mit der Sie in diese Debatte gehen, ist hier einfach nicht angebracht. Das haben wir in diesem Antrag gesichert. Ich glaube, dass sich die Landesregierung und Minister Hoff deutlich auf Bundesebene äußern werden, was den Erhalt zumindest bis zu einem gewissen Punkt angeht, bis wir sozusagen sicher sind, in der Mitteldeutschen Schlösserstiftung – jetzt habe ich vergessen, was ich am Anfang gesagt habe, Sie wissen, was ich sagen will.

(Abg. Henfling)

Ich glaube, da wird es genug Leute geben, die sich dafür einbringen werden, auch vonseiten der Koalitionsfraktionen. Wir werden hier nicht einfach unsere Stiftung über Bord werfen, ohne zu wissen, wie weit die Stiftung trägt, die wir dann gründen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir reden ja immer vom lebenslangen Lernen. Vielleicht schaffen wir es heute noch am Ende des Tages, dass hier auch die CDU-Fraktion rausgeht und versteht,

(Zwischenruf Abg. Mitteldorf, DIE LINKE: Das glaube ich nicht!)

warum wir ihrem Antrag schlicht und ergreifend nicht zustimmen können, weil es heißen würde, wir würden das Geld vom Bund in den Wind schlagen, meine sehr geehrten Damen und Herren, und das ist keine Option.

Von daher wünsche ich allen noch einen schönen Nachmittag.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank, wir wünschen Ihnen auch einen schönen Nachmittag. Als Nächster hat sich Abgeordneter Kellner zu Wort gemeldet. Bitte schön.

Abgeordneter Kellner, CDU:

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich muss jetzt doch noch mal ein paar Sachen richtigstellen, wenn hier in diesem Haus Unwahrheiten verbreitet werden.

(Zwischenruf Abg. Henfling, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ja, das kann man so sagen, ich werde es auch gleich begründen, was ich damit meine, Frau Henfling – negative Lernkurve. Ich finde das arrogant, was Sie sich hier anmaßen, aber das ist typisch Grün,

(Beifall CDU)

diese Oberlehrerhaften. Sie sind die, die alles wissen und die anderen verstehen es nur nicht. Sie erzählen hier Sachen, da hätte ich jetzt andere Begriffe dafür, die nenne ich aber nicht.

(Unruhe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist wirklich haarsträubend, was Sie sich hier rausnehmen. Wenn Sie so im Ausschuss diskutiert hätten, als es um dieses Thema ging, hätte ich mich ja gefreut. Es kam von Ihnen nichts im Ausschuss – nichts. Wir haben drei SB-Anträge gemacht, auch von links kam nichts. Jetzt stellt man sich hier hin und sagt, wir hätten es wohl nicht verstanden, was Sie wollen. Sie haben nichts gemacht. Und noch eins: Die Anhörung wurde von Ihnen nach Möglichkeit verhindert. Sie konnten es ja nicht, weil wir das Recht auf Anhörung haben. Die Fragen hat man auch nicht zugelassen.

Präsidentin Diezel:

Herr Abgeordneter Kellner, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Mitteldorf?

Abgeordneter Kellner, CDU:

Nein.

(Zwischenruf Abg. Mitteldorf, DIE LINKE: Das ist ja tragisch!)

(Abg. Kellner)

Das zeigt doch letztendlich, wie man mit diesem Thema ernsthaft umgegangen ist. Was Sie jetzt gerade darstellen, hat so im Ausschuss nie stattgefunden. Jetzt haben wir einen Vorschlag gemacht. Wir sagen nicht, wir wollen die 100 Millionen einfach so. Wir haben gesagt, wir wollen eine Förderstiftung dafür, bei der der Bund beteiligt ist.

(Beifall CDU)

Wenn Sie da nicht zugehört haben, nicht verstehen, dann erkläre ich es Ihnen hinterher ganz gern noch mal, vielleicht bleibt dann der Eindruck, dass wir das nicht einfach so wollen, sondern wir bieten auch was, nämlich diese Förderstiftung, an der der Bund beteiligt ist. Das können Sie nicht ignorieren. Es ist einfach eine Falschbehauptung, wenn Sie sagen, wir würden nur das Geld haben wollen. Wenn 100 Millionen reichen, eine Stiftung hier aufzulösen und dann in die andere Stiftung einzuführen, weiß ich nicht, wo dann bei Ihnen die Schmerzgrenze ist. Wenn der Bund morgen sagt, wir geben euch 1 Milliarde Euro, wenn ihr mit Sachsen-Anhalt zusammengeht, Länderfusion, wäre doch mal nicht schlecht, 1 Milliarde Euro, könnten wir doch kriegen.

(Unruhe DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich könnte mir vorstellen, dass Sie auch dabei sind.

Man muss sich das mal vorstellen, eben haben wir es gehört, über 8 Jahre sind die 100 Millionen angelegt, ein zweites und drittes Paket stehen in den Sternen und wir haben das von Anfang an gesagt.

Meine liebe Kollegin Katja Mitteldorf, ich habe von Anfang an gesagt, dass ich letztendlich ein Paket mit acht Jahren – das ist das Einzige – befürworte, und wenn es keine Fortführung gibt, muss man auch nicht ernsthaft darüber nachdenken. Wir haben uns dann vereinbart, dass ich den Bund auf unserer Seite der CDU anschreibe und Sie auf der anderen Seite anschreiben, um Klarheit zu kriegen, warum wir eine Stiftung brauchen. Das war unsere gemeinsame Richtung. Wir wollten erklärt haben, warum wir diese neue Stiftung brauchen, warum wir das nicht selber können, da waren wir uns einig. Wir haben uns abgesprochen, wir haben Fragen gestellt. Ich habe es gemacht, Sie sind leider krank geworden, da konnten Sie es nicht machen, das war dann schade, aber wir haben uns beide bemüht, erst mal Licht ins Dunkel zu kriegen.

Ich möchte auch an der Stelle erinnern, wenn wir Anträge eingebracht haben, waren alle anderen Fraktionen sehr froh darüber, dass einer überhaupt zu diesem Thema nachfragt. Das muss man schon mal festhalten. Ich finde es nicht redlich, wenn man so tut, als hätten wir unseren Kurs im Zickzack bewegt, das ist schlichtweg nicht wahr. Das ist unredlich und ich finde das auch nicht in Ordnung und hätte auch nicht erwartet, dass so eine Äußerung kommt.

Wir hatten auch noch einen Vorschlag gehabt, den der Ministerpräsident eingebracht hat, wenn man sich daran erinnert. Der hat gesagt, wir arbeiten doch schon immer mit dem Bund gut zusammen, zum Beispiel bei der Klassik Stiftung Weimar. Da hat er natürlich unseren Applaus gehabt. Das könnten wir doch machen, das Modell der Klassik Stiftung Weimar mit dem Bund, ein Abkommen zwischen Thüringen und dem Bund.

(Zwischenruf Abg. Wucherpennig, CDU: Richtig, ja!)

Warum brauchen wir Sachsen-Anhalt? Das konnte mir auch keiner erklären. Mir hat heute keiner erklären können, wo der Vorteil für Thüringen liegt, außer dass man gesagt hat, der Bund gibt uns kein Geld. Aber dass wir gemeinsam streiten und sagen, vielleicht gibt es eine Möglichkeit – und das ist unsere Förderstiftung –, wenn wir gemeinsam sagen, zu den Bedingungen wollen wir das haben oder können wir das tun, dann kann ich mir vorstellen, gibt es da auch eine Bewegung, denn der Bund hat ja gesagt, wir wollen euch

(Abg. Kellner)

unbedingt helfen. Und wir zeigen jetzt einen Weg auf, dass wir gemeinsam eine Stiftung machen, aber eben eine Förderstiftung, über die das Geld fließt. Das hat mir bisher keiner von den Rednern erklärt, was eigentlich dagegenspricht – keiner, außer dass der Bund gesagt hat, das wollen wir nicht. Na toll!

(Zwischenruf Abg. Mitteldorf, DIE LINKE: Ja genau, das ist der Punkt!)

Mal sehen, was dem Bund morgen und übermorgen noch einfällt, was sie nicht wollen, und da machen wir das alle mit. Also Moment mal: Wir sind hier im Thüringer Landtag und wir haben eine eigene Stimme!

(Zwischenruf Abg. Mitteldorf, DIE LINKE: Also wollt ihr das Geld nicht?)

Und das muss ich schon sagen: Wenn Ihr das alles anders machen wollt, dann macht das, dann verkauft dieses Land und fertig aus. Vielen Dank.

(Beifall CDU)

(Unruhe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Diezel:

Frau Mitteldorf, Frau Mühlbauer hatte sich auch gemeldet. Ja? Frau Mühlbauer steht hier auf der Redeliste, dann Frau Mitteldorf. Bitte schön.

Abgeordnete Mühlbauer, SPD:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, ich wollte jetzt nicht zwischen diesen Dialog zwischen Herrn Kellner und den Kolleginnen, die hier fachlich kompetent sind.

Ich habe heute einen Auftrag und das muss ich hier richtig stellen, Herr Kellner, weil es gestern Abend einen einstimmigen Beschluss im Stadtrat der Stadt Arnstadt gab. Ich habe ihn heute mitgebracht. Wir haben auch ein Schreiben von unserem Bürgermeister bekommen, und zwar alle lokalen Abgeordneten. Ich weiß, dass Herr Thamm dieses ebenfalls hat. Ich bin vom Stadtrat gebeten worden --- Übrigens Herr Kellner, dieser Antrag wurde mit der Initiative der CDU-Kollegen und -Kolleginnen, so korrekt muss man sein, erarbeitet. Wir würden uns sehr freuen – ich lege das Schreiben des Bürgermeisters gern vor –, wenn wir dann im Nachgang in unsere Stiftung aufgenommen werden. Wir begrüßen hier als Stadtrat ganz deutlich die Aufnahme des Absatzes 6, wo es möglich ist, weitere Liegenschaften aufzunehmen, und wir werben dafür, dass in der nächsten Legislatur bitte hier alle politisch in Verantwortung Stehenden sich daran beteiligen, dass wir als Arnstädter die Möglichkeiten bekommen, die Unterlagen so einzureichen, dass dieser Antrag bearbeitet werden kann und unter Umständen das Stiftungsgesetz aufgemacht wird.

Sehr geehrter Herr Kellner, bitte aus Sicht der Kommunalpolitikerin, die Stadträtin ist: Ich glaube, es ist Ihnen aufgefallen, dass die vielen wunderschönen kleinen Schlösser, die wir haben, unsere Kommunen massiv überfordern. Wir sehen einen Lichtschein am Ende des Tunnels für unser Juwel, das wir in Arnstadt haben, und würden uns sehr freuen, wenn wir im Prinzip gemeinsam mit dem Bund die Sicherung unseres Kunstgutes zustande bringen. Wir freuen uns darauf, einstimmiger Beschluss gestern Abend. Danke.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Diezel:

Danke schön. Jetzt Frau Kollegin Mitteldorf.

Abgeordnete Mitteldorf, DIE LINKE:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Lieber Jörg Kellner, am Ende stehen Sie wieder hier und behaupten, wir würden Thüringen verkaufen. Dieses Mal war es sogar noch eins weiter. Ich finde, man kann unterschiedlicher Auffassung zu unterschiedlichen Themen sein. Aber sich in der Frage, ob wir ein Sonderinvestitionsprogramm des Bundes in Anspruch nehmen und damit dem folgen, was er uns an Vorgaben gibt, damit wir dieses Sonderinvestitionsprogramm bekommen, gleichzeitig einen Antrag vorlegen, wo wir sehr klar sagen, welche Dinge wir auch in einem Staatsvertrag und in der Vereinbarung geregelt haben wollen, dann hier immer noch hinzustellen und jetzt mittlerweile nicht nur von Ausverkauf von Kulturgütern zu sprechen, sondern mittlerweile davon zu sprechen, wir würden das Land verkaufen, das ist unredlich, sehr geehrter Herr Kellner.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da Sie meine Zwischenfrage vorhin nicht zugelassen haben, als Sie gesagt haben, im Ausschuss wäre von uns nichts gekommen, möchte ich doch mal sagen: Es ist ein nicht öffentlicher Ausschuss – übrigens vor allem deshalb noch nicht öffentlich, weil die CDU-Fraktion sich so ein bisschen versperrt, dass man mal darüber redet, die Ausschüsse öffentlich zu machen. Und das andere ist: Es ist einfach unwahr. Wir können gern mal zusammen die Protokolle lesen, was wir uns den Mund fusselig geredet haben, weil es immer wieder dieselben Fragen und vor allem auch immer wieder dieselben Annahmen waren, die einfach nicht richtig sind, bis hin zu dem, dass hier an diesem Rednerpult gerade eben wieder wiederholt worden ist: Warum müssen wir das denn machen – bis auf die Tatsache, dass der Bund das will? Ja, sorry, aber da kann ich nur sagen: Der Kollege Rehberg, der ja Ihrer Fraktion angehört, hat nicht mal auf die Anhörung geantwortet.

Präsidentin Diezel:

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage vom Abgeordneten Kellner?

Abgeordnete Mitteldorf, DIE LINKE:

Aber sicherlich.

Abgeordneter Kellner, CDU:

Vielen Dank. Da habe ich gleich noch mal eine Nachfrage, was die Anhörung anbelangt. Ist es richtig, dass die öffentliche Anhörung zu diesem Thema im Ausschuss, die mündliche Anhörung von Rot-Rot-Grün abgelehnt wurde?

Abgeordnete Mitteldorf, DIE LINKE:

Richtig – und ich sage Ihnen auch, warum. Weil es keine Anhörung zum Inhalt, sondern zum Sofortbericht der Landesregierung ist und ich mich frage, was der Sinn und Zweck einer Anhörung zu einem Sofortbericht der Landesregierung ist, wo es also keinen inhaltlichen Antrag gab, denn – und das gehört zur Wahrheit dazu – den Antrag, den Sie zum Sonderplenum gestellt haben, wo es so ein bisschen Handlungsauftrag gab, den haben Sie im Ausschuss für erledigt erklärt.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das heißt, wir haben eine Anhörung zu einem völligen Novum gemacht, nämlich zu dem Sofortbericht der Landesregierung, sprich zum Sprechzettel von Staatssekretär Malte Krückels. Das ist die Wahrheit und das ist übrigens wenig gehaltvoll, weil wir auch gesagt haben,

(Abg. Mitteldorf)

(Unruhe CDU)

dieser Sofortbericht zu diesem Sonderplenum war der derzeitige, damalige Sachstand. Dazu haben Sie eine Anhörung beantragt und wir haben gesagt, wir sehen den Sinn nicht, das mündlich zu tun, weshalb wir Ihnen das Minderheitenrecht zugestanden haben, es schriftlich zu tun. Herzlichen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Diezel:

Es gibt eine weitere Wortmeldung. Herr Abgeordneter Hey, SPD-Fraktion.

Abgeordneter Hey, SPD:

Frau Präsidentin, vielen Dank. Meine sehr geehrten Damen und Herren, so peinlich der Antrag der CDU-Fraktion in Teilen ist und so sehr er zum Schmunzeln verleitet – lesen Sie einmal Punkt III. Nr. 4, mit wem die Landesregierung ab sofort Verhandlungen aufnehmen soll, nämlich mit verantwortlichen Vertretern des Haushaltsausschusses des Bundestags sowie der Deutschen Bundesregierung. Das finde ich ja große Klasse. Mit wem soll denn unsere Landesregierung sonst verhandeln, mit welcher Bundesregierung? Vielleicht, wenn es um die österreichische geht, mit dem Habsburger Haus, dass wir da vielleicht auch noch eine Stiftung hinbekommen? Deswegen immer meine Empfehlung, lesen Sie den einfach noch mal quer, wenn der Referent das da so hineingeschrieben hat. Aber das ist eine andere Frage.

So sehr also dieser Antrag zum Teil zum Schmunzeln verleitet, so sehr er zum Kopfschütteln verleitet, wenn ich mir immer wieder anhöre, es sei ja wohl kein Tatbestandsmerkmal, wenn der Bund irgendeine Bedingung daran knüpft, so sehr frage ich mich auch, ob der Kollege Kellner bei der Veranstaltung am 15. August in der Tabakmühle hier in Erfurt persönlich anwesend war und begriffen hat, was die beiden Bundestagsabgeordneten Kahrs und Schneider dort der versammelten Menge derer, die sich für Kunst und Kulturpolitik in diesem Land noch engagieren, mitgeteilt haben. Nämlich: Es hat einen guten Grund, dass die zwei Bundesländer, Sachsen-Anhalt und Thüringen, eine Bundesförderung bekommen sollen, weil in diesen beiden Bundesländern vollkommen unterschiedliche Regierungsbündnisse bestehen. Für ein größtmögliches Bündnis, auch im Bundestag, braucht es nämlich noch eine Mehrheit, wenn der Bundestagshaushalt verabschiedet werden soll, dass dann also eine größtmögliche Mehrheit erzielt werden soll. Genau deswegen werden diese beiden Länder in der Form zusammengefasst.

Auch wenn es heute wieder von der CDU keiner gemacht hat, sage ich es trotzdem noch mal gerne hier in die geöffneten Stenoblöcke der Presse und in die geöffneten Mikrofone: Vielen Dank an die beiden Abgeordneten Kahrs und Schneider, aber auch an Rehberg von der CDU,

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

dass sie den Weg frei machen, für eine der größten Kulturförderungen, die wir hier in diesem Bundesland in den letzten Jahren überhaupt begrüßen konnten. Das ist im Übrigen – das muss ich Herrn Kellner auch noch mal deutlich sagen – auch eine astreine Wirtschaftsförderung. Der eine oder andere mag ja meinen, das sei alles nur eine Investition in tote Steine. Aber wer baut denn da? Wer verbaut die 200 Millionen Euro? Das sind Gewerke wie Zimmerer, Gerüstbauer. Das ist eine absolute Wirtschaftsförderung, die Sie versuchen, in irgendeiner Art und Weise – ich kann nicht verstehen, warum, ich mutmaße da wahrscheinlich so ein bisschen Wahlkampfgetöse –, die Sie versuchen, in irgendeiner Form zu hintertreiben, indem Sie sagen, wir las-

(Abg. Hey)

sen uns doch vom Bund nicht aufoktroieren, wenn die Geld für uns haben, unter welchen Bedingungen wir das annehmen. Das ist doch absurd!

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Deswegen noch mal meine herzliche Bitte, darüber nachzudenken, ob man diesen Antrag in dieser Form aufrechterhält, weil er nicht gerade zur guten Stimmung, auch innerhalb des Lagers der christlich-demokratischen Union in Berlin, beiträgt. Das habe ich mir im Übrigen schildern lassen von dem einen oder anderen Abgeordneten, der dort die Verantwortung trägt und der auch die Parteifarbe von Ihnen hat.

Zum anderen muss ich sagen, ich finde das sehr, sehr enttäuschend. Johannes Kahrs hat in dieser Versammlung am 15. August gesagt: Im Übrigen, weil wir wissen, dass das Portfolio der „Stiftung Thüringer Schlösser und Gärten“ nicht vollständig ausgereizt ist, dass ihr da auch noch andere Objekte habt, die unter anderem eben auch noch förderungswürdig sind, dann gebt den Weg frei, dass es möglich sein muss, unter anderem auch solche noch dazukommenden Objekte, die historisches Gut, die überliefertes Kulturgut dieses Freistaats sind, letzten Endes mit dieser Förderung noch mit zu bedenken. – Das haben wir getan. Lesen Sie sich bitte unter anderem durch – ich rede jetzt auch einmal als Lokalmatador. Ja es ist so, wir haben ein Problem, dass in der Stiftung Thüringer Schlösser und Gärten beispielsweise nur die Hülle des Schlosses Friedenstein eingeschlossen ist, nicht aber die dort befindliche Stiftung Schloss Friedenstein, die ein anderes Rechtswesen besitzt. Wir haben außerdem gesagt, wenn wir unter anderem auch das barocke Universum in Gotha entwickeln wollen, muss die Forschungsbibliothek mit rein. Das finden Sie auch in unserem Antrag. Zusätzlich, haben wir gesagt, gibt es viele, viele andere lohnenswerte historische Objekte, die genauso überführt werden müssen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Davon findet sich in Ihrem Antrag nicht einmal ein Wort. Das finde ich, muss ich wirklich mal sagen, gegenüber allen anderen, die auch kommunalpolitische Verantwortung tragen, in den jeweiligen Gemeinderäten, in den Stadträten, in den Landkreisen, die jetzt quasi auch aufgrund Ihres Antrages leer ausgehen sollen, nur weil Sie es vielleicht vergessen haben. Das finde ich schon – das sage ich jetzt nicht, da bekomme ich einen Ordnungsruf.

Und dass in Ihrer Fraktion im Übrigen auch noch keine hundertprozentige Klarheit herrschen dürfte, wie Sie sich zu dem Antrag von Rot-Rot-Grün verhalten oder was Sie mit diesem Antrag hier veranstalten, habe ich gestern Abend wieder gemerkt bei einer Podiumsrunde, wo die Abgeordnete Marion Rosin – die sitzt jetzt hinter mir im Nacken – gesagt hat, wir werden uns bei dem Antrag enthalten. Bei welchem? Ihrem? Unserem? Da bin ich mal sehr gespannt. Machen Sie erst einmal Klarheit in Ihren eigenen Reihen, was Sie eigentlich wollen.

(Beifall DIE LINKE)

Nur eines ist Fakt: Der jetzige Antrag, der hier vorliegt, verhindert nicht nur eine der größten Kulturförderungen, die wir vom Bund in dieses Bundesland hineinlenken können, sondern er ist letzten Endes auch ein Schlag ins Gesicht derer, die für die CDU und für die SPD im Bundestag dafür geradestehen müssen, dass wir im November einen Haushaltsbeschluss fassen, der diese 200 Millionen Euro hier in Thüringen letzten Endes auch möglich macht.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Abg. Hey)

Ich bitte Sie herzlich, denken Sie noch einmal darüber nach, ob das hier der richtige Weg ist und ob man diesem Wahlkampfgetöse bei einem so wichtigen Thema letzten Endes auch Vorrang geben sollte. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank. Für die Landesregierung spricht Herr Prof. Hoff.

Prof. Dr. Hoff, Minister für Kultur, Bundes- und Europaangelegenheiten und Chef der Staatskanzlei:

Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Es ist ja hier in dem Hause im Sonderplenum umfangreich über dieses Themenfeld diskutiert worden. Deshalb geht es mir darum, hier deutlich zu machen, was sich auch seit diesem Sonderplenum verändert hat, aber welche Positionen auch gleich geblieben sind.

Vielleicht noch mal die Erinnerung auf die paar Punkte, auf die Kollege Hey auch schon hingewiesen hat. Wir müssen uns vergegenwärtigen, dass es 1994, der Gründung der Stiftung Schlösser und Gärten – auch in der spezifischen Erinnerung daran, warum ist diese Stiftung Schlösser und Gärten gegründet worden –, darum ging, in einer schwierigen, häufig auch sehr, sehr komplizierten Übertragung, eigentumsrechtlichen Übertragung von Kulturdenkmälern in die Verantwortung des Freistaats Thüringen mit der Stiftung Thüringer Schlösser und Gärten dafür Sorge zu tragen, dass diese für die Kulturlandschaft Thüringens bedeutsamen Kulturdenkmale gesichert, entwickelt und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Seit 1994 sind mehr als 230 Millionen Euro in diese inzwischen 31 Liegenschaft investiert worden. Wir haben darüber hinaus natürlich noch Liegenschaften wie die Klassikstiftung Weimar mit den dortigen Objekten. Wir haben die Wartburg-Stiftung, in die im gleichen Zeitraum auch nicht unerhebliche Investitionsmittel geflossen sind. Aber diese 200 Millionen Euro, die über das Sonderinvestitionsprogramm aktiviert werden sollen, sind quasi eine Neugründung des Rahmens unserer Schlassersicherung und -entwicklung. Das müssen wir uns vergegenwärtigen. Wenn wir davon ausgehen, dass in den 20er-Jahren dieses Jahrhunderts der Freistaat Thüringen die Nachwendezeit hinter sich lässt, dann ist mit Blick auf dieses Sonderinvestitionsprogramm, bei dem ich nicht pessimistisch, sondern sehr realistisch optimistisch bin, dass auf ein Sonderprogramm I ein Sonderinvestitionsprogramm II folgen wird, es jede Anstrengung wert, im Rahmen des kooperativen Kulturföderalismus dafür Sorge zu tragen, dass Bundesmittel und Landesmittel in einer Zeit, in der es Bund und Land konjunkturell sehr gut geht, in die Sicherung der Kulturdenkmale fließt,

(Beifall SPD)

damit wir gerade dann, sollten wir – was hoffentlich nicht passiert – in eine konjunkturell wieder angespanntere Situation kommen, wissen, dass wir das Geld richtig und zum guten Zeitpunkt sinnvoll investiert haben. Das ist genau der Rahmen, über den wir diskutieren. Insofern finde ich es wirklich bedauerlich, dass Kollege Kellner, mit dem ich gerne diskutiere, seit geraumer Zeit die Diskussion über diese Schlösserstiftung vor allem dazu verwendet, das Haar in der Suppe zu finden, weil es möglicherweise auch im Wahlkampf ja nicht möglich sein kann, zu sagen: Die Differenzen, die wir haben, die sind letztlich so banal, da müssen wir nicht wirklich diskutieren.

(Beifall SPD)

Aber weil Wahlkampf ist, müssen wir das jetzt so aufplustern, als ob hier der Eindruck entsteht, dass es hier zwei wirklich sich kontradiktorisch gegenüberstehende Sichtweisen gibt. Das ist in der Sache nicht der Fall

(Minister Prof. Dr. Hoff)

und schon die, sagen wir mal, emotionslose Darstellung, die Herr Kellner heute hier präsentiert hat, zeigt ja, dass er eine Pflichtübung zu absolvieren hatte, nämlich die Pflichtübung, irgendwie dagegen zu sein bei einer Sache, die man eigentlich gut finden muss.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn wir uns darauf verständigen, dass das die Sichtweise darauf ist, dann kann ich damit leben.

Ich bin Matthias Hey und allen Abgeordneten, die das hier angesprochen haben, sehr dankbar, auch noch mal deutlich zu machen, dass wir zwei Haltungen gegenüber dem Bund auch parallel entwickeln können, ohne uns zu widersprechen. Wir können den Abgeordneten aus Thüringen, die sich in unterschiedlicher Form in den unterschiedlichen Programmöglichkeiten des Bundes für unseren Freistaat einsetzen, Dank aussprechen dafür, dass sie sich im Deutschen Bundestag für den Freistaat Thüringen einsetzen. Wir haben gerade über die Denkmalförderung des Bundes wirklich viele Mittel akquirieren können und ich kann mich nicht erinnern, dass Abgeordnete der CDU-Fraktion so pusselig mit dem Bund umgegangen sind, wenn es immer die jährlichen Pressemittelungen gab, wenn aus der Denkmalförderung, bei der die Zuständigkeit beim Deutschen Bundestag liegt, für Thüringer Vorhaben Mittel zur Verfügung gestellt wurden. Dabei ist in der Regel die Dankbarkeit sehr groß, aus gutem Grund, von mir auch.

Insofern, wenn ich Carsten Schneider danke, wenn Johannes Kahrs, der eben nicht aus Thüringen, sondern aus Hamburg kommt, und sich trotzdem, weil er ein unglaublich kulturinteressierter Mensch ist, sich für dieses Vorhaben so einsetzt, aber auch dem Kollegen Rehberg danke, auch Frau Lips aus der Unionsfraktion, und all denjenigen, die das hier möglich machen, dann ist dies die eine Seite der Dankbarkeit, dass es Bundestagsabgeordnete gibt, die sich für das kulturelle Erbe in Mitteldeutschland, insbesondere auch in den Ländern Sachsen-Anhalt und Thüringen, einsetzen.

Gleichzeitig kann man natürlich auch – und das ist das Bild, das die CDU zeichnet und das ist vielleicht das Bild, was mehr über die CDU-Fraktion aussagt als über die Landesregierung und die Position der Koalition, dass man mit dem Bund offenbar in der Vorstellung der Unionsfraktionen nur diskutieren kann nach dem Prinzip „Friss oder stirb!“ So ist es nicht. Der Bund sagt tatsächlich: Das hat inhaltliche Gründe, es hat Stück weit auch taktische Gründe. Gründet eine länderübergreifende Stiftung. – Aber das positive Vorbild der länderübergreifenden Stiftung ist die Stiftung „Preußische Schlösser und Gärten“. Und sich daran zu orientieren und dem Bund deutlich zu machen, eine Orientierung an der Stiftung „Preußische Schlösser und Gärten“ ist keine Blaupause, sondern ist eben eine Orientierung und eine Adaption auf den spezifischen Rahmen, in dem sich Thüringen und Sachsen-Anhalt befinden. Na klar ist das eine Diskussion. – Also ich rede jetzt mal überwiegend zu den Koalitionsfraktionen, denn das sind die, die zuhören.

Ich will noch ein Weiteres sagen, weil das viel Diskussionsstoff gezeigt hat. Wenn wir sagen, wir bringen die Stiftung „Thüringer Schlösser und Gärten“ in die Mitteldeutsche Stiftung ein, dann haben wir uns tatsächlich überzeugen lassen, dass das erste Modell, die Herauslösung einzelner Liegenschaften, nicht der beste Weg ist.

Präsidentin Diezel:

Ich bitte doch um Aufmerksamkeit für die Rede des Ministers.

Prof. Dr. Hoff, Minister für Kultur, Bundes- und Europaangelegenheiten und Chef der Staatskanzlei:

Dass es nicht der beste Weg ist, sondern dass es darum geht, die Stiftung als Ganzes in die zu gründende Mitteldeutsche Stiftung zu überführen. Und wenn jetzt die Überführung der Stiftung immer mit dem Verlust Thüringer Souveränität gleichgesetzt wird, dann sage ich: Werfen wir doch mal einen Blick in die Kulturstiftung Sachsen-Anhalt und deren Entwicklung. Die entstand doch aus zwei Stiftungen, wurde mit weiteren Stiftungen fusioniert und ist eine Stiftung, unter deren Dach rechtlich selbstständige und rechtlich unselbstständige Stiftungen sind. Das heißt, ein solches Entwicklungsmodell ist möglich, ist auch gewünscht, Kollegin Henfling hat darauf hingewiesen, dass wir hier durchaus im Entwicklungszeitraum der Mitteldeutschen Schlösserstiftung und auch in der Entwicklungsperspektive eine Abprüfung der rechtlichen Selbstständigkeit und Unselbstständigkeit unserer Stiftung sehen. Aber die Zusammenarbeit der beiden Stiftungen in einer Mitteldeutschen Stiftung ist uns wichtig. Ich kann, ehrlich gesagt, das Herunterreden Sachsen-Anhalts als Teil des mitteldeutschen Kulturerbes, was Kollege Höcke hier versucht hat, nicht verstehen. Aber das liegt möglicherweise daran, dass ein zugewanderter Westdeutscher über unseren Freistaat Thüringen und das Land Sachsen-Anhalt redet. Es war 1990 nicht klar, ob Naumburg zu Thüringen kommt oder Altenburg in Sachsen bleibt. Das heißt also, wir reden über einen gemeinsamen Kulturraum, dessen Grenzziehung am Ende auch gewissen Zufällen und politischen Entscheidungen oblag. Aber es ist ein gemeinsamer Kulturraum. Und diesen Kulturraum gemeinsam zu entwickeln, mit einer Stiftung Thüringer Schlösser und Gärten, Kulturstiftung Sachsen-Anhalt in der Kulturstiftung Mitteldeutsche Schlösser und Gärten, das ist das Ziel. Ich danke den Koalitionsfraktionen dafür, dass sie mit dem Antrag auch gegenüber dem Bund das deutliche Signal setzen, dass hier in Thüringen die Bereitschaft dafür besteht, und zwar getragen vom Thüringer Landtag. Herzlichen Dank dafür.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank. Ich schließe die Beratung. Wir kommen zur Abstimmung, als Erstes über den Antrag der CDU-Fraktion in der Drucksache 6/7651 – Neufassung –. Wer dafür ist, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Das sind die Fraktionen der CDU, der AfD sowie der fraktionslose Abgeordnete Rietschel. Wer ist dagegen? Dagegen sind die Koalitionsfraktionen. Wer enthält sich? Es enthält sich der fraktionslose Abgeordnete Gentele. Damit ist der Antrag der CDU-Fraktion abgelehnt.

Bitte?

Abgeordneter Dr. Pidde, SPD:

Im Namen der Koalitionsfraktionen beantragen wir namentliche Abstimmung.

Präsidentin Diezel:

Dann bitte ich die Schriftführer, ihres Amtes zu walten. Wir stimmen über den Antrag der Fraktionen Die Linke, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen in der Drucksache 6/7745 ab. Ich bitte, die Stimmen abzugeben.

Konnten alle abgeben? Danke schön. Dann bitte ich um Auszählung. In der Auszählpause bitte ich die Parlamentarischen Geschäftsführer zu mir.

Meine Damen und Herren, ich habe ein Ergebnis der Abstimmung zu diesem Antrag der Koalitionsfraktionen in der Drucksache 6/7745 vorliegen. Abgegebene Stimmen 80, Jastimmen 44, Neinstimmen 36 (**namentliche Abstimmung siehe Anlage ...**). Damit ist der Antrag bestätigt. Danke schön.

(Präsidentin Diezel)

Ich schließe die Debatte zu diesem Antrag. Ich erteile der Kollegin Rosin eine Rüge für die nonverbale Äußerung.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich bitte um Ernsthaftigkeit, Frau Kollegin. Ich habe Sie gerügt und ich bitte, dass wir die Debatte jetzt fortsetzen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 24**

**Eigentum, Nutzung und Spekulation mit Grundvermögen in Thüringen
Beratung der Großen Anfrage der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Antwort der Landesregierung - auf Verlangen der Fraktion DIE LINKE -**

Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags

- Drucksache 6/7010 -

Wünscht die Fraktion Die Linke das Wort zur Begründung? Nein. Dann treten wir in die Aussprache ein. Als Erster hat Herr Abgeordneter Müller von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

Abgeordneter Müller, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste, die Antwort der Landesregierung auf unsere Große Anfrage zeigt, was wir befürchtet hatten: Der Kauf von landwirtschaftlichen Betrieben durch außerlandwirtschaftliche, oft nicht am langfristigen Erhalt von Böden und Arbeitsplätzen interessierten Unternehmen ist auch bei uns in Thüringen zu einem Problem geworden. Es ist schon bekannt, dass wir von Bündnis 90/Die Grünen an einer Gesetzesvorlage arbeiten, um dem zu begegnen. Wir werden diese im Oktober der Öffentlichkeit vorstellen. Dann weiß jeder, was wir in der nächsten Legislaturperiode hier in diesem Haus umsetzen wollen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist auch schon bekannt, dass wir bezüglich der rechtlichen Umsetzungsmöglichkeiten aufgrund der Föderalismusreform mehr Möglichkeiten sehen, als bislang vom Ministerium vorgeschlagen. Konkret heißt das, dass wir in einem Landesagrarstrukturgesetz regeln wollen, unter welchen Bedingungen Land und Anteile von Land besitzenden Gesellschaften verkauft werden sollen oder dürfen. Dazu wollen wir die vom Bund erlassenen Gesetze Grundstückverkehrsgesetz, Landpachtverkehrsgesetz sowie das nach Artikel 125 des Grundgesetzes fortgeltenden Reichssiedlungsgesetzes im Landesrecht in einem Gesetz zusammenfassen und an die Erfordernisse Thüringens anpassen. Das bisherige Recht wird zudem um eine Genehmigungspflicht für die Veräußerung von Gesellschaftsanteilen an landwirtschaftlichen Unternehmen erweitert.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich hatte es im Frühjahr in diesem Haus bereits ausgeführt: Je größer die Agrarstrukturen, die Agrarbetriebe sind, desto eher wecken sie das Kaufinteresse bei Finanzinvestoren, die sich bemühen, mangels lukrativer alternativer Geldanlagemöglichkeiten in diesem Wirtschaftssegment Fuß

(Abg. Müller)

fassen zu können und zu investieren. Wir als Bündnis 90/Die Grünen kritisieren schon seit Jahren den möglichen Verkauf gesamter oder Anteile von Betrieben einschließlich der dazugehörigen Grundstücks- und Pachtverträge. Heute ist es so, dass die Öffentlichkeit nur durch Zufall erfährt, wer verkauft und an wen verkauft wird. Nach wie vor bestehen keine Melde- oder Anzeigepflichten bei solchen geplanten Verkäufen. Das ist einer der Faktoren, warum wir an einem solchen Agrarstrukturgesetz arbeiten, um Transparenz in diese Grundstücksverkehrsbereiche zu bekommen und sie, wenn nötig, auch zu verhindern. Insbesondere die Sharedeals, die in der letzten Zeit häufiger publiziert worden sind, wollen wir damit ans Licht der Öffentlichkeit holen. Wir streben für diese Flächen ein Vorkaufsrecht für die Thüringer Landgesellschaft an. Die dabei erworbenen Flächen können wir dann zum Beispiel auch bevorraten und dann später Junglandwirtinnen und Junglandwirten zur Verfügung stellen.

Wir als Bündnis 90/Die Grünen setzen uns für eine vielfältige Landwirtschaft ein, eine Landwirtschaft, die die Landschaft prägt und ihren Beitrag zum gesellschaftlichen Wohlergehen liefert und liefern kann. Um dies zu erfüllen, bedarf es allerdings auch einer Sicherstellung, dass ortsansässige Betriebe mit eigenen Flächen, unabhängig von ihrer Größe selbstbestimmt und nicht in Abhängigkeit von national oder international tätigen Konzernen oder Investoren agieren können. Dieser Notwendigkeit kommen wir mit unserer Gesetzesinitiative nach. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter. Als Nächster spricht Abgeordneter Primas von der CDU-Fraktion zu uns. Nein, das macht Abgeordneter Malsch. Bitte schön.

Abgeordneter Malsch, CDU:

Werte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörer! Der forst- und landwirtschaftliche Bodenmarkt ist schon seit vielen Jahren in großer Bewegung. Die Kauf- und Pachtpreise steigen und durch den andauernden Niedrigzins ist Boden als Spekulationsobjekt attraktiv für Investoren geworden. Im Ergebnis der jetzt vorliegenden Faktensammlung wird in einer neuen Legislaturperiode zu prüfen sein, ob eine Novellierung gesetzlicher Regelungen um das Vorkaufsrecht für forst- und landwirtschaftliche Flächen und die Transparenz bei Unternehmensverkäufen erforderlich ist.

Die CDU-Fraktion verschließt sich der Novellierung bodenrechtlicher Vorgaben mit dem Ziel einer ausgewogenen Agrarstruktur und zur Abwehr außerlandwirtschaftlicher Investitionen nicht. Die Gesetzgebungskompetenz für den landwirtschaftlichen Bodenmarkt liegt seit der Föderalismusreform im Jahr 2006 bei den Ländern. Dies gilt auch für etwaige Regelungen einer grundstücksverkehrsrechtlichen Genehmigungspflichtigkeit des Anteilserwerbs an Gesellschaften mit wesentlichem Besitz an landwirtschaftlichen Flächen. Da ist es immer wieder bemerkenswert, dass diese Landesregierung zu dem Thema offenbar nichts auf die Reihe bekommt.

Werte Kolleginnen und Kollegen, schon im Januar hatte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Grünen im Landtag, Olaf Müller, bei einer Protestaktion der Arbeitsgemeinschaft Bäuerliche Landwirtschaft angekündigt, dass die rot-rot-grüne Regierungskoalition in Thüringen noch vor der Landtagswahl im Oktober ein Gesetz erlassen will, um Bodenspekulanten und Finanzinvestoren den Aufkauf von Landwirtschaftsbetrieben zu erschweren. Ich habe noch keinen Gesetzentwurf gesehen. Aber mit der rot-rot-grünen Ankündigungsrhetorik geht es munter weiter: Heute steht in der Zeitung, dass Frau Siegesmund in den ersten

(Abg. Malsch)

100 Tagen einer neuen Regierungszeit einen Entwurf für ein Agrarstrukturgesetz vorlegen werde. Abgesehen davon, dass uns der liebe Gott und der Wähler vor einer neuen rot-rot-grünen Koalition bewahren möge,

(Beifall CDU)

wäre Frau Siegesmund für ein Agrarstrukturgesetz gar nicht zuständig. Bei Frau Keller hört sich das schon ganz anders an. Sie sagt, es sei sehr wahrscheinlich, dass ein solches Gesetz auf der Agenda weit oben stehe.

Werte Kolleginnen und Kollegen, und wenn man in die Antwort auf die Große Anfrage reinschaut, wird klar, was damit gemeint ist. Dort antwortet die Landesregierung: „Hier besteht noch erheblicher Prüfungsbedarf.“ Ergo: Die, die jetzt fünf Jahre regiert haben und bis jetzt nichts zustande bekommen haben, werden munter und geben schon wieder fleißig Versprechen.

Ich muss noch mal daran erinnern, wir haben über die Problematik hier nicht nur einmal gesprochen. Mein Kollege Egon Primas hat schon in der Plenarsitzung im Februar gesagt, dass die Landesregierung doch mal etwas unternehmen sollte. Ein bisschen was unternommen hat sie ja. Im November 2017 fand im Thüringer Landtag ein Workshop „Landwirtschaftliche Bodenmarktpolitik in Thüringen“ statt, bei dem Agrar- und Rechtsexperten in ihren Vorträgen den aktuellen Sachstand zum Thema vermittelten und mögliche Handlungsoptionen aufzeigten. Auf die Schlussfolgerungen der Landesregierung warten wir aber bis heute.

Aber noch einmal zur Sache: Warum haben wir denn keine schärferen bodenrechtlichen Regelungen, wenn doch das Problem seit 2008 immer stärker ins Bewusstsein rückt, wenn sich doch Bund- und Länderarbeitsgruppen, Agrarministerkonferenzen, Institute und Gutachter intensiv mit dem landwirtschaftlichen Bodenmarkt auseinandersetzen und Handlungsoptionen aufzeigen? Das ist ganz einfach: Weil eben eine unmittelbare staatliche Lenkung bzw. Mengen- oder Preisregulierung des Bodenmarkts vor dem Hintergrund der verfassungsrechtlichen Eigentumsfreiheit eine rechtlich problematische Sache ist. Es ist nicht ganz einfach, gesetzliche Eingriffe zu begründen, die das verfassungsrechtlich geschützte Eigentum von Grund und Boden betreffen. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank. Es hat jetzt Frau Abgeordnete Hennig-Wellsow von der Fraktion Die Linke das Wort.

Abgeordnete Hennig-Wellsow, DIE LINKE:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, über die Ankündigungspolitik der CDU reden wir nicht – also die ganze Rücklage im Haushalt verschenken zu wollen,

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

über das Versprechen, Straßenausbaubeiträge bis 1990 komplett zurückzuzahlen –, darüber sei hier heute nicht gesprochen.

(Beifall DIE LINKE)

Andererseits: Ich habe auch noch kein Gesetz von Ihnen gesehen.

(Zwischenruf Abg. Malsch, CDU: Wir haben es auch nicht angekündigt!)

(Abg. Hennig-Wellsov)

Also haben Sie offensichtlich überhaupt gar kein Interesse, Spekulationen von und mit Agrarflächen zu verhindern.

(Zwischenruf Abg. Primas, CDU: Wir regieren hier ja nicht!)

Liebe Abgeordnete, ich möchte jetzt ...

(Unruhe im Hause)

– Ihr macht sie ja nie, das ist das Problem einer Opposition. Aber wir können das auch schon selbst ganz gut. Deswegen haben wir unter anderem die Große Anfrage an das Ministerium gerichtet, wie es denn überhaupt aussieht, wie groß die Flächen sind, wie es mit den Verkäufen von Flächen aussieht, damit wir überhaupt erst mal eine Zahlenbasis bekommen. Die Zahlenbasis ist sehr umfangreich, deswegen möchte ich hier heute gar nicht über Zahlen reden. Die Große Anfrage und die Antwort kann sich jede und jeder auch im Netz anschauen. Wer es wissen möchte: Es ist die Drucksache 6/7613.

Wenn ich heute nicht über Zahlen rede, so rede ich doch über Konsequenzen aus dieser Beantwortung der Anfrage, weil doch ziemlich deutlich geworden ist, dass Thüringen neben vor allem ostdeutschen Bundesländern durchaus mittlerweile ein Problem bekommt, was den Ausverkauf der Landwirtschaftsflächen angeht, und dass es ein komplexes Thema ist, bei dem Bund- und Landeszuständigkeiten, zum Teil auch kommunale Zuständigkeiten ineinandergreifen, die sehr fein ziseliert werden müssen, um überhaupt eine Lösung zu finden; das dürfte hier allen klar sein, also eine einfache Lösung gibt es nicht.

Wir als Linke sind uns zumindest mit den Grünen einig – bei der SPD werden wir es heute sehen –, dass wir in den neuen Koalitionsverhandlungen auch darüber reden, wie wir hier in Thüringen ein eigenes Agrarstrukturgesetz auf den Weg bekommen. Wir als Linke haben jetzt Eckpunkte für ein solches Gesetz formuliert, dazu würde ich jetzt ein paar Sachen sagen, denn eines ist völlig klar: Ohne unsere Landwirtschaft hätten wir nichts auf dem Teller, das sollte uns bewusst sein, und Bashing von Landwirtschaft hilft uns erst recht nicht weiter.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb ist es unser Anliegen, unseren Landwirtinnen und Landwirten ein gutes Auskommen zu sichern. An erster Stelle steht da natürlich auch der Zugang zu landwirtschaftlichen Flächen. Die Antwort der Landesregierung auf unsere Große Anfrage ist hier ziemlich eindeutig: Die Kaufpreise für Acker- und Grünland haben sich im Schnitt seit 2009 – sprich: in den letzten zehn Jahren – verdoppelt, die Pachtpreise sind um 50 Prozent gestiegen. Und der Anteil landwirtschaftsfremder Investoren unter den Käufern wächst und wächst und wächst. Das bedeutet, dass wir Gefahr laufen, dass die heimischen Landwirtschaftsbetriebe verdrängt werden. Und dass das überhaupt nicht aus der Luft gegriffen ist, können Sie sich vorstellen. Im Jahr 2007 hatten wir rund 3.800 Landwirtschaftsbetriebe in Thüringen, seitdem haben wir 200 Betriebe verloren. Das ist natürlich auch den steigenden Preisen für den Kauf und die Pacht von Böden geschuldet. Derzeit kostet der Hektar Agrarland knapp 11.000 Euro. Für Gründerinnen und Gründer ist es extrem schwer, sich so selbstständig zu machen. Ich meine, es muss allen hier im Raum klar sein, dass wir das nicht hinnehmen können und da einfach auch ordnungspolitisch eingreifen müssen.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein Blick nach Mecklenburg-Vorpommern oder nach Niedersachsen zeigt doch, wohin die Reise auch in Thüringen gehen könnte, wenn wir nicht eingreifen. In Mecklenburg liegen die Preise für Agrarland bei rund 22.000 Euro, in Niedersachsen schon bei rund 33.000 Euro – ganz zu schweigen von Bayern: Im Durch-

(Abg. Hennig-Wellso)

schnitt ist dort pro Hektar mit 60.000 Euro zu rechnen. Wir können und müssen eine solche Entwicklung für Thüringen verhindern und das hat sich Die Linke natürlich auf die Fahnen geschrieben. Tun wir das nicht, werden wir in 10 oder 20 Jahren nicht mehr von „unserer Landwirtschaft“ sprechen können, weil dann neue Großgrundbesitzer – wir sagen auch gern neudeutsch: Investoren – auf Thüringer Böden Monokulturen anbauen – für Bio-Sprit, für Futtermittel und dergleichen.

Ich sage das auch ganz bewusst an die Adresse derjenigen, die immer noch glauben, dass unsere Agrargesellschaften gegen den Ausverkauf der landwirtschaftlichen Flächen gefeit seien, weil sie im Zweifel das Land selbst erwerben könnten. Ich glaube, wir müssen uns eines sehr klarmachen: Auch wirtschaftlich gesunde Genossenschaften können auf Dauer nicht mit finanzstarken Akteuren und Anlegern konkurrieren.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Gegenteil: Auch die großen Genossenschaften brauchen den staatlichen Schutz, weil sie sonst die ersten sein werden, die aufgekauft werden. Auch das kann man heute bereits in Mecklenburg-Vorpommern beobachten.

Wir brauchen also einen gesetzlichen Rahmen, der unseren ortsansässigen Landwirtinnen und Landwirten den Zugang zu landwirtschaftlichen Flächen langfristig sichert. Es ist heute schon gesagt worden, seit der Föderalismusreform im Jahr 2006 sind die Länder zuständig für das landwirtschaftliche Bodenrecht. Thüringen kann und sollte daher eigene gesetzliche Regelungen zum Schutz der heimischen Landwirtschaft treffen. Dafür sind aus unserer Sicht vier Dinge nötig – und da ja die Zeit heute hier knapp ist, werde ich es auch kurz und knapp machen –:

1. Ein vorrangiges Kauf- und Pachtrecht, das sollte für Landwirtinnen und Landwirte gelten, die benachbarte Flächen kaufen oder pachten möchten. Natürlich würden wir damit den Eigentumsschutz nach Artikel 14 des Grundgesetzes berühren. Ausschlaggebend ist aber, ob durch eine solche Beschränkung der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit gewahrt würde. Nach der Einschätzung von Juristen wäre dies der Fall.

2. Die Deckelung von Pachtpreisen. Zu hohe Pachtpreise können den wirtschaftlichen Erfolg landwirtschaftlicher Betriebe gefährden. Deshalb sollten wir die gesetzliche Möglichkeit schaffen, Pachtverträge, die von den durchschnittlichen Preisen des lokalen Bodenmarktes stark abweichen, zu deckeln. Das würde immerhin das Pachtpreinsniveau transparenter machen und den Anstieg dämpfen.

3. Die Bevorratung landwirtschaftlichen Bodens durch die öffentliche Hand. Gegenwärtig müssen vom Land angekaufte Flächen unmittelbar an vorkaufsberechtigte Landwirtinnen und Landwirte weiterverkauft werden. Zeigt keine heimische Landwirtin oder kein Landwirt Interesse an einem Kauf, muss das Land die Flächen auch an landwirtschaftsfremde Investoren weiterveräußern. Das ist kein optimaler Zustand. Deshalb sollten wir der Thüringer Landesgesellschaft die Möglichkeit der Bevorratung landwirtschaftlicher Flächen einräumen. Damit könnte das Land die Flächen über einen längeren Zeitraum halten, in dem kaufwillige heimische Landwirtinnen und Landwirte gesucht werden oder das Land an diese verpachtet wird.

4. und auch das ein größeres und komplexeres Thema – die Genehmigungspflicht von Anteilskäufen. Mit den anteiligen Kauf von Landwirtschaftsbetrieben, den sogenannten Share Deals, greifen landwirtschaftsfremde Investoren auf landwirtschaftliche Flächen zu und unterlaufen damit die geltenden Gesetze zur Genehmigung von Grundstücksverkäufen. Das Land hat bislang keine gesetzliche Handhabe, dies zu verhindern. In der Folge entsteht Großgrundbesitz, dessen Bewirtschaftung immer weniger durch die ortsansässige ländliche Bevölkerung geschieht. Das kann man in Niedersachsen und auch wiederum in Mecklenburg-Vorpommern beobachten. Dadurch entfernt sich die Landwirtschaft von den dörflichen Strukturen. Die-

(Abg. Hennig-Wellso)

se Entwicklung führt zum Verlust von Arbeitsplätzen, regionaler Wertschöpfung und natürlich auch regionalem Steueraufkommen und gefährdet damit die ländliche Entwicklung insgesamt. Um diese Entwicklung für Thüringen auszuschließen, sollten wir daher eine Genehmigungspflicht für Anteilskäufe einführen.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Natürlich müssen begleitend zu diesen Schritten auch Bundesgesetze novelliert werden, so zum Beispiel das Grunderwerbsteuergesetz, um die doppelte Besteuerung bei Kauf und Weiterverkauf landwirtschaftlicher Flächen durch die öffentliche Hand zu beenden. Deshalb setzt sich die Landesregierung im Bundesrat und bei der Agrarministerkonferenz für die Veränderung dieses und weiterer Gesetze ein.

Fakt ist: Was wir hier im Land tun können, sollten wir auch hier im Land tun.

Unsere Eckpunkte für den Schutz der heimischen Landwirtschaft habe ich skizziert und wir werden in den nächsten Monaten zum einen unseren Koalitionspartnern für die neue Koalition ein solches Gesetz vorschlagen und als Erstes mit in den parlamentarischen Lauf bringen

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und zum Zweiten natürlich mit allen Akteuren, vom Bauernverband bis zur AbL und, und, und – natürlich zur Diskussion einladen, um das Beste für die Thüringer Landwirtschaft herauszuholen. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Diezel:

Danke schön. Als Nächster hat Abgeordneter Rudy von der AfD-Fraktion das Wort.

Abgeordneter Rudy, AfD:

Sehr geehrte Frau Parlamentspräsidentin, sehr geehrte Kollegen Abgeordnete, liebe Gäste, die Informationen der Großen Anfrage sind durchaus interessant und aufschlussreich, nicht nur weil die Kollegen der Koalitionsfraktionen beim § 33 Abs. 2 des Thüringer Waldgesetzes einen behördlichen Genehmigungsvorbehalt mit einem Vorkaufsrecht gleichsetzen, sondern auch, da sie die exorbitanten Steigerungen des Bodenpreisindex beim Ackerland und dem individuellen Wohnungsbau sowie die immer tiefer werdende Kluft zwischen Stadt und Land aufzeigen. Doch wussten das die Koalitionsfraktionen im Grunde schon zuvor und schon lange genug. Die Landesregierung hätte demgemäß auch schon längst gegensteuern können. Herausgekommen ist dabei jedoch sehr wenig.

Dem Bereich des sogenannten Land Grabbing – oder auf Deutsch der Landnahme – widmet sich diese Große Anfrage nur mäßig. So titelte am 17. Januar dieses Jahres die „Thüringer Allgemeine“, dass die rot-rot-grüne Regierungskoalition in Thüringen noch vor der Landtagswahl im Oktober 2019 ein Gesetz erlassen will, um Bodenspekulanten und Finanzinvestoren den Ankauf von Landwirtschaftsbetrieben zu erschweren, was die Kollegen der Koalitionsfraktionen noch mit einem medienwirksamen Auftritt hier vor dem Landtag unterstrichen. Als wir dann hier im Mai mit der Drucksache 6/6503 unseren Antrag „Thüringer Land- und Forstwirtschaft schützen – Landnahme stoppen, Bodenspekulation Einhalt gebieten“ darlegten, hieß es dann vonseiten der Grünen, dass sie zwar an einem entsprechenden Gesetz arbeiten würden, aber selbst nicht wissen, ob sie es in dieser Legislaturperiode noch schaffen würden. Das hinderte die Linken im August nicht daran, die Genehmigungspflicht für Verkäufe von Agrarbetrieben medial zu fordern.

(Abg. Rudy)

Was bei den großen Gesetzesplänen der uneinigen regierungstragenden Koalitionsfraktionen herauskam, war dann nur diese Große Anfrage, mehr nicht. Dabei versuchte die Landesregierung im Januar das Problem noch kleinzureden, während sie jetzt in der Antwort auf die Frage 9c schrieb, dass sie das Eindringen von Investoren in den landwirtschaftlichen Bodenmarkt mit großer Sorge sieht. Hier zeigt die rot-rot-grüne Landesregierung sich ähnlich uneinig, wie in der Antwort auf die Frage 9d, wo sie sich zwar für eine Gebühren- und Anzeigepflicht für Share Deals ausspricht, diese jedoch im Falle von Immobiliengeschäften in Gera selbst getätigt hat. Dies alles zeigt doch mal wieder eines ganz deutlich, meine Damen und Herren: Die rot-rot-grüne Landesregierung hat wieder einmal viel gewollt, aber nichts gekonnt. Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Präsidentin Diezel:

Danke schön. Als Nächste spricht Frau Abgeordnete Becker von der SPD-Fraktion, bitte schön.

Abgeordnete Becker, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, Bauernland gehört in Bauernhand.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Ich glaube, da sind wir uns alle hier einig und das hat die Debatte auch gezeigt. Nur der Weg dahin ist nicht ganz einfach, das muss man sagen. Bis jetzt es hat nur ein Bundesland geschafft, ein Agrarstrukturgesetz zu haben. Das ist Baden-Württemberg, nach meiner Meinung. Sachsen-Anhalt hat es probiert, Niedersachsen hat es probiert. Es scheitert schon manchmal auch an den einen oder anderen Stellen, deshalb ist es nicht schlimm, wenn wir uns Zeit lassen und ein gutes Gesetz dabei rauskommt. Aber es ist eindeutig, dass die SPD auch für ein Agrarstrukturgesetz ist. Das ist gar keine Frage.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Wir müssen dann hinterfragen, wie es umgesetzt werden soll. Wir haben jetzt beim Wald die Landgesellschaft schon eingesetzt und wir würden anregen und vielleicht prüfen lassen, dass wir das Land gar nicht weiter verkaufen wollen, sondern bei der Landgesellschaft lassen und das Land nur verpachten,

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

überhaupt nicht weiter verkaufen, sondern in unserer Hand lassen. Es muss geprüft werden. Das ist nur eine Bitte, um zu sehen, ob das überhaupt möglich ist. Alles andere ist sowieso schwierig genug. Wir müssen auch beachten, dass es nicht ganz einfach ist: Die Genossenschaften und die Agrar GmbHs suchen ja händeringend Nachfolger und vielmals sind die leider in der Familie oder auch außerhalb nicht zu finden und dann möchten sie verkaufen. Auch das müssen wir tolerieren und müssen einen Weg lassen, damit das möglich ist. Das ist ein ganz schwieriger Grad, ich weiß, das ist nicht einfach. Aber wir können auch nicht so ein Gesetz machen, dass das nicht mehr geht.

(Beifall SPD)

Dann würden manche ihr Lebenswerk als vernichtet sehen. Also wir müssen da Lösungen finden, die nicht ganz einfach sind, aber wo es die nächste rot-rot-grüne Regierung sicherlich schaffen wird, das umzusetzen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was natürlich verhindert werden muss, das sind Landgrabscher. Die taz schreibt darüber, dass gerade solche Unternehmen wie Aldi in Brandenburg und in Mecklenburg-Vorpommern Ländereien aufkaufen. Dadurch

(Abg. Becker)

wird alles entzogen, die ganze Kaufkraft, alles wird entzogen. Die Wertschöpfung geht in die alten Bundesländer. Sie schöpfen noch von der EU die Förderung ab und es geht nur darum, dem Niedrigzinssektor zu entkommen. Sie machen damit richtig Kohle. Das kann es doch nicht sein. Sie nehmen uns die Kaufkraft und sie nehmen die Agrarsubventionen mit. Versteuert und ausgegeben wird alles dann in den alten Bundesländern. Dagegen müssen wir umgehend etwas tun, dass das nicht weiter passiert, dass all die Aldi-Erben nicht noch reicher werden und wir im Osten immer ärmer. Da ist ja auch so ein Gefühl der Hilflosigkeit, weshalb viele ostdeutsche Bürger dann fragen, das geht doch nicht, jetzt verkaufen die, wie Südzucker oder Aldi, auch noch unser Land.

Es ist aber auch nicht einfach. Die haben teilweise auch Unternehmen, die im Agrarbereich arbeiten. Wir müssen da wirklich ganz langwierig nach Lösungen suchen, dass wir nicht irgendwo falsche Voraussetzungen schaffen. Also, wie gesagt, es ist kein einfacher Prozess. Die SPD steht für ein Agrarstrukturgesetz, eins, was umsetzbar ist, eins, was unseren Genossenschaften und allen hilft, den kleinen und den großen, was Thüringen nicht schadet und wo die Landgesellschaft vielleicht noch eine neue Aufgabe bekommen könnte, über die wir aber reden müssen. Denn ich glaube nicht, dass es gut ist, immer alles weiterzuverkaufen. Also da müssen wir noch mal schauen, ob das möglich ist. Da bin ich guten Mutes, dass wir auch eine Lösung finden. Dass wir die jetzt noch nicht gefunden haben, das finde ich nicht so schlimm. Wie gesagt, andere Länder arbeiten daran auch schon länger. Es ist in zwei Bundesländern gescheitert, deshalb lassen wir uns mehr Zeit und dann kommt ein gutes Gesetz heraus. Da bin ich sehr optimistisch zum Wohl unserer Genossenschaften und zum Wohl unserer Kleinbauern und zum Wohle von Thüringen. Danke.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Diezel:

Danke schön. Es gibt noch eine Wortmeldung. Herr Abgeordneter Kummer.

Abgeordneter Kummer, DIE LINKE:

Herzlichen Dank, Frau Präsidentin. Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Rudy, Sie sehen, wir haben keine zerstrittene Koalition. Die Koalition ist sich ausgesprochen einig bei dem Thema. Es gibt ja einen bösen Spruch: Die deutsche Einheit wäre erst dann vollzogen, wenn der letzte Ostdeutsche aus dem Grundbuch verschwunden ist. – Ich sage mal, dass wir es nicht so weit kommen lassen werden, haben wir in dieser Legislatur deutlich gemacht.

Meine Damen und Herren, wir brauchen uns auch nicht von irgendwem kleinreden zu lassen. Wir haben eine Geschichte in dieser Legislatur geschafft, die bei dem Ziel, dass Landwirte, dass Forstwirte ihre Flächen, die sie bewirtschaften, auch besitzen sollten, ein ganzes Stückchen weiterhilft. Wir haben ein forstwirtschaftliches Vorkaufsrecht geschaffen. Dieses forstwirtschaftliche Vorkaufsrecht dient denjenigen, die mit dem Kauf der Grundstücke die Bewirtschaftung ihrer Flächen verbessern können.

Was hat das jetzt mit landwirtschaftlichen Vorkaufsrecht zu tun? Bisher war es so, dass jemand, der eine landwirtschaftliche Fläche verkauft hat, wenn er sie zusammen mit einer forstwirtschaftlichen Fläche verkauft hat, das Vorkaufsrecht nicht zu fürchten brauchte. Vor dem Hintergrund war es eben eine Umgehungsmöglichkeit. Man hat einfach Grundstücke mehrerer Arten zusammengepackt, das Vorkaufsrecht wurde nicht vollzogen und Flächen konnten an landwirtschaftsfremde Investoren verkauft werden. Das haben wir mit dem forstwirtschaftlichen Vorkaufsrecht beendet. Aber – und soweit auch zur Notwendigkeit der Großen Anfrage, Herr Malsch – ich brauche, wenn ich eine solche Regelung treffe, die auch verfassungsmäßig geprüft

(Abg. Kummer)

sein muss, eine entsprechende Datengrundlage, die beweist, dass diese Regelung notwendig ist. Um diese Datengrundlage zu erheben, dafür brauchten wir diese Große Anfrage. Wir haben bei der Datenerhebung festgestellt, dass es noch eine ganze Reihe von Lücken bei den Daten gibt. Die müssen wir schließen. Aber zum Beispiel die Fragen die im Forstwirtschaftsbereich drinstehen, brauchen wir, um nach Vorgabe des neuen Waldgesetzes innerhalb von zwei Jahren ein Leitbild für das forstwirtschaftliche Vorkaufsrecht zu schaffen. Ein Leitbild dafür zu schaffen, wer ein zu begünstigendes Unternehmen sein sollte. Dafür brauchen wir diese Daten. Das wird am Ende die spannende Diskussion. Wir haben ein solches Leitbild auch beim landwirtschaftlichen Vorkaufsrecht noch nicht. Auch hier muss es erarbeitet werden, um zu sagen, welche Landwirtschaftsstruktur wir uns denn zukünftig wünschen. Weil natürlich auch ein großer Hedgefonds ein landwirtschaftliches Unternehmen sein kann. Aber ich sage mal, bei einer bestimmten Flächengröße wird Bodenbesitz auch zu einem Machtfaktor. Das ist eine Geschichte, über die man sich auch im Klaren sein muss, wo wir mit einem Leitbild auch gegensteuern können.

Von der Warte her ist es ausgesprochen wichtig, dass die Große Anfrage beantwortet wurde. Es ist auch ausgesprochen wichtig, dass wir sehen, welche Lücken es in den Erkenntnissen noch gibt, dass wir diese Lücken perspektivisch schließen können und uns dann an die Arbeit machen können, die Leitbilder zu erarbeiten, damit wir perspektivisch nicht nur das forstwirtschaftliche Vorkaufsrecht, sondern auch noch das Vorkaufsrecht bezüglich Unternehmen und Unternehmensanteilen hinbekommen. Dann haben wir etwas Wesentliches für unsere Landwirtschaft erreicht. Dazu diente die Große Anfrage. Vielen Dank für die Beantwortung und vielen Dank für den Weg, der hier eingeschlagen wurde.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter. Für die Landesregierung hat Staatssekretär Dr. Sühl das Wort.

Dr. Sühl, Staatssekretär:

Verehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten, die in einigen Regionen zu verzeichnenden hohen Kaufpreissteigerungen und ein zunehmendes Kaufinteresse außerhalb der Landwirtschaft stehender Kapitalanleger am landwirtschaftlichen Bodenmarkt werden seit geraumer Zeit in der Politik und zunehmend auch in der Gesellschaft intensiv diskutiert. Die Diskussion bewegt sich mitunter nach wie vor auf einer nicht eindeutigen Datenlage. Zunehmend wird jedoch Handlungsbedarf auf dem Bodenmarkt festgestellt und seitens verschiedener Interessenvertretungen werden Novellierungen vor allem im Bereich der Genehmigungspflicht sogenannter Share Deals, für mögliche Preisbremsen sowie für mehr Transparenz gefordert. Für die Regierungskoalition war dies Anlass genug, im März dieses Jahres eine Große Anfrage zum Thema „Eigentum, Nutzung und Spekulation mit Grundvermögen in Thüringen“ zu stellen. Dafür will ich mich an dieser Stelle ausdrücklich ganz herzlich bedanken.

Meine Damen und Herren, der Umfang der Bearbeitung war aufgrund der Komplexität der Themen Ihrer Fragestellung und wegen der zu beteiligenden Stellen sehr aufwendig. Seit Ende März liegt die Antwort der Landesregierung als Ergebnis einer umfangreichen Recherche vor. Die große Anfrage fügt sich in das Thema „Land und forstwirtschaftlicher Boden als Baustein“ mit einer umfangreichen Fakten- und Datenlage für Thüringen ein.

Meine Damen und Herren, die Entwicklung am Bodenmarkt und die Meldungen über Anteilskäufe landwirtschaftlicher Unternehmen, insbesondere aus Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg, aber auch in

(Staatssekretär Dr. Sühl)

Thüringen, betrachten wir, das haben wir schon früher gesagt, mit großer Sorge. Der landwirtschaftliche Bodenmarkt so wie wir ihn kannten, funktioniert insbesondere vor dem Hintergrund der Niedrigzinspolitik, nicht mehr. Deswegen müssen wir alle uns zur Verfügung stehenden gesetzlichen Möglichkeiten nutzen, um den Ausverkauf der Landwirtschaft zu stoppen. Wir haben damit begonnen, ein Agrarstrukturgesetz für Thüringen zu erarbeiten, womit wir regionale landwirtschaftliche Unternehmen stärken, eine gezielte Agrarstrukturentwicklung unterstützen und eine möglichst breite Streuung des Eigentums an Grund und Boden sichern wollen. Uns ist natürlich bewusst, meine Damen und Herren, dass dieses Gesetz nicht mehr in dieser Legislaturperiode verabschiedet werden kann. Nach meinen Erfahrungen ist dieses Gesetz nicht in 100 Tagen, auch nicht in 200 Tagen, zu erstellen, abzustimmen und vom Landtag zu beschließen. Es ist ein wirklich großes Vorhaben, das zu einem der großen Vorhaben für die nächste Landesregierung gehören wird. In einem ersten Schritt ist ein agrarstrukturelles Leitbild für Thüringen zu erstellen. Auch daran arbeiten wir bereits. Hierzu bedarf es selbstverständlich eines intensiven Dialogs mit den unterschiedlichen Interessengruppen sowie Wirtschafts- und Sozialpartnern.

Darauf aufbauend werden wir dann in einem zweiten Schritt das Agrarstrukturgesetz für Thüringen vorlegen, in dem unter anderem der Grundstücksverkehr, der Landpachtverkehr, das landwirtschaftliche Siedlungsrecht wie auch der Erwerb von Anteilen an Gesellschaften mit wesentlichem Grundvermögen geregelt werden. Wir erwarten hierfür auch Erkenntnisse aus den Beratungen der Bund-Länder-Arbeitsgruppe landwirtschaftlicher Bodenmarkt. Obwohl die Gesetzgebungskompetenz für das landwirtschaftliche Bodenrecht im Zuge der Föderalismusreform auf die Länder übergegangen ist, bedarf es weiterhin einer Mitwirkung des Bundes bei der Modernisierung des länderspezifischen Bodenrechts.

(Beifall DIE LINKE)

Die von der Bundesregierung zugesagte Unterstützung der Länder wird auch von Thüringen im Interesse einer ausgewogenen Agrarstruktur und der Abwehr außerlandwirtschaftlicher Investoren intensiv genutzt. Thüringen wird sich zudem für bundesweit einheitliche Vorgaben für die Länder im Bereich der jährlichen statistischen Erfassung von landwirtschaftlichen Kauf- und Pachtverträgen für die Verbesserung der notwendigen Transparenz einsetzen. Dass wir uns in Thüringen nicht allein mit den Problemen des Bodenmarkts befassen, zeigen die Befassung der Agrarministerkonferenz in ihrer anstehenden Herbsttagung mit dem Thema „Landwirtschaftlicher Bodenmarkt“ sowie ein entsprechender Antrag Sachsen-Anhalts im Bundesrat. Aus bodenpolitischer und agrarstruktureller Sicht lässt sich die politisch diskutierende Share-Deal-Problematik auf dem landwirtschaftlichen Bodenmarkt letztendlich nur durch ein Gesamtpaket von Gesetzesänderungen lösen. Hierzu gehört nicht nur eine Gesetzesinitiative zum Bodenrecht in Thüringen, es sind auch bundesgesetzliche Regelungen betroffen, beispielsweise im Grunderwerbsteuergesetz. Es gilt, den Umgehungen der Grunderwerbsteuer bei Anteilsübertragung bzw. Share Deals mit geeigneten Gesetzesänderungen entgegenzuwirken. Hierzu, meine Damen und Herren, laufen gegenwärtig Verhandlungen innerhalb der Bundesregierung. Eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe tagt und es werden verschiedene Initiativen in der Sache im Bundesrat beraten. Ich freue mich darauf, dieses Problem in der nächsten Legislatur mit Ihnen gemeinsam zu lösen. Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank, Herr Staatssekretär. Ich schließe die Aussprache und schließe diesen Tagesordnungspunkt.

(Präsidentin Diezel)

Wir sind übereingekommen mit den PGFs, um 17.00 Uhr und nach diesem Tagesordnungspunkt zu schließen. Ich danke Ihnen, wünsche ein schönes Wochenende. Wir sehen uns wieder am 1. Oktober zur Sonder-sitzung hier im Hause.

Ende: 16.39 Uhr